



1. Bildungsbericht der Wissenschaftsstadt Darmstadt 2018

Bildung im Lebensverlauf:
Frühes Kindesalter
bis zum Einstieg in den Beruf

GEFÖRDERT VOM



Zusammen.
Zukunft.
Gestalten.

Wissenschaftsstadt
Darmstadt





1. Bildungsbericht der Wissenschaftsstadt Darmstadt 2018

Bildung im Lebensverlauf: Frühes Kindesalter bis zum Einstieg in den Beruf

Autorinnen:

Dr. Ulla Kainz
Dr. Monika Krutsch
Franziska Retzlaff
Rena Tilsner

Unterstützt durch:

Günther Bachmann
Bettina Kroh

Katja Abzieher	Dr. Ulrike Landzettel	Sabine Schulz
Eva-Maria Born	Christiane Lesch	Beate Schwickhardt
Kerstin Briese	Christiane Lobin	Regina Stadtmüller
Johanna Burkhardt	Karin Lübbe	Karin Stange
Daniel Fischer	Beatrice Lüttcher	Isabel Stork
Yvonne Gaye	Susanne Müller	Julia Wahnel
Beatriz Gonzalez	Gülsün Özcan	Jutta Walter
Sylke Israel	Eva Pelikan	Nicole Wiegand
Ralf-Rainer-Klatt	Sigrid Schädler	
Marc Krämer	Jona Schmid	

sowie die Mitglieder der AG Bildung

Herausgeberin:

Wissenschaftsstadt Darmstadt
Schulamt
Frankfurter Straße 71
65283 Darmstadt

Telefon: (06151) 13-3038
Telefax: (06151) 13-2918
E-Mail: schulamt@darmstadt.de
Internet: www.darmstadt.de

Wissenschaftsstadt
Darmstadt



Unter www.darmstadt.de/leben-in-darmstadt/bildung/bildungsbericht stehen Zusatzinformationen (Tabellen, Grafiken, Informationstexte) zum 1. Bildungsbericht bereit.

Alle Grafiken im vorliegenden Bericht sind eigene Darstellungen der Wissenschaftsstadt Darmstadt.

Gestaltung/Layout: Hans O. Berninger

Druck: Lasertype GmbH

Das Vorhaben „Strukturelle institutionalisierte Implementierung eines professionellen Bildungsmanagements mit der Grundlage eines datenbasierten Bildungsmonitorings (BildungsNetzWerk Darmstadt – BMW_DA)“ wird im Rahmen des Programms „Bildung integriert“ vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und dem Europäischen Sozialfonds der Europäischen Union gefördert.

Inhaltsverzeichnis

Impressum	3
Grußwort von Oberbürgermeister Jochen Partsch	7
Vorwort von Bürgermeister Rafael Reißer und Stadträtin Barbara Akdeniz	9
Zentrale Aussagen im Überblick	10
Einleitung	13
Bildungsverständnis	14
I Rahmenbedingungen	15
Bevölkerung, demografische Entwicklung, soziale Lage und die Bildungssituation in der Wissenschaftsstadt Darmstadt	15
Sozialberichterstattung und Kinderarmut	20
II Bildung im Lebensverlauf	25
A Frühes Kindesalter bis zum Eintritt in die Schule	25
1. Frühe Hilfen	25
1.1 Netzwerk Frühe Hilfen	25
1.2 Darmstädter Modell „Kinder schützen – Familien fördern“	26
2. Tageseinrichtungen für Kinder	27
2.1 Übersicht Angebote	27
2.2 Versorgungsquote	28
2.3 Betreuungsumfang	29
2.4 Verweildauer in der Kindertagesbetreuung	30
2.5 Übergang Familie–U3	32
3. Elternbildung/Familienbildung	33
3.1 Familienbildung im Familienzentrum der Wissenschaftsstadt Darmstadt	33
3.2 Weitere Angebote im Bereich Familienbildung	34
4. Übergang Kita–Grundschule	35
4.1 Sprachfeststellung	35
4.2 Sprachförderung für Vorschulkinder: Vorlaufkurse	37
4.3 Übergangskonzepte Kita–Grundschule	38
4.4 Beratungs- und Förderzentren	39
B Mittleres Kindesalter bis zum Eintritt in die Sekundarstufe	41
5. Bildung in der Primarstufe	41
5.1 Schüler*innen und Pendler*innen in der Primarstufe	41
5.2 Vorklasse, flexibler Schulanfang und Eingangsstufe	43
5.3 Schuleintritt	44
5.4 Inklusive Beschulung	45
6. Ganztagsbetreuung an Schule und Hort	48
7. Unterstützungs-, Begleitungs- und Hilfeangebote außerhalb der Familie	51
7.1 Erziehungsberatung	51

7.2	Zentrum für schulische Erziehungshilfe	52
7.3	Qualifizierte Hausaufgabenhilfe	52
7.4	Bildung und Teilhabe	53
8.	Schulsozialarbeit	55
9.	Übergang Grundschule–weiterführende Schule	57
9.1	Übergangsformate – Schullaufbahnberatung	57
9.2	Übergang Grundschule–weiterführende Schule	58
9.3	Erfahrungsbericht Diesterweg-Stipendium	60
C	Jugendalter bis zum Einstieg in den Beruf	61
10.	Bildung an weiterführenden Schulen	61
10.1	Weiterführende Schulen in Darmstadt	61
10.2	Schüler*innen und Pendler*innen in den Sekundarstufen I + II	61
10.3	Inklusive Beschulung	65
10.4	Schulformwechsel	66
10.5	Klassenwiederholungen	67
10.6	Abschlüsse und Abbrüche an allgemeinbildenden Schulen	68
11.	Übergang in den Beruf	71
11.1	OloV/Jugendberufshilfe	71
11.2	Jugendberufsagentur und Formate allgemeiner Berufsberatung	72
11.3	Übergangsmaßnahmen (Ausbildungs- und Qualifizierungsbudget)	73
11.4	JUSTiQ	75
12.	Außerschulische Bildungs- und Förderangebote	76
12.1	Kinder- und Jugendarbeit	76
12.2	Jugendbildungswerk/jugendforum*	77
12.3	Kinder- und Jugendzentren	79
13.	Bildung an beruflichen Schulen	80
13.1	Schüler*innen an beruflichen Schulen	81
13.2	Pendler*innen an beruflichen Schulen	82
13.3	Allgemeiner Schulabschluss vor Eintritt in berufliche Schulen	84
13.4	Abschlüsse und Abbrüche an beruflichen Schulen	85
D	Im Überblick: Bildung im Sozialraum	89
III	Ausblick auf Handlungsbedarfe	93
	Glossar	95
	Literaturverzeichnis	98
	Abbildungsverzeichnis	100
	Tabellenverzeichnis	102
	Abkürzungsverzeichnis	103

Grußwort von Oberbürgermeister Jochen Partsch

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

Bildung ist der Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe. Nur wenn wir allen Menschen – unabhängig von ihrer Herkunft – die gleichen Chancen auf Bildung einräumen, gewähren wir allen den gleichen Zugang auf Mitwirkung am gesellschaftlichen Leben.

Mit der Teilnahme am Programm „Bildung integriert“ hat sich die Wissenschaftsstadt Darmstadt im Jahr 2016 auf den Weg gemacht, ein datenbasiertes kommunales Bildungsmanagement aufzubauen und zu etablieren. Ziel ist es, die Bildungslandschaft vor Ort auf Grundlage einer soliden Datenbasis und unter Mitwirkung der unterschiedlichen Akteure zu gestalten. Hierbei stehen stets Bürgerinnen und Bürger mit ihren individuellen Bildungsbiografien im Vordergrund.

Unter Bildung verstehen wir dabei mehr als den Besuch der Schule. Wir betrachten Bildung als lebenslangen Prozess – von der frühkindlichen Bildung bis hin zur Bildung in der Nacherwerbsphase. Damit einher geht auch das Verständnis, dass Bildung nicht nur formale, auf einen Abschluss zielende Lernprozesse, wie sie beispielweise in Schule und Universität stattfinden, umfasst, sondern auch non-formale Prozesse, wie sie etwa beim Besuch eines Museums, im Verein oder bei anderen (Freizeit-) Aktivitäten ablaufen.

Der vorliegende erste Bildungsbericht der Wissenschaftsstadt Darmstadt gibt dabei einen ersten Überblick über die Bildungslandschaft vor Ort. Er legt den Fokus auf Bildungsprozesse im Kinder- und Jugendalter, von der frühen Bildung bis hin zum Eintritt in den Beruf. Im Sinne der Chancengleichheit werden so oft wie möglich die Daten hinsichtlich Geschlecht und Migrationshintergrund überprüft und ausgewertet.



Ich hoffe, dass der vorliegende Bildungsbericht zur Auseinandersetzung mit dem Thema Bildung und seinen verschiedenen Facetten anregt und eine gute Grundlage für die Diskussion mit Fachexpertinnen und -experten und Öffentlichkeit bietet.

Jochen Partsch

Oberbürgermeister

Vorwort von Bürgermeister Rafael Reißer und Stadträtin Barbara Akdeniz

Mit dem vorliegenden ersten Bildungsbericht der Wissenschaftsstadt Darmstadt werden Daten aus Schul- und Sozialdezernat, dem Staatlichen Schulamt, von einzelnen Bildungsakteurinnen und -akteuren erstmals gemeinschaftlich unter dem Fokus Bildung aufbereitet und ausgewertet. Zum einen unterstreicht dies die enorme Bedeutung des Themas Bildung für die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Zum anderen verdeutlicht es, dass jede und jeder Einzelne und seine Bildungsbiografie im Zentrum stehen und nicht die Perspektive einzelner Institutionen. Der 4. Nationale Bildungsbericht aus dem Jahr 2018 hat erneut offengelegt, dass Handlungsbedarf hinsichtlich der Bildungsgerechtigkeit in Deutschland besteht. Der Bildungserfolg hängt nach wie vor zu stark von der sozialen Herkunft ab. Um Chancen- und Bildungsgerechtigkeit zu ermöglichen, ist es notwendig, die Stellschrauben zu finden, an denen wir drehen können. Denn bei ungleichen Voraussetzungen müssen die Lösungsansätze auch ungleich sein, um strukturelle Defizite auszugleichen. Denn gemeinsam mit dem Landkreis Darmstadt-Dieburg sind wir uns innerhalb der Bildungsregion einig darin, dass eine fundierte Bildung, Ausbildung und Weiterbildung im Sinne des lebenslangen Lernens der Menschen der wichtigste Faktor für die individuelle Entwicklung, aber auch für gesellschaftliche Teilhabe ist.

Mit dem übergreifenden Bildungsverständnis, das diesem Bericht zu Grunde liegt, rücken neben den einzelnen Bildungseinrichtungen insbesondere die Schnittstellen und Übergänge zwischen verschiedenen Lernorten in den Fokus. Bildung findet in der Wissenschaftsstadt Darmstadt an vielen Orten und in vielerlei Verantwortung statt – sei es im Rahmen von städtischen Angeboten, Angeboten freier Träger oder in Form von gemeinschaftlichem Lernen in einer Peer-Group. An all diesen Stellen ist die Kooperation der beteiligten Einrichtungen gefragt, um bestmögliche und bedarfsgerechte Bildungswege zu ermöglichen.

Eine Besonderheit des Darmstädter Bildungsberichts liegt darin, dass er neben der Darstellung quantitativer Daten auch beschreibende Kapitel enthält, um ein mög-



lichst vollständiges Bild der Bildungslandschaft zeichnen zu können. Die Themen Integration und Sprachbildung sowie Inklusion sind bewusst nicht in gesonderten Kapiteln dargestellt, sondern werden als Querschnittsthemen entlang der Bildungsbiografie stets mitgedacht und mitbearbeitet.

Ziel des ersten Bildungsberichtes ist es, den Blick für das Thema Bildung zu schärfen und Handlungsfelder zu identifizieren, um allen Bürgerinnen und Bürgern gerechte Bildungschancen von Anfang an zu ermöglichen. Dieser Bildungsbericht soll die Grundlage dafür legen, miteinander ins Gespräch zu kommen, um die Wissenschaftsstadt Darmstadt nach vorne zu bringen.

Rafael Reißer

Bürgermeister
Schuldezernent

Barbara Akdeniz

Stadträtin
Sozialdezernentin

Zentrale Aussagen im Überblick

Rahmenbedingungen

Bevölkerungswachstum

Für die Wissenschaftsstadt Darmstadt mit aktuell über 160.000 Einwohner*innen wird bis zum Jahr 2030 mit einem starken Bevölkerungswachstum von mindestens 11,1 % gerechnet (entspricht einer Einwohnerzahl von rund 180.000). Darmstadt ist nach Frankfurt am Main die Stadt mit dem stärksten Bevölkerungswachstum in Hessen. Dies erklärt sich vor allem mit dem Zuzug junger Erwachsener und einer daran anknüpfenden Steigerung der Geburtenzahl. Das Durchschnittsalter in Darmstadt liegt derzeit bei etwa 41 Jahren, somit deutlich niedriger als im hessischen Durchschnitt.

Arbeitsmarkt

Darmstadts Arbeitsmarkt ist derzeit durch eine quasi Vollbeschäftigung charakterisiert. Aufgrund der vielfältigen modernen Branchen im Dienstleistungsbereich mit ihren attraktiven Jobs für Höherqualifizierte zieht es viele junge Menschen in die Stadt. Neben der Vielzahl der Berufsbilder in den modernen Branchen bietet der industrielle Kern auch weiterhin interessante Jobs für Jugendliche mit Bildungsabschluss. Dennoch ist der Einstieg in eine berufliche Tätigkeit gerade für Jugendliche aus sozial-benachteiligten Familien oft schwierig.

Migrationshintergrund

Im Vergleich zum Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund insgesamt in Darmstadt (38 %) ist der Anteil der Kinder und Jugendlichen, die einen Migrationshintergrund aufweisen, deutlich erhöht (56 %). Bei sozialräumlicher Betrachtung lässt sich eine sehr unterschiedliche Verteilung

der Menschen mit Migrationshintergrund auf das Stadtgebiet feststellen.

Bildungsrelevante soziale Belastung

Kinder und Jugendliche unter 15 Jahre im SGB II-Bezug (4.796, Stand: 31.12.2016) sind sehr unterschiedlich auf die einzelnen statistischen Bezirke verteilt. Knapp die Hälfte dieser Kinder und Jugendlichen lebt in 6 der 37 statistischen Bezirke in Darmstadt. Oft ist der soziale Status der Eltern ausschlaggebend für die Bildungsbiographien ihrer Kinder.

Teilhabe

Inklusion

Inklusive Schulbündnisse unterstützen die Wahlfreiheit zwischen inklusiver Beschulung an Regelschulen oder dem Besuch einer Förderschule. Etwa ein Drittel der Grundschüler*innen mit Förderbedarf wurde im Schuljahr 2016/17 inklusiv beschult, bei den Schüler*innen an weiterführenden Schulen war es hingegen ungefähr ein Fünftel. Der Förderschwerpunkt „Emotionale und soziale Entwicklung“ wird am häufigsten inklusiv beschult.

Bildung und Teilhabe

Zwischen 2012 und 2017 ist eine deutliche Zunahme der Inanspruchnahme des Bildungs- und Teilhabepakets zu verzeichnen. Dabei stieg insbesondere auch die Quote der aktiv zu beantragenden Leistungen im Rechtskreis SGB II von 49,1 % auf 75,5 %. Innerhalb dieses Bereichs liegen deutliche Unterschiede vor, insbesondere im Bereich Lernförderung ist keine Steigerung der aktiven Inanspruchnahme zu beobachten.

Schuleingangsuntersuchung

Sprache

Mehr Mädchen als Jungen mit Migrationshintergrund sprechen fehlerfrei oder flüssig mit leichten Fehlern deutsch. Es kann ein positiver Zusammenhang zwischen den Deutschkenntnissen von Kindern mit Migrationshintergrund und der Verweildauer in der Kindertageseinrichtung sowie den Deutschkenntnissen der Mütter festgestellt werden.

Sonderpädagogischer Förderbedarf

Jungen sind häufiger als Mädchen von einer Empfehlung zur Überprüfung des sonderpädagogischen Förderbedarfs oder einer Zurückstellung betroffen. Kinder mit nicht-deutscher Familiensprache werden überproportional häufig zurückgestellt.

Übergänge

Familie–Kita

Übergänge werden von Kindern und Eltern unterschiedlich gemeistert. Um den unterschiedlichen Bedürfnissen gerecht zu werden, erfolgt eine individualisierte Eingewöhnung anhand des „Berliner Modells“.

Kita–Grundschule

Vorlaufkurse sollen Kindern, die bei der Anmeldung zur Einschulung nicht über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen, durch gezielte Sprachförderung den Übergang in die Grundschule erleichtern. Im Schuljahr 2017/18 nahmen 324 Kinder an einem der 40 Vorlaufkurse in Darmstadt teil, 347 Kindern wurde eine Teilnahme empfohlen.

Grundschule–weiterführende Schulen

Fast zwei Drittel der Schüler*innen an Darmstädter Schulen wechseln nach der vierten Klasse in einen gymnasialen Bildungsgang. Schüler*innen mit Migrationshintergrund wählen häufiger eine integrierte Gesamtschule oder eine Realschule bzw. einen Realschulzweig als Schüler*innen ohne Migrationshintergrund.

Schule–Beruf

Der Übergang von der Schule in den Beruf wird in Darmstadt von unterschiedlichen Projekten und Einrichtungen unterstützt. Hierzu zählen insbesondere die Jugendberufsagentur, die mobile Jugendberufshilfe sowie das Programm Jugend stärken im Quartier.

60 % der Schüler*innen im sogenannten Übergangssystem an beruflichen Schulen haben einen Migrationshintergrund.

Bildung an Schulen

Grundschule

Die Zahl der Schüler*innen an Darmstädter Grundschulen nimmt seit dem Schuljahr 2010/11 stetig zu.

An privaten Grundschulen machen Kinder mit Migrationshintergrund 10 % der Schüler*innenschaft aus, an den öffentlichen Schulen sind es hingegen 38 %.

Ganztagsbetreuung

Für knapp zwei Drittel der Darmstädter Grundschüler*innen stehen im Schuljahr 2018/19 Betreuungsplätze durch Schulkindebetreuung und Hort zur Verfügung. Die Zahl der angebotenen Plätze nahm in den letzten Jahren zu und soll auch in Zukunft ausgebaut werden.

Weiterführende Schulen

Jungen und Mädchen sind unterschiedlich auf die verschiedenen Bildungsgänge verteilt: Gymnasiale Bildungsgänge werden von Mädchen häufiger besucht als von Jungen. Der Anteil von Schüler*innen mit Migrationshintergrund in der gymnasialen Oberstufe ist von 16 % im Schuljahr 2011/12 auf 24 % im Schuljahr 2017/18 gestiegen.

Abschlüsse an allgemeinbildenden Schulen

In den Schuljahren 2010/11 bis 2015/16 verließen jeweils 58–65 % der Schüler*innen die Schule mit dem Abitur, 23–27 % erreichten einen mittleren Abschluss, ca. 10 % den Hauptschulabschluss. Etwa 2 % verließen die allgemeinbildende Schule ohne Abschluss und etwa 2 % machten einen Abschluss an einer Förderschule.

Der Anteil von Gymnasiast*innen, die ihre Schullaufbahn mit dem Abitur beenden, ist bei Schüler*innen mit deutscher Staatsangehörigkeit gegenüber Schüler*innen mit nicht deutscher Staatsangehörigkeit deutlich erhöht.

Berufliche Schulen

Die Zahl der Schüler*innen an beruflichen Schulen nimmt ab. Drei Viertel der Schüler*innen an den beruflichen Schulen in Darmstadt pendeln aus anderen Landkreisen und Städten ein, etwa die Hälfte der Schüler*innen in dualer Ausbildung hat einen Ausbildungsvertrag mit einem Betrieb in Darmstadt.

Non-formale Bildung

Außerschulische Lernangebote

Offene Kinder- und Jugendarbeit mit non-formalen Bildungsangeboten wird in Darmstadt in 25 Einrichtungen in öffentlicher und freier Trägerschaft durchgeführt. Die Themen Inklusion, interkulturelle Öffnung, Demokratie, Gender/Transgender und Wertevermittlung spielen dabei eine übergeordnete Rolle.

Kinderbetreuung

Die Versorgungsquote im Bereich der Kindertagesbetreuung liegt für unter 3-Jährige in Darmstadt bei 43 %, im Bereich der Kinder über 3 Jahre liegt die Versorgungsquote bei 99,3 % (Stand: 2016). Kinder mit Migrationshintergrund besuchen seltener und kürzer eine Kindertageseinrichtung als Kinder ohne Migrationshintergrund.

Einleitung

Der vorliegende erste Bildungsbericht der Wissenschaftsstadt Darmstadt bildet den Startpunkt für ein kontinuierlich durchzuführendes Bildungsmonitoring. Er gibt einen ersten Überblick über die Bildungslandschaft vor Ort und lenkt den Blick auf wichtige Knackpunkte in den Bildungsbiografien der Bürger*innen sowie besondere Entwicklungen in den verschiedenen Bildungsbe- reichen. Hierbei erfolgt in der Regel keine Interpretation der Daten, sondern vielmehr eine Darstellung des Ist-Standes. Für tiefergehende Interpretationen bedarf es in der Regel weiterer Daten und Analysen, die sich an diesen Bericht anschließen müssen.

Dem Bericht liegt ein umfassendes Bildungsverständnis zugrunde, das zum einen Lernen in allen Lebensphasen (also lebenslanges Lernen (LLL)) umfasst und zum anderen sowohl formale, abschlussorientierte Lernformen als auch non-formale und informelle Lernbereiche einschließt. Dennoch liegt der Fokus im ersten Bildungsbericht auf dem Kinder- und Jugendalter von der frühen Kindheit bis zum Einstieg in den Beruf. Die Erwachsenenbildung kommt in diesem Bericht nur punktuell in Form von Elternbildungs-/Familienbildungsangeboten vor. Dieser Einschränkung liegen unterschiedliche Überlegungen zu Grunde. Zunächst einmal ist es ein Ziel des Berichts, die unterschiedlichen Lebensbereiche möglichst breit, aber auch detailliert darzustellen. Wollte man diesem Anspruch für das lebenslange Lernen gerecht werden, wäre das vorliegende Werk noch umfangreicher, dadurch aber weniger leserfreundlich. Zum anderen ist die Datenlage im Bereich der Erwachsenenbildung aufgrund der unvergleichlich größeren Zahl an Bildungsanbietern schwer zugänglich. Eine wichtige zukünftige Aufgabe von Bildungsmanagement und Bildungsmonitoring wird es also sein, Strategien für den Aufbau einer umfassenden Datenlage für den Bereich Erwachsenenbildung zu entwickeln.

Nach der Darstellung des zugrundeliegenden Bildungsverständnisses gibt das *Kapitel I – Rahmenbedingungen* einen Überblick über die soziale und wirtschaftliche Ausgangslage in der Wissenschaftsstadt Darmstadt. *Kapitel II – Bildung im Lebensverlauf* ist gemäß der unterschiedlichen Lern- und Lebensphasen von Kindern und Jugendlichen in drei Teile gegliedert. Im Unterkapitel *A – Frühes Kindesalter bis zum Eintritt in die Schule* werden beginnend mit den Frühen Hilfen Angebote ab der Geburt des Kindes, über Angebote von Kindertageseinrichtungen und Familienbildung bis hin zum Übergang in die Grundschule beleuchtet. Das Unterkapitel *B – Mittleres Kindesalter bis zum Eintritt in die Sekundarstufe* untersucht Bildungsangebote, die von

Kindern im Grundschulalter wahrgenommen werden. Neben Entwicklungen im Grundschulbereich selbst, werden auch die unterschiedlichen Betreuungsangebote betrachtet. Darüber hinaus kommt unterschiedlichen Unterstützungsangeboten eine wichtige Rolle zu, seien es Angebote der Schulsozialarbeit oder andere Beratungsangebote. Ein wichtiges Augenmerk liegt auch in diesem Unterkapitel auf dem Übergang zwischen den Institutionen – von der Primarstufe in die Sekundarstufe, der in der Regel mit einem Schulwechsel verbunden ist. In Unterkapitel *C – Jugendalter bis zum Einstieg in den Beruf* werden neben dem Durchlaufen der Sekundarstufen und den unterschiedlichen Angeboten und Entwicklungen im Bereich der beruflichen Schulen auch außerschulische Angebote in den Blick genommen. Hierzu zählen insbesondere Angebote, die den Übergang in den Beruf unterstützen, sowie Angebote im Bereich der offenen Kinder- und Jugendarbeit. In den Unterkapiteln A, B und C erfolgt die Auswertung vorhandener Daten nach den sozio-demographischen Merkmalen Geschlecht, Alter und Staatsangehörigkeit bzw. Migrationshintergrund. Diese und weitere Merkmale werden in der Sozialforschung üblicherweise als Hilfsindikatoren verwendet, um Hinweise auf die mögliche soziale Lage von Personen zu erhalten. Je nach Datenbasis waren für den vorliegenden Bildungsbericht nicht immer alle genannten Merkmale verfügbar. Den Abschluss von Kapitel II bildet das Unterkapitel *D – Im Überblick: Bildung im Sozialraum*. Es bietet eine anschauliche Verortung der in den vorangegangenen Kapiteln vorgestellten Bildungsangebote in der Wissenschaftsstadt Darmstadt. Ergänzend finden sich in den verschiedenen Bereichen Infoblöcke, die einen kurzen Einblick in mit Bildung verschränkte Themen geben.

Der Bildungsbericht bildet eine wichtige Grundlage für die weitere Gestaltung der Darmstädter Bildungslandschaft und schließt daher mit *Kapitel III – Ausblick auf Handlungsbedarfe*. Dieses Kapitel zeigt wichtige Handlungsfelder auf, in denen auf Grundlage der im Bericht dargestellten Daten weitere Anstrengungen der unterschiedlichen Akteure notwendig sind. Es umfasst bewusst noch keine konkreten Handlungsempfehlungen, da diese im Diskurs mit den Verantwortlichen (z. B. Fachämtern, Bildungsanbietern, Trägern, Bürgerinnen und Bürger) entstehen sollen.

Der Bildungsbericht selbst wird online durch Zusatzinformationen ergänzt, die weitere Tabellen und Grafiken sowie ausführliche Beschreibungen einzelner Angebote vorhalten.

Bildungsverständnis

Bildung stellt die entscheidende Voraussetzung dar, um eigenverantwortlich und nach den eigenen Interessen und Stärken an unserer Gesellschaft teilhaben zu können. Unabhängig von Herkunft, Religion, Geschlecht, familiärer, sozialer und wirtschaftlicher Lage gilt für Darmstädter Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene das Recht auf gesellschaftliche Teilhabe.

Damit jede und jeder sich von klein auf entwickeln und seine Talente entfalten kann, tragen in erster Linie Eltern sowie ein anregungsreiches Umfeld zu einem gelingenden Bildungsverlauf bei. Pädagogische Fach- und Lehrkräfte sind in besonderer Weise damit beauftragt, Kinder und Jugendliche bei ihrer Suche nach einem Platz in der Gesellschaft zu begleiten.

Formale Bildungsabschlüsse bilden dabei zwar eine wesentliche, gleichwohl nicht die einzige Voraussetzung für eine erfolgreiche gesellschaftliche Teilhabe. Persönliche, soziale wie kulturelle Kompetenzen sind gleichermaßen entscheidend für eine gelingende Lebensgestaltung in unserer Gesellschaft.

In einem solchen Verständnis ist die Frage nach einem gelungenen Bildungsverlauf nicht nur im Erreichen des höchsten Schul- bzw. Bildungsabschlusses zu sehen. Ziel kommunal verantworteter Bildungsanstrengungen muss sein, alle Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen entsprechend ihrer Talente in der Herausbildung zum selbstverantworteten Handeln zu unterstützen.

Dabei umfasst Bildung alle spontanen wie planvollen Prozesse, in denen neue Erfahrungen gemacht werden können. Diese lassen sich in Kindertagesstätten und Schulen ebenso finden wie in der Familie, unter Freunden und in der Freizeit.

Nicht jede*r hat von Geburt an die gleichen Voraussetzungen für einen erfolgreichen Bildungsverlauf. Personelle, soziale, wirtschaftliche Kriterien sowie strukturelle Benachteiligungen innerhalb des Bildungssystems wirken sich negativ auf das Recht auf Chancengleichheit aus. Ein solch breit angelegtes Bildungsverständnis möchte deshalb innerhalb der Darmstädter Bildungslandschaft auf zwei Herausforderungen aufmerksam machen:

An vielen Orten unserer Stadt lassen sich vielfältige Bildungsgelegenheiten vorfinden, die sich am Recht auf gleichberechtigte Bildungsteilhabe messen lassen müssen.

Insbesondere an deren Schnittstellen und Übergängen müssen erfolgreiche Bildungsverläufe im Sinne dieses breiten Bildungsverständnisses in den Fokus genommen werden.

I Rahmenbedingungen

Bevölkerung, demografische Entwicklung, soziale Lage und die Bildungssituation in der Wissenschaftsstadt Darmstadt

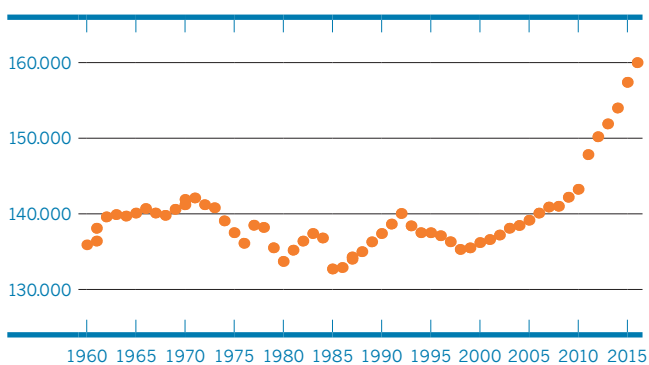
„Wenn eine Stadt vielfältig sein soll, muss sie für alle Platz haben...“ (Hartmut Häußermann)

Die demografische Entwicklung Darmstadts

Die demografische Entwicklung der Stadt ist in vielerlei Hinsicht von großer Bedeutung für die gesamte Bildungsthematik. Das gute Abschneiden der Wissenschaftsstadt Darmstadt bei verschiedenen Rankings in den letzten Jahren geht u. a. zurück auf die positive demografische Entwicklungsperspektive, die Zahl der Unternehmen mit modernen Dienstleistungsangeboten und die Zukunftsfähigkeit der Wirtschaft.

Nach dem Bevölkerungszuwachs der Nachkriegsentwicklung wurde 1971/72 mit knapp über 142.000 Einwohner*innen ein Höhepunkt bei der Einwohnerzahl erreicht (Abb. 1). Jedoch begann anschließend eine langwährende Phase der Suburbanisierung mit Bevölkerungsverlusten insbesondere ins unmittelbare Umland, die nur Anfang der 1990er Jahre eine Unterbrechung durch Sondereffekte der Wende hatte.

Abb. 1: Bevölkerungsentwicklung in Darmstadt von 1960 bis heute



Quelle: Statistik Darmstadt

Nahezu parallel zur Bevölkerungsentwicklung vollzog sich seit Mitte der 1970er Jahre der Niedergang der sogenannten „Weißen Industrie“, die sehr zur Bedeutung Darmstadts nach dem Zweiten Weltkrieg beigetragen

hatte. Buchdruck, Buchproduktion, Verlagswesen und Literaturpreise wie die jährliche Büchner-Preisverleihung hatten Darmstadts Ruf als Stadt der Künste nach dem Zweiten Weltkrieg deutschlandweit begründet. Mit dem Niedergang des Verlagswesens und dem Rückzug großer Druckereien wie Springer oder Burda endete diese besondere kulturelle Hochphase der Stadt.

Daneben jedoch geriet auch der klassische Maschinenbau in die Krise: Weltweite Konkurrenz, der globale ökonomische Anpassungsdruck und der Verlust der Märkte in der Sowjetunion nach dem Ende derselben führten auch diese wichtige Darmstädter Branche in einen Abwärtsstrudel mit Verlusten an Arbeitsplätzen und qualifizierten Mitarbeiter*innen. Vor allem zu Beginn der 1990er Jahre zeigte sich diese Entwicklung in einem Rückgang industrieller Arbeitsplätze und einem langsamen, aber stetigen Anwachsen an Arbeitslosigkeit in der Stadt.

Die eigentliche Trendwende in der Bevölkerungsentwicklung vollzieht sich ab 1998, also früher als im Bundesdurchschnitt. Seither steigt die Bevölkerungszahl in Darmstadt kontinuierlich an, bis 2017 mit über 160.000 Personen ein vorläufiger historischer Höchststand erreicht wird.

Die neue Phase der Stadtentwicklung

Besonders auffällig für die Stadtentwicklung ist der starke Zustrom junger Menschen, die hier studieren oder ihren ersten Arbeitsplatz haben und damit durch ihre Wanderung in die Stadt das Bild Darmstadts verändern. Diese Trendwende ist jedoch kein alleiniges Darmstädter Phänomen, sondern vollzieht sich ähnlich auch in anderen Städten.

Die kleinere bis mittelgroße Großstadt mit einem wissenschafts- und technologieorientierten Profil ist in Deutschland mittlerweile ein wichtiger Träger des Trends zurück in die Stadt – die Wissenschaftsstadt Darmstadt ist durchaus als Prototyp der „Schwarmstadt“-Entwicklung¹ zu bezeichnen. Eine wichtige aktuelle Debatte ist um diesen Begriff entbrannt, der versucht zu erklären, warum die 20- bis 35-Jährigen sich heute weit stärker räumlich auf bestimmte Städte konzentrieren als in früheren Jahren.² So lag der Anteil dieser Altersgruppe im Jahr 2000 nur in vier Städten bei mehr als 30 % über dem Bundesdurchschnitt (Münster, Würzburg, Heidelberg und Freiburg). Im Jahr 2011 dagegen traf dies bereits auf 18 Städte³ zu.

¹ Siehe Simons & Weiden (2015).

² Siehe dazu auch Wissenschaftsstadt Darmstadt (2017): Demografiebericht 3.

³ Karlsruhe, Erlangen, Bayreuth, Regensburg, Darmstadt, Leipzig, Flensburg, Rostock, München, Kiel, Dresden, Freiburg, Münster, Mainz, Trier, Jena, Heidelberg und Würzburg.

Die positive demografische Entwicklung Darmstadts der beiden letzten Jahrzehnte hat ihre Grundlage in einer Kombination von Faktoren. Dazu zählen unter anderem die Veränderung der Wirtschaftsstruktur, das spezifische Arbeitsplatzangebot sowie die Veränderung der Hochschullandschaft. Die Vielzahl der wissenschaftlichen Institutionen, die drei Universitäten und die modern und international aufgestellten Unternehmen mit ihren Forschungs- und Entwicklungsabteilungen sind die Grundlage dieser neuen Entwicklung. Dies hat Konsequenzen bezüglich der Qualifikation der in Darmstadt Beschäftigten: Heute hat jede*r Vierte mindestens einen Hochschulabschluss. Dieser Wert wird nur von wenigen Städten erreicht.

Mittlerweile sind mehr als 700 Unternehmen der IT-Branche in und um Darmstadt ansässig. Darmstädter Unternehmen haben in vielen Bereichen der IT bedeutende Akzente in Forschung, Entwicklung und Anwendung gesetzt und sich zu einem Standort mit europäischer Bedeutung entwickelt. Dazu zählen insbesondere wichtige Firmen und Marktführer in den Bereichen Telekommunikation, Logistik, Bürokommunikation, Satellitentechnik u. a. Der in den 1990er Jahren in die Krise geratene Maschinenbau beispielsweise hat sich durch die Verbindung von hochwertigen Produktionsmöglichkeiten mit Elektronik und Software, Mechatronik genannt, praktisch neu „erfunden“. Den nächsten Schritt geht Darmstadt nun, indem es als Gewinnerstadt des Wettbewerbs „Digitale Stadt“ des IT-Branchenverbandes bitkom in den kommenden Jahren zu einer Vorzeigestadt der Digitalisierung in Deutschland und Europa ausgebaut werden soll. Einer der Bereiche, in denen durch konkrete Projekte gezielt Veränderungen angestrebt werden, ist Bildung. Der Schritt in die moderne digitale Stadt wird somit auch die Bildungsdiskussion in den nächsten Jahren prägen.

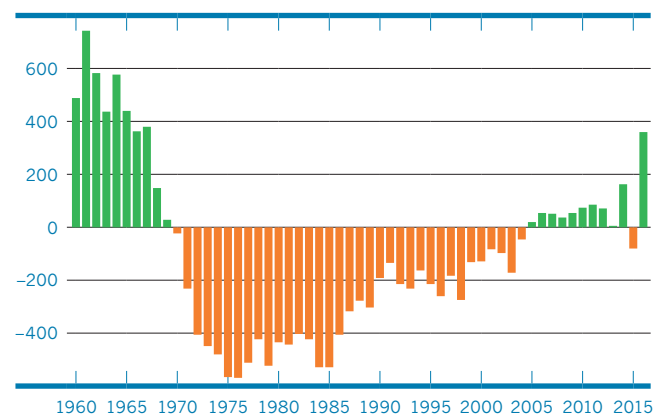
Die Wissenschaftsstadt Darmstadt ist mit ihrer demografischen und ökonomischen Situation in einer besonders günstigen Lage bezüglich der Perspektiven der weiteren Stadtentwicklung. Insbesondere die Vielzahl von Beschäftigten in modernen Dienstleistungsunternehmen und Forschungseinrichtungen ergibt ein bundesweit vorbildliches Modell der Wissenschaftsstadt. Dennoch gehen die ökonomischen und Segregationstrends der Bundesrepublik an Darmstadt nicht spurlos vorbei, wie der aktuelle Sozialatlas belegt. So ist auch in Darmstadt eine hohe Zahl von Kindern und Jugendlichen zu verzeichnen, die sich in sozial prekären Lebenssituationen befinden und in Stadtquartieren und Bezirken leben, die durch hohe Bezugsanteile von SGB II-Leistungen sowie hohe Anteile von Familien mit Migrationshintergrund auffallen. Hier bestehen hohe Risiken für Kinder und

Jugendliche, durch nicht gelingende Bildungsverläufe Chancen auf einen Bildungsabschluss zu verpassen.

Altersstruktur und Migrationshintergrund

Für die Bildungsberichterstattung von großer Bedeutung ist die Altersstruktur: Die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die Zahl der Studierenden oder auch die Zahl der Personen, die eine Weiterbildung suchen, spielen für eine nachhaltig aufgestellte Bildungslandschaft eine wichtige Rolle. An diesen wichtigen Grunddaten zur Altersstruktur orientieren sich Kindergarten- und Schulplanung, städtisches und Staatliches Schulamt und viele andere Behörden und Einrichtungen.

Abb. 2: Natürliche Bevölkerungsentwicklung in Darmstadt von 1960 bis heute



Quelle: Statistik Darmstadt

Die eine Grundlage des Bevölkerungsmonitorings ist die natürliche Bevölkerungsentwicklung, die andere die Wanderungsbewegung mit Zu- und Wegzügen, z. B. von Eltern mit ihren Kindern und Jugendlichen. Zusammen ergibt sich, ob die Bevölkerungszahl in Darmstadt wächst oder abnimmt (vgl. Wissenschaftsstadt Darmstadt (2017): Demografiebericht 3).

Die natürliche Bevölkerungsentwicklung wird durch die Bilanz aus Geburten und Sterbefällen dargestellt. Die wesentliche Erkenntnis ist die, dass durch die steigende Geburtenzahl und die zurückgehende Zahl der Sterbefälle als langfristige Trends insgesamt die Bilanz der natürlichen Darmstädter Bevölkerungsentwicklung seit 2005 mit Ausnahme von 2015 positiv ist (Abb. 2). Deshalb spricht man von einer positiven Geburtenrate in Darmstadt seit 2005.

Entscheidender für die Altersstruktur und die Stadtentwicklung ist die Wanderungsbewegung. Einige Regionen mit hoher Bevölkerungsdichte – wie FrankfurtRheinMain,

München, Hamburg oder Stuttgart – erzielen derzeit Wanderungsgewinne, während Regionen mit bereits niedriger Bevölkerungsdichte wie z. B. Gemeinden und Landkreise in Mecklenburg-Vorpommern zusätzlich Wanderungsverluste verkraften müssen. Viele Regionen mit ohnehin hoher Beschäftigtenquote, niedriger Arbeitslosigkeit und relativ stabilen Einkommenslagen konnten zusätzlich einen Bevölkerungszuwachs durch Zuwanderung und Wirtschaftswachstum vermelden.

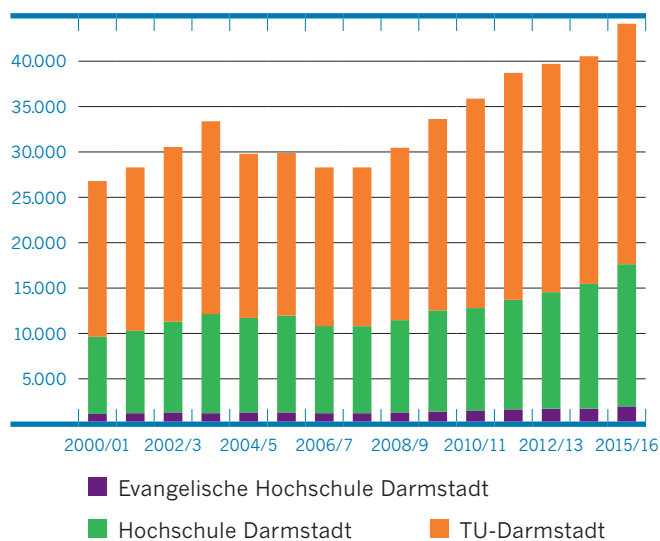
Die Auswirkungen der Wanderungsbewegung sind deshalb quantitativ weit bedeutsamer als die „natürlichen“ Veränderungen der Bevölkerungszahl einer Stadt durch Geburten oder Sterbefälle. Da sich Zu- und Wegzüge oft nicht ausgleichen, beeinflusst die Wanderung die Bevölkerungsdichte in den einzelnen Regionen Deutschlands unterschiedlich.

Entsprechend unterschiedlich steigt oder fällt die Einwohnerzahl durch die Wanderungsbewegung. Ferner stagniert oder fällt der Altersdurchschnitt einer Stadt, wenn – wie in Darmstadt – viele junge Erwachsene zuziehen. Darmstadts Bevölkerung ist in den letzten Jahren jünger geworden – dies ist eine große Besonderheit unter deutschen Städten. Mit ca. 41 Jahren liegt das Durchschnittsalter in Frankfurt, Offenbach und Darmstadt um fünf Jahre niedriger als im Vogelsberg und Werra-Meißner-Kreis.⁴ Durch die hohe Zahl junger Erwachsener ist in den letzten Jahren die Geburtenrate in Darmstadt positiv (vgl. auch Abschnitt Zukünftige Bevölkerungsentwicklung).

Auffällig ist der starke Zuwachs der Zahl der Studierenden⁵ seit Begründung der Wissenschaftsstadt (Abb. 3). Auch die Schwerpunktverlagerung der Studienfächer, z. B. bei der TU Darmstadt, hat zur hohen Attraktivität Darmstadts als Studienort beigetragen. Insgesamt sind heute mehr als 45.000 Studierende an den drei Hochschulen der Stadt eingetragen. Wie sich unter anderem die hohe Zahl von Studierenden auf die Zusammensetzung der Haushalte in Darmstadt auswirkt, wird online in den Zusatzinformationen zum Bildungsbericht gezeigt.

Wissen und Bildung sind Voraussetzung für Zukunftsfähigkeit, Kompetenz und Schlüsselqualifikationen: Darmstadt hat deshalb ein dicht geknüpftes Wissensnetzwerk aufgebaut, das Studierende und junge Arbeit-

Abb. 3: Entwicklung der Studierendenzahlen in Darmstadt



Quelle: Statistik Darmstadt

nehmer*innen, die in die „Schwarmstadt“ strömen, auf die Herausforderungen der sich drastisch verändernden Arbeitswelt vorbereitet. Neben der Technischen Universität, der Hochschule Darmstadt und der Evangelischen Hochschule Darmstadt gibt es vielfältige weitere Bildungseinrichtungen wie die Volkshochschule und andere sowie Bibliotheken, Museen und Archive⁶, die das „Bildungscluster“ erweitern.

Aufgrund der Internationalität der Wirtschafts- und Forschungszweige in Darmstadt ist die Zahl der Personen mit Migrationshintergrund⁷ nochmals deutlich gewachsen. Der Begriff „Migrationshintergrund“ ist in den vergangenen Jahren in der politischen und gesellschaftlichen Diskussion immer wichtiger geworden. Lange Zeit waren Statistiken zum Migrationshintergrund der Darmstädter Bevölkerung insgesamt nicht verfügbar. Durch die Kooperation von mehr als 50 Großstädten wurde nun ein Softwareprogramm entwickelt, das aus den Daten der Melderegister Statistiken zum Migrationshintergrund ableiten kann.⁸

Ein belegtes Phänomen in vielen deutschen Großstädten ist, dass kulturelle und gleichsprachliche Gruppen von Menschen mit Migrationshintergrund sich in bestimmten Stadtvierteln konzentrieren. Dieses Phänomen der Segregation von Bevölkerungsgruppen wurde bereits in

⁴ Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung, 3. Änderung des Landesentwicklungsplans Hessen 2000, Beschluss der Hessischen Landesregierung vom 27.03.2017, Wiesbaden 2017, S. 105.

⁵ Wissenschaftsstadt Darmstadt (2014): Statistische Berichte, 1. Halbjahr 2014. Sonderbeitrag: Studierende in der Wissenschaftsstadt Darmstadt und aktuellere Daten im Datenreport 2017.

⁶ Aktuelle Daten werden dazu fortlaufend im jährlich erscheinenden Datenreport der Wissenschaftsstadt Darmstadt veröffentlicht.

⁷ Aktuelle Daten werden dazu fortlaufend im Datenreport veröffentlicht. Eine Analyse zur Situation findet sich in: Wissenschaftsstadt Darmstadt (2016): Statistische Berichte 1. Halbjahr 2016. Sonderbeitrag: Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund in der Wissenschaftsstadt Darmstadt.

⁸ Vgl. Hinweise zum Migrationshintergrund im Glossar.

früheren Studien zu Darmstadt im Vergleich kleinräumiger Einheiten mit anderen Städten erforscht (Seidel-Schulze et al. 2012; Helbig & Jähnen 2018). Migrant*innen sind besonders häufig von den unterschiedlichen Formen der Segregation betroffen. Erstens, weil sie als sogenannte Gastarbeiter*innen vielfach als homogene größere Gruppe in bestimmten Bezirken, nämlich nahe den ihnen zugeordneten Arbeitsplätzen siedelten, zweitens wegen ihrer vielfach besonders schlechten Einkommenssituation sowie drittens aufgrund von Diskriminierungen durch die Mehrheitsgesellschaft. Letzteres kann sich in aktiven Formen, etwa der Benachteiligung von Migrant*innen bei der Vergabe von Mietwohnungen durch Vermieter*innen, wie auch in passiven Formen, z. B. dem Wegzug von Bewohner*innen ohne Migrationshintergrund aus einem Stadtviertel, äußern. Neu hinzuziehende Migrant*innen orientieren sich in ihrem Siedlungsverhalten zudem häufig an bereits bestehenden ethnischen Gemeinschaften.

*„Aussagen zu Motiven von Wanderungen, zum Selbstverständnis als Migrant oder Nicht-Migrant, zu alltäglichen Aktivitäten oder zur Migrationsbiographie können mit den Daten zum Migrationshintergrund nicht gemacht werden“
(Verband Deutscher Städtestatistiker 2013, S. 8).*

Obwohl Darmstadt im bundesweiten Vergleich einen Migrant*innenanteil eher im mittleren Bereich hat, ist der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund hoch. Insbesondere Migrant*innen aus europäischen Ländern profitieren hierbei von der Internationalität der Stadt und erzielen im modernen Dienstleistungsbereich durchaus hohe Einkommen. Dennoch gibt es eine große Gruppe von Migrant*innen, die eher am unteren Einkommensrand der Stadtgesellschaft lebt. Demnach ist zu betonen, dass kein direkter Zusammenhang zwischen Migrationshintergrund auf der einen Seite und Einkommensverhältnissen und Bildungsstand auf der anderen Seite besteht. Sehr aktuell ist die Studie des Wissenschaftszentrums Berlin (Helbig & Jähnen 2018), die auch eine tiefgreifende Analyse zur Segregation in Darmstadt im bundesdeutschen Vergleich enthält.

In Darmstadt sind Personen mit Migrationshintergrund sehr unterschiedlich über das Stadtgebiet verteilt: Niedrige Anteile von 18 % gibt es im statistischen Bezirk 740

Am Frankenstein⁹, die höchsten Anteile finden sich mit über 60 % in den Bezirken 250 Mornewegviertel und 750 Kirchtannensiedlung. Interessant ist, dass diese unterschiedlichen Bereiche im Stadtteil Eberstadt liegen und sogar aneinander grenzen. 2016 hatten insgesamt 38,8 % der Darmstädter*innen einen Migrationshintergrund, mehr als im bundesdeutschen Durchschnitt.

In den Zusatzinformationen findet sich online eine Tabelle, in der die Anteile von Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren in den statistischen Bezirken dokumentiert sind: Hier wird deutlich, dass generell der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund mit 56 % deutlich höher ist als die Quote der Migrant*innen an der Gesamtbevölkerung. Von 25.269 Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren haben 14.139 einen Migrationshintergrund. Ferner liegen die Quoten in den statistischen Bezirken zwischen den Extremwerten von 90,0 % bis 24,2 %, wobei die höchsten absoluten Zahlen in den einwohnerstarken Bezirken Kranichstein-Süd und in der Eberstädter Kirchtannensiedlung liegen (1.546 (76,7 %) bzw. 1.130 (76,5 %)). Sowohl in diesen beiden Bezirken wie in den Bezirken Mornewegviertel (83,3 %) und Pallaswiesenviertel (78,5 %) laufen verschiedene Projekte zur nachhaltigen Stadterneuerung der „Sozialen Stadt“ mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds.

Bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund sind die drei Nationen Türkei, Polen und Italien am stärksten vertreten. Diese sind auch bei der ausländischen Bevölkerung auf den vorderen Plätzen. Für Nationen aus der ehemaligen Sowjetunion, wie die Russische Föderation und Kasachstan, können ebenfalls detaillierte Zahlen zum Migrationshintergrund ausgewiesen werden. Bei beiden genannten Nationen liegt der Anteil der Deutschen mit Migrationshintergrund sehr deutlich über dem Anteil der Personen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit.

Für den Bildungsbereich von der U3-Versorgung über die Kitas, die Grundschulen und die weiterführenden Schulen sind die kleinräumigen Daten zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund eine große Hilfe, bedarfsgerechte Angebote zu entwickeln, Kinder und Jugendliche sozial und sprachlich zu integrieren und entsprechende Angebote vor Ort vorzuhalten. Dies ist z. B. in Kranichstein in der Erich Kästner-Schule mittels Fördergeldern aus dem Europäischen Sozialfonds für Kinder mit Migrationshintergrund (BIWAQ) bereits gelungen.¹⁰ Generell gilt festzuhalten, dass weder ein Migrationshintergrund noch eine ausländische Staatsbürgerschaft einen Rückschluss auf die Lebensverhältnisse einer Person zulässt.

⁹ Zur Abgrenzung der statistischen Bezirke siehe Datenreport der Wissenschaftsstadt Darmstadt.

¹⁰ Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier – BIWAQ ist ein vom Europäischen Sozialfonds gefördertes Programm zur Förderung der Integration in Arbeit.

Zukünftige Bevölkerungsentwicklung in Darmstadt

Schon heute ist absehbar, dass in einzelnen Bereichen die Folgen des demografischen Wandels und die künftige Bevölkerungsentwicklung enorme Auswirkungen auf die Infrastruktur der Städte haben werden, wie z. B. die Zahl und Größe der Kindertageseinrichtungen, Schulen, Jugend- und Senioreneinrichtungen, Sport- und Freizeiteinrichtungen, aber auch die Ver- und Entsorgung. Ferner sind die Entwicklung des Immobilienmarktes und der Wohnraumversorgung, der Straßenbau und die Verkehrsplanung, der kommunale Haushalt und die öffentlichen Finanzen strukturell an die Bevölkerungsentwicklung gekoppelt. Für die weitere Bildungsplanung, die Stadtentwicklung und Stadtplanung in Darmstadt ist aus diesem Grund die intensive Beobachtung der Bevölkerungsentwicklung insgesamt sowie nach einzelnen Altersgruppen für die nächsten Jahre dringend geboten.

Die Bevölkerungsvorausberechnung des Hessischen Statistischen Landesamtes und die Bevölkerungsvoraus-schätzung der HessenAgentur (jeweils von 2016) sind, neben eigenen Berechnungen durch die Abteilung Statistik und Stadtforschung der Wissenschaftsstadt Darmstadt, für die Einschätzung der Bevölkerungsentwicklung in Darmstadt von Bedeutung. Laut HessenAgentur wird Darmstadts Bevölkerung bis 2030 um 11,1 % wachsen, laut Hessischem Statistischem Landesamt sogar um 15,5 % (Ausgangswert jeweils 31.12.2014). Damit liegt Darmstadt an zweiter Stelle der wachstumsstärksten Gebietskörperschaften in Hessen, übertroffen nur von Frankfurt am Main und gefolgt von Offenbach am Main und dem Kreis Groß-Gerau. Beide Prognosen gehen von einem leichten Wachstum der Bevölkerungszahl für Hessen insgesamt von 4,4 % aus.

Im dritten Demografiebericht der Wissenschaftsstadt Darmstadt (2017) wurden auf Basis der Einwohnerzahl vom 31.12.2016 drei verschiedene Szenarien für die Bevölkerungsentwicklung in Darmstadt bis 2035 entwickelt und berechnet. Dabei ergibt sich für alle Szenarien ein Anstieg der Bevölkerungszahl um mindestens 10.000 Einwohner*innen. Neben der weiteren Entwicklung der Gesamtzahl der Darmstädter Bevölkerung bis 2035 ist für städtische und andere Planungen die Entwicklung spezifischer Altersgruppen von größter Bedeutung. Daher wurden die gewählten Szenarien auch für verschiedene Altersgruppen berechnet, die sich aus den jeweiligen Lern- und Lebensphasen der Menschen ergeben und zum Teil eine sehr unterschiedliche Anzahl von Jahrgängen umfassen.

Altersgruppe 0 bis unter 3 Jahre

Die Zahl der Kinder bis 3 Jahre ist z. B. entscheidend für die Planung des städtischen Krippenangebots und

anderer Familieneinrichtungen der Wissenschaftsstadt Darmstadt. Bis 2025 ist hier ein Anstieg in der Altersgruppe 0 bis unter 3 Jahre zu erwarten, danach ist mit einem leichten Rückgang der Kinderzahl zu rechnen. Vor allem für die nähere Zukunft ist für alle Planungsbereiche von entscheidender Bedeutung, dass die Kinderzahl dieser Altersgruppe von 4.705 Kindern im Jahr 2016 auf mehr als 5.000 Kinder bis 2020 steigen wird; sehr wahrscheinlich ist ein Wert zwischen 5.000 und 5.100 Kindern. Für den Zeitraum von 2020 bis 2025 müssen sich alle Planungsbereiche auf eine Kinderzahl von um die 5.200 Kindern einstellen. Dies entspricht einer Steigerung von 10 bis 15 % in 20 Jahren.

Altersgruppe 3 bis unter 6 Jahre

Bei der Bevölkerung in der Altersgruppe 3 bis unter 6 Jahre ist eine ähnliche Entwicklung wie bei der zuvor vorgestellten Altersgruppe zu erwarten. Von 2016 bis etwa 2025 wird sich die Zahl der 3- bis unter 6-Jährigen auf ca. 4.900 bis 5.100 erhöhen. Nach einer kurzen Stabilität tritt danach ein schwacher Rückgang ein. Bis voraussichtlich 2035 werden in dieser Altersgruppe 400 bis 1.000 Kinder mehr in Darmstadt leben als im Jahr 2016.

Altersgruppe 6 bis unter 15 Jahre

In der Altersgruppe 6 bis unter 15 Jahre ist mit einem sehr deutlichen Zuwachs zu rechnen. Die Schüler*innenzahlen in Darmstadt werden bis 2030 weiter deutlich ansteigen; danach kommt es zu einem schwächeren Wachstum oder einer Stabilisierung bis 2035. Hervorzuheben ist, dass die Anzahl der Kinder und Jugendlichen in dieser Altersgruppe von 2016 mit 12.187 bis 2022 um 700 bis 800 zunehmen wird. Insgesamt ist mit einem Anstieg der Schüler*innenzahlen bis 2035 um 3.000 bis 3.500 Kinder und Jugendliche zu rechnen, was einer Zunahme von knapp 20 bis 30 % entspricht. Auch wenn die Entwicklung generell stark von der Wanderungsbewegung geprägt ist (Zu- oder Fortzug von Eltern mit schulpflichtigen Kindern), muss bis 2030 mit teilweise stark steigenden Schüler*innenzahlen für Grundschulen und die Sekundarstufe I der weiterführenden Schulen gerechnet werden. Eine Entwicklung, die für die Schulentwicklungsplanung, die Schulbausanierung und z. B. die Mittagessensversorgung der Schulkinder angesichts neuer Schulkonzepte von großer Bedeutung ist.

Altersgruppe 15 bis unter 20 Jahre

Bei der Entwicklung der Bevölkerung in der Altersgruppe 15 bis unter 20 Jahre spielt die Wanderungsbewegung keine so bedeutsame Rolle mehr, da in dieser Altersgruppe (bzw. bei deren Eltern) die Zu- bzw. Fortzüge nicht so dominant sind. So fällt die Anzahl der Jugendlichen von 7.792 im Jahr 2016 auf circa 7.000 im Jahr

2019 deutlich ab. Für die Schüler*innenzahlen an Schulen mit einer Oberstufe muss dies in Zusammenhang mit den steigenden Zahlen der Altersgruppe der 6- bis unter 15-Jährigen betrachtet werden. Von 2020 an steigt die Zahl der 15- bis unter 20-Jährigen kontinuierlich an, jedoch wird voraussichtlich erst wieder im Jahr 2030 die Zahl der Jugendlichen von 2016 erreicht. Bis 2035 ist mit einem Anstieg auf über 8.000 Jugendliche und junge Erwachsene zu rechnen. Die Zahl der Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist u. a. für die Planung von Berufsschul- und Ausbildungsangeboten notwendig. Eine hohe Zahl von jungen Erwachsenen erfordert zudem die Bereitstellung von günstigem Wohnraum, Studien- und Arbeitsplätzen, Weiterbildungs- und Freizeitmöglichkeiten, Sportstätten u. v. m.

Sozialberichterstattung und Kinderarmut

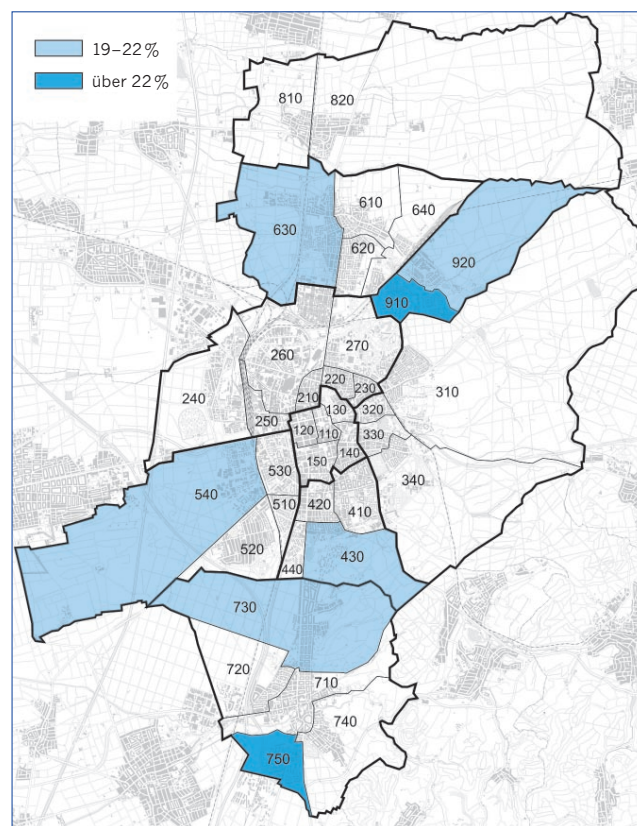
Der Zusammenhang von Bildung, Armut und Segregation ist in Darmstadt eine bislang wenig erforschte wissenschaftlich und politisch bedeutsame Fragestellung.¹¹ Dies lag hauptsächlich an der für viele Jahre unzureichend vorhandenen Datenbasis. Durch die in den letzten Jahrzehnten erfolgreiche Sozialberichterstattung der Wissenschaftsstadt sowie durch die Gewinnung vielfältiger, neuer und kleinräumiger Daten hat sich die Situation bezüglich des Erkennens der Bildungs- und Soziallage von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien in den Sozialräumen in den letzten Jahren deutlich verbessert.

Bildungserfolg hängt von der Herkunft ab

Die OECD verweist darauf, dass in Deutschland der Bildungserfolg eines jungen Menschen nach wie vor eng an seine soziale Herkunft gekoppelt ist, so stark wie in kaum einem anderen Industriestaat. „Gerade für Schüler aus sozial schwachen Familien bleibt das Versprechen Aufstieg durch Bildung häufig in weiter Ferne“, kritisierte der Leiter der deutschen OECD-Büros, Heino von Meyer.

Eine Aufgabe der Bildungsberichterstattung ist es unter anderem, die Ergebnisse der Sozialberichterstattung und die teilweise neu gewonnenen Daten zur Bildung zusammenzuführen und damit Schlussfolgerungen für die Bildungsgerechtigkeit in Darmstadt zu ziehen.

Abb. 4: Verteilung von Kindern und Jugendlichen im Stadtgebiet Darmstadt: Anteile der 0- bis unter 18-Jährigen



Quelle: Statistik Darmstadt

Die Kombination der Bildungs- und Sozialdaten ist aus Gründen des Datenschutzes der Betroffenen im Einzelfall nicht möglich, selbst in einer abgeschotteten Statistikstelle wie in Darmstadt. Deshalb können nur statistische Methoden Aussagen über soziale Gruppen auf kleinräumiger Ebene ermöglichen. Die Methode der Korrelation z. B. beschreibt eine Wechselbeziehung zwischen mehreren Merkmalen und ist daher ein geeignetes Mittel, Zusammenhänge im Sozialraum aufzudecken, die sonst nicht offensichtlich sind. Durch diese Methode ergeben sich Hinweise auf eine „Zusammenballung“ von sozialen Situationen, die Bildungsgerechtigkeit ermöglichen oder deutlich erschweren.

Zentral für alle Aussagen sind die demografischen Daten zu Kindern und Jugendlichen: Kinder und Jugendliche sind im Stadtgebiet nicht gleichmäßig verteilt, sondern konzentrieren sich in den eher familienorientierten Stadtquartieren und Stadtteilen. Anhand der Karte zur Verteilung der Kinder und Jugendlichen im Stadtgebiet ist diese Konzentration auf bestimmte Bezirke deutlich erkennbar (Abb. 4).

¹¹ Siehe dazu aktuelle Studien auf Bundesebene.

Entscheidend für eine Analyse der sozialen Lage von Kindern und Jugendlichen sind z. B. Daten der Statistik der Bundesagentur für Arbeit, die für die statistischen Bezirke Darmstadts u. a. die Zahlen für Kinder und Jugendliche bis 15 Jahre im SGB II-Bezug veröffentlicht (siehe auch online Zusatzinformationen zum Bildungsbericht). Genauere Definitionen und weitere Daten zu diesem Themenbereich finden sich im aktuellen Sozialatlas der Wissenschaftsstadt Darmstadt (2018, S. 47 ff.).

Kinder, die in Familien aufwachsen, die auf staatliche existenzsichernde Leistungen angewiesen sind und somit als arm gelten, erfahren vielfältige Einschränkungen und Benachteiligungen in zahlreichen Lebensbereichen, vor allem im Vergleich zu nicht-armen Kindern. Sie erleben Einschränkungen im materiellen Bereich bezüglich Wohnen, Ernährung, Kleidung, Freizeitgestaltung, Urlaub etc. Ihre Chancen auf gelingende Bildungsverläufe sind deutlich geringer als die der nicht-armen Kinder.

Zahlreiche internationale, nationale und auch kommunale Studien verweisen auf eine hohe Korrelation von sozialer Herkunft und Bildungschancen. Arme Kinder haben überdurchschnittlich häufig Eltern, die nur über einen niedrigen oder keinen Schulabschluss verfügen und somit die schulische Entwicklung und Förderung ihrer Kinder häufig nur eingeschränkt begleiten können. Auch bei gleichen (guten) Noten ist die Wahrscheinlichkeit, dass ein armes Kind nach der Grundschule auf ein Gymnasium wechselt, deutlich geringer als bei einem nicht-armen Kind.¹² Weiterhin bestehen deutliche Unterschiede bezogen auf die außerschulische soziale und kulturelle Teilhabe.

Junge Menschen ohne Schulabschluss oder mit niedrigem Schulabschluss haben besondere Schwierigkeiten, sich erfolgreich in das Erwerbsleben einzugliedern; auch ein Hauptschulabschluss beinhaltet überdurchschnittliche Risiken für eine erfolgreiche Einmündung in Berufsbildung. Für diese Gruppen ergibt sich somit ein nicht selten lebenslanges Risiko auf prekäre Erwerbstätigkeit, ein hohes Armutsrisiko und ein hohes Risiko, den Lebensunterhalt nicht ohne staatliche Unterstützung bestreiten zu können. Dies verweist auf die Notwendigkeit besonderer Förder- und bildungsunterstützender Maßnahmen für Kinder und Jugendliche aus den bereits genannten Stadtteilen, wie dies z. B. erfolgreich mittels des BIWAQ-Projektes gelungen ist.

Migrationshintergrund, Kinderarmut und Herkunftsbenachteiligung – aus alledem ergibt sich, dass die „Herkunft“ eines Kindes oder Jugendlichen wesentlichen Einfluss auf die individuellen Verwirklichungschancen und gesellschaftliche Teilhabechancen hat. Die Merkmale der Familienarmut, verbunden mit der sozialstaatlichen „Fürsorgeleistung“ des Zweiten Buchs Sozialgesetzbuch

„Nach wie vor ist in Deutschland ein im internationalen Vergleich enger Zusammenhang zwischen familialen Lebensverhältnissen, Bildungsbeteiligung und Kompetenzerwerb nachweisbar. Rahmenbedingungen für Bildungs- und Entwicklungsprozesse von Kindern lassen sich anhand einiger Strukturmerkmale der Familien, etwa des formalen Bildungsstands der Eltern, des sozioökonomischen Status der Familie sowie der elterlichen Erwerbsbeteiligung, beschreiben. Hieraus können drei Arten von Risikolagen abgeleitet werden: die Risikolage formal gering qualifizierter Eltern, die soziale sowie die finanzielle Risikolage. In Deutschland ist 2016 mit gut 30 % fast jedes dritte Kind von mindestens einer dieser Risikolagen betroffen.“

Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2018, S. 35

(SGB II)¹³ und eine nicht deutsche Familiensprache beinhalten zwei starke Risikoindikatoren, die die Verwirklichungschancen der jungen Menschen nachhaltig beeinflussen können (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2018).

Statistiken und Daten dazu stehen u. a. mit der Schuleingangsuntersuchung zur Verfügung (s. Kap. 2.4 und 4.1). Die gute Kooperation mit dem Gesundheitsamt für die Stadt Darmstadt und dem Landkreis Darmstadt-Dieburg macht spezifische Auswertungen möglich.¹⁴ Durch Verbesserungen bei den Schuleingangsuntersuchungen sind in Zukunft auch die Anteile der Kinder mit unzureichenden Sprachkompetenzen an allen einzuschulenden Kindern in der Schuleingangsuntersuchung feststellbar.

Die Daten von Kindern und Jugendlichen unter 15 Jahren im SGB II-Bezug sind ein wichtiger Indikator für Kinderarmut. Bei der Analyse der Daten zu Kindern und

¹² Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2018), S. 5 ff.

¹³ Das Zweite Buch Sozialgesetzbuch regelt die Grundsicherung für Arbeitsuchende und Teile des deutschen Arbeitsförderungsrechts in der Bundesrepublik Deutschland.

¹⁴ Vgl. z. B. Wissenschaftsstadt Darmstadt (Hrsg.) (2016): Statistische Berichte 2. Halbjahr 2016. Sonderbeitrag: Darmstadts Vorschulkinder 2016 – eine Momentaufnahme zu Gesundheit und Deutschkenntnissen.

Jugendlichen unter 15 Jahren im SGB II-Bezug lassen sich in Darmstadt deutliche Unterschiede bezüglich der Verteilung in den statistischen Bezirken feststellen. Im Sozialatlas sind in Tabelle 17 „Empfänger*innen von Leistungen nach dem SGB II in Darmstadt zum 31.12.2016 nach Erwerbsfähigkeit“ diese Daten veröffentlicht. Wichtig ist in diesem Zusammenhang zu betonen, dass neben den reinen Prozentzahlen der Kinderarmut auch die absolute Zahl der Kinder von großer Bedeutung ist.

In nur sechs statistischen Bezirken – von immerhin 37 Bezirken – lebt rund die Hälfte aller von Kinderarmut Betroffenen (exakt 49 % aller Kinder und Jugendlichen im SGB II-Bezug lebten 2016 in diesen 6 Bezirken).¹⁵ Dies sind die Bezirke 910 Kranichstein-Süd, 750 Kirch-tannensiedlung, 530 Verlegerviertel, 920 Kranichstein-Nord, 150 St. Ludwig mit Eichbergviertel und 220 Martinsviertel-West.

Tab. 1: Personen im SGB II-Bezug nach Darmstädter Grundschulbezirken zum 31.3.2017

	Personen insgesamt	Alleinerziehende	Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren	Anteil Kinder u. Jugendl. unter 15 Jahren in %
Darmstadt, Wissenschaftsstadt	14.672	1.368	4.654	32
Erich Kästner-Schule	2.573	203	979	38
Wilhelm-Hauff-Schule	1.510	171	592	39
Schillerschule	1.448	137	428	30
Mornewegschule	1.237	110	349	28
Goetheschule	1.287	86	270	21
Astrid-Lindgren-Schule	888	87	266	30
Ludwig-Schwamb-Schule	823	94	242	29
Heinrich-Heine-Schule	633	57	218	34
Käthe-Kollwitz-Schule	653	56	202	31
Georg-August-Zinn-Schule	433	42	152	35
Heinrich-Hoffmann-Schule	483	53	147	30
Christian-Morgenstern-Schule	470	52	146	31
Elly-Heuss-Knapp-Schule	493	49	134	27
Bessunger Schule	530	41	134	25
Wilhelm-Busch-Schule	364	50	126	35
Andersenschule	329	38	121	37
Friedrich-Ebert-Schule	382	25	118	31
Frankensteinschule	93		19	20
keine Zuordnung möglich	23			
keine Angabe	20			

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Sonderauswertung für Darmstadt. Stand: 31.3.2017

¹⁵ Vgl. Zusatzinformationen zum Bildungsbericht online.

¹⁶ Vgl. Zusatzinformationen zum Bildungsbericht online.

Insgesamt lebten 2016 in allen statistischen Bezirken 4.796 Kinder in Armut, in den sechs genannten Bezirken alleine schon 2.352 Kinder. Im ganzen Stadtgebiet leben 20.006 Kinder bis 15 Jahre, davon jedes vierte Kind im SGB II-Bezug. Dieser Anteil ist deutlich höher als bei den erwachsenen Personen.

Dank einer Sonderauswertung der Bundesagentur für Arbeit vom 1. Quartal 2017 stehen auch die Daten der Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren für die Darmstädter Schulbezirke zur Verfügung.¹⁶ Sowohl die Analyse der statistischen Bezirke wie auch der Schulbezirke verweisen auf eine sehr unterschiedliche Verteilung bezüglich der Kinderarmut und Segregation: In der Erich Kästner-Schule sowie in der Wilhelm-Hauff-Schule sind die absolut höchsten Zahlen von Kindern in Armut feststellbar. Beide Schulen liegen in den bereits dargestellten Stadtteilen Kranichstein und Eberstadt, in diesen Bezirken ist auch die größte Kinderarmut festzustellen.

Kinder und Jugendliche haben das höchste Armutsrisiko, wenn sie in alleinerziehenden Familien aufwachsen, eine Betrachtung der alleinerziehenden Hilfebedürftigen ist zur Analyse von Kinderarmut demnach interessant.¹⁷ Aus Tabelle 1 geht hervor, dass in den beiden genannten Schulbezirken die Zahl der Alleinerziehenden am höchsten und damit auch das Armutsrisiko für die Kinder sehr hoch ist. Weitere Daten und Analysen zu Alleinerziehenden, zu Mehrpersonenhaushalten und zum Armutsrisiko in Stadtteilen finden sich im aktuellen Sozialatlas von 2018.

¹⁷ Tophoven et al. 2017.

II Bildung im Lebensverlauf

Kapitel II bildet den Kern des 1. Bildungsberichts zur Bildungslandschaft in der Wissenschaftsstadt Darmstadt.

Um den Fokus auf die Teilhabegelegenheiten von Kindern und Jugendlichen zu richten, wird im Folgenden die Wahrnehmung von Bildungsgelegenheiten aus der Lebensverlaufsperspektive unterteilt in drei Abschnitten frühes Kindesalter, mittleres Kindesalter und Jugendalter beschrieben.

Im frühen Kindesalter (Teil A) werden Teilhabemöglichkeiten von Kindern bis zum Einstieg in die Schule in den Fokus genommen. Begonnen wird mit Maßnahmen, die die Entwicklung von Säuglingen und Kleinkindern fördern und Eltern beim Hineinwachsen in die Elternrolle unterstützen. Das Kapitel schließt mit Maßnahmen, die den Übergang in die Grundschule begleiten.

Teil B dokumentiert die Bildungsgelegenheiten im Grundschulalter und nimmt dabei auch die Betreuungs-

formate am Nachmittag als weitere Bildungsorte von Schulkindern in den Blick. Ähnlich wie in Teil A wird Unterstützungs- und Begleitungsangeboten für Eltern ein Unterkapitel gewidmet. Der Übergang in die weiterführende Schule bildet den Abschluss zur Bildungsteilhabe im mittleren Kindesalter.

Die deutlich größte Lebensspanne umfasst Teil C, in dem die Bildungsteilhabe von Jugendlichen bis zum Einstieg in den Beruf behandelt wird. Neben Bildungsgelegenheiten in der Schule werden hier auch außerschulische Bildungsorte vorgestellt, um zu dokumentieren, dass Bildungsprozesse gleichermaßen in schulischen wie in außerschulischen Orten vollzogen werden.

Zum Abschluss des Kapitels *Bildung im Lebensverlauf* werden in Teil D Bildungsorte unterteilt in die drei zuvor beschriebenen Lebensalter in der Bildungslandschaft Darmstadt visualisiert.

A Frühes Kindesalter bis zum Eintritt in die Schule

Das frühe Kindesalter ist das Lebensalter, in dem Entwicklung und Bildung in zügigen Schritten erfolgt und von außen besonders deutlich zu erkennen ist – ein Lebensalter, das wichtige Grundlagen für die nachfolgenden herausbildet.

Im Folgenden werden Frühe Hilfen (Kap. 1), Tageseinrichtungen für Kinder (Kap. 2) und Angebote der Eltern- bzw. Familienbildung (Kap. 3) im frühen Kindesalter beschrieben. Das Kapitel schließt mit dem Übergang in die Grundschule (Kap. 4).

1. Frühe Hilfen

Die Geburt eines Kindes ist der Beginn zahlreicher neuer Erfahrungen für Eltern. Von Tag zu Tag begleiten Eltern die Entwicklungen ihres heranwachsenden Kindes, dies bedeutet zahlreiche Herausforderungen. Die Eltern haben die Möglichkeit über „Frühe Hilfen“ Begleitung und Beratung zu erhalten.

1.1 Netzwerk Frühe Hilfen

Das Netzwerk Frühe Hilfen in Darmstadt wurde 2009 gegründet und bildet von Beginn an das Fundament für Unterstützungsleistungen für (werdende) Familien mit Kindern bis zum 3. Lebensjahr.

Grundlegend stehen Frühe Hilfen allen Familien in Darmstadt offen, unabhängig von Status und Bildungshintergrund. Besonderes Augenmerk wird aber auf die Familien gerichtet, denen es schwerfällt, sich selbst eine Unterstützung zu organisieren. Deshalb sind die Zugänge zu den vorhandenen Angeboten im Fokus der Netzwerkarbeit in den Frühen Hilfen, um die Teilhabe an frühkindlicher Bildung gerade in den Übergängen zwischen den Hilfesystemen zu ermöglichen.

Frühe Hilfen sind als präventive Antwort auf spezifische Bedarfe und Bildungsansätze zu verstehen. Das Leistungsspektrum der Frühen Hilfen umfasst: Information und Beratung bzgl. Entwicklung, Verhalten und Bedürfnissen von Säuglingen/Kleinkindern sowie Hilfe- und Fördermöglichkeiten, Angebote der Elternbildung zur Entwicklung und Stärkung von Versorgungs-, Erziehungs- und Beziehungskompetenzen, Austausch, Begegnung und neue Kontakte mit anderen Eltern – Stärkung von Selbsthilfe und peer-counseling (Peer-Beratung), Angebote zur Förderung des Bindungsaufbaus und der Entwicklung des Kindes, Beratung, Entlastung, Unterstützung in Belastungs- und Krisensituationen (vgl. Schmutz 2017).

Frühe Hilfen können ihr Potenzial nur in der multiprofessionellen Kooperation und Vernetzung vieler Akteure aus den unterschiedlichen Leistungssystemen entfalten,

insbesondere aus den Bereichen Kinder- und Jugendhilfe und Gesundheitswesen, ferner aus der Schwangerschaftsberatung, der Frühförderung und vielen weiteren Leistungserbringern und Anbietern. In regelmäßigen Abständen kommen die Fachkräfte aus den unterschiedlichsten Berufsgruppen zum gegenseitigen Informationsaustausch über das jeweilige Aufgaben- und Angebotspektrum zusammen. Die verschiedenen kommunalen Angebote sowie die differenzierten Arbeitsweisen sollen so bekannt werden, mit dem Ziel, die Familien besser beraten und innerhalb der Hilfesysteme überleiten zu können. Derzeit umfasst das Netzwerk 99 Netzwerkpartner*innen. Die Koordination des Netzwerks Frühe Hilfen ist beim Jugendamt, Abteilung Familienzentrum der Wissenschaftsstadt Darmstadt angesiedelt.

Das Netzwerk Frühe Hilfen in Darmstadt sieht seine Arbeit im Kontext der Förderung frühkindlicher Entwicklung, des Aufbaus einer tragfähigen Eltern-Kind-Beziehung sowie der Bereitstellung verschiedener Bildungs- und Beratungsangebote. Frühkindliche Bildung setzt einen feinfühligem Umgang der jeweiligen Bezugspersonen voraus. Die ersten Entwicklungs-, Lern- und Bildungsschritte der Säuglinge und Kleinkinder können am besten durch die Förderung des Beziehungsaufbaus vorangebracht werden (vgl. Thyen 2012). Eine stabile Bindung ist entscheidend für Bildungsprozesse. Die Erkenntnisse der aktuellen Hirnforschung belegen die zentrale Rolle der Bindung für gelingende Bildungsprozesse des Kindes (vgl. Strüber 2016).

Ebenso entscheidend ist ein familienfreundliches Umfeld mit entsprechenden Angeboten für (werdende) Eltern (vgl. Thyen 2012). Früh einsetzende Unterstützungsangebote sowie ein koordiniertes Netzwerk für Schwangere und Familien mit Kindern von 0–3 Jahren sollen die Chancen auf ein gesundes Aufwachsen ermöglichen und verbessern.

1.2 Darmstädter Modell „Kinder schützen – Familien fördern“

Das Darmstädter Modell „*Kinder schützen – Familien fördern*“, ein inzwischen fest etabliertes Präventionsmodell im Bereich der Frühen Hilfen (Kernelemente: Information, Beratung, Vermittlung, Vernetzung), wurde als Begrüßungsdienst im Jahr 2009 in der Abteilung Städtischer Sozialdienst des Jugendamts implementiert.

Durch die Angebote von „*Kinder schützen – Familien fördern*“ sollen alle Darmstädter Eltern unterstützt werden, den Start in das Leben mit ihrem Kind bestmöglich zu gestalten. Der Grundgedanke dabei ist, frühe und präventive Angebote für alle Eltern bereitzustellen. Denn

bei aller Heterogenität in der Begriffsbestimmung von Frühen Hilfen in ihrer Beziehung zum Kinderschutz besteht in der Fachöffentlichkeit ein Konsens darüber, dass gelingender Kinderschutz auch immer präventiv ist (vgl. Ziegenhain et al. 2010).

Jedes neugeborene Darmstädter Kind wird von einer Mitarbeiterin des Begrüßungsdienstes persönlich willkommen geheißen. Jährlich werden zwischen 1.500 und 1.700 Säuglinge und ihre Familien besucht. Neben vielfältigen Informationen für die Eltern können sie durch präventive Angebote unterstützt und begleitet werden, um eventuelle familiäre Belastungen zu reduzieren. Informationen und Beratung helfen Verunsicherung abzubauen, Stresssituationen entgegenzuwirken und damit zur Stärkung der Eltern- und Erziehungskompetenz beizutragen. Die Eltern werden dabei unterstützt, mögliche Störungen in der Eltern-Kind-Beziehung frühzeitig zu erkennen und diesen von Anfang an wirksam zu begegnen, um ihren Kindern bestmögliche Entwicklungsbedingungen zu bieten. Bei Bedarf können zeitnah, unbürokratisch und für die Eltern kostenfrei multiprofessionell angelegte Unterstützungs-, Entlastungs- und Hilfeleistungen aus den Bereichen Beratung, Betreuung, Gesundheit, Hauswirtschaft und Migration installiert werden. Beispiele hierfür sind der Einsatz einer Gesundheits-, Familien- und Kinderkrankenschwester, Erste Emotionelle Hilfe, Familienlotsin, familienentlastende Kinderbetreuung, Sprach- und Integrationsmittlerin sowie hauswirtschaftliche Hilfe. Willkommensbesuche können als eine Schnittstelle zum Hilfesystem fungieren und innovative Zugänge zu Angeboten schaffen, indem sie Eltern gezielt und passgenau vermitteln (vgl. Günther und Frese 2013).

Durch die Vernetzung mit freien Trägern und zahlreichen Fachkräften aus den Bereichen Jugendhilfe und Gesundheit ist es gelungen, ein breitgefächertes Unterstützungsangebot für Darmstädter Familien zu entwickeln, das sich durch niedrigschwellige Zugänge auszeichnet. Dabei werden grundlegend folgende Handlungsfelder unterschieden, denen die Unterstützungsangebote zugeordnet werden: Beratung, Betreuung, Gesundheit und Hauswirtschaft.

Rund 23 % (322) aller im Jahr 2016 besuchten Familien (1.401) hatten über den Hausbesuch hinaus einen Bedarf an Unterstützungsleistungen. Die überwiegende Zahl dieser Familien nahmen Unterstützungspakete einmalig in Anspruch (224). Rund ein Drittel der Familien hatte hingegen einen längeren Unterstützungsbedarf und nahm mehrere Maßnahmenintervalle in Anspruch.

Der häufigste Bedarf ergab sich in den Bereichen Beratung und Betreuung von bspw. älteren Geschwister-

kindern. Rund 68 % (218) aller Unterstützungsleistungen lassen sich einem dieser beiden Handlungsfelder zuordnen.

2. Tageseinrichtungen für Kinder

Der Besuch einer Kindertageseinrichtung stellt für Kinder die erste Station in der institutionellen Bildungskette in Deutschland dar. Somit findet hier auch der erste (Bildungs-)Übergang – aus der Familie in die betreute Einrichtung – statt. Zu den Kindertageseinrichtungen zählen hierbei Einrichtungen mit ausschließlicher Betreuung von Kindern unter 3 Jahren (U3, Kinderkrippen) oder über 3 Jahren (Ü3, Kindergarten) sowie Einrichtungen mit einem altersübergreifenden Betreuungsangebot (U3+Ü3, Kindertagesstätten). Darüber hinaus besteht das Angebot der Kindertagespflege, welches sich überwiegend an unter 3-jährige Kinder richtet. Die Kinderbetreuung ist dabei nicht nur bedeutsam, um eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen, sondern kommt ihrem Auftrag als Bildungsort nach. Hier werden Kindern wichtige Sozialisierungserfahrungen zuteil und

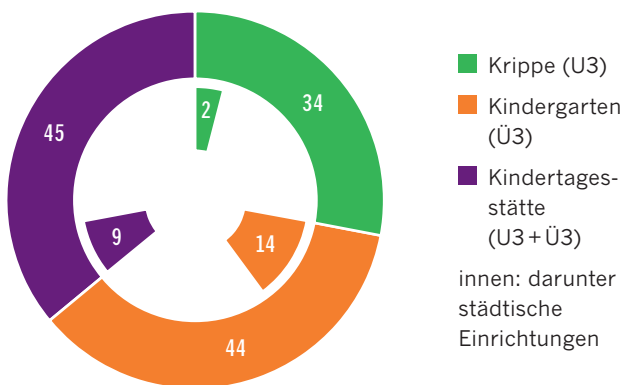
unter anderem das Erlernen wesentlicher Sprachkompetenzen gefördert. Im Fokus steht hierbei eine qualitativ hochwertige Kindertagesbetreuung mit einer altersgerechten und individuell zugeschnittenen Förderung. Dies ist insbesondere für den Bildungserfolg von Kindern aus sozio-ökonomisch benachteiligten bzw. bildungsfernen Haushalten besonders wertvoll.

2.1 Übersicht Angebote

Darmstadt weist eine vielfältige Struktur- und Trägerschaft in der Kinderbetreuung auf. Die im SGB VIII – Kinder- und Jugendhilfe verankerten Rechtsgrundsätze Wunsch- und Wahlrecht sowie Trägerpluralität und Subsidiarität finden sich auch in der Darmstädter Betreuungslandschaft wieder: Neben den städtischen Einrichtungen befinden sich Tageseinrichtungen für Kinder auch in der Hand von kleinen freien Trägern, den großen freien Trägern Arbeiterwohlfahrt (AWO) und Arbeiter-Samariter-Bund (ASB), den Kirchen oder werden privat-gewerblich betrieben. Einzelne pädagogische Ausrichtungen bzw. Förderschwerpunkte wie u. a. Waldorf oder auch Sport, Sprachen etc. können hierbei gewählt werden. Viele kleine Träger sind insbesondere im U3-Bereich tätig und zeugen u. a. von großem Engagement der Eltern. Jedoch besteht aufgrund der Trägerautonomie und den damit z. T. verbundenen trägerspezifischen Aufnahmekriterien bei nicht-städtischen Einrichtungen die Gefahr der Selektion und demnach der Segregation von Kindern.¹⁸

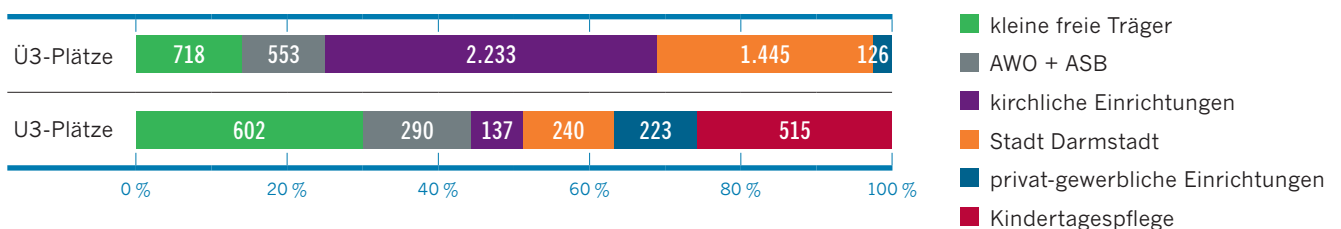
In Abbildung 5 ist die Struktur der Kindertageseinrichtungen in Darmstadt im Jahr 2016 dargestellt. Hinzu kommen 98 Tagespflegepersonen bzw. -einrichtungen mit insgesamt 515 U3-Betreuungsplätzen, die hier aufgrund ihrer sehr heterogenen Struktur nicht vergleichbar ausführlich behandelt werden können. Von den 123 Kindertageseinrichtungen sind 79 im Bereich der U3-Betreuung und 89 bei der Ü3-Betreuung tätig.¹⁹ Die U3-Betreuung erfolgt v. a. von Seiten nicht-städtischer

Abb. 5: Anzahl und Formen der Kindertageseinrichtungen 2016



Quelle: Jugendamt Darmstadt, Jugendhilfeplanung

Abb. 6: Träger der Plätze in der Kindertagesbetreuung 2016



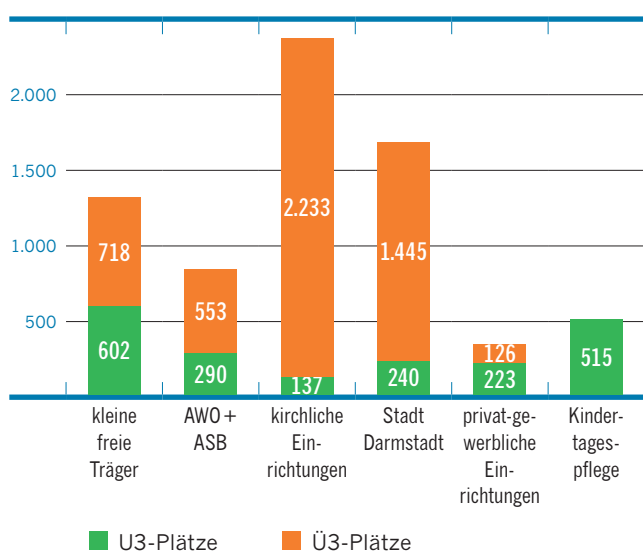
Quelle: Jugendamt Darmstadt, Jugendhilfeplanung

¹⁸ Dabei stellen laut einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW 2017) die Qualität der Kitas und die Zusammensetzung der jeweiligen Kita-Gruppen durchaus relevante Einflussfaktoren für die Entwicklung des Verhaltens und der Sprachkompetenzen der Kinder dar.

¹⁹ Aufgrund von altersübergreifenden Kindertageseinrichtungen werden einige Einrichtungen hier doppelt gezählt.

Träger (68 Einrichtungen). So befinden sich nur zwei reine Krippen in städtischer Trägerschaft (von insgesamt 34), in altersübergreifenden städtischen Einrichtungen werden allerdings z. T. auch U3-Plätze angeboten. Einen größeren Anteil haben städtische Einrichtungen hingegen an der Ü3-Betreuung (23) – in Kindergärten, aber auch altersübergreifenden Tageseinrichtungen. Eine Verräumlichung der Einrichtungen wird in Kapitel D – Bildung im Sozialraum vorgenommen.

Abb. 7: Träger der Plätze in Tageseinrichtungen für Kinder 2016



Quelle: Jugendamt Darmstadt, Jugendhilfeplanung

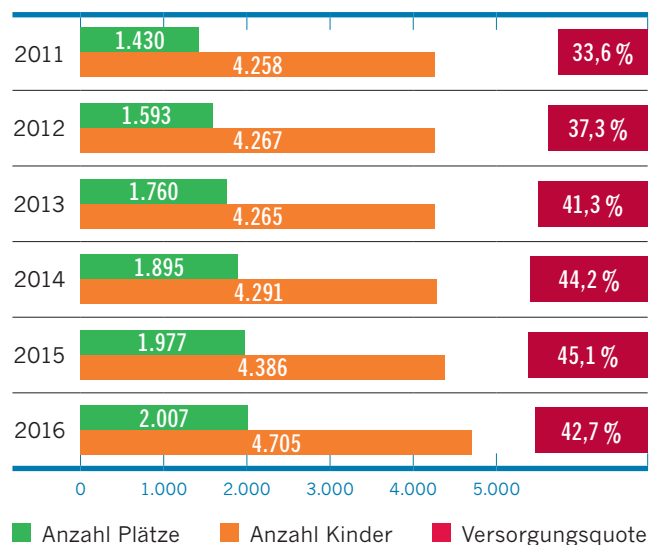
In den Abbildungen 6 und 7 sind die zur Verfügung gestellten Plätze in den Einrichtungen der einzelnen Träger, differenziert nach den Altersgruppen U3 und Ü3, dargestellt. Die Wissenschaftsstadt Darmstadt stellt 23,8 % aller Betreuungsplätze bereit – insbesondere im Kindergartenbereich (mit 1.445 von 5.075 Ü3-Plätzen und somit 28,5 % des Ü3-Kontingents), weniger im U3-Bereich (240 von 2.007 U3-Plätzen; 12 %). Bei den nicht-städtischen Trägern sind allen voran kirchliche Einrichtungen (v. a. die evangelische Kirche) mit 33,5 % der Gesamtplätze sowie freie Träger mit 18,6 % zu nennen. Kleine freie Träger bieten vor allem U3-Betreuungsplätze an (30 % der U3-Plätze) und sind mit durchschnittlich 24,4 Plätzen je Einrichtung verhältnismäßig klein. Ferner stellen die Kindertagespflege mit 515, AWO und ASB mit 290 sowie privat-gewerbliche Einrichtungen mit 223 Plätzen ebenfalls große Teile der U3-Versorgung.

2.2 Versorgungsquote

Die folgend aufgeführten Daten zur Versorgungsquote sind den jährlich durch die Jugendhilfeplanung erstellten Versorgungsberichten entnommen.²⁰ Bei der Versorgungsquote²¹ wird die Anzahl der Betreuungsplätze in Relation zur Anzahl der Kinder im entsprechenden Alter auf dem Stadtgebiet gesetzt. Entsprechend wird von einem Indikator für die Versorgungslage gesprochen. Wie Abbildung 8 zu entnehmen ist, hat die Anzahl der Betreuungsplätze im U3-Bereich kontinuierlich zugenommen. So kam es zwischen 2011 (1.430 U3-Plätze) und 2016 (2.007 U3-Plätze) zu einer Zunahme um 40,3 %. Allerdings ist im gleichen Zeitraum, v. a. ab 2013, die Anzahl der Kinder im entsprechenden Alter angestiegen. So erhöhte sich die U3-Versorgungsquote zwar von anfänglich 33,6 % im Jahr 2011 auf zwischenzeitlich 45,1 % im Jahr 2015, mit dem starken Anstieg der Kinderzahl im Jahr 2016 fiel die Quote jedoch wieder auf 42,7 % (Abb. 8). Dennoch liegt die Versorgungsquote in Darmstadt damit über der auf dem Krippengipfel 2007 vereinbarten Quote von 35 %.

Neben der Betreuung in der Krippe spielt die Tagespflege eine große Rolle bei der U3-Versorgung: Wenn auch mit zuletzt leicht abnehmender Tendenz stellt die Tagespflege stets ca. 26 bis 30 % der angebotenen U3-Betreuungsplätze. So fand auch in diesem Bereich über

Abb. 8: Entwicklung der U3-Versorgung

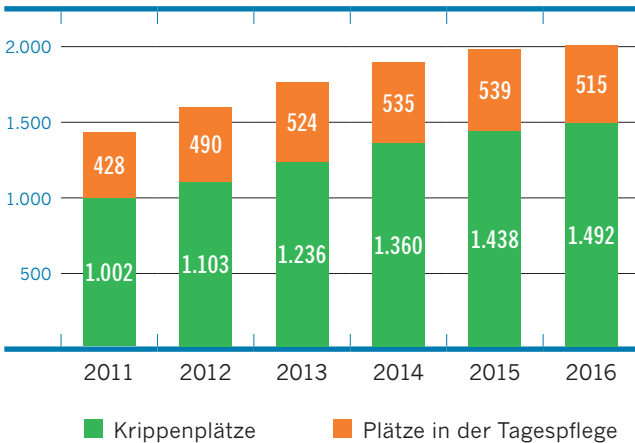


Quelle: Berichte zum Versorgungsgrad in der Kinderbetreuung 2011–2016, Jugendamt Darmstadt

²⁰ Die Versorgungsberichte erscheinen jährlich und werden durch die im Jugendamt angesiedelte Jugendhilfeplanung erstellt. Sie befassen sich detaillierter mit der Versorgungsquote, stellen u. a. einen Raumbezug her, geben eine umfangreichere Einordnung in die maßgebliche Gesetzgebung und zeigen zudem die prognostizierte Entwicklung des Platzbedarfs auf.

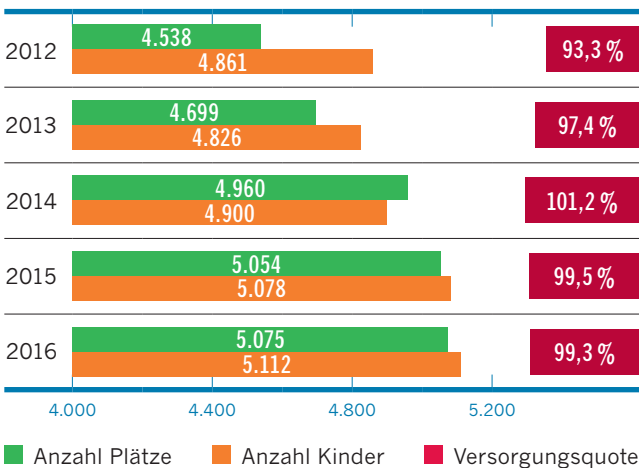
²¹ Die Betreuungsquote hingegen geht auf die Inanspruchnahme der Kindertagesbetreuung ein. Diese wird in der vorliegenden Publikation aufgrund der diffizilen Datenlage jedoch nicht thematisiert.

Abb. 9: Tagespflege und Krippenplätze



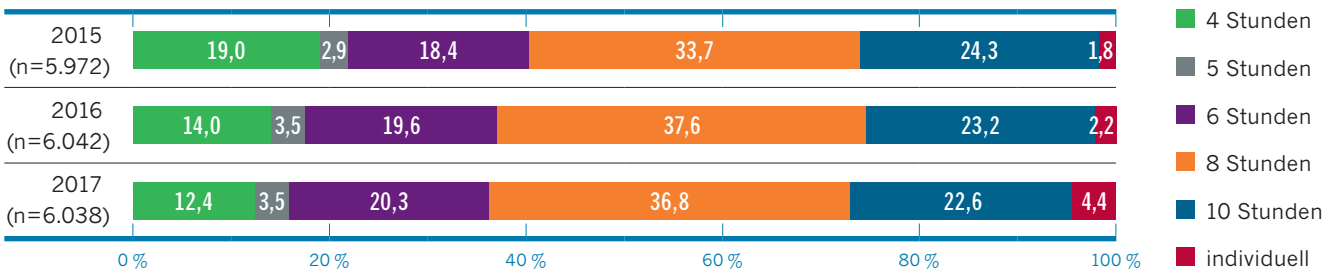
Quelle: Berichte zum Versorgungsgrad in der Kinderbetreuung 2011–2016, Jugendamt Darmstadt

Abb. 10: Entwicklung der Ü3-Versorgung



Quelle: Berichte zum Versorgungsgrad in der Kinderbetreuung 2011–2016, Jugendamt Darmstadt

Abb. 11: Betreuungsumfang in der Kindertagesbetreuung



Quelle: Jugendamt Darmstadt, Online-Portal Kinderbetreuung (tolina)

die Jahre ein Ausbau statt: von 428 Plätzen im Jahr 2011 auf 539 im Jahr 2015 (Abb. 9). Da zeitgleich verstärkt Krippenplätze ausgebaut wurden, nahm allerdings der prozentuale Anteil der Tagespflege an der Ü3-Versorgung in den letzten Jahren leicht ab.

Die Ü3-Versorgungsquote lag in den letzten Jahren um die 100 %: 2014 bei 101,2 %, 2015 bei 99,5 % sowie 2016 bei 99,3 % (Abb. 10). Vorausgegangen war ein Ausbau um gut 11,8 % (2012: 4.538 Ü3-Plätze, 2016: 5.075), der jedoch aufgrund des leichten, kontinuierlichen Anstiegs der Kinderzahlen im Kindergartenalter nahezu egalisiert wurde (Abb. 10). Eine Versorgungsquote von 105 % wird angestrebt, um Integrationskinder bedarfsgerecht berücksichtigen zu können (Wissenschaftsstadt Darmstadt: Sozialatlas 2018, S. 41).

Vor dem Hintergrund der dynamischen Bevölkerungsentwicklung in Darmstadt besteht der Bedarf, die Betreuungsplätze über das Jahr 2020 hinaus auszubauen. Aktuell sind weitere 198 Ü3-Plätze sowie 572 Ü3-Plätze fest eingeplant. Die Grundlage für die Ausbauplanung bilden die Daten der kommunalen Statistikstelle. Da auch mittelfristig mit steigenden Kinderzahlen zu rechnen ist,²² wird der angestrebte Ausbau – wie zuvor – wohl von der Dynamik der Bevölkerungsentwicklung kompensiert werden.

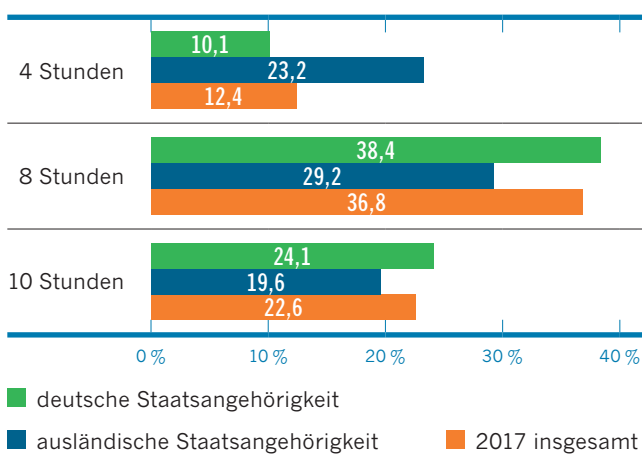
2.3 Betreuungsumfang

Mit der Einführung der tolina Datenbank im Jahr 2014²³ liegt erstmals eine umfangreiche digitale Datenbank mit Informationen zu u. a. dem Betreuungsumfang in der Kindertagesbetreuung in Darmstadt vor. Veränderungen im Betreuungsumfang sind im Laufe der Jahre v. a. im Bereich der Stundenkontingente von bis zu vier,

²² Siehe Demografiebericht 3 der Wissenschaftsstadt Darmstadt.

²³ Mit der Einführung der tolina Datenbank in Darmstadt kamen einige neue Komponenten für die einpflegenden Einrichtungen hinzu, sodass die Datenqualität zurzeit noch ausbaufähig ist, zumal sich auch der Aufbau der Datenbank noch etablieren muss. Vor diesem Hintergrund sind die vorliegenden Ergebnisse zu betrachten – so liegen insbesondere im Hinblick auf das Geschlecht (2017: 3,1 % oder 189 von 6.038 ohne Angabe), die Staatsangehörigkeit (15,6 %: 939) oder die vorrangige Familiensprache (13,7 %: 825) einige Werte nicht vor.

Abb. 12: Betreuungszeit von Kindern nach Staatsangehörigkeit 2017

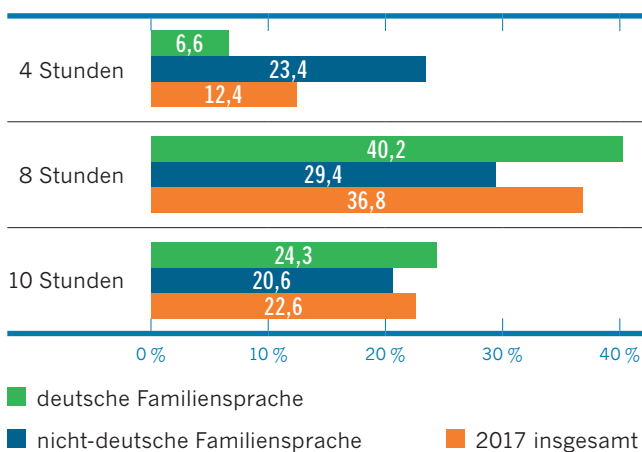


Quelle: Jugendamt Darmstadt, Online-Portal Kinderbetreuung (tolina)

acht und zehn Stunden sowie im Bereich „individuell“²⁴ auszumachen (Abb. 11). So ist der Anteil der Betreuung von bis zu vier Stunden pro Tag um 6,6 Prozentpunkte von 2015 (19 % aller Betreuungskontingente) zu 2017 (12,4 %) zurückgegangen, während der Anteil von bis zu acht Stunden im gleichen Zeitraum um 3,1 Prozentpunkte gestiegen ist.

Wird der Betreuungsumfang nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit und vorrangiger Familiensprache diffe-

Abb. 13: Betreuungszeit von Kindern nach vorrangiger Familiensprache 2017



Quelle: Jugendamt Darmstadt, Online-Portal Kinderbetreuung (tolina)

renziert, fällt auf, dass es keine großen Unterschiede in Bezug auf das Geschlecht, hingegen aber bei der Staatsangehörigkeit und der vorrangigen Familiensprache gibt. Insbesondere bei den Betreuungszeiten von vier, acht und zehn Stunden zeichnen sich Disparitäten ab: So werden Kinder mit ausländischer Staatsangehörigkeit und nicht deutscher Familiensprache überproportional häufig nur bis zu vier Stunden betreut (Abb. 12 und 13). Während im Jahr 2017 die vierstündige Betreuung im Durchschnitt rund 12,4 % der Betreuungskontingente ausmacht, sind es 23,2 % bei den Kindern mit ausländischer Staatsangehörigkeit sowie 23,4 % bei Kindern mit nicht deutscher Familiensprache. Hingegen werden von diesen Kindern Betreuungszeiten von bis zu acht oder zehn Stunden verhältnismäßig seltener in Anspruch genommen.

2.4 Verweildauer in der Kindertagesbetreuung

Die Kita-Besuchsdauer²⁵ wird bei der obligatorischen Schuleingangsuntersuchung vom zuständigen Gesundheitsamt erfragt.²⁶ In Abbildung 14 ist die Verweildauer der im Jahr 2016 untersuchten Kinder nach Geschlecht und Herkunft differenziert dargestellt. Auffällig ist dabei, dass größere Anteile der Jungen (95,3 %) und Mädchen (96,4 %) ohne Migrationshintergrund länger als 18 Monate die Kita besucht haben als Kinder mit Migrationshintergrund (77,7 % bzw. 86,7 %). Mädchen haben nicht nur länger, sondern auch – in Bezug auf die Kinder mit Migrationshintergrund – häufiger die Kita besucht: So sind 3,2 % der Mädchen und 8,6 % der Jungen mit Migrationshintergrund nie in einer Kindertagesstätte betreut worden.

Wird die Kita-Besuchsdauer bzgl. der Herkunftsregion²⁷ aufgeschlüsselt, ist festzustellen, dass prozentual gesehen Kinder aus Deutschland (95,9 %) eine längere Verweildauer (≥ 18 Monate) in der Kita aufweisen als aus anderen Herkunftsregionen, wobei hier auch recht große Unterschiede bestehen (Abb. 15). Während 88,2 % der Kinder aus der Herkunftsregion Türkei länger als 18 Monate eine Kita besuchten, liegt der Anteil bei Kindern aus dem arabischen Raum bei nur 70,3 %. Bei der Herkunftsregion arabischer Raum fällt zudem der Anteil von Kindern ohne Kita-Besuch mit 17,6 % weitaus höher als in anderen Regionen aus.²⁸

²⁴ Die Kategorie „individuell“ bezieht sich i. d. R. auf Betreuungssettings in der Tagespflege, welche als Regelangebot oder als ergänzendes Betreuungsangebot in Anspruch genommen werden können.

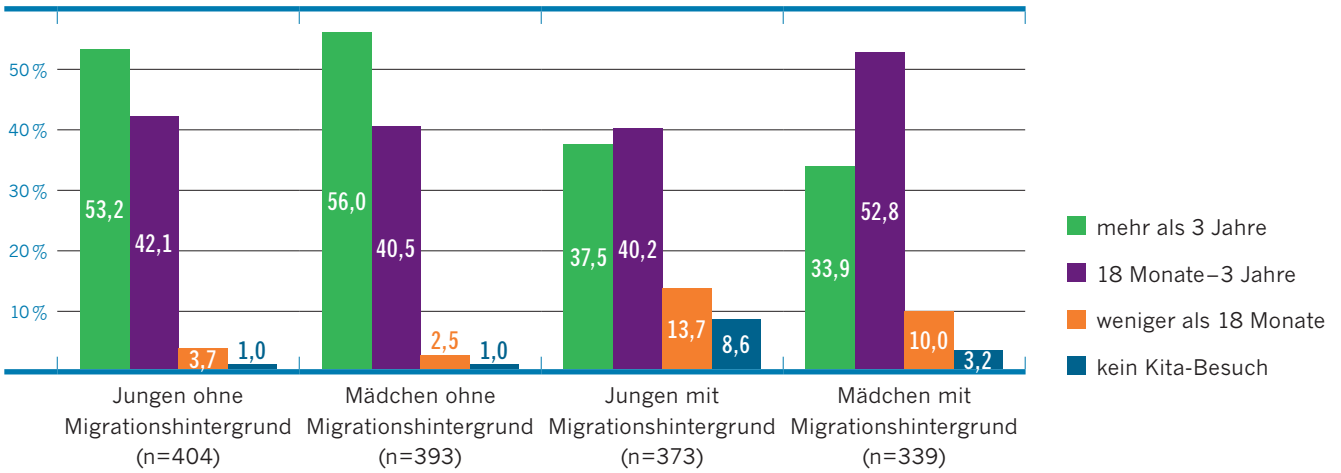
²⁵ Nachfolgend als Synonym zur Verweildauer in der Kindertagesbetreuung.

²⁶ Dabei können die Eltern Zeiträume von mehr als drei Jahren, 18 Monaten bis drei Jahren und weniger als 18 Monaten sowie keinen Kita-Besuch angeben.

²⁷ Hier sind nur die Herkunftsregionen mit Fallzahlen um n=100 aufgeführt.

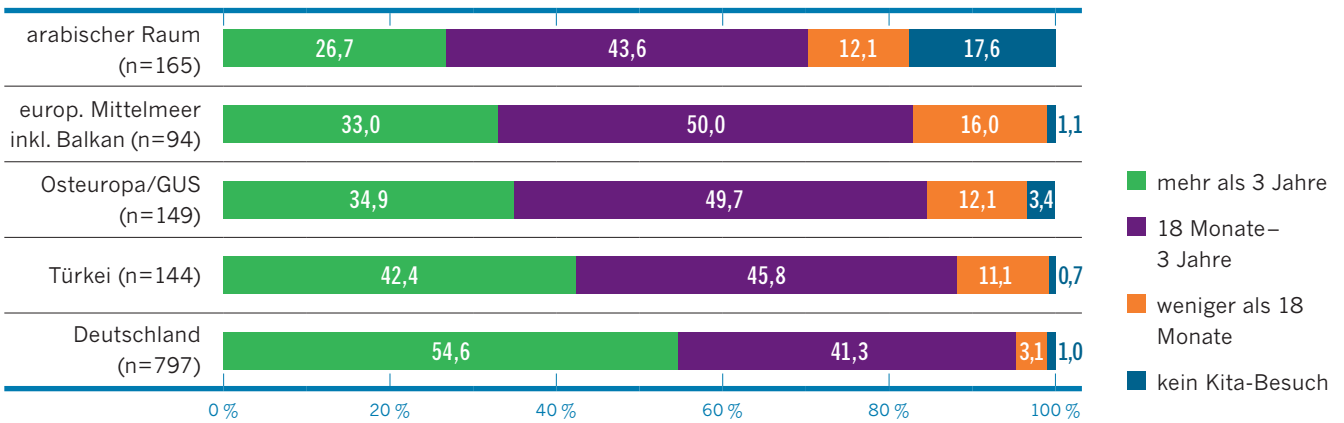
²⁸ In diesem Zusammenhang sind die Migrationsereignisse aus dem Sommer 2015 zu erwähnen, in deren Folge vermutlich auch viele Kinder (aus dem arabischen Raum) nach Deutschland kamen, die zuvor in ihren Heimatländern noch keine Kindertageseinrichtung besucht haben.

Abb. 14: Verweildauer in der Kindertageseinrichtung nach Geschlecht und Herkunft 2016



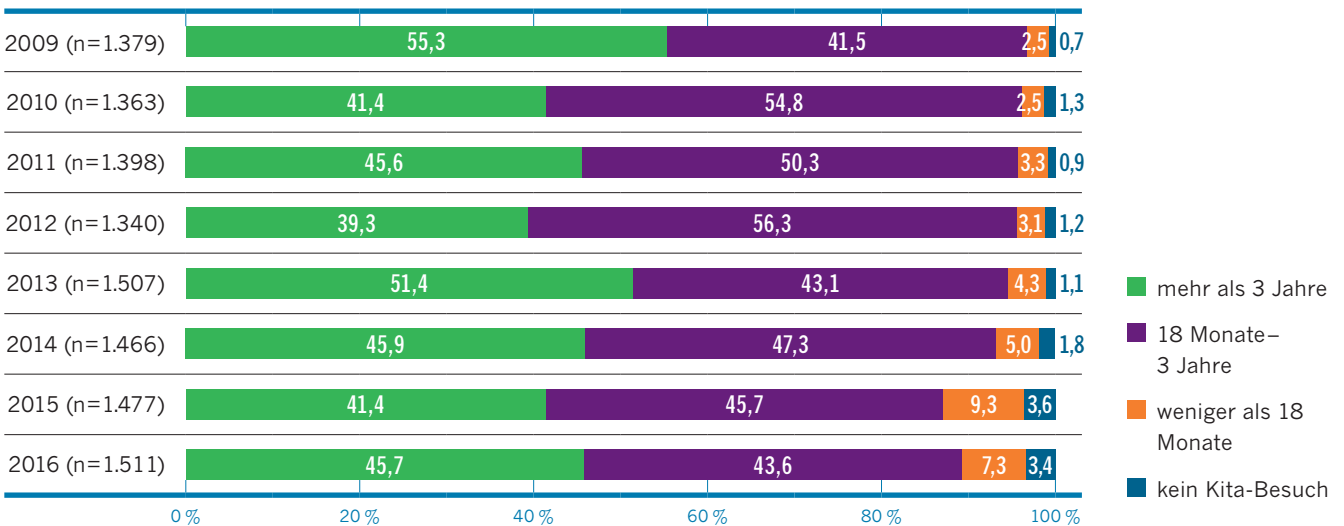
Quelle: Gesundheitsamt der Stadt Darmstadt und des Landkreises Darmstadt-Dieburg (Schuleingangsuntersuchung)

Abb. 15: Verweildauer in der Kindertageseinrichtung nach ausgewählten Herkunftsregionen 2016



Quelle: Gesundheitsamt der Stadt Darmstadt und des Landkreises Darmstadt-Dieburg (Schuleingangsuntersuchung)

Abb. 16: Verweildauer in der Kindertageseinrichtung im Zeitverlauf



Quelle: Gesundheitsamt der Stadt Darmstadt und des Landkreises Darmstadt-Dieburg (Schuleingangsuntersuchung)

Die prozentualen Anteile der einzelnen Kita-Besuchszeiträume schwanken im Laufe der Jahre, insbesondere bei den Slots von größer/gleich 18 Monaten (Abb. 16). Festzustellen ist zudem eine kontinuierliche Erhöhung der Anteile von Kindern, die weniger als 18 Monate (2009: 2,5 % → 2016: 7,3 %) sowie nie (2009: 0,7 % → 2016: 3,4 %) in der Kita betreut wurden.

2.5 Übergang Familie–U3

Eine Herausforderung für jede Betreuungssituation sind die sogenannten Übergänge. Die Aufnahme in eine Kindertagesstätte oder in die Tagespflege ist eine gravierende Veränderung der Lebensumwelt und stellt hohe Anforderungen an die Kinder und deren Eltern. Hierbei wird von Anfang an die Bildung einer Erziehungspartnerschaft angestrebt, die es den Eltern, den Einrichtungen und den Tagespflegestellten ermöglicht, sich über die Gestaltung des Übergangs auszutauschen. Die erfolgreiche Bewältigung von Übergängen ist als Prozess zu verstehen, der von Kindern, Eltern (abgebend) und Fachkräften (aufnehmend) gemeinsam und ko-konstruktiv begleitet werden sollte.

Damit Eltern und Kinder diese bedeutsame Phase erfolgreich bewältigen können, erfolgt in den Kindertageseinrichtungen und in der Tagespflege die Eingewöhnung der Kinder in Anlehnung an das sogenannten „*Berliner Modell*“. Es sieht eine schrittweise Eingewöhnungszeit vor, die individuell zwischen Eltern und Erzieher*innen abgesprochen wird. Die Eingewöhnung ist ein Prozess, auf den sich die Kinder unterschiedlich einlassen. Auf ihre jeweiligen Möglichkeiten wird eingegangen und in Elternrücksprachen die nächsten Schritte besprochen.

Hilfreich für Kinder sind auch Angebote, wie Schnuppernachmittage, die es v. a. im Kindergartenbereich gibt. Hier können erste Kontaktaufnahmen z. B. der U3-Kinder im Kindergarten erfolgen.

Es sind die individuellen Bedürfnisse des Kindes und der Eltern, die den Umfang der Eingewöhnung mitbestimmen. Die Eingewöhnung kann als gelungen und abgeschlossen gelten, wenn sich das Kind in Stresssituationen von einer Fachkraft beruhigen lässt und die Lernangebote der neuen Umgebung exploriert, für sich nutzt und mit Freude in die Kindertagesstätte oder zur Tagespflegeperson kommt.

Alltagsintegrierte sprachliche Bildung – Sprachkitas

Sprache stellt eine Schlüsselqualifikation für den schulischen und beruflichen Erfolg dar. Um die Sprachentwicklung aller Kinder in allen Altersstufen bestmöglich zu unterstützen und damit einen Beitrag für mehr Chancengleichheit zu leisten, beteiligt sich die Wissenschaftsstadt Darmstadt seit Januar 2016 mit 25 Kitas verschiedener Träger in zwei Förderwellen am vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderten Bundesprogramm „*Sprach-Kitas – weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist*“. Mit dem Programm werden insbesondere Kitas unterstützt, die von einem überdurchschnittlich hohen Anteil von Kindern mit besonderem sprachlichem Förderbedarf besucht werden. Ausgehend von der Erkenntnis, dass Kinder Sprache am besten erlernen, wenn sie interessiert und involviert sind, orientiert sich alltagsintegrierte sprachliche Bildung an den Kompetenzen der Kinder und ist immer eingebettet in für sie bedeutsame Handlungen. Es handelt sich somit nicht um ein pädagogisches Zusatzangebot, sondern um eine systematische und umfassende Begleitung und Anregung der Sprachentwicklung aller Kinder während des gesamten Kitaalltags. Eine zusätzliche, qualifizierte Fachkraft unterstützt die jeweiligen Einrichtungsteams dabei, alltägliche Routinesituationen sowie freie und geplante Spiel- und Bildungssituationen möglichst sprachenregend und sprachfördernd zu gestalten und die alltagsintegrierte sprachliche Bildung nachhaltig in der Einrichtungskonzeption zu verankern. Neben der sprachlichen Bildung stellt das Programm auch die Zusammenarbeit mit den Familien sowie die inklusive Pädagogik in den Fokus. Durch den Aufbau einer vertrauensvollen Beziehung mit den Familien unter Berücksichtigung individueller Bedarfe wird die Basis geschaffen, die Kinder ganzheitlich in ihrer Entwicklung zu begleiten.

3. Elternbildung/ Familienbildung

Aus der Perspektive des lebenslangen Lernens gilt die Familie als erster Bildungsort,²⁹ an dem Kinder von klein auf in ihrer Entwicklung gefördert und begleitet werden. Ein unterstützendes Elternhaus wird als ein entscheidender Faktor für gelingende Bildungsbiographien gewertet (vgl. Betz et al. 2017; Walper 2012). Entsprechend ist die Frage von Relevanz, wie die Bildungslandschaft Darmstadt zur Stärkung der Elternrolle aufgestellt ist.

In der Regel setzen Angebote der Familienbildung bereits in der Zeit der Schwangerschaft an. Das Hineinwachsen in die Elternrolle, die Stärkung der Elternkompetenz und das Leben im Familienverbund wird mit Angeboten der Familienbildung begleitet. Das Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) § 16 bildet die gesetzliche Grundlage der Familienbildungsarbeit (im SGB VIII), wobei Prävention, Alltagsorientierung, Partizipation und Integration als entscheidende Strukturprinzipien der Jugendhilfe betont werden. In Darmstadt sorgt das Familienzentrum mit seinem Bereich Familienbildung für ein derartiges Angebot (Kap. 3.1). Freie Träger ergänzen mit vielfältigen Bildungsangeboten die städtische Familienbildungslandschaft (Kap. 3.2).

3.1 Familienbildung im Familienzentrum der Wissenschaftsstadt Darmstadt

Neben den Möglichkeiten für Begegnung, Orientierung, Austausch und Integration stärkt das Familienzentrum mit seinen beiden Angeboten der Familienbildung und Erziehungsberatung (vgl. Kap. 7.1) die Erziehungskompetenz der Eltern und das Bild vom Kind. Alle Anstrengungen zielen darauf ab, Eltern in ihrer Rolle zu begleiten und damit die Entwicklungschancen von Darmstädter Kindern zu stärken.

Voraussetzung für Bildungsprozesse sind gute Bindungserfahrungen, die insbesondere im frühen Kindesalter grundgelegt werden – umso entscheidender ist die Begleitung familiärer Bindungsprozesse von Anfang an. Familienbildung leistet an dieser Stelle einen grundlegenden Beitrag durch Stärkung der Erziehungskraft und des Selbsthilfepotenzials der Eltern.

Die Bildungsarbeit in der Familienbildung ist im Wesentlichen gruppenpädagogisch ausgerichtet. Lernen voneinander und miteinander stellt den Dialog als Lernform in den Mittelpunkt. Generationsübergreifende Angebote sind ein besonderes Merkmal der Arbeit. Die Arbeit mit

den Eltern ist beginnend mit der ersten Familienphase langfristig angelegt und betrifft unter anderem auch die Begleitung von Übergängen in allen Lebensphasen.

Familienbildung ist in erster Linie Elternbildung, wenn gleich alle Familienmitglieder angesprochen sind, und versteht sich als Begleiterin eines aktiven Prozesses lernender Erwachsener. Die Einrichtung begleitet Menschen aller Altersstufen, in allen familiären Lebensformen und Lebensphasen bei ihren alltäglichen und besonderen Themen in Form von Kursangeboten, Gesprächskreisen und Beratungen. Sie fördert damit die Möglichkeit lebenslangen Lernens. Der Bereich Familienbildung arbeitet grundlegend mit einer inklusiven Haltung und richtet sein Angebot an alle Einwohner*innen unabhängig von Alter, Geschlecht, Religion, psychischer wie körperlicher

Tab. 2: Entwicklung der Teilnehmezahlen an Angeboten des Familienzentrums der Wissenschaftsstadt Darmstadt

Jahr	Teilnehmende im Bereich Familienbildung			
	gesamt	weiblich	männlich	Kinder
2007	13.116	7.235	776	5.105
2008	12.667	6.584	771	5.312
2009	12.257	6.655	751	4.851
2010	13.477	7.864	866	4.747
2011	13.215	7.430	875	4.910
2012	12.696	7.085	918	4.693
2013	14.799	7.382	949	6.468
2014	13.279	7.036	822	5.421
2015	13.506	6.974	957	5.575
2016	14.425	7.373	1.152	5.900

Quelle: Familienzentrum der Wissenschaftsstadt Darmstadt, Bereich Familienbildung, 2018

Gesundheit, sozialer Lage, Weltanschauung, Kultur und Nationalität. Einzelne Angebote werden im Kursprogramm der Familienbildung explizit als inklusive Angebote ausgeschrieben. Den Kursteilnehmenden entstehen Kosten in Form von Kursgebühren, die aber jederzeit aus verschiedenen Gründen ermäßigt werden können. Die Anzahl der Kursteilnehmenden ist in den letzten neun Jahren geringfügigen Schwankungen unterworfen und steigt seit 2014 stetig an (vgl. Tabelle 2).

²⁹ Hessisches Ministerium für Soziales und Integration/Hessisches Kultusministerium (Hrsg.) (2014): Bildung von Anfang an. Bildungs- und Erziehungsplan (BEP) für Kinder von 0 bis 10 Jahren in Hessen. Wiesbaden.

Mit seinen vier Außenstellen und Kooperationen mit KitaFAZ (Bessungen) und der Kita Thomasstraße bietet die Familienbildung der Wissenschaftsstadt Darmstadt ein stadtweit erreichbares Angebot für möglichst viele Eltern.

Im Fokus der Angebote der Familienbildung stehen vor allem Themen der frühkindlichen Bildung. Die Angebote basieren auf einer Komm-Struktur und richten sich mehrheitlich an Eltern vor der Geburt bis zur Einschulung.

3.2 Weitere Angebote im Bereich Familienbildung

In der Wissenschaftsstadt Darmstadt ist eine Vielzahl von freien Trägern im Bereich Bildung aktiv. Viele davon halten auch Angebote der Familienbildung vor. Im Folgenden werden einige von ihnen knapp vorgestellt, weiterführende Informationen sind auf den jeweiligen Projektseiten³⁰ sowie in den Zusatzinformationen online zu finden. Hierbei handelt es sich nur um eine beispielhafte Aufführung und keinen abschließenden Überblick.

Das interkulturelle Familienprogramm HIPPY (Home Instruction for Parents of Preschool Youngsters), durchgeführt vom DRK-Kreisverband Darmstadt-Stadt e.V., nimmt insbesondere die Bedarfe von neu zugewanderten Familien mit Flucht- oder Migrationshintergrund in den Blick. Mit dem Ziel, gute Voraussetzungen für einen gelingenden Schulstart zu schaffen, wird über die Dauer von zwei Jahren mit Familien mit Kindern im Vorschulalter niedrigschwellig und aufsuchend gearbeitet. Durch eine Kombination aus Hausbesuchen und Gruppentreffen werden sowohl Übungen und Material, aber auch eigene Möglichkeiten zur Förderung der kognitiven und sprachlichen Fähigkeiten von Kindern an die Eltern vermittelt. Somit werden das Elternselbstbewusstsein und die Eltern-Kind-Beziehung gestärkt.

Der Verein Menschenskinder – Werkstatt für Familienkultur e.V. bietet im Stadtteil Kranichstein niedrigschwellig einen offenen Begegnungsraum für Menschen aus dem Quartier und darüber hinaus. Mit einer Kombination aus offenen Angeboten und Angeboten mit fester Teilnahme können unterschiedliche Bedürfnisse der Besucher*innen abgedeckt werden. Im Vordergrund des vom Land anerkannten Familienzentrums steht das Miteinander. Neben einer integrativen Kindertagesstätte kann hier gleichermaßen Beratung in Anspruch genommen werden sowie die zwanglose Teilnahme am Fami-

liencafé. Seit 2011 unterstützt das Land Hessen die Etablierung von Familienzentren durch die Gewährung von Zuschussmitteln.³¹

Im Muckerhaus in Arheilgen wird mit Drop In(klusive) gemeinsam von Caritasverband Darmstadt e.V. und Diakonischem Werk Darmstadt-Dieburg ein offener, niedrigschwelliger Begegnungsort für Eltern von Kindern unter drei Jahren vorgehalten. In angenehmer Atmosphäre bei einem gemeinsamen Frühstück können sich Eltern untereinander austauschen und Anregungen zur Förderung ihrer Kinder sowie Informationen zu Bildungsprozessen von Kindern erhalten. Auch eine Beratung durch Sozialpädagog*innen bzw. Familienbegleiter*innen ist bei besonderen familiären Angelegenheiten hier möglich. Ideengeber und Förderer von Drop In ist die Karl Kübel Stiftung.

Das Mehrgenerationenhaus des Hausfrauenbunds Darmstadt e.V. ist wichtiger Anlaufpunkt für Familien im Martinsviertel. Hervorgegangen aus dem Mütterzentrum bietet es als Treffpunkt für Jung und Alt Raum für gemeinsame Aktivitäten. Offene Angebote sowie Angebote im Bereich Beratung, Bildung und Betreuung unterstützen ansässige Familien und werden unterschiedlichen Bedürfnissen gerecht. Die Stärkung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht dabei Hand in Hand mit dem nachbarschaftlichen Miteinander.

Mit dem Modellprojekt Elternempowerment setzen das Amt für Interkulturelles und Internationales der Wissenschaftsstadt Darmstadt und der Caritasverband Darmstadt e.V. auf die Stärkung von Eltern mit Migrationshintergrund durch die Unterstützung von Mentor*innen. Migrantenselbstorganisationen nehmen hierbei eine wichtige Schnittstellenfunktion als Quelle für Mentor*innen der Peer-Group ein. Neben der Unterstützung von Eltern durch Trainings und Gesprächskreise werden gemeinsam mit den kooperierenden Grundschulen Workshops zum interkulturellen Training durchgeführt. Im Zusammenspiel der beiden Bausteine wird auf ein besseres Miteinander abgezielt durch Stärkung der Elternpartizipation und -selbstorganisation sowie durch Unterstützung der interkulturellen Öffnung der Schulen.

³⁰ Links: <http://www.drk-darmstadt.de/angebote/sozialarbeit/migration-und-integration/hippy.html>; <http://www.menschenskinder-darmstadt.de/>; [http://www.muckerhaus.de/news/1/423802/nachrichten/neu-drop-in\(klusive\)-in-arheilgen.html](http://www.muckerhaus.de/news/1/423802/nachrichten/neu-drop-in(klusive)-in-arheilgen.html); <https://www.mehrgenerationenhaus-darmstadt.de/>

³¹ Weitere geförderte Familienzentren in Darmstadt: Kita Arheilger Strolche, Kinder- und Familienzentrum Ernst-Ludwig-Park, MGH Bensheim/Caritas-Zentrum Franziskushaus, Gemeinwesenarbeit Arheilgen Muckerhaus.

4. Übergang Kita–Grundschule

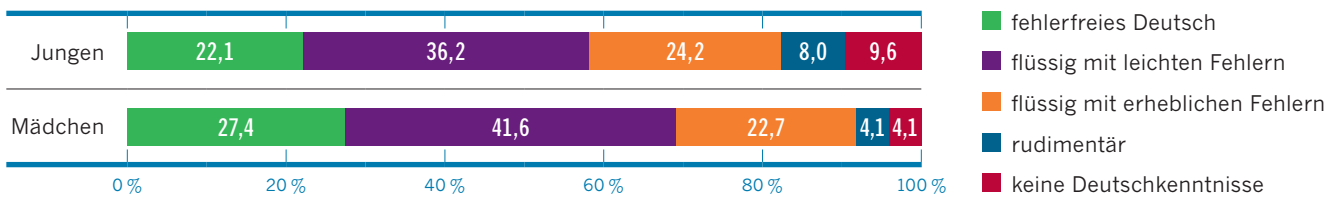
Übergänge sind für Menschen grundsätzlich mit Herausforderungen verbunden. Der Übergang von der Kindertagesstätte in die Grundschule stellt einen einschneidenden Moment in der Bildungsbiografie von Kindern dar und wird von den beteiligten Institutionen wie auch von den Eltern begleitet. Bei diesem Übergang spielt das Thema Sprache eine zentrale Rolle. Nur wenn Kinder die Landessprache beherrschen, können sie dem Unterricht folgen und sich sozial in die Klasse integrieren. Hier wird ein wichtiger Grundstein für Teilhabe an Bildung, dem gesellschaftlichen Leben sowie später der Integration am Arbeitsmarkt gelegt.

4.1 Sprachfeststellung

In der Schuleingangsuntersuchung werden u. a. die Deutschkenntnisse der Kinder mit Migrationshintergrund³² evaluiert.³³ Die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung aus dem Jahr 2016 zeigen, dass Mädchen tendenziell über bessere Deutschkenntnisse verfügen als Jungen (Abb. 17): Annähernd 70 % der Mädchen sprechen fehlerfrei bzw. flüssig mit leichten Fehlern deutsch, bei den Jungen sind es 58 %. Auch die Anteile der Jungen, die nur rudimentär deutsch sprechen (8 %) oder über keine Deutschkenntnisse (9,8 %) verfügen, liegen annähernd doppelt so hoch wie bei den Mädchen (jeweils 4,1 %).

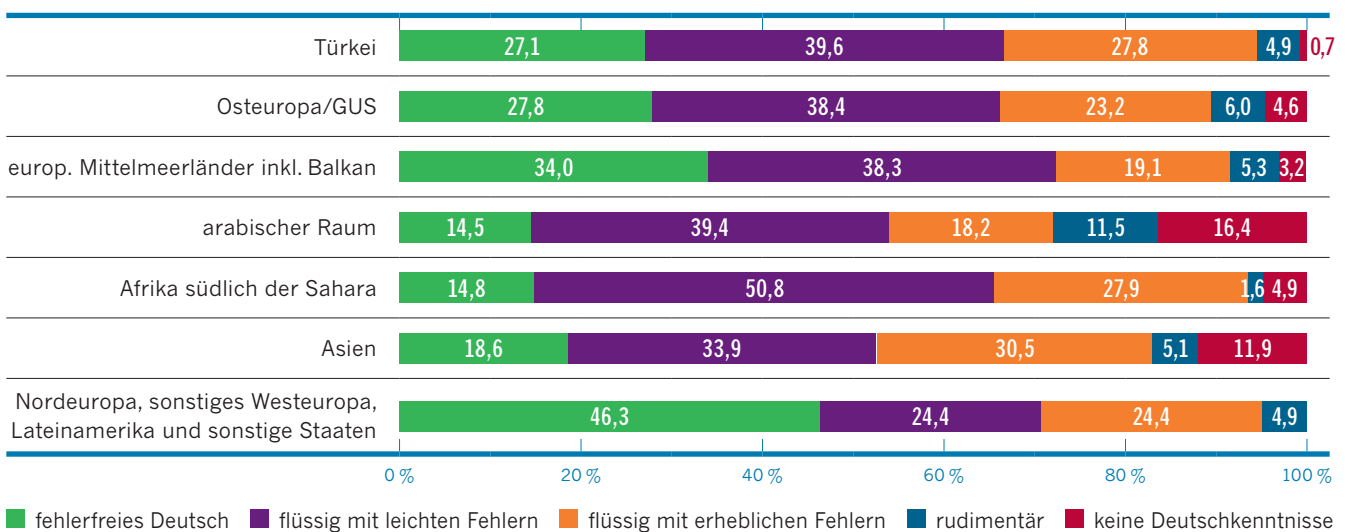
Wird nach der Herkunftsregion differenziert, fällt auf, dass die Kinder aus dem arabischen Raum einen hohen Anteil von Kindern mit keinen (16,4 %) oder rudimentären Deutschkenntnissen (11,5 %) aufweisen³⁴ (Abb. 18).

Abb. 17: Deutschkenntnisse von Kindern mit Migrationshintergrund nach Geschlecht 2016



Quelle: Gesundheitsamt der Stadt Darmstadt und des Landkreises Darmstadt-Dieburg (Schuleingangsuntersuchung)

Abb. 18: Deutschkenntnisse von Kindern mit Migrationshintergrund nach Herkunftsregion 2016

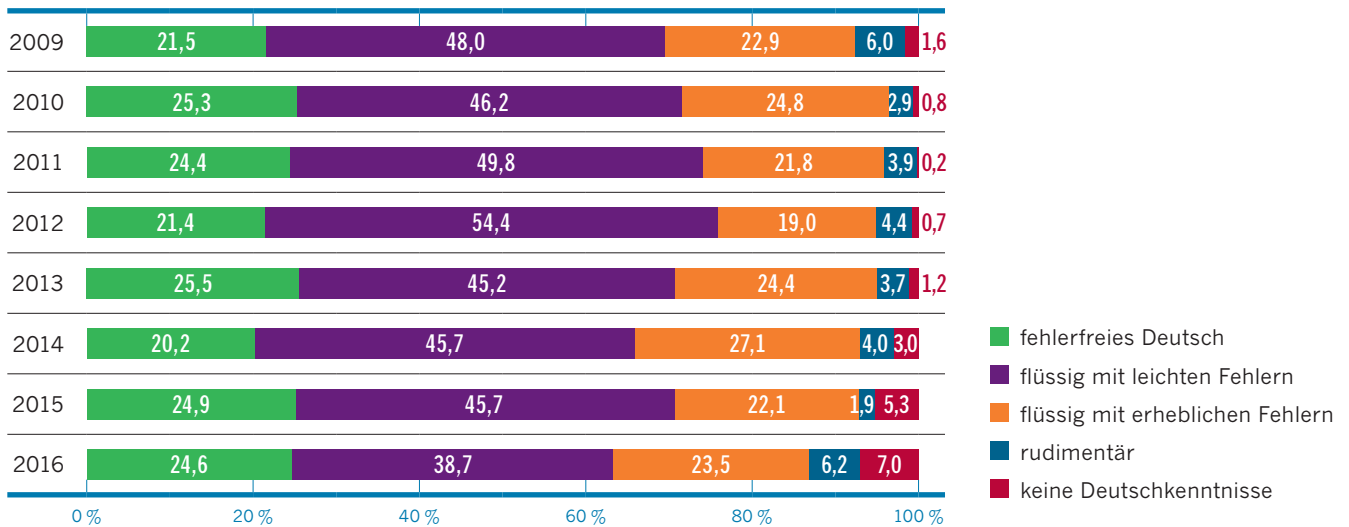


Quelle: Gesundheitsamt der Stadt Darmstadt und des Landkreises Darmstadt-Dieburg (Schuleingangsuntersuchung)

³² Die Sprachkenntnisse der Kinder ohne Migrationshintergrund werden nicht erhoben.

³³ Hierzu erfolgt eine Einstufung der untersuchenden Amtsärzt*innen in die fünf Kategorien „fehlerfreies Deutsch“, „flüssig mit leichten Fehlern“, „flüssig mit erheblichen Fehlern“, „rudimentär“ oder „keine Deutschkenntnisse“. Zum Erfassen der Deutschkenntnisse werden neben der Sprachkompetenz (Artikulation) auch die auditive Informationsverarbeitung, die Grammatik und der Wortschatz geprüft.

³⁴ Wie zuvor in Fußnote 28 aufgegriffen, können diese hohen Werte vermutlich auch auf die Migrationsereignisse mit vielen Geflüchteten aus dem Nahen Osten im Jahr 2015 zurückgeführt werden.

Abb. 19: Deutschkenntnisse der Kinder mit Migrationshintergrund im Jahresvergleich

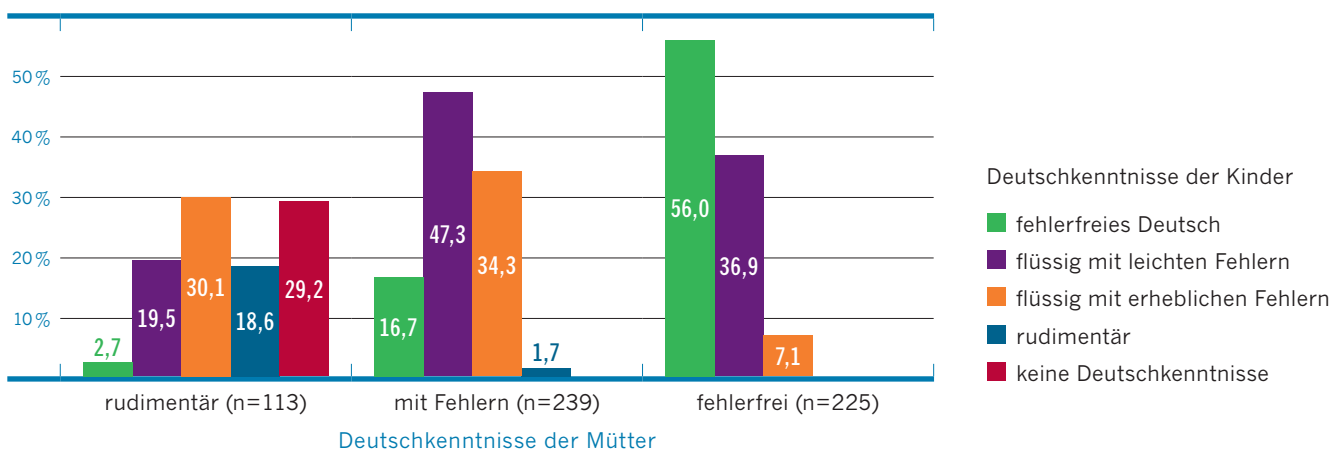
Quelle: Gesundheitsamt der Stadt Darmstadt und des Landkreises Darmstadt-Dieburg (Schuleingangsuntersuchung)

Auch Kinder aus der Herkunftsregion Asien³⁵ haben hier recht hohe Zahlen vorzuweisen (11,9 % bzw. 6,1 %). Dennoch sprechen, unabhängig von der Herkunftsregion, mehr als die Hälfte aller Kinder mit Migrationshintergrund flüssiges oder fehlerfreies Deutsch. Eine besonders hohe Deutschkompetenz zeigt sich bei den Kindern aus den Herkunftsregionen Nordeuropa, sonstiges Westeuropa, Lateinamerika und sonstige Staaten.

Im Jahresvergleich zeigen sich leichte Schwankungen bzgl. der Deutschkompetenz: So wurde stetig 60–70 %

der Kinder mit Migrationshintergrund ein fehlerfreies oder flüssiges Deutsch mit leichten Fehlern attestiert, wobei die Jahre 2011 und 2012 besonders hohe Werte aufweisen (Abb. 19). Seit dem Jahr 2014 ist allerdings ein Anstieg in den Kategorien rudimentär und keine Deutschkenntnisse zu verzeichnen.

Neben den Deutschkenntnissen der Kinder wird auch das Sprachniveau³⁶ der Mütter, die ihre Kinder häufig zur Schuleingangsuntersuchung begleiten, erfasst. Wie aus Abbildung 20 hervorgeht, sprechen Kinder mit Mi-

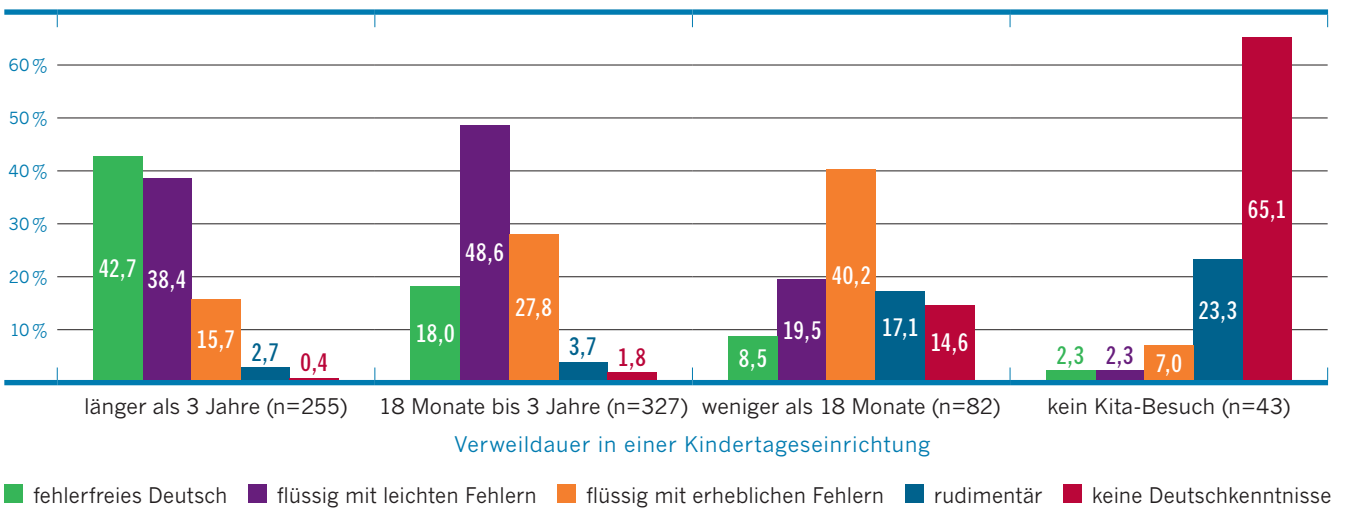
Abb. 20: Deutschkenntnisse von Kindern mit Migrationshintergrund in Abhängigkeit von den Deutschkenntnissen der Mütter 2016

Quelle: Gesundheitsamt der Stadt Darmstadt und des Landkreises Darmstadt-Dieburg (Schuleingangsuntersuchung)

³⁵ Im Jahr 2015 kamen neben zahlreichen Geflüchteten aus dem Nahen Osten auch verstärkt Afghan*innen nach Deutschland, die hier der Herkunftsregion Asien zugeordnet sind.

³⁶ Hier wird zwischen rudimentärem, fehlerhaftem oder fehlerfreiem Deutsch unterschieden. Allerdings wird das Sprachniveau nicht immer erfasst, sodass die Fallzahl niedriger als die Zahl der untersuchten Kinder ist.

Abb. 21: Deutschkenntnisse von Kindern mit Migrationshintergrund in Abhängigkeit von der Verweildauer in einer Kindertageseinrichtung 2016



Quelle: Gesundheitsamt der Stadt Darmstadt und des Landkreises Darmstadt-Dieburg (Schuleingangsuntersuchung)

grationshintergrund besonders häufig fehlerfreies bzw. flüssiges Deutsch, wenn bereits die Mutter fehlerfrei Deutsch spricht. Sobald die Mütter schlechtere Deutschkenntnisse vorweisen, nimmt auch bei den Kindern der Anteil der fehlerfreien und z. T. der flüssigen Sprachkompetenz ab, hingegen die der rudimentären oder fehlenden Deutschkenntnis zu.

Oftmals wird von einem positiven Zusammenhang zwischen der Verweildauer in einer Kindertageseinrichtung und der Deutschkompetenz der Kinder ausgegangen. Dieses Phänomen ist auch in Darmstadt zu erkennen, wie aus Abbildung 21 hervorgeht. Je länger die Kinder eine Kindertageseinrichtung besuchten, desto höher ist der Anteil derer, die flüssiges oder fehlerfreies Deutsch sprechen. Umso häufiger weisen Kinder keine oder nur rudimentäre Deutschkenntnisse auf, wenn sie für einen kürzeren Zeitraum oder gar nicht in einer Kindertageseinrichtung betreut wurden.³⁷

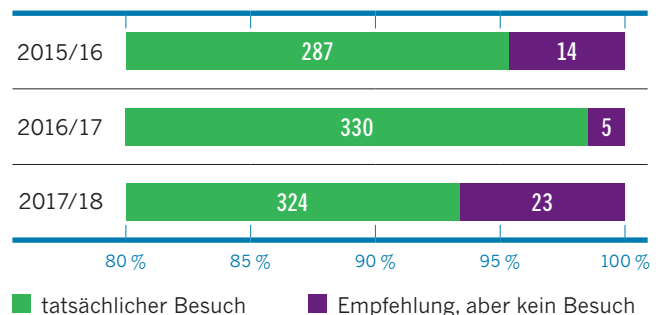
4.2 Sprachförderung für Vorschulkinder: Vorlaufkurse

Vorlaufkurse sind ein fester Bestandteil des landesweiten Hessischen Gesamtsprachförderkonzepts und stellen ein freiwilliges Angebot für Kinder dar, die bei der Anmeldung zur Einschulung nicht über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen. Die Kurse haben das Ziel, die sprachliche Ausdrucksfähigkeit der Kinder in Deutsch zu erweitern und ihnen einen guten Start in der Schule zu ermöglichen. In enger Zusammenarbeit mit

der Kindertagesbetreuung finden die Vorlaufkurse über einen Zeitraum von zwölf Monaten in den Gebäuden der Grundschulen und/oder Kindertageseinrichtungen statt.

In den Schuljahren 2016/17 und 2017/18 wurden jeweils 40 Vorlaufkurse im Stadtgebiet Darmstadts angeboten. Im Jahr zuvor waren es zwei Vorlaufkurse weniger. Das Gros (62,5 %) der Kurse fand im Jahr 2017/18 in Schulgebäuden, 37,5 % hingegen in Räumen von Kindertageseinrichtungen statt. Der Transfer zum Vorlaufkurs ist von den Eltern zu organisieren. Auch in den Schuljahren zuvor ist eine ähnliche Verteilung auf Schulen und Kitas auszumachen. Zudem wurde ein Vorlaufkurs in sowohl einer Kita als auch einer Schule abgehalten.

Abb. 22: Empfehlung und tatsächlicher Besuch von Vorlaufkursen



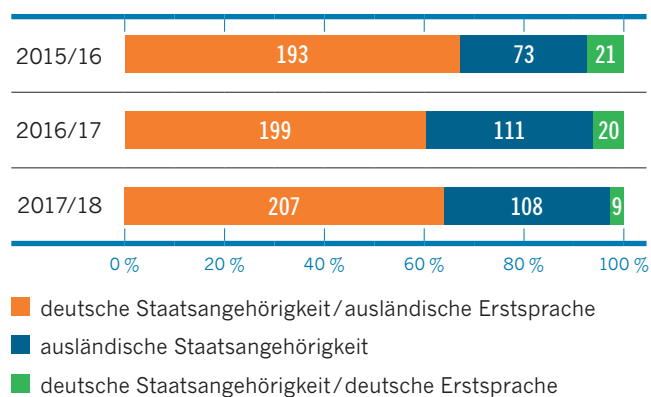
Quelle: Staatliches Schulamt für den Landkreis Darmstadt-Dieburg und die Stadt Darmstadt

³⁷ Allerdings ist hier zu beachten, dass der Zuzug von manchen Kindern nach Deutschland erst relativ spät erfolgte, sodass hier eine längere Betreuungszeit gar nicht möglich ist.

Wie bereits die leicht erhöhte Anzahl der Vorlaufkurse andeutet, nahm in den letzten beiden Schuljahren die Anzahl der Kinder zu, die an einem Vorlaufkurs teilgenommen haben. Waren es im Jahr 2015/16 noch 287 Kinder, stieg die Zahl ein Jahr später auf 330 Kinder – ein Plus von 15 %. Im Jahr 2017/18 besuchten 324 Kinder einen Vorlaufkurs, wenngleich 347 Kindern die Teilnahme empfohlen worden war (Abb. 22). Zurückzuführen ist diese vergleichbar niedrige Quote von 93,4 % – in den Vorjahren lag sie bei 95,3 % (2015/16) und 98,5 % (2016/17) – auf die Quote der hier erstmals aufgeführten Seiteneinsteiger*innen von 76,5 %. Während bei den regulären Teilnehmer*innen 15 der Empfehlung nicht gefolgt sind, waren es bei den Seiteneinsteiger*innen acht von 34.

Weiterhin werden auch die Nationalität und die Erstsprache der Kinder, die an den Vorlaufkursen teilnehmen, erfasst. Wie Abbildung 23 zu entnehmen ist, hat die Anzahl der Kinder mit deutscher Staatsangehörigkeit und ausländischer Erstsprache leicht, die mit ausländischer

Abb. 23: Nationalität der Kinder in den Vorlaufkursen



Quelle: Staatliches Schulamt für den Landkreis Darmstadt-Dieburg und die Stadt Darmstadt

Staatsangehörigkeit stark zugenommen – ein Anstieg von 73 im Jahr 2015/16 auf 111 im Jahr 2016/17. Im Schuljahr 2017/18 hat sich die Zahl der Kinder mit deutscher Staatsangehörigkeit und deutscher Erstsprache, die nur in Ausnahmefällen in die Vorlaufkurse aufgenommen werden, zu den Vorjahren mehr als halbiert.

Während 2015/16 die ausländischen Kinder zu größeren Teilen noch Wurzeln in den Zuwanderungsländern Polen (7 Kinder) und der Türkei (7) aufweisen, nehmen 2016/17 erstmals syrische Kinder (11) das Angebot wahr. Weitere Hauptherkunftsländer 2016/17 waren, wie zuvor, die bekannten Zuwanderungsnationen Türkei (10),

Polen (8) und Marokko (7), verstärkt aber auch die EU-2-Staaten Rumänien (10) und Bulgarien (10). Im Schuljahr 2017/18 treten erstmals Seiteneinsteiger*innen mit afghanischer (11) und syrischer (20) Staatsangehörigkeit auf. Weiterhin gehören auch Kinder aus der Türkei (9), Polen (8) und Spanien (7) zu den Teilnehmer*innen an Vorlaufkursen.

4.3 Übergangskonzepte Kita – Grundschule

Um Kinder mit dem Übergang in eine neue Lebensphase wachsen zu lassen, ist es ein Ziel, eine engere Verzahnung zwischen Elementar- und Primarbereich zu entwickeln und zu festigen. Solche Verzahnungen beziehen sich auf die Ebenen

- ▶ der kindlichen Raum-, Zeit-, Erlebnis- und Personenerfahrungen,
- ▶ der Regelmäßigkeit gemeinsamen professionellen Handelns von Erzieher*innen und Grundschullehrer*innen,
- ▶ der pädagogischen Leitvorstellungen von Erzieher*innen und Lehrer*innen,
- ▶ der Regelmäßigkeit und Abgestimmtheit der Kommunikation von Kindergarten, Eltern und Schule.

In Darmstadt gibt es regelhaft Kooperationsmodelle zwischen Kindertagesstätten und Grundschulen. Die Modelle unterscheiden sich voneinander, da das Einzugsgebiet der Schulen sehr unterschiedlich ist. Es gibt in allen Kitas eine Gestaltung dieser Übergänge – im Rahmen der Kooperation zwischen Kindertagesstätte und Schule wird z. B. gemeinsam ein „Kennenlerntag“ vorbereitet und durchgeführt.

Die Kindertagesstätten bieten im letzten Kindergartenjahr spezifische Angebote für die künftigen Schulkinder an. Die Kitas haben Ansprechpartner*innen in den Schulen und sind z. T. in das Aufnahmeverfahren eingebunden. Es finden Besuche der „Vorschulkinder“ an den jeweiligen Grundschulen statt, manchmal gibt es schon kleine „Lernveranstaltungen“.

Mit Einverständnis der Eltern können den Schulen besondere Bedarfe von Kindern mitgeteilt werden. Nach der Einschulung erfolgt in der Regel mindestens ein weiteres Arbeitstreffen zwischen Kita und Grundschule zum Austausch über den Schulstart.

4.4 Beratungs- und Förderzentren

Einen wichtigen Baustein in der Bildungslandschaft der Wissenschaftsstadt Darmstadt stellen die Beratungs- und Förderzentren dar – zum einen das BFZ Nord an der Ernst-Elias-Niebergall-Schule, zum anderen das BFZ Süd an der Herderschule. In ihrer regionalen Zuständigkeit sind beide Zentren für die präventive Arbeit (vorbeugende Maßnahmen) an den Grundschulen und Sekundarstufen I der Stadt sowie für die inklusive Beschulung (s. Kap. 5.4 und 10.3) zuständig und verantwortlich. Hierbei stehen die Förderschwerpunkte emotional-soziale Entwicklung, Lernen und Sprache im Vordergrund dieser Aufträge.

Das überregionale sonderpädagogische Beratungs- und Förderzentrum (üBFZ) an der Christoph-Graupner-Schule ergänzt dieses Angebot um den Förderschwerpunkt körperlich-motorische Entwicklung. Außerdem steht dieses Zentrum in allen Fragen zum Förderschwerpunkt geistige Entwicklung als Ansprechpartner zur Verfügung.

Eltern können sich entsprechend der Förderschwerpunkte und regionalen Zuständigkeiten und/oder im Rahmen einer Schullaufbahnberatung direkt an diese Zentren wenden. In der Regel greifen jedoch die Schulen als Fördermaßnahme auf diese Angebote zurück.

Inklusive Schulbündnisse

Die Wissenschaftsstadt Darmstadt wurde zum Schuljahr 2016/17 vom Hessischen Kultusministerium als eine von fünf Modellregionen zur Einführung regionaler „inklusive Schulbündnisse (iSB)“ ausgewählt. Ein „inklusive Schulbündnis“ setzt sich aus den allgemeinen Schulen, der bzw. den Förderschulen sowie regionalen Beratungs- und Förderzentren (BFZ) in einer bestimmten Region zusammen. Analog zu den beiden BFZ Nord und Süd gibt es daher in Darmstadt auch zwei entsprechende „inklusive Schulbündnisse“ (Tab. 3).

Ziel dieser inklusiven Schulbündnisse ist es, durch eine flexible Verteilung der sonderpädagogischen Lehrer*innenstellen auf die inklusive Beschulung an den allgemeinbildenden Schulen und auf die Förderschulen die Wahlfreiheit von Eltern effektiver zu gestalten.

Tab. 3: Schulen in inklusiven Schulbündnissen in Darmstadt

Schulbündnis Nord

Grundschulen	Astrid-Lindgren-Schule Christian Morgenstern-Schule Elly-Heuss-Knapp-Schule Erich Kästner-Schule Georg-August-Zinn-Schule Goetheschule Heinrich-Hoffmann-Schule Schillerschule Wilhelm-Busch-Schule
Sekundarstufe I	Bernhard-Adelung-Schule Erich Kästner-Schule Stadtteilschule Arheilgen
Gymnasien	Justus-Liebig-Schule Eleonorenschule Ludwig-Georgs-Gymnasium
Förderschulen	Beratungs- und Förderzentrum Nord Ernst-Elias-Niebergall-Schule Christoph-Graupner-Schule

Schulbündnis Süd

Grundschulen	Andersenschule Bessunger Schule Frankensteinschule Friedrich-Ebert-Schule Heinrich-Heine-Schule Käthe-Kollwitz-Schule Ludwig-Schwamb-Schule Mornewegschule Wilhelm-Hauff-Schule
Sekundarstufe I	Gutenbergschule Mornewegschule Wilhelm-Leuschner-Schule
Gymnasien	Georg-Büchner-Schule Lichtenbergschule Viktoriaschule
Förderschulen	Beratungs- und Förderzentrum Süd Herderschule mit Mühlhalschule Christoph-Graupner-Schule

Quelle: Hessisches Kultusministerium

Sport und Bildung

Bewegung und Spiel sind grundlegende Voraussetzungen von kindlichem Lernen und Begreifen. Einerseits dosierte, andererseits vielfältige Reizsetzungen und altersspezifisches Training finden im sportlichen Kontext und in Sportorganisationen statt. Sportliches Engagement fördert Kreativität, Teamfähigkeit, aber auch Toleranz, Konfliktfähigkeit und Grenzerfahrungen und leistet einen wichtigen Beitrag zum Erlernen sozialer Kompetenz und demokratischer Prinzipien. Altersgerechte Sport- und Bewegungsangebote bilden weiterhin die Basis einer stabilen Gesundheit und einer gesunden Selbstverantwortung. Dies gilt für das Erlernen unterschiedlicher Bewegungsformen und Sportarten genauso wie bei festgestellten Bedarfen spezieller (psycho-)motorischer Förderungen. Somit trägt Sport zur Persönlichkeitsentwicklung bei und ist daher eine wichtige Form von Bildung.

B Mittleres Kindesalter bis zum Eintritt in die Sekundarstufe

Die Schule gilt nach wie vor als der zentrale Bildungs-ort. Mit dem Eintritt in die Schule treten Kinder in den Bereich der formalen Bildung ein.³⁸ Schule ist dabei jedoch nicht nur Lern-, sondern gleichermaßen Lebensort für Kinder, in dem sie wichtige Erfahrungen zum gesellschaftlichen Miteinander sammeln. Auch in dieser Lebensphase können Eltern und Kinder Unterstützung von verschiedenen Seiten erfahren, um unterschiedlichste Herausforderungen meistern zu können.

In den folgenden Abschnitten werden Bildung an Grundschulen (Kap. 5), Formen der Ganztagsbetreuung in Schule und Hort (Kap. 6), Unterstützungs-, Begleitungs- und Hilfeangebote außerhalb der Familie (Kap. 7), Schulsozialarbeit (Kap. 8) sowie der Übergang von der Grundschule in die weiterführende Schule (Kap. 9) beschrieben.

5. Bildung in der Primarstufe

Die allgemeinbildende Schule stellt nach der Kindertageseinrichtung die zweite und – vor dem Hintergrund der Schulpflicht sowie der Dauer der schulischen Ausbildung – die zentrale institutionalisierte Bildungseinrichtung für Kinder dar. Das Land Hessen ist für die „inneren Schulangelegenheiten“ zuständig und entsendet Lehrer*innen, entscheidet über Unterrichtsinhalte oder die Zulassung von Schulformen etc. Für die „äußeren Schulangelegenheiten“ fungieren hingegen die Kommunen als Schulträger und sorgen für Neubau, Gebäudeinstandhaltung und Ausstattung der Schulen oder auch die Besetzung der Schulsekretariate. Neben den von der Wissenschaftsstadt Darmstadt verwalteten öffentlichen Schulen befinden sich im Stadtgebiet diverse Schulen in privater Trägerschaft.

Im Stadtgebiet Darmstadt wird an 28 allgemeinbildenden Schulen Unterricht in der Primarstufe³⁹ angeboten. Neben den 17 reinen Grundschulen (davon ein privater Träger) findet an allen vier öffentlichen Förderschulen und vier integrierten Gesamtschulen (davon zwei private Träger) Unterricht in den Klassenstufen 1–4 sowie ggf. in Eingangsstufen und Vorklassen statt.⁴⁰ Zudem weisen private Träger Primarstufen in Kombination mit den

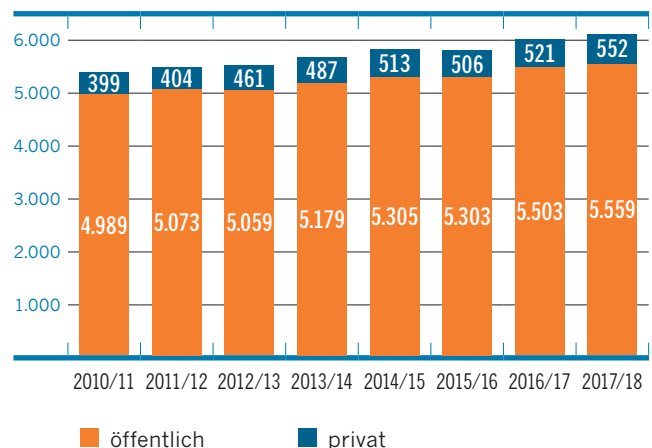
Schulformen Gymnasium (ein Träger) sowie Realschule und Gymnasium (zwei Träger) auf.

In der Grundschule bzw. der Primarstufe werden alle Kinder des Schulbezirks gemeinsam unterrichtet, ehe sie in der Regel nach der vierten Klasse auf das mehrgliedrige Schulsystem aufgeteilt werden. Nach dem Prinzip „Kurze Beine, kurze Wege“ wird Kindern eine wohnortnahe Grundschule bzw. Grundstufe zugewiesen. Im Rahmen von Gestattungen⁴¹ oder dem Besuch einer privaten Schule kann jedoch davon abgewichen werden.

5.1 Schüler*innen und Pendler*innen in der Primarstufe

Im Schuljahr 2017/18 wurden 6.111 Schüler*innen⁴² im Stadtgebiet Darmstadt in der Primarstufe beschult, davon 552 Schüler*innen und somit 9 % der Schüler*innenschaft in der Primarstufe an Privatschulen. Wie auch aus Abbildung 24 hervorgeht, hat die Anzahl der Schüler*innen in der Primarstufe sowohl in den öffentlichen als auch in den privaten Schulen im Laufe der Jahre zugenommen: ein Plus von 11,4 % bei öffentlichen und 38,3 % bei privaten Schulen seit dem Schuljahr 2010/11.

Abb. 24: Entwicklung der Schüler*innenzahlen in der Primarstufe an allgemeinbildenden Schulen in Darmstadt



Quelle: LUSD

³⁸ Zur Abgrenzung der unterschiedlichen Lernformen vgl. Einleitung.

³⁹ Die Primarstufe umfasst die Klassenstufen von 1–4 sowie ggf. Eingangsstufen oder Vorklassen und schließt sowohl reine Grundschulen (die einzig diese Klassenstufen anbieten) als auch Schultypen wie beispielsweise Förderschulen oder integrierte Gesamtschulen mit Grundstufe (Stufen 1–4 mit ggf. Eingangsstufe oder Vorklasse) ein.

⁴⁰ Eine Auflistung der einzelnen Schulen liegt im Datenreport der Abteilung Statistik und Stadtforschung der Wissenschaftsstadt Darmstadt vor.

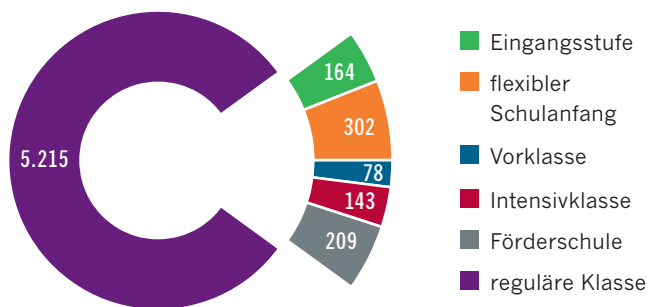
⁴¹ Unter Angabe von wichtigen Gründen kann das Staatliche Schulamt in Benehmen mit dem Schulträger Kindern den Besuch einer anderen Grundschule als der örtlich zuständigen gestatten.

⁴² Diese Zahlen umfassen auch Seiteneinsteiger*innen in den Intensivklassen, sofern diese eindeutig einer Grundschule oder Grundstufe zuzuordnen sind.

Die Primarstufe umfasst nicht nur alle regulären Klassen von 1 bis 4 an Regelschulen⁴³, sondern bietet auch Raum für Konzepte wie Eingangsstufe, flexiblen Schulanfang und Vorklasse⁴⁴ und beinhaltet zudem die Grundstufe an Förderschulen sowie Intensivklassen (Abb. 25). So besuchen rund 85 % (5.215) der Schüler*innen eine reguläre Klasse an einer Regelschule, 5 % (302) den flexiblen Schulanfang und 4 % (209) die Grundstufe einer Förderschule.

Wird die Schüler*innenschaft nach Schulträgern differenziert, so fällt auf, dass im Schuljahr 2017/18 annähernd 90 % der Schüler*innen an privaten Schulen keinen Migrationshintergrund aufweisen, bei öffentlichen

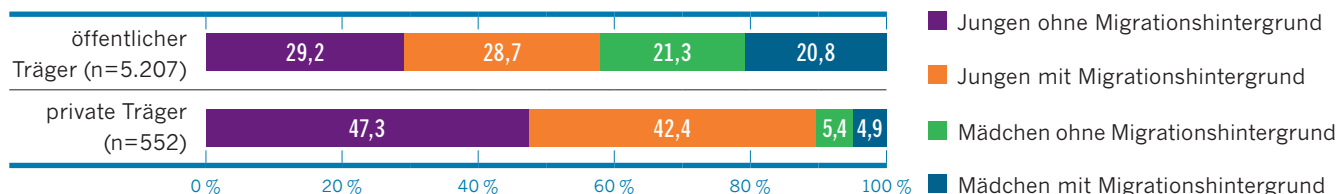
Abb. 25: Schüler*innen in der Primarstufe 2017/18



Quelle: LUSD

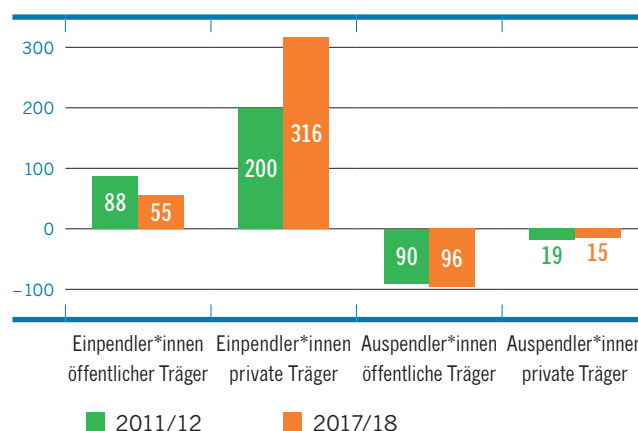
Schulen hingegen nur 58 %⁴⁵ (Abb. 26). Ein ebenfalls stark unterschiedliches Bild ergibt sich bei der Betrachtung der Staatsangehörigkeiten: Während an öffentlichen Schulen 12,7 % eine ausländische Staatsangehörigkeit haben, sind es bei privaten nur 1,6 %. Zudem ist an Privatschulen ein leicht erhöhter Jungenanteil auszumachen – 52,7 % zu 50,7 % im Durchschnitt der Primarstufe.

Abb. 26: Schüler*innenschaft an öffentlichen und privaten Schulen in der Primarstufe 2017/18 nach Geschlecht und Migrationshintergrund



Quelle: LUSD

Abb. 27: Bildungspendler*innen in der Primarstufe – aus der Sicht Darmstadts



Quelle: LUSD

Einige Schüler*innen besuchen in der Primarstufe jedoch nicht die ihnen zugewiesene Grundschule oder Grundstufe und wählen teilweise sogar Schulen in anderen Städten und Landkreisen. Auch in Darmstadt lassen sich einige Bildungspendler*innen ausmachen – Darmstädter Schüler*innen, die in anderen Kommunen Schulen besuchen (Auspendler*innen) und Schüler*innen aus anderen Städten und Landkreisen, die in Darmstadt zur Schule gehen (Einpendler*innen). Wenngleich im Bereich der Primarstufe weitaus weniger Bildungspendler*innen als in den Sekundarstufen I und II zu zählen sind, so summierten sich die Einpendler*innen im Schuljahr 2017/18 auf 371 und die Auspendler*innen auf 111. In Abbildung 27 sind die Bildungspendler*innen in der Primarstufe in den Jahren 2011/12 und 2017/18 exemplarisch dargestellt, bilden sie doch den generellen Trend der letzten Jahre gut ab. So nahm die Zahl der Einpendler*innen an öffentlichen Schulen tendenziell ab (von 88 auf 55 Schüler*innen und somit –37,5 % zwischen 2011/12 und 2017/18), während die der Einpendler*innen an priva-

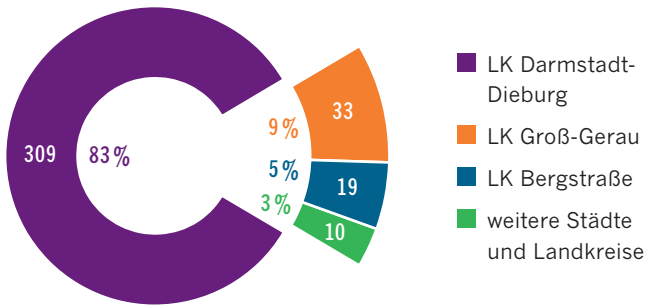
⁴³ Regelschulen umfassen alle allgemeinbildenden Schulen bis auf Förderschulen.

⁴⁴ In Kap. 5.2 wird genauer auf Eingangsstufe, flexiblen Schulanfang und Vorklasse eingegangen.

⁴⁵ Hier wurden beim öffentlichen Träger die Schüler*innen der Förderschulen und Intensivklassen nicht berücksichtigt, da es keine Pendanten auf privater Seite gibt und die Verhältnisse entsprechend verzerrt würden. Sonach kommt es zu niedrigeren Fallzahlen.

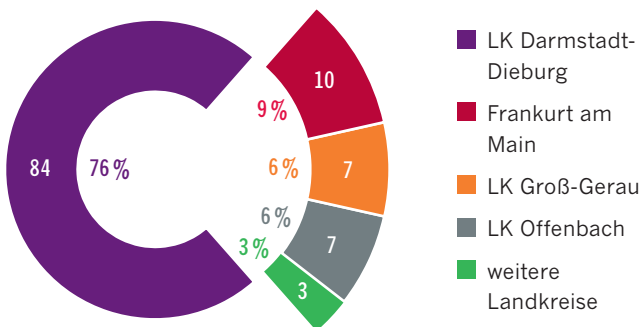
ten Schulen stark gestiegen ist (von 200 auf 316 Schüler*innen und somit +58 %). Hingegen werden bei den Auspendler*innen die privaten Schulen weiterhin selten

Abb. 28: Herkunftsregion der Einpendler*innen in der Primarstufe 2017/18



Quelle: LUSD

Abb. 29: Zielregion der Auspendler*innen in der Primarstufe 2017/18



Quelle: LUSD

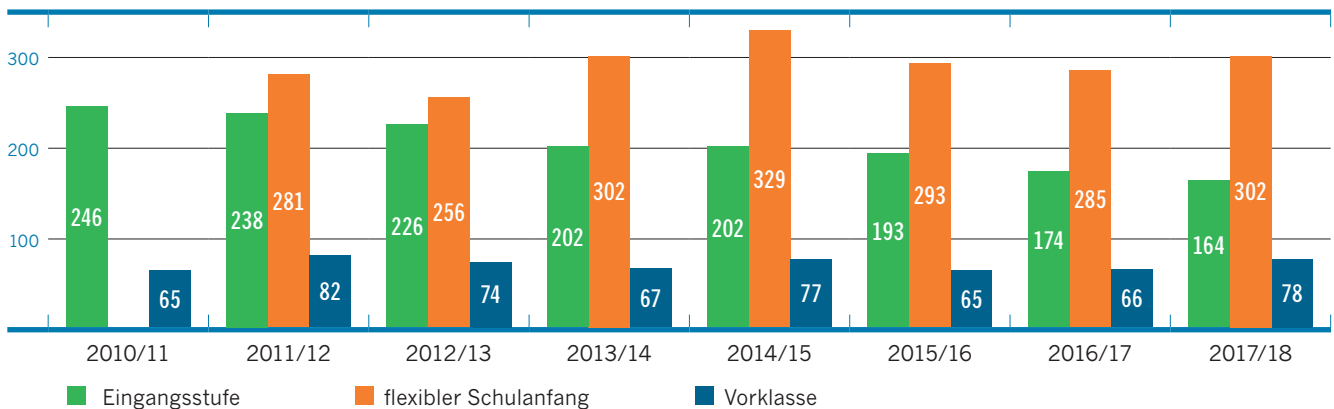
gewählt und auch im Bereich der Auspendler*innen an öffentliche Schulen stagniert die Zahl. So weist Darmstadt einen positiven Bildungspendler*innensaldo von 260 in der Primarstufe auf, wobei der Pendler*innensaldo im Bereich der öffentlichen Schulen negativ ist. Mehr als ein Viertel der auspendelnden Schüler*innen hat die Grundstufe einer Förderschule gewählt (2011/12: 35,8 %; 2017/18: 26,1 %). Bei den Einpendler*innen spielt dieser Schultyp wiederum eine weniger wichtige Rolle (2011/12: 12,8 %; 2017/18: 4,3 %) ⁴⁶.

Der Landkreis Darmstadt-Dieburg stellt, wie aus den Abbildungen 28 und 29 hervorgeht, das Gros der Einpendler*innen und ist zugleich Hauptzielgebiet der Auspendler*innen im Schuljahr 2017/18. Rund 83 % (309) der Einpendler*innen kommen aus dem Landkreis Darmstadt-Dieburg, weitere 9 % (33) aus dem Landkreis Groß-Gerau sowie 5 % (19) aus dem Landkreis Bergstraße. Demgegenüber besuchen 76 % (84) der Auspendler*innen Schulen im Landkreis Darmstadt-Dieburg, wählen aber auch Schulen in Frankfurt (10) sowie den Landkreisen Groß-Gerau und Offenbach (jeweils 7).

5.2 Vorklasse, flexibler Schulanfang und Eingangsstufe

Wie bereits erwähnt, werden in der Primarstufe neben den regulären Klassen auch die Schulformen Vorklasse, Eingangsstufe und flexibler Schulanfang ⁴⁷ angeboten. Wie aus Abbildung 30 hervorgeht, hat die Anzahl der Schüler*innen, die die Eingangsstufe besuchen, im Laufe der Jahre abgenommen. ⁴⁸ Waren es im Jahr 2010/11

Abb. 30: Schüler*innen in Eingangsstufe, flexiblem Schulanfang und Vorklasse



Quelle: LUSD

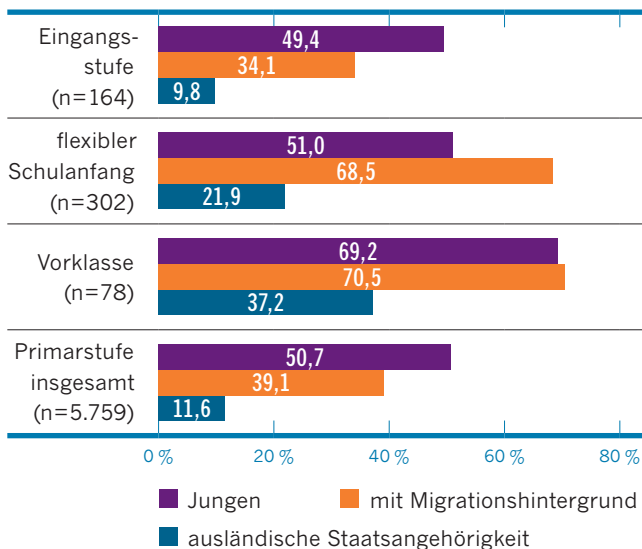
⁴⁶ So erklärt sich der Rückgang der Einpendler*innen an öffentlichen Schulen zu großen Teilen mit der Abnahme der Einpendler*innen an Darmstädter Förderschulen.

⁴⁷ Zur Definition von Vorklasse, Eingangsstufe und flexiblem Schulanfang siehe Glossar.

⁴⁸ Obgleich in dem Diagramm für das Schuljahr 2010/11 keine Schüler*innen für den flexiblen Schulanfang ausgewiesen sind, hat an der Erich Kästner-Grundschule Unterricht in den Klassenstufen 1 und 2 stattgefunden. In der LUSD ist dieser Unterricht jedoch nicht als flexibler Schulanfang vermerkt. Da das Konzept des flexiblen Schulanfangs an der Erich Kästner-Grundschule schon seit dem Jahr 2006/07 angeboten wird, liegt die Vermutung nahe, dass hier ein Datenfehler in der LUSD vorliegt.

noch 246 Schüler*innen, besuchten 2017/18 nur noch 164 die Eingangsstufe. Die Werte zum flexiblen Schulanfang spiegeln die Anzahl der Schüler*innen in den Klassenstufen 1 und 2 an der Erich Kästner-Gesamtschule wider, da einzig hier dieses Konzept und ohne Alternative angeboten wird. Die Anzahl der Schüler*innen in dieser

Abb. 31: Schüler*innenschaft in Eingangsstufe, flexiblem Schulanfang und Vorklasse 2017/18



Quelle: LUSD

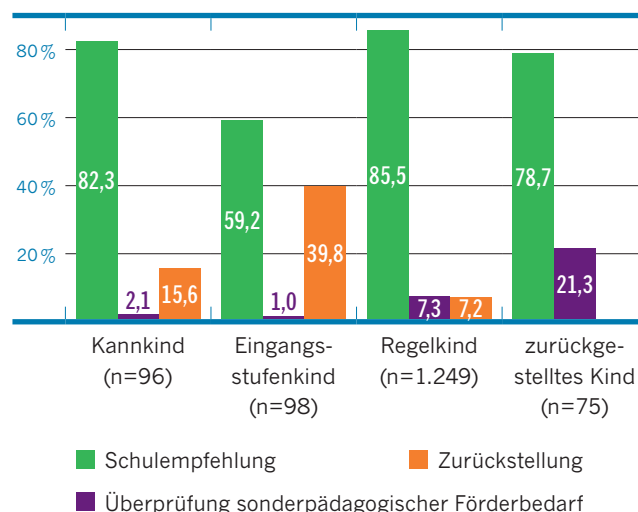
Schulform fluktuiert über die Jahre, nimmt aber tendenziell zu. Auch die Werte der Schüler*innen in Vorklassen unterliegen leichten Schwankungen, weisen aber keine eindeutige Tendenz auf.

In Abbildung 31 wird die Schüler*innenschaft in diesen drei Schulformen nach Geschlecht, Migrationshintergrund und Staatsangehörigkeit differenziert. Die Kinder in der Eingangsstufe ähneln generell dem Durchschnitt in der Primarstufe, weisen hinsichtlich Migrationshintergrund (34,1 %; durchschnittlich 39,1 %) und ausländischer Staatsangehörigkeit (9,8 %; durchschnittlich 11,6 %) etwas niedrigere Werte auf. Hingegen werden überproportional viele Kinder mit Migrationshintergrund und ausländischer Staatsangehörigkeit im flexiblen Schulanfang⁴⁹ sowie der Vorklasse beschult. Die Vorklasse wird zudem von überproportional vielen Jungen besucht.

5.3 Schuleintritt

Im Rahmen der obligatorischen Schuleingangsuntersuchung erfolgt von Seiten der Amtsärzt*innen eine Schulpflichtempfehlung für das untersuchte Kind, die zwar nicht bindend ist, häufig aber laut Einschätzung des Gesundheitsamts befolgt wird.⁵⁰ So kann eine Empfehlung zur Einschulung, zur Überprüfung des sonderpädagogischen Förderbedarfs oder zur Zurückstellung erfolgen. Die Ergebnisse werden anschließend den Eltern und auch der potenziellen Schule mitgeteilt. In Abbildung 32 sind die Empfehlungen nach Einschulungsstatus⁵¹ der Kinder im Jahr 2016 aufgegliedert. Auffällig ist, dass sowohl Regelkinder⁵², Kannkinder als auch zurückgestellte Kinder zu annähernd vier Fünfteln eine Empfehlung zur Einschulung erhalten. Bei zurückgestellten Kindern liegt zudem der Wert zur Überprüfung des sonderpädagogischen Förderbedarfs mit 21,3 % recht hoch. Eingangsstufenkinder weisen mit nur 59,2 % einen recht niedrigen Wert bei der Schulpflichtempfehlung und mit 39,8 % einen recht hohen Wert bei der Zurückstellung auf. Auch 15,6 % der Kannkinder wird eine Zurückstellung empfohlen. So wird bei jüngeren Kindern – auch aufgrund des zeitlichen Spielraums – eher die Zurückstellung empfohlen, sollten sie noch nicht schulfähig sein. Bei älteren, bereits zurückgestellten Kindern erfolgt dann eher die Überprüfung des sonderpädagogischen Förderbedarfs.

Abb. 32: Ärztliche Schulpflichtempfehlung für die 2016 untersuchten Kinder nach Einschulungsstatus



Quelle: Gesundheitsamt der Stadt Darmstadt und des Landkreises Darmstadt-Dieburg (Schuleingangsuntersuchung)

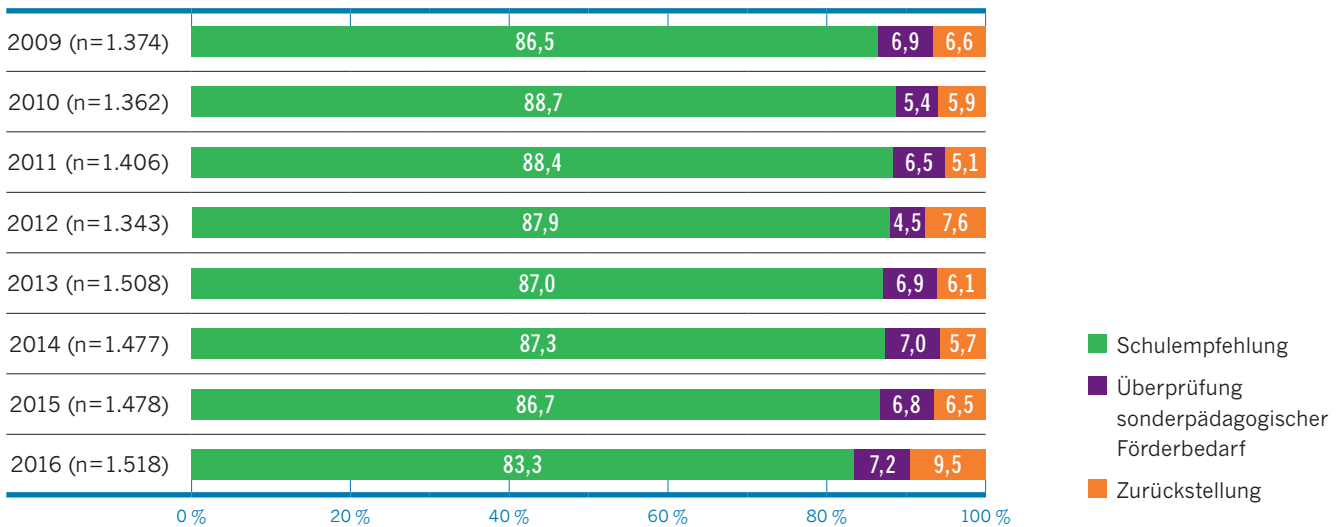
⁴⁹ Diese Ergebnisse erklären sich mit der Zusammensetzung des multikulturellen Stadtteils DA-Kranichstein.

⁵⁰ Explizite Daten hierzu liegen nicht vor.

⁵¹ Vier Kategorien des Einschulungsstatus liegen vor: **Regelkinder** werden zum nächsten Schuljahr schulpflichtig. **Kannkinder** sind bis zu sechs Monate nach dem Stichtag zur Schulpflichtigkeit geboren und können auf Wunsch der Eltern vorzeitig eingeschult werden. **Eingangsstufenkinder** sollen die Eingangsstufe besuchen, in der das erste Schuljahr auf zwei Jahre verteilt wird. Diese Kinder sind zumeist jünger. **Zurückgestellte Kinder** waren im Jahr zuvor schulpflichtig, sind aber zurückgestellt worden und wurden nun erneut untersucht. Sie können kein weiteres Mal zurückgestellt werden.

⁵² Aufgrund von fehlenden Werten bei der Schulpflichtempfehlung liegt die Fallzahl der Regelkinder in Abbildung 32 um zwei niedriger als ihre Gesamtzahl (1.251).

Abb. 33: Entwicklung der Schulempfehlung

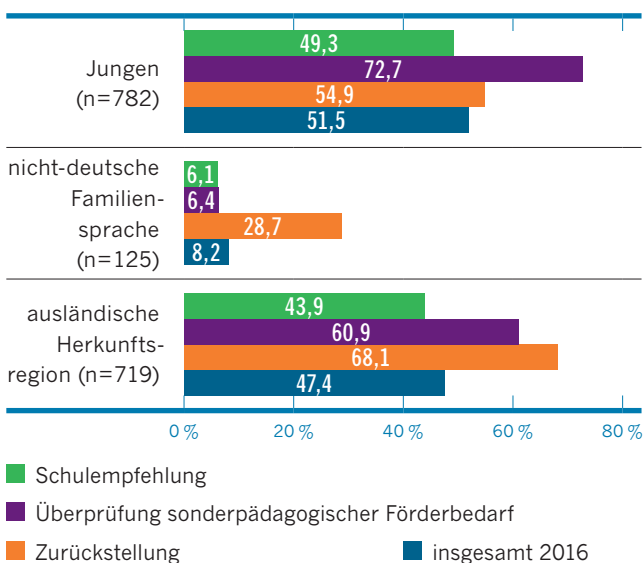


Quelle: Gesundheitsamt der Stadt Darmstadt und des Landkreises Darmstadt-Dieburg (Schuleingangsuntersuchung)

Im Verlauf der Jahre sind nur geringe Schwankungen der Empfehlungen auszumachen (Abb. 33): So liegen die Werte der Empfehlung zur Einschulung stets zwischen 86,5 % und 88,7 %. Entsprechend schwanken die Werte zur Überprüfung des sonderpädagogischen Förderbedarfs und zur Zurückstellung um nur wenige Prozentpunkte und gleichen sich häufig aus, sodass beide Werte zusammen zwischen rund 11 % und 13 % fluktuieren.

Einzig im Jahr 2016 liegen hier beide Werte mit 7,2 % bzw. 9,5 % recht hoch.⁵³

Abb. 34: Kinder nach Einschulungsempfehlung im Vergleich 2016



Quelle: Gesundheitsamt der Stadt Darmstadt und des Landkreises Darmstadt-Dieburg (Schuleingangsuntersuchung)

Wird die Empfehlung nach sozio-demographischen Merkmalen der Kinder für das Jahr 2016 aufgeschlüsselt, fällt auf, dass überproportional vielen Jungen eine Überprüfung des sonderpädagogischen Förderbedarfs (72,7 % aller Empfehlungen zu dieser Kategorie; Mädchen entsprechend nur 27,3 %) oder eine Zurückstellung (54,9 %) empfohlen wird (Abb. 34). Ferner sind Kinder mit nicht deutscher Familiensprache (8,2 % aller untersuchten Kinder) in Bezug auf die Empfehlung zur Einschulung (nur 6,1 % aller ausgesprochenen Empfehlungen zu dieser Kategorie) und die Empfehlung zur Überprüfung des sonderpädagogischen Förderbedarfs (6,4 %) unter-, bei der Zurückstellung (28,7 %) hingegen stark überrepräsentiert. Kinder mit einer ausländischen Herkunftsregion erhalten hingegen überproportional häufig eine Empfehlung zur Überprüfung des sonderpädagogischen Förderbedarfs sowie zur Zurückstellung.

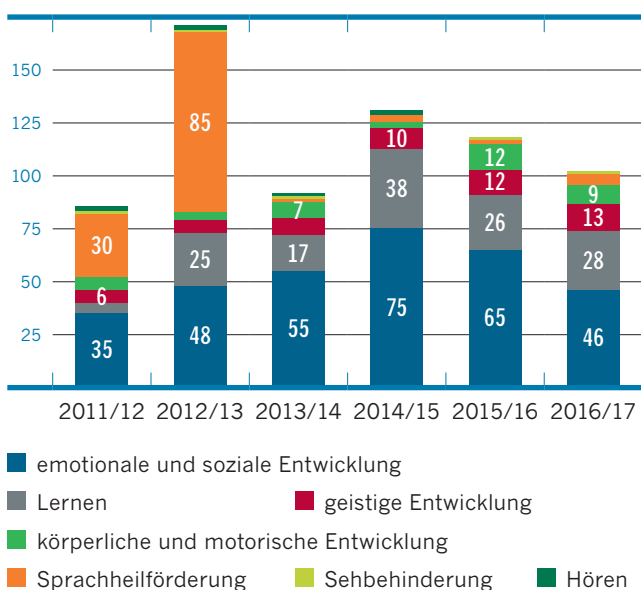
5.4 Inklusive Beschulung

Im März 2009 ist die UN-Konvention über Rechte von Menschen mit Behinderungen in der Bundesrepublik Deutschland in Kraft getreten. In Artikel 24 der Konvention wird das Handlungsfeld „Bildung“ näher bestimmt: So soll u. a. sichergestellt werden, dass Menschen nicht „aufgrund von Behinderung vom allgemeinen Bildungssystem ausgeschlossen werden“⁵⁴. Sonach rückte die gemeinsame Beschulung von Kindern und Jugendlichen

⁵³ Zurückzuführen sind diese Werte vermutlich auch auf die Migrationsereignisse im Sommer 2015.

⁵⁴ Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen (2017), S. 21.

Abb. 35: Schüler*innen in der inklusiven Beschulung nach Förderschwerpunkt in der Primarstufe



Quelle: LUSD

mit und ohne Förderbedarf in allgemeinen Schulen, die sogenannte inklusive Beschulung, in den letzten Jahren verstärkt in den Fokus von Öffentlichkeit, Politik und Verwaltung. Folgend werden Zahlen zur inklusiven Beschulung am Schulort Darmstadt präsentiert. Vorbeugende Maßnahmen⁵⁵, die in einem weitaus größeren Umfang stattfinden, können aufgrund der fehlenden Datenlage nicht thematisiert werden.

Im Schuljahr 2016/17 haben 17 von 24 Darmstädter Schulen mit Primarstufe auch inklusiv beschult. Während im Verlauf der Jahre stets rund 90 % der öffentlichen Schulen mit Primarstufe (15 oder 16 von insgesamt 18) inklusiv gearbeitet haben, waren es bei den sechs Schulen in freier Trägerschaft mit Primarstufe nur die Freie Comenius Schule und z. T. die Freie Montessori-Schule.

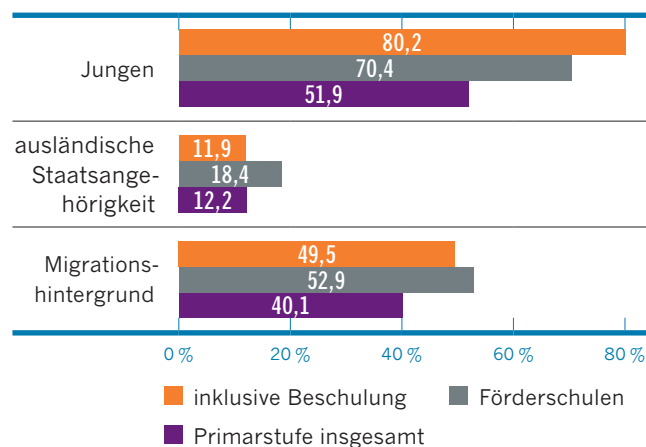
Die Anzahl der inklusiv beschulten Schüler*innen in der Primarstufe schwankte in den letzten Jahren zwischen 85 im Jahr 2011/12 und 131 im Jahr 2014/15.⁵⁶ Seit dem Schuljahr 2014/15 ist die Zahl der inklusiv beschulten Schüler*innen rückläufig: Bis zum Schuljahr 2016/17 sank sie auf 102. Annähernd ein Drittel (32,9 %) der

Schüler*innen mit Förderbedarf in der Primarstufe wird inklusiv beschult. Die inklusiv beschulten Schüler*innen an Schulen in freier Trägerschaft liegen im Zeitverlauf konstant niedrig bei sechs bis acht Schüler*innen.

Abbildung 35 ist zu entnehmen, dass es im Zeitverlauf verhältnismäßig große Schwankungen bei den einzelnen Förderschwerpunkten in der inklusiven Beschulung gibt. Die „emotionale und soziale Entwicklung“ ist über Jahre⁵⁷ hinweg der am häufigsten inklusiv beschulte Förderschwerpunkt. Allerdings erweisen sich die Schüler*innenzahlen in diesem Förderschwerpunkt ab dem Schuljahr 2014/15 als rückläufig – ein Rückgang von dann 75 auf 46 im Jahr 2016/17. Während die Förderschwerpunkte⁵⁸ „Lernen“, „geistige Entwicklung“ und „körperliche und motorische Entwicklung“ ebenfalls verstärkt inklusiv beschult werden, finden sich in allgemeinen Schulen selten Schüler*innen mit den Förderschwerpunkten „Sprachheilverfahren“⁵⁹, „Sehbehinderung“ oder „Hören“.

Die Förderschule bietet für Kinder mit Förderbedarf eine Alternative zur inklusiven Beschulung. Sozio-demographische Merkmale der Schüler*innen, die in der Primarstufe einer allgemeinen Schule inklusiv beschult werden oder eine Förderschule besuchen, sowie der Schüler*innen in der Primarstufe insgesamt sind in Abbildung 36⁶⁰ dargestellt. So sind im Schuljahr 2016/17 überpro-

Abb. 36: Schüler*innen in der Primarstufe im Vergleich 2016/17



Quelle: LUSD

⁵⁵ Im Rahmen von vorbeugenden Maßnahmen werden Schüler*innen und ggf. ihre Eltern beraten und gezielt gefördert und unterstützt, sofern Förderbedarf bei den Schüler*innen ersichtlich ist. Wurde ein Anspruch auf sonderpädagogische Förderung von Seiten eines Förderausschusses sowie der Schulaufsichtsbehörde festgestellt, wird von inklusiver Beschulung gesprochen.

⁵⁶ Zwar zählt das Jahr 2012/13 noch mehr inklusiv beschulte Schüler*innen, allerdings wird vermutet, dass diesem Ausreißer ein Daten- bzw. Eingabefehler zugrunde liegt.

⁵⁷ Mit Ausnahme des Schuljahrs 2012/13. Jedoch wird hier, wie aus Fußnote 56 hervorgeht, ein Daten- bzw. Eingabefehler als Ursache des Ausreißers im Bereich des Förderschwerpunkts „Sprachheilverfahren“ vermutet.

⁵⁸ Für eine detaillierte Beschreibung der Förderschwerpunkte siehe § 7 Förderschwerpunkte der „Verordnung über Unterricht, Erziehung und sonderpädagogische Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Beeinträchtigungen oder Behinderungen“ (VOSB) des Hessischen Kultusministeriums.

⁵⁹ Mit Ausnahme vom Schuljahr 2013/13; siehe Fußnoten 56 und 57.

⁶⁰ Zur Lesart: Beispielsweise ist in lila die Gesamtschüler*innenschaft an der Primarstufe in Darmstädter Schulen dargestellt. So sind 51,9 % der Schüler*innen Jungen und sonach 48,1 % Mädchen; 12,2 % der Schüler*innen haben eine ausländische und somit 87,8 % (u. a.) die deutsche Staatsangehörigkeit, usw.

portional viele Jungen sowohl an Förderschulen (70,4 % der Schüler*innen an Förderschulen) als auch in der inklusiven Beschulung (80,2 % der inklusiv beschulten Schüler*innen) vertreten. Gleiches gilt für die Schüler*innen mit Migrationshintergrund. Während der Anteil der inklusiv beschulten Schüler*innen mit ausländischer Staatsangehörigkeit in etwa dem der Gesamtschüler*innenschaft an allgemeinbildenden Schulen entspricht, werden Schüler*innen mit ausländischer Staatsangehörigkeit hingegen überproportional häufig an Förderschulen beschult.

Vereine und ihre Rolle im Ganzttag

Im Zuge der Ganztagsentwicklung an Schulen kommt der Kooperation zwischen Schule und Verein eine immer größere Rolle zu. Zur Gestaltung eines interessanten AG-Programms für Schüler*innen am Nachmittag greifen Schulen auf die Unterstützung aus Vereinen u. a. aus den Bereichen Sport, Musik und Kunst zurück. Dies bietet Schüler*innen die Möglichkeit, Interessen nachzukommen und Dinge auszuprobieren, für die der normale Schulalltag nur wenig Raum bietet. Das Angebot erreicht am Lernort Schule Kinder aus unterschiedlichen Familien und mit unterschiedlichen Voraussetzungen, auch solche, die sonst keinen Zugang zu Sport- und anderen Vereinen hätten. Für die Vereine bietet die Kooperation die Möglichkeit, ihr Angebot direkt zur Zielgruppe zu bringen, ihre Begeisterung weiterzugeben und perspektivisch gegebenenfalls auch neue Mitglieder zu gewinnen. Wie breit das Spektrum der Angebote sein kann, zeigt ein Blick in das Angebot der Heinrich-Hoffmann-Schule. Hier wurden beispielsweise im zweiten Halbjahr des Schuljahrs 2017/18 AGs aus den Bereichen Bewegung (Kinderzirkus, Basketball, Cheerleading, Aikido) und Musik (musikalische Grundausbildung, Samba-Trommeln) sowie Töpfern, Experimentieren und Theater angeboten.

6. Ganztagsbetreuung an Schule und Hort

Im Gegensatz zu den vorschulischen Betreuungsbereichen besteht ab dem Zeitpunkt der Einschulung kein individueller Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz. Zwar ist die Kommune zur Vorhaltung eines bedarfsgerechten Betreuungsangebotes auch im Schulkindbereich und zu entsprechenden Planungsverfahren verpflichtet (vgl. § 24 (4) SGB VIII), es besteht jedoch ausdrücklich kein subjektives Recht zu Gunsten der Grundschul Kinder. Somit handelt es sich bei der Schulkindbetreuung um eine freiwillige Leistung. Trotzdem ist diese Leistung für die Wissenschaftsstadt Darmstadt von hoher Priorität.

Zur Bewältigung der kommunalen Aufgabe der Betreuung von Grundschulkindern stellt die Wissenschaftsstadt Darmstadt zwei Bausteine zur Verfügung: Zum einen die Hortbetreuung in der Verantwortlichkeit des Jugendamtes⁶¹ und die Schulkindbetreuung bzw. den Pakt für den Nachmittag in der Verantwortlichkeit des Schulamtes⁶². Die Begriffe „Hort“ und „Schulkindbetreuung“ werden im Allgemeinen – trotz der verschiedenen Rechtsgrundlagen – häufig synonym verwendet.

Am Stichtag 31.12.2016 standen in Darmstadt insgesamt 3.221 Betreuungsplätze für Schulkinder zur Verfügung. Von diesen wurden 1.218 Plätze in Horten und

2.003 Betreuungsplätze an Schulen bereitgestellt. Seit 2011 wurden die Betreuungsplätze an Schulen (Schulkindbetreuung und Pakt für den Nachmittag) um über 1.000 Plätze ausgebaut. Derzeit steht für ca. 5.360 Schüler*innen an Darmstädter Grundschulen grundsätzlich ein Betreuungsangebot von rund 2.300 Plätzen im Bereich Schulkindbetreuung/Pakt für den Nachmittag und von rund 1.200 Plätzen im Bereich Hort zur Verfügung. Betrachtet man die beiden Systeme Schulkindbetreuung/Pakt für den Nachmittag und Hort gemeinsam, sind im aktuellen Schuljahr 2018/2019 rechnerisch 65,3 % der Grundschul Kinder mit einem Betreuungsplatz versorgt.

Schulkindbetreuung (SKB)

Alle Darmstädter Grundschulen haben eine Schulkindbetreuung (die Ernst-Elias-Niebergall-Schule und die Mühl-talschule als Förderschulen mit Grundstufe sind im Pakt für den Nachmittag). Viele Grundschulen sind darüber hinaus ganztägig arbeitende Schulen (s. Abschnitt Ganzttag) bzw. im Pakt für den Nachmittag (s. Abschnitt Pakt für den Nachmittag). Bezüglich der Zeitstruktur wurden auch für den Bereich der Schulkindbetreuung Module eingeführt, wie sie im Pakt für den Nachmittag üblich sind. Auch hier können die Eltern nun im Falle eines Vertragsabschlusses zwischen Modul 1 (bis 14:30 Uhr) und Modul 2 (bis 17:00 Uhr) wählen.

⁶¹ Rechtlicher Rahmen: Sozialgesetzbuch VIII, Kinderförderungsgesetz (KiföG), Hessisches Kinder- und Jugendhilfegesetzbuch (HKJGB).

⁶² Rechtlicher Rahmen: Hessisches Schulgesetz, Ganztagsrichtlinie des Landes Hessen.

Pakt für den Nachmittag (PfdN)

Die Wissenschaftsstadt Darmstadt gehörte im Schuljahr 2015/2016 zu den sechs Pilot-Schulträgern, die den Pakt für den Nachmittag auf Basis einer Kooperationsvereinbarung mit dem Land Hessen eingeführt haben. Neu hierbei war, dass das Land und die Schulträger gemeinsam Verantwortung übernahmen, um letztlich ein integriertes und abgestimmtes Bildungs- und Betreuungsangebot mit den Zielen einer besseren individuellen Förderung für die Schüler*innen, einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und der Verbesserung der Bildungschancen auf den Weg zu bringen.

Diese Verantwortung schlägt sich in der gemeinsamen Ressourcengabe nieder. Während das Land Hessen sich eines Schüler*innenfaktors bedient, um die so ermittelte Ressource in die Zeit bis 14:30 Uhr zu geben, schrieb die Wissenschaftsstadt Darmstadt ihr bewährtes Konzept der Schulkindbetreuung fort, passte es z. B. durch die Dynamisierung der Personalkosten den aktuellen Gegebenheiten an und wendet die für den Pakt für den Nachmittag modifizierte Ressourcenberechnung an.

An fünf Tagen pro Woche soll im Zeitfenster 7:30 Uhr bis 17:00 Uhr im Rahmen des Paktes für den Nachmittag ein verlässliches und freiwilliges Bildungsangebot bestehen, welches den Vormittag und den Nachmittag, den Unterricht, die Ganztagsangebote und die Betreuung rhythmisiert und stärker miteinander verzahnt. Grundsätzlich ist der Pakt für den Nachmittag ein freiwilliges Angebot, welches aber nach Anmeldung des Kindes verbindlich ist. Bei den Grundschulen und Förderschulen mit Grundstufe in Trägerschaft der Wissenschaftsstadt Darmstadt kann man zwischen dem für die Eltern kostenlosen Modul bis 14:30 Uhr und dem beitragspflichtigen Modul bis 17:00 Uhr wählen.

Als grundsätzlicher Qualitätsrahmen gilt wie bei den Profilen 1, 2 und 3 des Ganztagsprogramms die Richtlinie für ganztägig arbeitende Schulen.

Darmstädter Schulen im Pakt für den Nachmittag

seit 2015/2016

Erich Kästner-Schule Grundschule,
Ludwig-Schwamb-Schule,
Mühlhalschule

seit 2016/2017

Ernst-Elias-Niebergall-Schule,
Heinrich-Hoffmann-Schule

seit 2017/2018

Wilhelm-Hauff-Schule

voraussichtlich ab 2019/2020

Christian-Morgenstern-Schule,
Goetheschule, Schillerschule

Hinsichtlich der Anzahl der Plätze in der Schulkindbetreuung und im Pakt für den Nachmittag stellte sich die Betreuungssituation im Schuljahr 2017/2018 wie in Tabelle 4 dar.

Im Schuljahr 2018/2019 wird sich die Gesamtkapazität auf über 2.300 Plätze steigern. Im Schuljahr 2019/2020 werden voraussichtlich weitere drei Grundschulen dem Pakt für den Nachmittag beitreten. Abhängig von den Vertragsabschlüssen im genannten Schuljahr wären dann ca. 40 % der Gesamtkapazitäten über den Pakt für den Nachmittag abgebildet.

Für Kinder mit einem erhöhten Unterstützungsbedarf können im Rahmen der sogenannten intensiven Schulkindbetreuung adäquate Lösungen entwickelt werden. Diese sind im Einzelfall jeweils zwischen Schulbetreuer*innen und dem Jugendamt abzustimmen.

Ganztag

Im Ganztag gibt es grundsätzlich zwei Organisationsformen, zum einen „ganztägig arbeitende Schulen“ (Profil 1 und 2) und zum anderen „Ganztagschulen“ (Profil 3). Dazu kommt seit dem Schuljahr 2015/2016 der Pakt für den Nachmittag.

Schulen mit Ganztagsangeboten in Profil 1 bieten an mindestens drei Tagen in der Woche Angebote zur freiwilligen Teilnahme (z. B. Hausaufgabenbetreuung, Fördermaßnahmen, Freizeitangebote) von 7:30 Uhr bis 14:30 Uhr an.

Schulen mit Ganztagsangeboten in Profil 2 bieten an allen fünf Schultagen in der Woche Angebote zur freiwilligen Teilnahme (z. B. Hausaufgabenbetreuung, unterstützergänzende Arbeitsgemeinschaften und Projekte, offene Sport- und Spielgruppen) von 7:30 Uhr bis 16:00 oder 17:00 Uhr an.

Ganztagschulen (Profil 3) bieten an fünf Tagen in der Woche in der Zeit von 7:30 Uhr bis 16:00 oder 17:00 Uhr Betreuung, Unterricht sowie verpflichtende Angebote für alle Schüler*innen oder einen definierten Teil der Schüler*innenschaft an.

In allen Profilen (und auch im Pakt für den Nachmittag) gibt es das Angebot eines warmen Mittagessens. Die Wissenschaftsstadt Darmstadt als Schulträger unterstützt das Schulessen in Form des Kommunalprogramms „*Familienfreundliche Schule*“.

Darmstädter Grundschulen im Ganzttag (Profil 1):

Andersenschule,
Astrid-Lindgren-Schule,
Christian-Morgenstern-Schule,
Friedrich-Ebert-Schule,
Georg-August-Zinn-Schule,
Heinrich-Heine-Schule,
Käthe-Kollwitz-Schule,
Schillerschule.

Im Bereich Sekundarstufe I sind alle Darmstädter Schulen im Ganzttag (Profil 1), außer: Bernhard-Adelung-Schule, Erich Kästner-Schule (IGS), Stadtteilschule Arheilgen, Lichtenbergschule und Mornewegschule. Diese Schulen sind im Profil 2. Die Christoph-Graupner-Schule bietet ganztägige Betreuung nach Profil 3 an.

Tab. 4: Plätze in der Schulkindbetreuung und im Pakt für den Nachmittag 2017/18

Schule	Jugendhilfeträger	Plätze gesamt
Pakt für den Nachmittag (PfdN)		
Erich Kästner-Schule	Sozialkritischer Arbeitskreis (SKA)	136
Ernst-Elias-Niebergall-Schule	SKA	48
Heinrich-Hoffmann-Schule	SKA	118
Ludwig-Schwamb-Schule mit Mühlhalschule	Mobile Praxis GmbH	190
Wilhelm-Hauff-Schule	Mobile Praxis GmbH	97
Gesamtplätze PfdN		589
Schulkindbetreuung (SKB)		
Christian-Morgenstern-Schule	Förderverein – Maulis	77
Bessunger Schule	Arbeiterwohlfahrt (AWO)	175
Georg-August-Zinn-Schule	Bund Deutscher Katholischer Jugend (BDKJ)	90
Goetheschule	Sozialkritischer Arbeitskreis Darmstadt (SKA)	112
Heinrich-Heine-Schule	SKA	68
Käthe-Kollwitz-Schule	SKA	65
Frankensteinschule	Villa – Verein für innovative Jugendhilfe e. V.	187
Friedrich-Ebert-Schule	Förderverein – Friedrich-Ebert-Schule	88
Schillerschule	Pädagogische Initiative e. V.	101
Andersenschule	Mobile Praxis GmbH	108
Astrid-Lindgren-Schule	Förderverein – Astrid-Lindgren-Schule	159
Wilhelm-Busch-Schule	Förderverein – Wilhelm-Busch-Schule	77
Elly-Heuss-Knapp-Schule	Arbeiter-Samariter-Bund (ASB)	145
Mornewegschule	ASB	100
Gesamtplätze SKB		1.552

27,5 % der Plätze werden im Rahmen des PfdN zur Verfügung gestellt.
72,5 % der Plätze werden im Rahmen der SKB zur Verfügung gestellt.

Hort

Horte sind ein nachschulisches Bildungs- und Betreuungsangebot, das sich vorrangig an Grundschüler*innen richtet. Die Horte in Darmstadt bieten eine regelmäßige Betreuungszeit nach Schulschluss bis 17:00 Uhr sowie bei Bedarf eine Frühbetreuung vor Schulbeginn. In den Schulferien bieten die Horte den angemeldeten Kindern zudem eine ganztägige Betreuung. Über das Modell der Einrichtungspartnerschaft kann darüber hinaus – in begrenzten Rahmen und in begründeten Fällen – auch bei

Hortangeboten, Angeboten der Schulkindbetreuung, des Paktes für den Nachmittag oder des Ganztags – sind in erster Linie Lernorte. Kindern wird dort die Möglichkeit gegeben, in einem verlässlichen Rahmen Bildungsanregungen zu erfahren und thematisch vielfältige (Lern-)Angebote zu nutzen (vgl. Bildungs- und Erziehungsplan des Landes Hessen). So erhalten Kinder einerseits die Möglichkeit, Hausaufgaben in einem festen und verbindlichen Rahmen zu erledigen und haben andererseits die Chance, an Projekten, Ausflügen oder Gruppenangeboten teilzunehmen, mit Freund*innen (Frei-)Spielzeit gemeinsam aktiv zu gestalten oder auch eigene Ruhebedürfnisse zu erkennen und diese individuell zu gestalten.

Aktive Ferienspiele und Ferienbetreuung der Schulkindbetreuung

Der Wissenschaftsstadt Darmstadt ist es ein Anliegen, die Betreuung Darmstädter Kinder in den Schulferien zu unterstützen. Aus diesem Grund fördert die Wissenschaftsstadt Ferienangebote der freien Träger, Vereine und Verbände und veranstaltet in Kooperation mit dem Träger des Albert-Schweitzer-Hauses in Lindenfels und lokalen Unternehmen weitere Freizeiten und Ferienangebote. Ziel ist es, ein möglichst flächendeckendes und breit gefächertes Angebot in allen hessischen Schulferien vorhalten zu können. Eine enge Abstimmung zwischen den oben genannten Anbietern von Ferienangeboten und Schulbetreuungsträgern, die ebenfalls Angebote in den Ferien vorhalten, wird dabei angestrebt.

Eine weitere Serviceleistung in diesem Bereich ist das Zusammenfassen von Ferien- und Freizeitangeboten sowie einzelner Veranstaltungen der Kinder und Jugendförderung im Jugendamt in der jährlich erscheinenden Broschüre „*Da mach ich mit! – Aktive Ferien*“. Diese Broschüre umfasst mittlerweile mehr als 160 Angebote. Sie erscheint als Print-Version immer zum Jahresbeginn, digital bereits vor Weihnachten. So wird allen Erziehungsberechtigten eine frühzeitige Urlaubs- und Betreuungsplanung ermöglicht.

Zusätzlich veröffentlicht die Kinder- und Jugendförderung in den Sommerferien eine „Restplatzbörse“ mit noch freien Ferienspiel- und Freizeitplätzen für Spätentschlossene und kurzfristig Betreuungssuchende auf der städtischen Internetseite.

Der weitere Ausbau der Schulkindbetreuung geschieht in Darmstadt vorrangig in Form der Betreuungsangebote an Schulen unter Federführung des städtischen Schulamtes, unterstützt durch Förderprogramme wie den Pakt für den Nachmittag. Die Weiterentwicklung der Betreuungsangebote für Schulkinder geschieht grundsätzlich in Abstimmung zwischen Jugendamt und Schulamt (vgl. Wissenschaftsstadt Darmstadt: Bericht zum Versorgungsgrad in der Kinderbetreuung 2016).

Die Schulkindbetreuung und der Pakt für den Nachmittag orientieren sich in der Umsetzung der Wissenschaftsstadt Darmstadt an den genannten Qualitätsmerkmalen. Schrittweise erfolgt eine Angleichung an § 25 HKJGB. Vom Umfang der Betreuungsstunden her, weisen beide Systeme Hort und SKB/PfdN bereits jetzt ähnliche Ergebnisse auf.

Schlusszeiten eine Betreuungskontinuität gewährleistet werden. Die Ausgestaltung des organisatorischen Rahmens und des pädagogischen Angebotes obliegt den Fachkräften in den Horten. Es gilt das Fachkräftegebot nach § 25 des Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzbuches (HKJGB), das ein wesentliches Qualitätsmerkmal und Voraussetzung für gelingende Bildungs- und Erziehungsprozesse ist.

7. Unterstützungs-, Begleitungs- und Hilfeangebote außerhalb der Familie

Aus unterschiedlichen Gründen ist Teilhabe an Bildung für Kinder und Jugendliche in besonderen Lebenslagen erschwert. Im Sinne einer Bildungs- und Chancengerechtigkeit gilt es, diesen Kindern und Jugendlichen eine besondere Unterstützung zuteilwerden zu lassen. Hierzu gibt es verschiedene Instrumente, die versuchen ungünstige Startbedingungen auszugleichen. Wichtige Einrichtungen und Maßnahmen in diesem Zusammenhang sind beispielsweise die Erziehungsberatungsstelle der Wissenschaftsstadt Darmstadt, das Zentrum für schulische Erziehungshilfe, die qualifizierte Hausaufgabenhilfe des Caritasverbandes Darmstadt sowie das Bildungs- und Teilhabepaket.

7.1 Erziehungsberatung

Die Angebote der Erziehungsberatung dienen der Unterstützung von Kindern, Jugendlichen und Eltern bei der Klärung und Bewältigung individueller und familienbezogener Probleme und der zugrundeliegenden Faktoren, der Lösung von Erziehungsfragen sowie in Fragen von Trennung und Scheidung.

Das Familienzentrum, Bereich Erziehungsberatung, kann von allen in Darmstadt wohnenden Eltern, Kindern und Jugendlichen sowie jungen Volljährigen (bis zum vollendeten 21. Lebensjahr) kostenlos in Anspruch genommen werden. Die Anliegen sind sehr unterschiedlich. So können Fragen zu Entwicklung und Verhalten des Kindes/Jugendlichen, Veränderungen, Konflikte und Krisen in der Familie Gründe sein, die Erziehungsberatungsstelle aufzusuchen. Angeboten werden Beratungssitzungen mit den jungen Menschen, Eltern und Familien, Gruppenarbeit mit spezifischen Zielgruppen und betreute Umgänge mit flankierenden Elterngesprächen.

Die Erziehungsberatung stellt Bürger*innen schnell, unbürokratisch und niedrigschwellig eine Unterstützungsleistung zur Verfügung. Dazu sind insbesondere die Telefonberatung und die wöchentlich stattfindende offene Sprechstunde eingerichtet, Familien mit Kindern unter einem Jahr erhalten ohne Wartezeit einen Termin.

Im Rahmen der abteilungsübergreifenden Zusammenarbeit bieten die Fachkräfte der Erziehungsberatungsstelle in städtischen Einrichtungen sowohl regelhaft vor Ort, als auch bei Bedarf eine Fachberatung/Intervision an. Vorträge und Diskussionsveranstaltungen zu aktuellen Themen werden innerhalb des Familienzentrums, d. h. der Bereiche Erziehungsberatung, Familienbildung und Netzwerkkoordination Frühe Hilfen vorbereitet und

durchgeführt. Die Fachkräfte der Erziehungsberatung haben psychologische, therapeutische, sozialpädagogische Ausbildungen und haben sich in spezifischen Fachrichtungen (Systemische Beratung/Therapie, Verhaltenstherapie, Marte Meo) weiterqualifiziert.

2016 suchten 1.167 Bürger*innen die Beratungsstelle auf. Davon waren 434 Kinder, 696 Personen in der Familie und 37 Beteiligte außerhalb der Familie. Die Familien kommen aus dem gesamten Stadtgebiet und aus allen Milieus. Eine Konzentration eines Geschlechtes (des Kindes/Jugendlichen) ist nicht gegeben.

Beratung in Fragen der Partnerschaft, Trennung und Scheidung (§§ 17, 18 KJHG)

Durch das am 1. Juli 1998 in Kraft getretene Kindschaftsrecht wird ein Beratungsauftrag für den örtlichen Träger der Jugendhilfe geschaffen. Dieses Beratungsangebot wird auch von der Erziehungsberatung (in Verbindung mit § 28 KJHG) wahrgenommen. Die Erziehungsberatung wirkt grundsätzlich bei Einverständnis der Eltern mit.

Die Erziehungsberatung erbringt in diesem Bereich folgende Leistungen:

- ▶ Beratung von Eltern und therapeutische Hilfe in der Auseinandersetzung mit der neu zu definierenden Rolle und der Realität als Alleinerziehende*r
- ▶ Beratung und Unterstützung der nicht sorgeberechtigten Eltern
- ▶ Krisenintervention für alle Betroffenen
- ▶ therapeutische Unterstützung für Kinder und Jugendliche
- ▶ Beratung der Eltern zur Vereinbarung eines einvernehmlichen Konzeptes in Bezug auf Sorge- und Umgangsregelung
- ▶ Unterstützung und Begleitung von Besuchskontakten
- ▶ begleiteter Umgang (§§ 1684, 1685 BGB/neu)

Die Leistungsangebote und das Leistungsprofil sind – auch im Zusammenhang mit der städtischen Jugendhilfeplanung – der Situation und den Bedürfnissen der Bürger*innen der Stadt entsprechend zu überprüfen und weiterzuentwickeln. Dies geschieht in Kooperation mit dem Familienzentrum, dem Jugendamt und dem Städtischen Sozialdienst.

7.2 Zentrum für schulische Erziehungshilfe

Das Zentrum für schulische Erziehungshilfe (ZfsE) ist eine Präventions- und Beratungseinrichtung des Staatlichen Schulamts für Darmstadt-Dieburg und die Stadt Darmstadt und des Jugendamts der Wissenschaftsstadt Darmstadt. Unter dem Dach der regionalen Beratungs- und Förderzentren (s. Kap. 4.4) leistet das ZfsE Prävention im Bereich der emotionalen und sozialen Entwicklung. Förderschullehrkräfte und sozialpädagogische Fachkräfte arbeiten dabei in enger institutioneller Kooperation fallbezogen als Tandem. Durch die Koordination schulischer und außerschulischer Hilfen werden Schüler*innen der Klassen eins bis sechs integrativ am Lernort Schule und in der familialen Lebenswelt gefördert. Ziel ist es, Entlastung in Problemsituationen zu schaffen, Ausgrenzung zu verhindern und den Verbleib in den Regelschulen zu ermöglichen.

Die Arbeit des ZfsE erfolgt nach folgenden Grundsätzen:

- ▶ Förderung von Schüler*innen in ihrer sozial-emotionalen Entwicklung
- ▶ Unterstützung der Lehrkräfte bei der Integration von verhaltensauffälligen Kindern in die Klassengemeinschaft
- ▶ Unterstützung von Familien bei ihren erzieherischen Aufgaben
- ▶ Erarbeitung von Möglichkeiten der Konfliktlösung gemeinsam mit allen Beteiligten
- ▶ Alle Beteiligten tragen in ihren jeweiligen Verantwortlichkeiten Wichtiges zum Prozess und zur Lösung bei.

Das ZfsE bietet folgende Beratungs- und Förderangebote an:

- ▶ Beratung von Lehrer*innen
- ▶ Beratung von Eltern
- ▶ Initiierung und Moderation von Gesprächen mit Eltern, Lehrkräften und anderen für das Kind wichtigen Personen
- ▶ Problemanalyse gemeinsam mit Schule und Familie
- ▶ ambulante schulische Förderung von Schüler*innen der Klassen eins bis sechs
- ▶ Vermittlung und Koordination außerschulischer Hilfen

Das ZfsE unterstützt:

- ▶ Kinder im Einschulungsprozess mit hohem Bedarf in der emotional-sozialen Entwicklung

- ▶ Schüler*innen der Klassen eins bis sechs in der Stadt Darmstadt, die in und mit der Schule Probleme haben
- ▶ Lehrer*innen der allgemeinen Schulen, die Beratung und Unterstützung bei der Förderung von Kindern mit Verhaltensproblemen wünschen
- ▶ Eltern, die Rat und Hilfe für die Erziehung ihres Kindes im Zusammenhang mit der Schule suchen

Eltern können sich telefonisch beim ZfsE melden. Lehrkräfte wenden sich bitte in Absprache mit den Eltern mit einem Antrag an das ZfsE.

7.3 Qualifizierte Hausaufgabenhilfe

Die qualifizierte Hausaufgabenhilfe des *sozialpädagogischen Dienstes für ausländische Familien* des Caritasverbandes Darmstadt kann auf ein 40 Jahre bestehendes Angebot zurückblicken. Es richtet sich vorwiegend an Kinder in der Grundschule mit nichtdeutscher und deutscher Herkunft, die schulische Probleme haben und/oder von zu Hause keine Unterstützung erfahren.

Bei der qualifizierten Hausaufgabenhilfe handelt es sich um ein niedrighschwelliges, freiwilliges Angebot für Kinder unterschiedlicher Herkunft. Das Angebot ist grundsätzlich offen für alle, ein unbürokratisches Anmeldeverfahren erleichtert den Zugang. Das Anmeldeformular liegt in verschiedenen Sprachen vor und ermöglicht so auch die Teilnahme von Kindern aus Elternhäusern mit geringen Deutschkenntnissen. Es wird lediglich ein geringer Kostenbeitrag von den Eltern erhoben, um eine gewisse Verbindlichkeit der Teilnahme zu schaffen. Familien mit wenig Geld kann der Teilnahmebeitrag unbürokratisch erlassen werden. In einigen Fällen erfolgt eine gesonderte Empfehlung der Lehrkräfte, für welche Kinder eine Teilnahme an der qualifizierten Hausaufgabenhilfe besonders sinnvoll ist.

An zwölf Grundschulen, einer Förderschule und weiteren vier Standorten wurden im Jahr 2017 regelmäßig 477 Kinder in einer Lerngruppe mit maximal acht Kindern gefördert. Jeweils zwei geschulte Ehrenamtliche unterstützen die Kinder zwei- bis dreimal die Woche je zwei Stunden in ihren Lernvorhaben. Zwischen 2014 und 2017 konnte die Zahl der erreichten Kinder leicht gesteigert werden (Tab. 5). Die Anteile von Jungen und Mädchen schwanken jährlich und es kann kein Trend zu einer verstärkten Teilnahme eines der beiden Geschlechter beobachtet werden.

Das Angebot wird von Schüler*innen unterschiedlicher Herkunft wahrgenommen. Im Jahr 2017 bildeten Kinder

türkischer Herkunft die größte Gruppe (25,4 %), gefolgt von Kindern aus Marokko (14,3 %) und Kindern mit deutschem Pass (10,3 %). Mehr als zehn Kinder mit folgenden Nationalitäten wurden jeweils betreut: Somalia (35 Kinder, 7,3 %), Afghanistan (33 Kinder, 6,9 %), Syrien (29 Kinder, 6,1 %), Pakistan (25 Kinder, 5,2 %), Iran (12 Kinder, 2,5 %), Italien (12 Kinder, 2,5 %). Im betrachteten Zeitraum von 2014 bis 2017 stellen Kinder aus den Herkunftsländern Türkei, Marokko und Deutschland stets die teilnehmerstärksten Gruppen, gefolgt von Kindern aus Somalia. Seit 2016 ist ein deutlicher Anstieg von Kindern aus Syrien, Afghanistan und Pakistan zu beobachten.

Es zeigt sich, dass Schüler*innen, die an der Hausaufgabenhilfe teilnehmen, direkt profitieren: Schüler*innen erzielen z. T. bessere Noten, was mit einer höheren Zufriedenheit von Schüler*innen, Eltern sowie Lehrkräften

Tab. 5: Entwicklung der Teilnahmen an der qualifizierten Hausaufgabenhilfe

	2014	2015	2016	2017
Jungen	237	226	233	249
Mädchen	198	222	240	228
gesamt	435	448	473	477

Quelle: Caritasverband Darmstadt e. V. 2014–2017

einhergeht. Die Einsatzorte der Hausaufgabenhilfe haben sich über die Jahre entwickelt. An den Schulstandorten, an denen es keine Angebote des Caritasverbandes gibt, wird die individuelle Lernförderung in anderen Formen (Schulkindbetreuung, Hort etc.) oder an anderen Orten (z. B. Gemeinschaftshaus im Pallaswiesenviertel, Kirchenallee 180) angeboten.

Stärker als bei anderen Formaten der Hausaufgabenbetreuung wie in der Schulkindbetreuung, in Horten oder Jugendzentren oder bei Jugendhilfeträgern, bietet sich aufgrund der kleinen Gruppengröße in der qualifizierten Hausaufgabenhilfe die Möglichkeit der individuellen Begleitung der Kinder bei ihren Lernschwierigkeiten. Es geht weniger darum, Raum und Zeit für die Erledigung von Hausaufgaben zu schaffen, sondern vielmehr darum, konkrete und nachhaltige Lernfortschritte zu erreichen. Neben der Gruppengröße liegt die Stärke des Angebots in der kontinuierlichen Begleitung über das gesamte Schuljahr. Der Lehrstoff kann wöchentlich fachlich be-

gleitet werden und die Kinder können an aufbauenden Lerninhalten weiter teilnehmen.

Eltern wie Lehrkräfte sehen im Angebot eine wertvolle Ergänzung des Unterrichts, die Kindern bei ihren Problemen aufgrund von Sprache und interkulturellen Differenzen eine zeitnahe Unterstützung bieten kann. Beispielsweise ist es manchen Eltern nicht möglich, ihren Kindern beim Erlernen der Sprache ausreichend unter die Arme zu greifen. In solchen Fällen bewerten viele Eltern den Besuch der qualifizierten Hausaufgabenhilfe als sinnvoll und notwendig.

Die Zusammenarbeit mit den Eltern spielt jedoch auch darüber hinaus eine wichtige Rolle. Der Kontakt zu den Eltern ermöglicht es, Familien in weiteren Bildungsfragen zu begleiten, wie beispielsweise beim Übergang in die weiterführende Schule oder beim Verstehen des hessischen Schulsystems. Das Angebot wird mit Mitteln des Hessischen Kultusministeriums, der Wissenschaftsstadt Darmstadt, Eigenmitteln und Spenden finanziert.

Aufgrund der schulischen Entwicklung zum Ganztags hat sich die Arbeit der Hausaufgabenhilfe verändert. Die qualifizierte Hausaufgabenhilfe kooperiert mit den Akteuren des Ganztags an Grundschulen. Es bestehen unterschiedliche Formen der Zusammenarbeit: Teilweise erfolgte eine regelmäßige Integration des Angebots in den Stundenplan (zeitweise mit Unterstützung einer Lehrkraft), in anderen Fällen gibt es Kooperationen und Abstimmungen mit anderen Anbietern von Hausaufgabenhilfe.

7.4 Bildung und Teilhabe

Das im Jahr 2011 in Kraft getretene Bildungs- und Teilhabepaket (BuT)⁶³ soll Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in den Rechtskreisen SGB II (Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld), SGB XII (Sozialhilfe), Bundeskindergeldgesetz (BKGG; bei Erhalt von Kinderzuschlag und/oder Wohngeld) und Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) den Zugang zu schulischen und außerschulischen Bildungsangeboten sowie die Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft erleichtern bzw. ermöglichen.

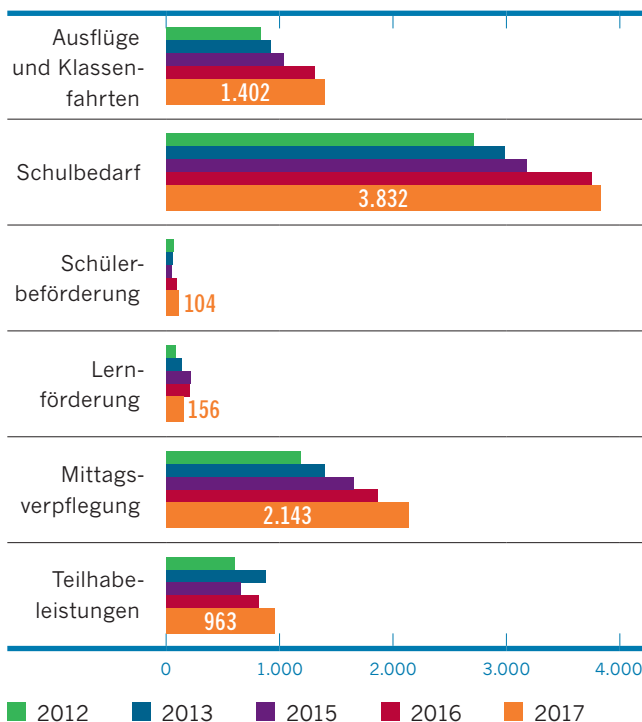
Im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets wird generell zwischen sieben Leistungsarten differenziert, wobei im Folgenden die beiden Leistungen Ausflüge und Klassenfahrten zusammengefasst werden. Eine hohe prozentuale Inanspruchnahme des BuT von Anspruchsberechtigten gilt als wünschenswert, schließlich können so einer Vielzahl von Kindern, Jugendlichen und jungen

⁶³ Weitere Informationen zum Bildungs- und Teilhabepaket in Darmstadt sind unter www.darmstadt.de/bildungspaket abzurufen.

Erwachsenen zusätzlich Chancen zu Bildung und Teilhabe eröffnet werden.⁶⁴

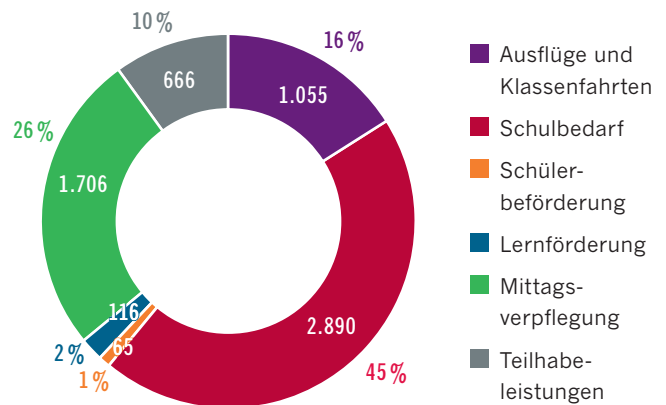
Aus Abbildung 37⁶⁵ geht eine Zunahme bei der Inanspruchnahme der verschiedenen Leistungsarten im Zeitverlauf hervor.⁶⁶ Wurde 2012 die Leistungsart Schulbedarf⁶⁷ noch von 2.712 Personen in Anspruch genommen, waren es im Jahr 2017 bereits 3.832. Im Bereich der Leistungsart Mittagsverpflegung stieg die Inanspruchnahme im gleichen Zeitraum von 1.185 auf 2.143; bei den Ausflügen und Klassenfahrten von 836 auf 1.402. Als verhältnismäßig niedrig erweisen sich jedoch die Zahlen der Inanspruchnahme von Teilhabeleistungen⁶⁸ und Lernförderung, wobei insbesondere hier konkrete non-formale und informelle Bildungsgelegenheiten vermutet werden.

Abb. 37: Entwicklung der Inanspruchnahme der BuT-Leistungen in Darmstadt



Quelle: Amt für Soziales und Prävention, Darmstadt

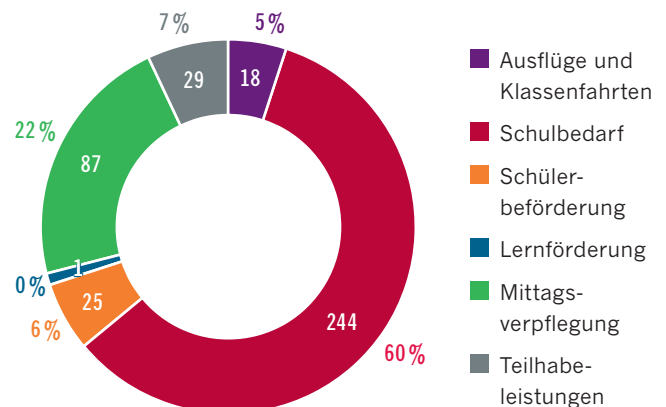
Abb. 38: Zahl der Bewilligungen der einzelnen Leistungsarten im Rechtskreis SGB II im Jahr 2017



Quelle: Amt für Soziales und Prävention, Darmstadt

Die Inanspruchnahme des BuT kann auch nach den einzelnen Rechtskreisen differenziert betrachtet werden. Sowohl die Leistungsarten Schulbedarf (2.890) als auch Mittagsverpflegung (1.706) sowie Ausflüge und Klassenfahrten (1.055) wurden im Rechtskreis SGB II⁶⁹ im Jahr 2017 häufig bewilligt (Abb. 38). Ein ähnliches Verhältnis der Bewilligungen der Leistungsarten zeichnet sich

Abb. 39: Zahl der Bewilligungen der einzelnen Leistungsarten im Rechtskreis AsylbLG im Jahr 2017



Quelle: Amt für Soziales und Prävention, Darmstadt

⁶⁴ Die hier aufgeführte Anzahl der anspruchsberechtigten Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen wird je nach Rechtskreis unterschiedlich bestimmt und fluktuiert im Jahresverlauf. Die hiesige Zahl ist die eines festgelegten Stichtages eines jeden Jahres. Die 3- bis einschließlich 17-jährigen Kinder und Jugendlichen der vier zuvor aufgeführten Rechtskreise gelten als anspruchsberechtigt. In den Rechtskreisen SGB II und AsylbLG sind ferner für bestimmte BuT-Leistungen noch Schüler*innen von 18 bis einschließlich 24 Jahren, die mit einer sogenannten „Schülerquote“ berechnet und addiert werden, anspruchsberechtigt. Zu den Anspruchsberechtigten im Rechtskreis BGGG liegen keine Daten vor. Die hier aufgeführte Statistik zum BuT wird nach einem im Jahr 2012 im Sozialausschuss des Hessischen Landkreistages beschlossenen einheitlichem Muster erhoben.

⁶⁵ Mehrfachnennungen sind bei dieser Form der Darstellung möglich, d. h. eine anspruchsberechtigte Person könnte die verschiedenen BuT-Leistungen (mehrmals) erhalten und würde jeweils einmal gezählt werden.

⁶⁶ Für das Jahr 2014 liegen keine Zahlen vor.

⁶⁷ Die Leistungsart Schulbedarf wird – sofern es sich um eine Schülerin oder einen Schüler handelt – in den Rechtskreisen SGB II, SGB XII und AsylbLG per se gewährt (passive Inanspruchnahme); für andere Leistungen muss hingegen ein entsprechender Antrag gestellt (aktive Inanspruchnahme) und ggf. eine weitere Voraussetzung erfüllt werden.

⁶⁸ Unter Teilhabeleistungen fallen finanzielle Hilfen zur Teilnahme und Teilhabe an Vereins- und Gemeinschaftsstrukturen wie bspw. Mitgliedsbeiträge im Sportverein oder Unterricht im künstlerischen/musischen Bereich.

⁶⁹ Dabei weist der Rechtskreis SGB II die meisten Anspruchsberechtigten auf (im Jahr 2017: 3.663).

auch über die Jahre hinweg und bei den Rechtskreisen SGB XII und BKGG ab. Im Rechtskreis AsylBLG⁷⁰ hingegen werden Leistungsarten neben dem Schulbedarf und der Mittagsverpflegung selten in Anspruch genommen (Abb. 39).

Ein Vergleich der Inanspruchnahme von BuT-Leistungen mit anderen hessischen Kommunen ist ab dem Jahr 2012 möglich. Dazu wird eine Quote errechnet, bei der jede Person, die eine oder mehrere BuT-Leistung(en) in Anspruch genommen hat, nur einmalig gezählt und die Summe dieser ins Verhältnis zu der Gesamtzahl der anspruchsberechtigten Kinder und Jugendlichen gesetzt wird. In Tabelle 6 ist die Quote zur *aktiven* Inanspruch-

Tab. 6: Aktive Inanspruchnahme des Bildungs- und Teilehabepakets in ausgewählten Gebietskörperschaften im Rechtskreis SGB II

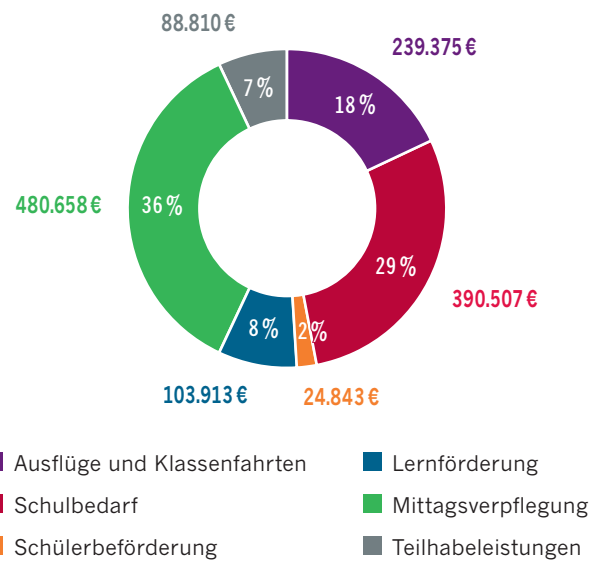
Jahr	Darmstadt	Kassel	Offenbach	Wiesbaden	Hessen
2012	49,1 %	59,0 %	60,3 %	–	48,2 %
2013	55,1 %	73,4 %	71,9 %	–	49,7 %
2015	62,4 %	87,2 %	90,7 %	–	54,3 %
2016	66,8 %	76,6 %	77,5 %	76,1 %	62,1 %
2017	75,5 %	78,6 %	75,1 %	79,2 %	59,8 %

Quelle: Hessischer Landkreistag

nahme⁷¹ des Rechtskreises SGB II in ausgewählten hessischen Kommunen im Verlauf der Jahre 2012–2017 abgebildet. In Darmstadt ist eine kontinuierliche Steigerung der Quote auszumachen, zumal diese auch stetig über dem hessischen Durchschnitt liegt. So ist die Quote im Jahr 2017 um gut 25 Prozentpunkte höher als fünf Jahre zuvor. Liegt die Quote Darmstadts im Jahr 2017 erstmals über der Offenbacher, weisen die beiden hessischen Großstädte Kassel und Wiesbaden, wie auch in den Vorjahren, höhere Quoten aus.

Im Jahr 2017 beliefen sich in Darmstadt die Ausgaben für das Bildungs- und Teilehabepaket für alle Rechtskreise auf rund 1,33 Mio. € (Abb. 40). Über die Jahre hinweg kam es zu einer Ausgabensteigerung für das BuT – im Jahr 2012 beliefen sich die Kosten noch auf ca. 782.000 €, 2014 rd. 965.000 € und 2016 knapp 1,26 Mio. €. Die größten Kostenpunkte im Jahr 2017 stellten –

Abb. 40: Ausgaben für BuT-Leistungen 2017



Quelle: Controlling Dezernat V, Darmstadt

aufgrund der jeweiligen Struktur der Leistungen nur bedingt kongruent zu ihren Anteilen an den Bewilligungen – die Mittagsverpflegung (rd. 481.000 €), der Schulbedarf (rd. 391.000 €) sowie Ausflüge und Klassenfahrten (rd. 239.000 €) dar.

8. Schulsozialarbeit

Die Schulsozialarbeit ist eine wichtige präventive Kinder- und Jugendhilfeleistung gemäß § 13 SGB VIII, die kooperativ mit den beteiligten Akteuren zum Wohl der Kinder und deren Familien in Darmstadt erbracht wird. Verankert ist sie weiterhin in den §§ 1, 11 und 81 des SGB VIII.

Die Steuerungsinstanz der Schulsozialarbeit in Darmstadt ist die Fachstelle Schulsozialarbeit und Jugendberufshilfe. Diese ist in der Abteilung Kinder- und Jugendförderung des Jugendamtes angesiedelt und für die fachliche und administrative Bearbeitung des Themenfeldes zuständig.

Der Magistrat der Wissenschaftsstadt Darmstadt hat 2009 beschlossen, von einer schulstandortbezogenen Schulsozialarbeit hin zu einer Ausrichtung nach Sozialräumen überzugehen. Dazu wurden vier Planungsräume auf Grundlage der Grundschulbezirke gebildet: Darmstadt Nord + Waldkolonie, Innenstadt Nord, Innenstadt

⁷⁰ Mit einem weitaus niedrigeren Kreis Anspruchsberechtigter (425 im Jahr 2017).

⁷¹ Bei einer aktiven Inanspruchnahme werden die Personen, die einzig die Leistungsart Schulbedarf in Anspruch genommen haben, nicht berücksichtigt (da Schulbedarf per se anspruchsberechtigten Schulkindern in den Rechtskreisen SGB II, SGB XII und AsylBLG gewährt wird). Vielmehr zählen hier Personen, die eine BuT-Leistung bewilligt bekommen haben, für die zuvor ein entsprechender Antrag gestellt werden musste.

Süd und Darmstadt Süd. In jedem Sozialraum wird die Schulsozialarbeit von einem Träger umgesetzt. Ausgenommen davon sind die beruflichen Schulen. Diese werden sozialraumunabhängig von einem weiteren fünften Träger bedient.

Mit dem Magistratsbeschluss von 2009 wurde ein stufenweiser Ausbau der Schulsozialarbeit beschlossen, der 2012/13 mit der dritten Ausbaustufe endete. Die Personalausstattung orientiert sich an den Schüler*innenzahlen der jeweiligen Schule, der Schulform und dem Standort einer Schule, um eine erforderliche Integrationsleistung zu ermöglichen.

Mit Abschluss des Ausbaus konnte an allen Schulen in der Wissenschaftsstadt Darmstadt flächendeckend Schulsozialarbeit umgesetzt werden. Zurzeit wird Schulsozialarbeit an 17 Grundschulen, fünf Gesamtschulen, einer Haupt- und Realschule, sieben Gymnasien, vier Förderschulen und zwei Berufsschulzentren umgesetzt.

Das Angebot der Schulsozialarbeit richtet sich an alle Schüler*innen einer Schule. Des Weiteren werden bei Bedarf Eltern, das familiäre Umfeld, der Sozialraum mit seinen Angeboten, Lehrer*innen sowie die Schulleitung mit einbezogen.

Die Schulsozialarbeit beinhaltet vielfältige Elemente der Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit, des Jugendschutzes, der erzieherischen Hilfen und Ganztagsbetreuung. In der Wissenschaftsstadt Darmstadt ist Schulsozialarbeit konzeptionell eine kommunale Aufgabe, die ein komplexes sozialpädagogisches, sozialräumlich verankertes Angebot der Jugendhilfe am Ort Schule ist.

Das kommunalpolitische Ziel ist die Herstellung von Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit sowie die Verringerung von Armut und Ausgrenzung. Dabei stehen nicht die Bildungs- und Lehrpläne im Mittelpunkt, sondern der individuelle Bildungsprozess von Kindern und Jugendlichen.

Jeder Träger arbeitet nach einem am Sozialraum orientierten Konzept, das in das Rahmenkonzept Schulsozialarbeit der Wissenschaftsstadt Darmstadt eingebettet ist. Ein wichtiger Baustein der sozialraumorientierten Schulsozialarbeit sind die Beratungszentren der jeweiligen Träger im Sozialraum. Diese bieten Eltern, Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit, außerhalb von Schule Hilfe in Anspruch nehmen zu können.

Wichtige Säulen der Schulsozialarbeit in der Wissenschaftsstadt Darmstadt sind:

Prävention:

Um Kinder und Jugendliche in ihrer sozialen und individuellen Entwicklung zu unterstützen, will die Schulsozialarbeit persönlichen und sozialen Problemlagen vorbeugen bzw. diese vermeiden. Sie interveniert wenn möglich schon bevor ein Problem große Ausmaße annimmt. Sie bietet vorbeugend Hilfen in belastenden Situationen an. Dafür nimmt die Schulsozialarbeit besonders die Grundschulen in den Blick, um von Beginn an auf gelingende Bildungsbiografien hinzuwirken.

Sozialraumorientierung:

Die Träger der Schulsozialarbeit sollen in räumlicher Nähe zu den Familien und den Schulstandorten präsent sein. Damit kommt die Schulsozialarbeit den Interessen der Familien, Kinder und Jugendlichen vor Ort entgegen und trägt zu einer besseren Abstimmung vorhandener Ressourcen im Sozialraum bei.

Partizipation:

Schulsozialarbeit kann dazu beitragen, die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen im Sozialraum und in der Lebenswelt Schule zu hören und gemeinsam umzusetzen. Hierbei orientieren sie sich an den Regelungen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (§ 8 SGB VIII – Beteiligung von Kindern und Jugendlichen). Ziel ist es, die vorhandenen demokratischen Formen von Mitsprache und Beteiligung (weiter) zu entwickeln und zu praktizieren. Die Ziele der Schulsozialarbeit lassen sich wie folgt zusammenfassen:

bezogen auf die Schüler*innen:

- ▶ individuelle Unterstützung von Schüler*innen
- ▶ emotionale Stabilisierung
- ▶ Förderung sozialer Kompetenz
- ▶ Förderung von Konfliktfähigkeit und konstruktiver Konfliktlösung
- ▶ Unterstützung bei Lebenskrisen in Schule, Familie, Gemeinwesen

bezogen auf die Institution Schule:

- ▶ Klimaverbesserung in der Schule
- ▶ Vernetzung und Kooperation von Schule und anderen Institutionen
- ▶ sozialpädagogische Unterstützung der Lehrkräfte

bezogen auf die Eltern:

- ▶ Motivierung der Eltern zur Mitwirkung bei schulischen Prozessen
- ▶ Abbau von Schwellenängsten gegenüber der Schule
- ▶ Förderung der Erziehungskompetenz der Eltern
- ▶ Vernetzung der Angebote im Bereich der Hilfen zur Erziehung, des Jugendschutzes, der Berufsvorbereitung, des Freizeitbereichs und der Gesundheitsförderung

Die Methoden der Schulsozialarbeit orientieren sich an der Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen und sind gleichermaßen vielfältig wie die Schüler*innen. Sie reichen von Einzelfallberatung der Schüler*innen und Eltern, über Sozialkompetenztraining, Vermittlung außerschulischer Hilfen, bis hin zu Projektarbeit. Auf struktureller Ebene ist dafür eine Öffnung der Schule zum Stadtteil mit den dort agierenden Institutionen und Trägern unabdingbar, denn dadurch werden Bedingungen geschaffen, die formelles und informelles Lernen miteinander verbinden. Die Qualität der Kooperation von Schule und Jugendhilfe/Schulsozialarbeit ist die Basis für die Schaffung neuer Bildungssysteme. Schulsozialarbeit nimmt hier eine wichtige Brückenfunktion ein.

Durch Schulsozialarbeit soll die institutionelle Trennung von Jugendhilfe und Schule verringert und sozialpädagogische Kompetenzen im Interesse der Schüler*innen, Eltern und Lehrkräfte eingebracht werden. Eine gelingende Kooperation im Rahmen der Schulsozialarbeit ermöglicht es, dass beide Instanzen bzw. Berufsgruppen sich im Hinblick auf das übergreifende gemeinsame Gesamtziel – nämlich die Verbesserung der Lebens- und Entwicklungsbedingungen von Kindern und Jugendlichen – wechselseitig ergänzen.

Schulsozialarbeit nimmt gemäß den Definitionen eine wichtige Vermittlungs- und Scharnierfunktion zwischen Schule und Gemeinwesen wahr. Im Interesse der Kinder und Jugendlichen trägt die Schulsozialarbeit zu einer Vernetzung bestehender Angebote und Dienste bei.

Schulsozialarbeit trägt an allen Schulformen dazu bei,

- ▶ das Recht junger Menschen auf Förderung ihrer Entwicklung zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten gemäß § 11 SGB VIII (Jugendarbeit) zu verwirklichen und Benachteiligungen gemäß § 13 SGB VIII (Jugendsozialarbeit) entgegenzuwirken und abzubauen;
- ▶ Schüler*innen in ihrer Persönlichkeitsentwicklung und bei der Entwicklung sozialer Kompetenzen zu

fördern, sie emotional zu stabilisieren, sie in Lebenskrisen in und außerhalb der Schule zu unterstützen, ihre Konfliktfähigkeit zu fördern und konstruktive Konfliktlösungen zu finden;

- ▶ junge Menschen beim Übergang von der Schule in den Beruf zu unterstützen;
- ▶ neue Bildungsräume zu eröffnen, Orte und Gelegenheiten für informelles Lernen und selbstbestimmte Selbstbildungsprozesse zu initiieren und junge Menschen zu befähigen, sich kritisch mit ihrer Lebenswelt und gesellschaftlichen Entwicklungen auseinanderzusetzen;
- ▶ Kooperationen an der Schnittstelle von Jugendhilfe und Schule auszubauen, zu verankern und ein gemeinsames, inklusives Bildungs- und Erziehungsverständnis von Jugendhilfe und Schule zu entwickeln.

Die Schulsozialarbeit lebt von der Beziehungsarbeit und der Kontinuität, daher sind finanzielle Sicherung und kommunale Verankerung notwendig, um professionelle und qualitative Arbeit leisten zu können.

Die Schulsozialarbeit in der Wissenschaftsstadt Darmstadt wird, analog dem Prozess „AG 78 SGB VIII – Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendarbeit“, ebenfalls weiterentwickelt.

9. Übergang Grundschule – weiterführende Schule

Der Übergang von der Grundschule an die weiterführende Schule stellt für Schüler*innen, Eltern und Lehrer*innen mitunter eine Herausforderung dar. Unterstützung bei der Wahl der weiterführenden Schule bieten die abgebenden Grundschulen und z. B. das Bildungsprojekt „Diesterweg-Stipendium“.

9.1 Übergangsformate – Schullaufbahnberatung

Die Schullaufbahnberatung der Grundschule im Übergang von Klasse vier nach fünf basiert auf den Erfahrungen und Beobachtungen der Grundschullehrkräfte während der gesamten Grundschulzeit des Kindes. Dabei wird sowohl die kognitive als auch die sozial-emotionale Entwicklung betrachtet.

Im Spätherbst des vierten Schuljahres tagen die Klassenkonferenzen, um mit Blick auf die bisherige Lernentwicklung für jedes Kind über den optimalen weiteren Bildungsgang zu beraten. Im Anschluss finden im Spätherbst/Winter die Beratungsgespräche statt. Auf Grund-

lage der Ergebnisse der Klassenkonferenz werden die Eltern individuell hinsichtlich des weiteren Bildungsganges ihres Kindes von der Klassenlehrkraft beraten und eine Empfehlung von Seiten der Schule wird ausgesprochen. Die endgültige Entscheidung über den Bildungsgang ihres Kindes liegt jedoch bei den Eltern. Sie geben bis zum 5. März das Anmeldeformular für die weiterführende Schule ab. Wünschen die Eltern einen anderen Bildungsgang als den von der Grundschule empfohlenen, wird ihnen ein weiterer Beratungstermin angeboten.

Die endgültige Mitteilung an die Grundschule über die Wahl des Bildungsganges muss spätestens bis zum 5. April erfolgen. Eltern können für ihr Kind eine bestimmte Schule auswählen, es besteht allerdings kein Anspruch darauf, dass das Kind in die Wunschschule aufgenommen wird. Garantiert wird nur die Aufnahme des Kindes in den gewünschten Bildungsgang.

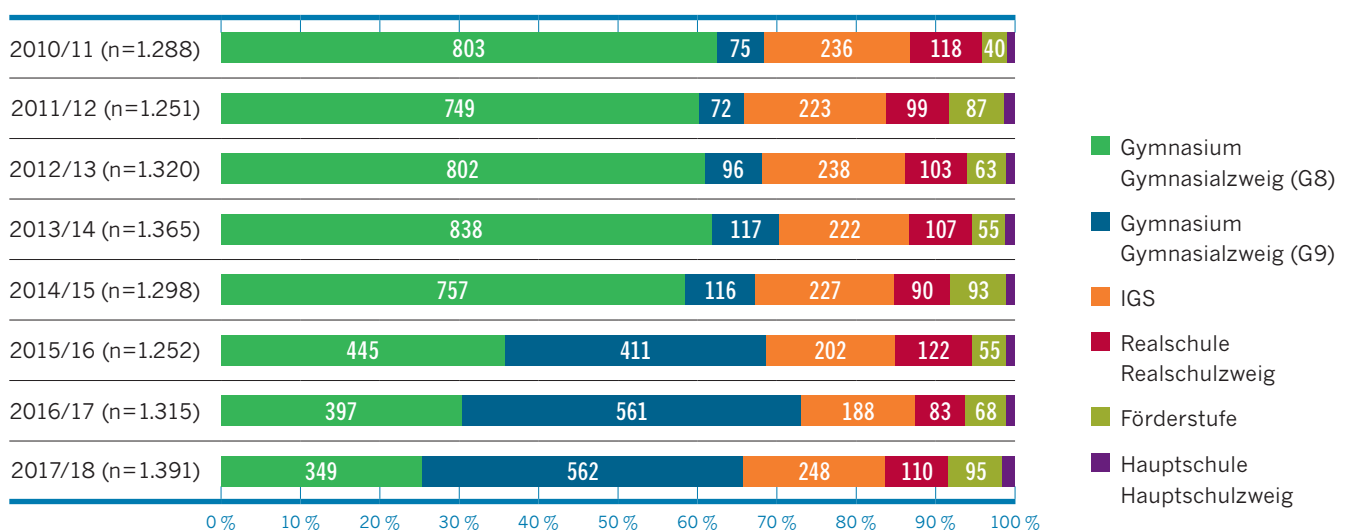
Zusätzlich zu den individuellen Elternberatungen finden in den Grundschulen vor den Weihnachtsferien Informationsveranstaltungen zum Übergang von Klasse vier nach Klasse fünf statt. Die Eltern erhalten hier einen umfassenden Überblick über die vielen verschiedenen Bildungswege, die im hessischen Schulsystem möglich sind. Für jeden Bildungsgang werden die unterschiedlichen Anschlussmöglichkeiten dargestellt, insbesondere auch die vielfältigen Möglichkeiten zum Erwerb weiterführender Schulabschlüsse in den beruflichen Schulen und durch die duale Ausbildung. Hierbei wird besonders Wert daraufgelegt, die Eltern darüber zu informieren, dass die Wahl des Bildungsganges nach der Grundschu-

le noch längst nicht über den am Ende der Schullaufbahn erreichten Schulabschluss entscheidet. Hierfür verwenden die Grundschulen Informationsmaterial des Hessischen Kultusministeriums (Informationsfilm „Bildungswege in Hessen“, PowerPoint-Präsentation „Mein Kind kommt in die 5. Klasse – Informationen zum Übergang in die weiterführende Schule“).

9.2 Übergang Grundschule – weiterführende Schule

Hessenweit besuchten im Schuljahr 2016/17 knapp 50 % der Fünftklässler*innen, die zuvor eine Grundschule besucht hatten, ein Gymnasium (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2018). Bei Betrachtung des Übergangs von der Grundschule an die weiterführenden Schulen in Darmstadt seit dem Schuljahr 2010/11 wird deutlich, dass sich jeweils mehr als 65 % der Fünftklässler*innen für einen gymnasialen Bildungsgang entschieden haben (Abb. 41). Dieser Anteil ist über die Jahre hinweg sehr konstant; seit dem Schuljahr 2015/16 gibt es einen Trend vom achtstufigen Gymnasium zurück zum neunstufigen Gymnasium. Auch die Anteile von Förderstufe⁷², Hauptschule/Hauptschulzweig, Realschule/Realschulzweig, Förderschule sowie integrierter Gesamtschule (IGS) blieben in den vergangenen acht Schuljahren weitgehend konstant. Die hohe Zahl an Gymnasiast*innen ist auch auf das große Angebot von Gymnasien und Gymnasialzweigen zurückzuführen. In Darmstadt sind zehn Gymnasien (darunter vier private Gymnasien) ansässig und zusätzlich ein Oberstufengymnasium. Außerdem bieten die fünf integrierten Gesamtschulen und die zwei koope-

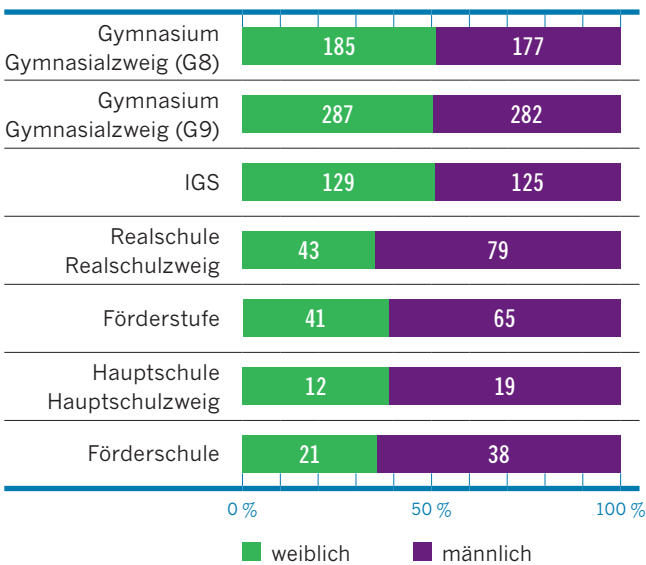
Abb. 41: Entwicklung des Übergangs von der Grundschule an die weiterführenden Schulen in Darmstadt nach Schulform



Quelle: LUSD

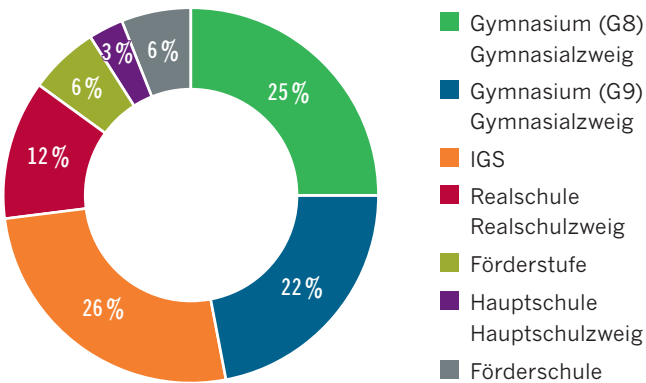
⁷² Die Förderstufe wird auch als Orientierungsstufe bezeichnet und wird in den Stufen 5 und 6 an verbundenen Haupt- und Realschulen, an der schulformbezogenen (kooperativen) Gesamtschule oder als Bestandteil der Grundschule angeboten (Hessisches Schulgesetz 2005).

Abb. 42: Schüler*innen in der Stufe 5 nach Schulform und Geschlecht



Quelle: LUSD

Abb. 43: Schüler*innen mit Migrationshintergrund in Stufe 5 nach Schulform 2017/18



Quelle: LUSD

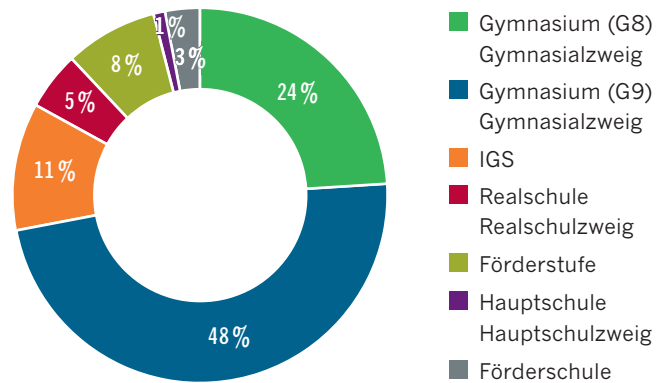
rativen Gesamtschulen (KGS) jeweils einen Gymnasialzweig. Zudem gibt es eine Haupt- und Realschule sowie je einen Realschulzweig und einen Hauptschulzweig an den KGS. Eine Förderstufe wird an einer Förderschule sowie an einer KGS angeboten. Zudem befinden sich vier Förderschulen in Darmstadt.

Von den 1.503 Schüler*innen (inkl. Wiederholer*innen und Seiteneinsteiger*innen), die im Schuljahr 2017/18 eine fünfte Klasse in Darmstadt besuchten, waren 52 % männlich (Abb. 42). Auf Gymnasien/Gymnasialzweigen und an den IGS betrug der Anteil von Mädchen und Jungen jeweils um die 50 %. Mehr als 60 % der

Fünftklässler*innen, die andere weiterführende Schulformen besuchten, waren männlich.

Im Schuljahr 2017/18 hatten 39 % der Fünftklässler*innen einen Migrationshintergrund. Eine detaillierte Betrachtung nach Schulformen zeigt, dass sich Schüler*innen mit Migrationshintergrund nach der vierten Klasse häufiger für eine integrierte Gesamtschule oder eine Realschule entscheiden als Schüler*innen ohne Migrationshintergrund (Abb. 43 und 44): 26 % der Schüler*innen mit Migrationshintergrund besuchten im Schuljahr 2017/18 die fünfte Klasse einer IGS, bei den Schüler*innen ohne Migrationshintergrund waren es 11 %. Eine Realschule oder einen Realschulzweig wählten 12 % Schüler*innen mit Migrationshintergrund und 5 % der Schüler*innen ohne Migrationshintergrund. 47 % der Schüler*innen mit Migrationshintergrund entschieden sich für einen gymnasialen Bildungsgang; bei den Schüler*innen ohne Migrationshintergrund waren es 72 %.

Abb. 44: Schüler*innen ohne Migrationshintergrund in Stufe 5 nach Schulform 2017/18



Quelle: LUSD

Im Schuljahr 2017/18 besuchten 81 % der 64 Schüler*innen, die in Stufe 4 auf einer Förderschule unterrichtet worden waren, auch in Stufe 5 eine Förderschule. Einzelne Förderschüler*innen entschieden sich nach Stufe 4 für einen Wechsel auf eine IGS, eine Haupt- oder Realschule. Da an Förderschulen sowohl die Primar- als auch die Sekundarstufe angeboten wird, erfolgt ein Schulwechsel an eine allgemeinbildende Schule auf aktives Bestreben der Schüler*innen.

9.3 Erfahrungsbericht Diesterweg-Stipendium

Das „Diesterweg-Stipendium“ ist ein Bildungsprojekt für Familien, in denen ein Kind den Wechsel von der Grundschule zu einer weiterführenden Schule vollzieht. Ursprünglich wurde es von der Stiftung Polytechnische Gesellschaft in Frankfurt am Main entwickelt, um Kinder mit gutem Leistungspotenzial beim Übergang zu unterstützen sowie Eltern in ihrer Kompetenz als Erziehungsbegleiter*innen zu stärken und als Bildungsbegleiter*innen zu gewinnen. 2013 wurde es von der Software AG-Stiftung in Darmstadt initiiert, wo es seit Beginn des Schuljahres 2013/14 in der Trägerschaft des Diakonischen Werks Darmstadt-Dieburg durchgeführt wird. Neben der Software AG-Stiftung unterstützen die Dotter-Stiftung, die ENTEGA-Stiftung sowie der Stiftungsfonds DiaStart der Stiftung Diakonie Hessen den inzwischen dritten Durchgang (2017–19) des Projekts.

Das „Diesterweg-Stipendium“ in Darmstadt versteht sich als *non-formales Lernangebot* für Familien mit dem Ziel, ihnen Möglichkeiten *informellen Lernens* zu eröffnen sowie eine Orientierung im Bereich des *formalen Lernens* zu ermöglichen und zu erleichtern. Für die Dauer von jeweils zwei Jahren erkunden die Familien in einem breitgefächerten Bildungsprogramm verschiedene Lernorte in Darmstadt und Umgebung. Bildung wird zum Familienthema. Neben dem Wechsel in die weiterführende Schule werden auch alle anderen in den Familien anstehenden Übergänge vom Kindergarten in die Schule und von der Schule in den Beruf oder zum Studium sowie Weiterbildungsoptionen im Erwachsenenalter thematisiert.

Ziel ist es, die Familien bei den jeweiligen Übergängen zu begleiten. Dabei geht es insbesondere darum, die Grundlage für eine Entscheidung zu schaffen, die sich an den Fähigkeiten des jeweiligen Kindes orientiert. Ermöglicht wird dies durch das Bereitstellen bzw. das gemeinsame Erarbeiten entsprechender Informationen zu Schulsystem und Schullandschaft in Darmstadt sowie durch ein individuelles Beratungsangebot. Die Erfahrungen zeigen, dass die Familien, die sich für eine Teilnahme am Projekt entschieden haben, die von den Schulen angebotenen Elternabende und Tage der offenen Türen in der Regel nicht von sich aus nutzen, dann aber, nachdem die für die Familien relevanten Fragen mit Blick auf eine zukünftige Schule des Kindes thematisiert wurden, zu einer Teilnahme an den Informationsveranstaltungen motiviert werden konnten.

Voraussetzung für eine Teilnahme am Projekt ist die Empfehlung einer kooperierenden Grundschule. In jedem Durchgang werden 15 bis 16 Familien aufgenommen. Da alle Familienmitglieder an den Familientagen teilnehmen, beläuft sich die Anzahl pro Durchgang auf 70 bis 80 Personen. Zielgruppe sind Familien mit und ohne Migrationshintergrund. Das Projekt richtet sich gezielt an Mehrkind-Familien, damit Eltern ihre Erfahrungen aus dem Projekt unmittelbar an ihre jüngeren Kinder weitergeben können. Gezielt werden auch Familien mit alleinerziehenden Müttern unterstützt.

Wohn- und Schulort aller Familien ist Darmstadt, wobei die Familien vor allem aus den Stadtteilen Arheilgen, Bessungen, Eberstadt-Süd und Kranichstein kommen. Nicht selten begründen Eltern ihren Wunsch, dass die weiterführende Schule des Kindes nicht in dem Stadtteil liegen solle, in dem das Kind schon die Grundschule besucht hat, mit den Erfahrungen im Sozialraum. Diesen Wunsch zum Beispiel bei einer Gymnasialempfehlung des Kindes umzusetzen wird jedoch durch die Tatsache erschwert, dass die Kosten für das Schülerticket nicht ersetzt werden, wenn auf eine nähergelegene kooperative Gesamtschule verwiesen werden kann. Dass die Schulwahl von der Frage der Rückerstattung der Beförderungskosten beeinflusst wird, wirft die Frage nach den Grenzen von Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit auf.

Die Wirkungen des Projekts auf die Familien sind deutlich zu spüren, aber nicht immer messbar. Als kurzfristige Wirkung lässt sich beobachten, dass Eltern ihre Kinder bewusst begleiten und der Blick auf das Kind die Schulwahl steuert. Eltern erweitern ihr Wissen über das Schulsystem, verschiedene Schulformen und die Durchlässigkeit von Bildungsgängen sowie über Möglichkeiten der Elternmitbestimmung. Sie gehen mit größerer Selbstverständlichkeit in Gespräche mit Lehrkräften. Die Familien nehmen sich Zeit für gemeinsame Unternehmungen und entdecken bisher unbekannte Lernorte wie Bibliotheken oder Museen. Über die Stadtteilgrenzen hinweg kommen Familien aus verschiedenen kulturellen Zusammenhängen miteinander in Kontakt. Der wertschätzende Umgang miteinander und eine Fokussierung auf die Ressourcen der jeweiligen Familien (z. B. die Wahrnehmung von Mehrsprachigkeit als Kompetenz) zielen auf den langfristigen Effekt von Selbstwirksamkeit ab, sodass sich weitere Entwicklungsmöglichkeiten für vorhandene Potenziale eröffnen. Indem die gemeinschaftlichen Aktivitäten kulturelle Barrieren überwinden und neue soziale Räume eröffnen, dient das Projekt der Integration.

C Jugendalter bis zum Einstieg in den Beruf

An weiterführenden Schulen erreichte Abschlüsse sind eine wichtige Voraussetzung für einen gelingenden Berufseinstieg. Der Übergang von der Schule in den Beruf ist für Jugendliche und junge Erwachsene ein großer Schritt, der häufig mit Unsicherheiten einhergeht. Hier bieten unterschiedliche Beratungs- und Fördermaßnahmen eine wichtige Unterstützung. Neben den Herausforderungen in Schule und Berufswahl sehen sich Jugendliche mit ihrer veränderten Lebenswirklichkeit und dem Erwachsenwerden konfrontiert. Die offene Jugendarbeit bietet ihnen die Möglichkeit, gemeinsam mit der Peer-Group den eigenen Interessen nachzukommen und Neues zu entdecken und zu lernen.

Im Folgenden werden die Bildung an weiterführenden Schulen (Kap. 10), der Übergang in den Beruf (Kap. 11) sowie außerschulische Bildungs- und Förderangebote (Kap. 12) genauer beleuchtet. Den Abschluss des Kapitels bildet die Betrachtung der Bildung an beruflichen Schulen (Kap. 13).

10. Bildung an weiterführenden Schulen

Die weiterführenden Schulen sollen Schüler*innen eine allgemeine Bildung vermitteln und auf das Leben vorbereiten. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf die Berufswahl und das spätere Berufsleben gelegt. Je nach Schulform überwiegen dabei praktischer, projektbezogener Unterricht und individuelle Förderung, eine Schwerpunktsetzung entsprechend der Neigungen der Schüler*innen oder eine vertiefte Allgemeinbildung und die Vorbereitung auf ein Studium.

10.1 Weiterführende Schulen in Darmstadt

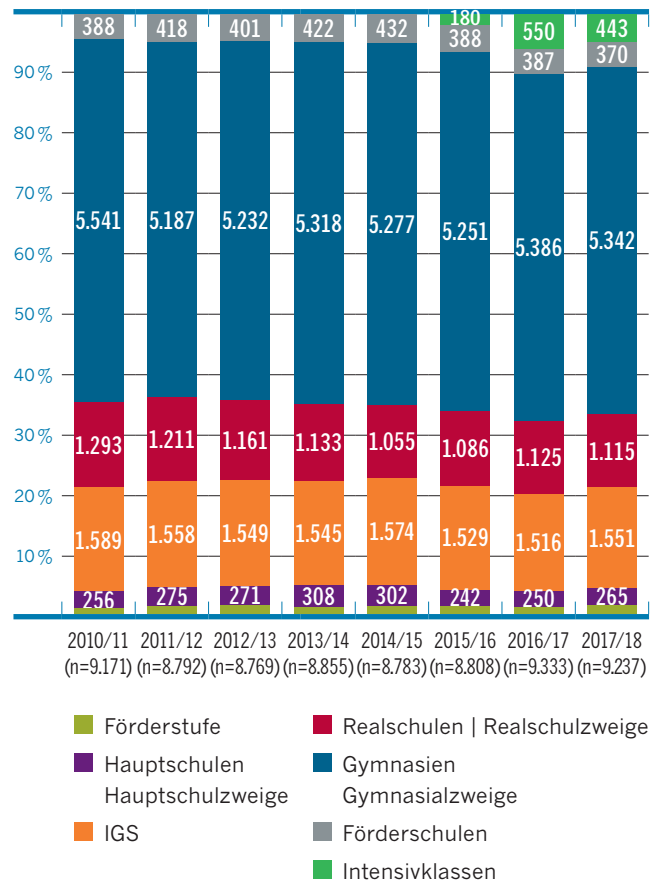
In den Bereichen der Sekundarstufen I (Stufen 5–10)⁷³ und II (Stufen 11–13)⁷⁴ ist die Schullandschaft auf dem Darmstädter Stadtgebiet breit aufgestellt. Das Gros der 24 weiterführenden Schulen bietet den gymnasialen Bildungsgang an. So gibt es sieben reine Gymnasien (davon ein privates) mit Stufen 5–12 oder 5–13. Zudem bietet ein privater Träger ein Gymnasium mit Grundstufe sowie zwei private Träger Gymnasien mit Realschule und Grundstufe an. Hinzu kommt ein reines Oberstufengymnasium. Dieses ist insbesondere relevant für Schüler*innen der fünf integrierten Gesamtschulen und zwei kooperativen Gesamtschulen Darmstadts, da diese bis einschließlich Stufe 10 Unterricht anbieten.

An den fünf integrierten Gesamtschulen in Darmstadt (davon zwei private) findet in der Sekundarstufe I – unabhängig von den Bildungsgängen Hauptschul-, Realschul- und Gymnasialzweig – weitestgehend gemeinsamer Unterricht statt. Die zwei öffentlichen kooperativen Gesamtschulen unterrichten hingegen konkret in den drei Bildungsgängen. Des Weiteren gibt es eine Haupt- und Realschule. Neben den genannten allgemeinbildenden Schulen wird an den vier Förderschulen⁷⁵ Unterricht in der Sekundarstufe I angeboten.

10.2 Schüler*innen und Pendler*innen in den Sekundarstufen I + II

Die Zahl der Schüler*innen in der Sekundarstufe I ist seit dem Schuljahr 2010/11 weitgehend konstant und liegt bei etwa 8.700 Schüler*innen, die die Stufen 5–10 einer weiterführenden Schule in Darmstadt besuchen (Abb. 45).

Abb. 45: Schüler*innen in der Sekundarstufe I



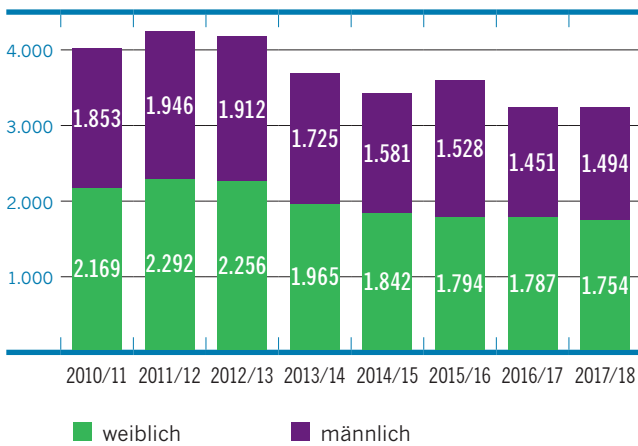
Quelle: LUSD

⁷³ Bzw. Stufen 5–9 bei G8, also dem Gymnasium in acht Jahren.

⁷⁴ Bzw. Stufen 10–12 bei G8.

⁷⁵ Die Förderschulen haben die Förderschwerpunkte geistige Entwicklung, Lernen und Sprachheilverfahren. Zudem gibt es eine Abteilung für körperliche und motorische Entwicklung sowie eine Abteilung Hören.

Abb. 46: Schüler*innen in der gymnasialen Oberstufe nach Geschlecht



Quelle: LUSD

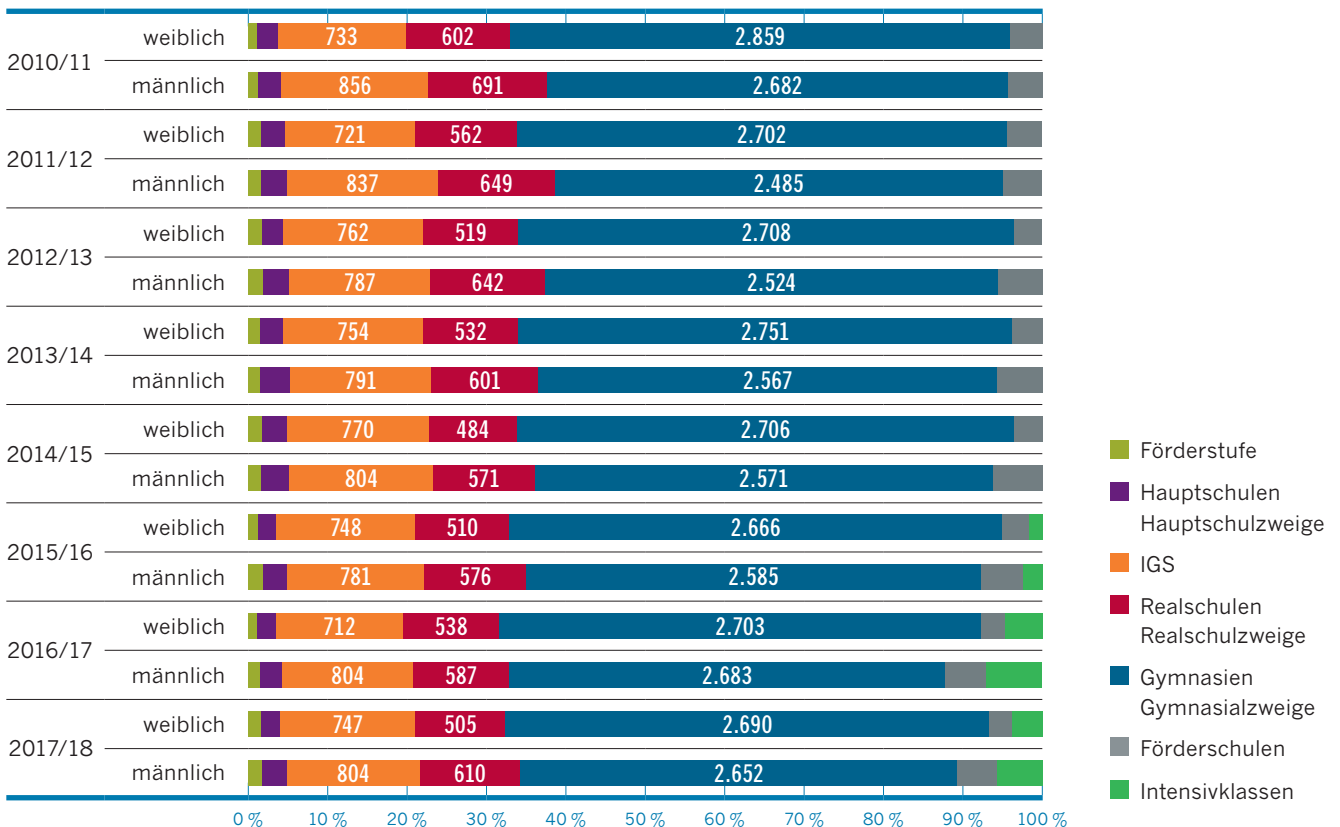
Hinzu kommen seit dem Schuljahr 2015/16 Schüler*innen nichtdeutscher Herkunftssprache, die Sprachunterricht in Intensivklassen erhalten. Auch die Verteilung der Schüler*innen auf die Schulformen ist äußerst konstant, sowohl im Hinblick auf die Anzahl der Schüler*innen je

Schulform als auch auf die Anteile der Schüler*innen je Schulform.

An der Sekundarstufe II war im Schuljahr 2013/14 ein starker Rückgang der Schüler*innenzahl zu verzeichnen (Abb. 46). Dieser ist durch die Umstellung auf das achtjährige Gymnasium (G8) zu erklären: Im Schuljahr 2012/13 gab es einen doppelten Abiturjahrgang, da erstmals Schüler*innen im achtjährigen Gymnasium das Abitur machten. Der anschließende Rückgang auf um die 3.300 Schüler*innen in der Sekundarstufe II ist darauf zurückzuführen, dass die Stufe 13 im G8 wegfällt. An einer Förderschule mit dem Schwerpunkt geistige Entwicklung besuchen jährlich etwa 20–30 Schüler*innen die Sekundarstufe II in Form einer Berufsorientierungsstufe.

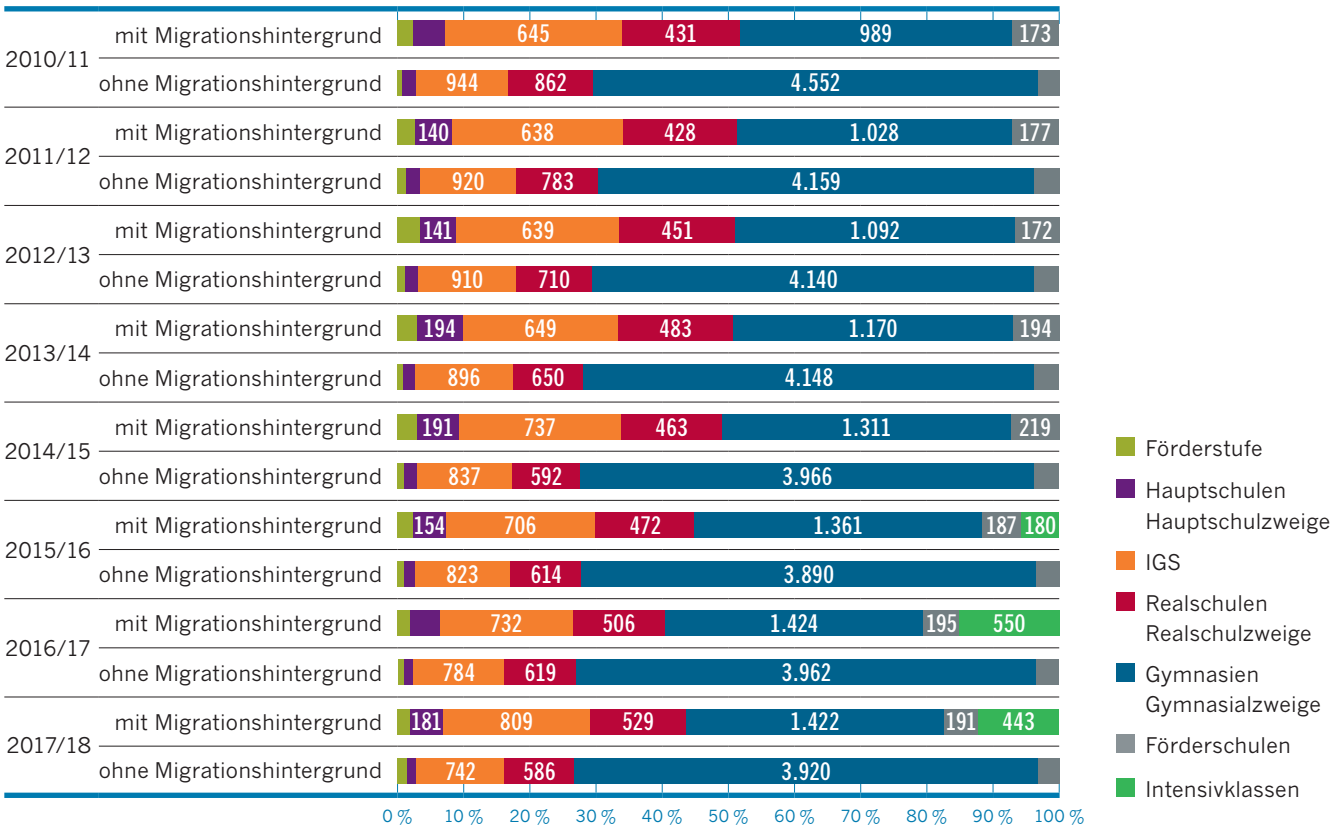
Insgesamt besuchen etwas mehr Jungen als Mädchen die Sekundarstufe I in Darmstadt. Dabei besuchen mehr Mädchen als Jungen ein Gymnasium oder einen Gymnasialzweig, während an integrierten Gesamtschulen, Real- und Hauptschulen und -zweigen sowie Förderschulen mehr Jungen unterrichtet werden (Abb. 47). In der gymnasialen Oberstufe liegt der Frauenanteil konstant bei 54 % (Abb. 46).

Abb. 47: Schüler*innen in der Sekundarstufe I nach Geschlecht



Quelle: LUSD

Abb. 48: Schüler*innen in der Sekundarstufe I nach Migrationshintergrund



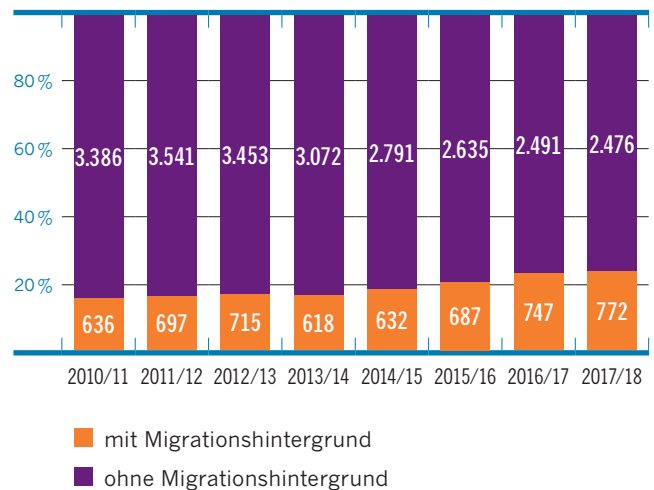
Quelle: LUSD

Der Anteil der Schüler*innen mit Migrationshintergrund in der Sekundarstufe I nahm stetig von 27 % im Schuljahr 2010/11 auf 40 % im Schuljahr 2017/18 zu. Die Einrichtung von Intensivklassen für Schüler*innen nichtdeutscher Herkunftssprache im Schuljahr 2015/16 macht 3 % des Anstiegs aus.

Wie bereits beim Übergang von der Primarstufe in Stufe 5 deutlich wurde (s. Kap. 9.2), besuchen Schüler*innen mit Migrationshintergrund häufiger eine IGS, Realschulen/-zweige oder Hauptschulen/-zweige als Schüler*innen ohne Migrationshintergrund. 2017/18 besuchten 38 % der Schüler*innen mit Migrationshintergrund ein Gymnasium oder einen Gymnasialzweig; bei den Schüler*innen ohne Migrationshintergrund waren es 69 % (Abb. 48). Auf einer IGS wurden 21 % der Schüler*innen mit Migrationshintergrund unterrichtet und an Realschulen und -zweigen 14 %; bei den Schüler*innen ohne Migrationshintergrund waren es 13 % bzw. 10 %. Eine Hauptschule oder einen -zweig besuchten 5 % der Schüler*innen mit Migrationshintergrund und 1 % der Schüler*innen ohne Migrationshintergrund.

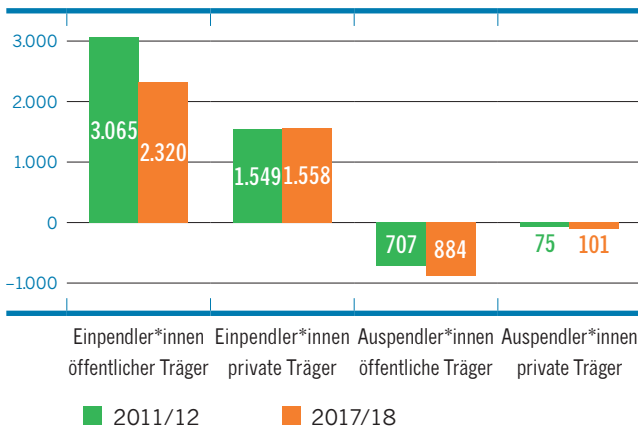
In der gymnasialen Oberstufe nahm der Anteil der Schüler*innen mit Migrationshintergrund von 16 % im Schuljahr 2010/11 auf 24 % im Schuljahr 2017/18 zu (Abb. 49).

Abb. 49: Schüler*innen in der gymnasialen Oberstufe nach Migrationshintergrund



Quelle: LUSD

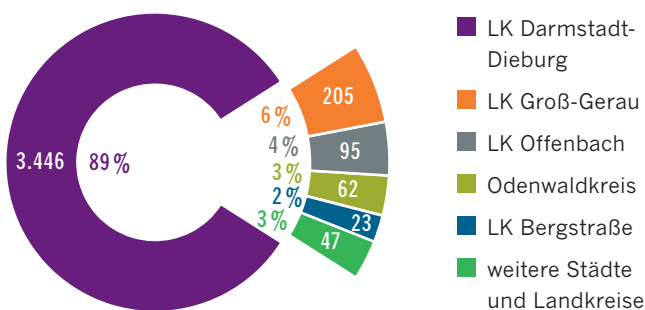
Abb. 50: Bildungspendler*innen in den Sekundarstufen I + II



Quelle: LUSD

Im Bereich der Sekundarstufen I und II⁷⁶ gibt es weit- aus mehr Pendler*innen als in der Primarstufe, ähnliche Entwicklungstrends sind aber auch hier auszumachen. Wie aus Abbildung 50 hervorgeht, nimmt die Anzahl der Einpendler*innen – wie hier exemplarisch an den Schuljahren 2011/12 und 2017/18⁷⁷ dargestellt – an den öffentlichen Schulen ab. Gab es im Jahr 2011/12 noch 3.065 Einpendler*innen, sind es sechs Jahre später 2.320 – eine Abnahme um 24,3 %. Derweil ist die Anzahl der Auspendler*innen an öffentlichen Schulen um 177 gestiegen, in Relation gesetzt entspricht dies (aufgrund der recht niedrigen Fallzahl) einem Plus von 25 %. Die Zahl der Einpendler*innen an privaten Schulen stagniert hingegen auf hohem Niveau (2011/12: 1.549, 2017/18: 1.558).

Abb. 51: Herkunftsregion der Einpendler*innen in den Sekundarstufen I + II 2017/18

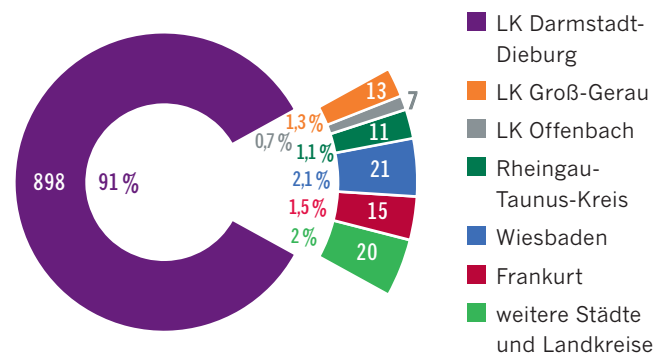


Quelle: LUSD

Der positive Pendlersaldo in den Sekundarstufen I + II im Schuljahr 2017/18 (+2.893 Schüler*innen) generiert sich sowohl aus einem positiven Saldo im Bereich der öffentlichen (+1.436) als auch der privaten Schulen (+1.457). An den Förderschulen zeichnet sich im gleichen Jahr hingegen ein negativer Saldo von -34 (95 Einpendler*innen stehen 129 Auspendler*innen gegenüber) ab. In den Sekundarstufen machen Einpendler*innen rund 55 % der Gesamtschüler*innenschaft an privaten und ca. 24,5 % an öffentlichen Schulen aus.

Wie auch in der Primarstufe sind die Pendelverflechtungen mit dem Landkreis Darmstadt-Dieburg am intensivsten. Rund 89 % der Einpendler*innen (3.446 Schüler*innen) im Schuljahr 2017/18 kommen aus dem

Abb. 52: Zielregion der Auspendler*innen in den Sekundarstufen I + II 2017/18



Quelle: LUSD

Landkreis Darmstadt-Dieburg, sodass Schüler*innen aus dem Landkreis 28 % der Gesamtschüler*innenschaft an den Sekundarstufen in Darmstädter Schulen stellen (Abb. 51). Weitere Einzugsgebiete sind u. a. die Landkreise Groß-Gerau (205), Offenbach (95), Bergstraße (62) und der Odenwaldkreis (23). Wiederum besuchten im Schuljahr 2017/18 91 % der Auspendler*innen (898 Schüler*innen) im Sekundarbereich Schulen im Landkreis Darmstadt-Dieburg (Abb. 52). Zudem wurden auch weiterführende Schulen in Wiesbaden (21) oder Frankfurt (15) sowie in einigen umliegenden Landkreisen angewählt.

⁷⁶ Inklusive Intensivklassen, sofern diese nicht eindeutig der Sekundarstufe zuzuordnen sind.

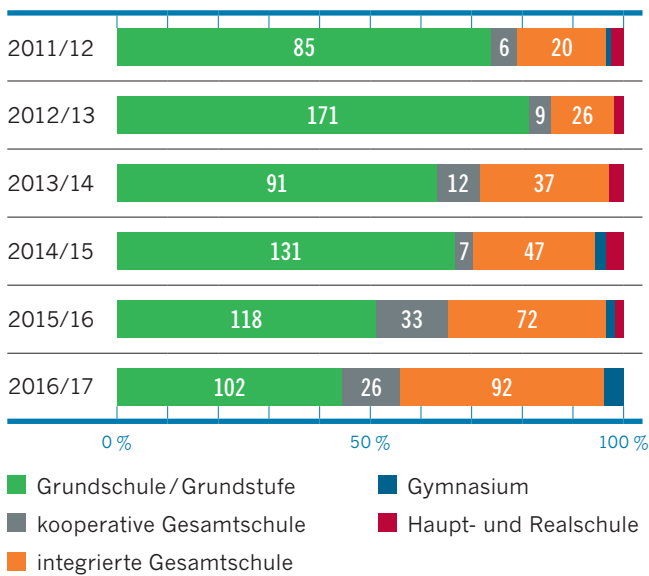
⁷⁷ Die ausgewählten Schuljahre 2011/12 und 2017/18 sind repräsentativ für den Verlauf der letzten Jahre.

10.3 Inklusive Beschulung

Seit dem Schuljahr 2011/12 hat sich die Anzahl der inklusiv arbeitenden weiterführenden Schulen⁷⁸ von sieben auf 12 (von insgesamt 20) 2016/17 erhöht. Von den insgesamt 14 öffentlichen weiterführenden Schulen waren 2011/12 zunächst knapp zwei Fünftel, 2016/17

Im Laufe der Jahre kam es zu einer kontinuierlichen Steigerung der Zahl der inklusiv beschulten Schüler*innen an weiterführenden Schulen: Waren es im Jahr 2011/12 noch 30 Schüler*innen, sind es im Jahr 2016/17 bereits 127. Annähernd ein Fünftel (21,1 %) der Schüler*innen mit Förderbedarf in den Sekundarstufen wird inklusiv beschult. Zwar nehmen in diesem Zeitraum auch die Zahlen der inklusiv beschulten Schüler*innen an Schulen in freier Trägerschaft zu, im Vergleich zu den öffentlichen Schulen jedoch in einem weitaus geringeren Maße. So fiel der Anteil der privaten weiterführenden Schulen an den inklusiv beschulten Schüler*innen von einem Drittel (2011/12) auf nur 15 % bzw. 17,3 % (2015/16 bzw. 2016/17).

Abb. 53: Entwicklung der inklusiven Beschulung nach Schultyp



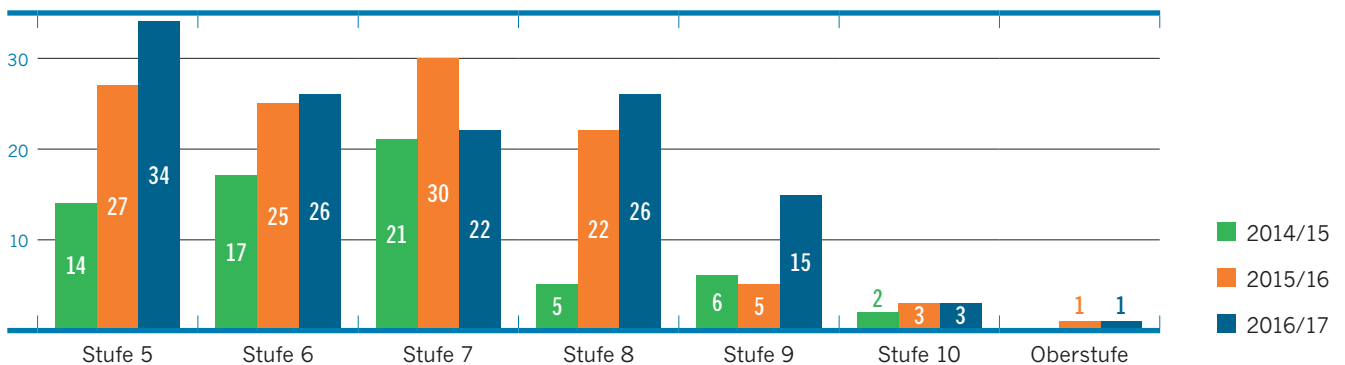
Quelle: LUSD

In einer Publikation der Bertelsmann Stiftung⁷⁹ zur inklusiven Beschulung hieß es: „Nach der Grundschule ist Inklusion oft noch ein Fremdwort.“ Traf diese Aussage in den Schuljahren 2011/12 bzw. 2012/13, in denen rund 80 % der inklusiv beschulten Schüler*innen Grundschulen bzw. Grundstufen besuchten, noch gut auf Darmstadt zu, nahm der Anteil der weiterführenden Schulen an der inklusiven Beschulung im Laufe der Jahre stetig zu (Abb. 53). Im Schuljahr 2016/17 besuchten mit 55,5 % erstmals mehr als die Hälfte der inklusiv beschulten Schüler*innen weiterführende Schulen. Insbesondere an integrierten Gesamtschulen, nach und nach aber auch an kooperativen Gesamtschulen und Gymnasien, stieg die Zahl der inklusiv beschulten Schüler*innen.

bereits mehr als zwei Drittel der Schulen bei der inklusiven Beschulung tätig. Wie auch in der Primarstufe beschulen die Freie Comenius Schule und z. T. die Freie Montessori-Schule – und damit nur eine bzw. zwei von sechs Schulen in freier Trägerschaft – inklusiv.

Inklusive Beschulung fand in den letzten Schuljahren v. a. im Bereich der Sekundarstufe I, hier insbesondere in den Stufen 5 bis 8, statt (Abb. 54). Im Betrachtungszeitraum besuchten zumeist weniger als 15 % der inklusiv beschulten Schüler*innen an weiterführenden Schulen die Stufen 9 oder höher. Ferner ist Abbildung 55

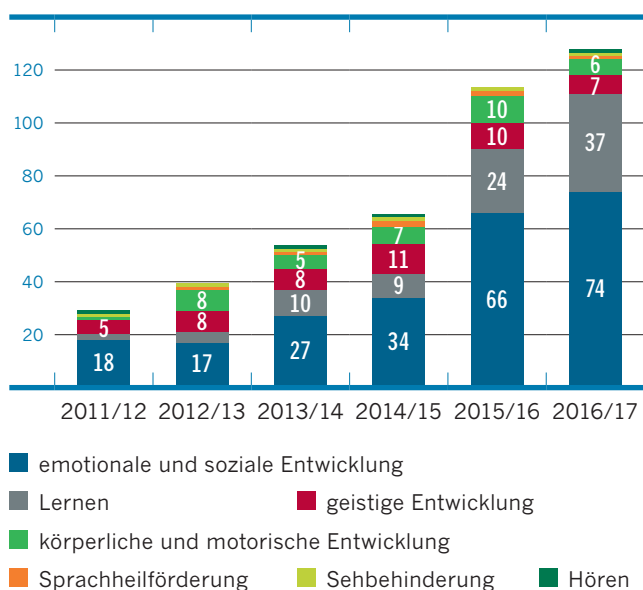
Abb. 54: Schüler*innen in der inklusiven Beschulung nach Jahrgangsstufen



Quelle: LUSD

⁷⁸ Alle allgemeinbildenden Schulen ab Stufe 5 mit Ausnahme der Förderschulen.
⁷⁹ Klemm, K. (2015), S. 6; mit Daten auf Länderebene im Schuljahr 2013/14.

Abb. 55: Schüler*innen in der inklusiven Beschulung nach Förderschwerpunkt



Quelle: LUSD

zu entnehmen, dass die Anzahl der inklusiv beschulten Schüler*innen in fast allen Jahrgangsstufen im Laufe der Jahre zunahm.

Aus Abbildung 55 gehen die Förderschwerpunkte der inklusiv beschulten Schüler*innen hervor. Auch im Bereich der weiterführenden Schulen ist ein deutlicher Anstieg der Förderarten emotionale und soziale Entwicklung (von 27 Schüler*innen 2013/14 auf 74 2016/17) sowie Lernen (von 10 Schüler*innen 2013/14 auf 37 2016/17) auszumachen. Die Förderarten geistige Entwicklung sowie körperliche und motorische Entwicklung weisen im Verlauf der Jahre relativ konstante Werte auf. Abseits von den genannten vier Förderarten werden in den weiterführenden allgemeinen Schulen kaum Schüler*innen mit anderem Förderbedarf beschult.

Wie auch in der Primarstufe (vgl. Kap. 5.4) sind in den weiterführenden Regelschulen sowohl Jungen als auch Schüler*innen mit Migrationshintergrund in der inklusiven Beschulung und in Förderschulen überproportional häufig vertreten. Während Schüler*innen mit ausländischer Staatsangehörigkeit in der inklusiven Beschulung gar leicht unterrepräsentiert sind (mit 10,3 % bei 11,6 % im Durchschnitt), werden überproportional viele Schüler*innen mit ausländischer Staatsangehörigkeit in Förderschulen (26,4 %) beschult.

10.4 Schulformwechsel

Von Interesse für die Schulplanung sind, neben den regulären Übergängen von der Primarstufe in die weiterführenden Schulen, die Wechsel, die insbesondere in der Sekundarstufe I zwischen den Schulformen stattfinden. Dazu wird eine Übergangsquote berechnet, die die jeweilige Schüler*innenzahl eines Altersjahrgangs in zwei aufeinanderfolgenden Klassenstufen miteinander ins Verhältnis setzt. Diese wurde für alle Schulformen für die Schuljahre 2015/16 bis 2017/18 berechnet. Beim Übergang von Stufe 5 auf Stufe 6 (die Tabelle hierzu ist online als Zusatzinformation einsehbar) zeigt sich, dass es an den Haupt- und Realschulen und -zweigen nur wenige Zu- oder Abgänge gibt. Während die Gymnasien und Gymnasialzweige mit Übergangsquoten von 97–98 % etwa eine Klasse (22–38 Schüler*innen) verlieren. An

Tab. 7: Übergang von Stufe 6 auf 7 nach Schulformen

	Stufe 6	Stufe 7	Übergangsquote	absolut
Hauptschulen und -zweige				
2014/15	41	70		
2015/16	23	66	161 %	+25
2016/17	18	61	265 %	+38
2017/18	25	53	294 %	+35
Realschulen und -zweige				
2014/15	157	166		
2015/16	127	205	131 %	+48
2016/17	152	179	141 %	+52
2017/18	139	200	132 %	+48
Gymnasien und -zweige				
2014/15	1.097	1.064		
2015/16	1.000	1.087	99 %	-10
2016/17	1.004	982	98 %	-18
2017/18	1.105	993	99 %	-11
IGS				
2014/15	263	286		
2015/16	263	258	98 %	-5
2016/17	247	269	102 %	+6
2017/18	228	257	104 %	+10

Quelle: LUSD

Tab. 8: Übergang von Stufe 9 auf Stufe 10 an Realschulen und integrierten Gesamtschulen

	Stufe 9	Stufe 10	Übergangsquote	absolut
Realschulen und -zweige				
2014/15	184	210		
2015/16	219	190	103 %	+6
2016/17	214	244	111 %	+25
2017/18	221	224	105 %	+10
IGS				
2014/15	278	226		
2015/16	274	239	86 %	-39
2016/17	282	252	92 %	-22
2017/18	289	244	87 %	-38

Quelle: LUSD

den integrierten Gesamtschulen ist die Übergangsquote positiv, d. h. es werden in Stufe 6 Schüler*innen aufgenommen.

Der Übergang von Stufe 6 auf 7 ist geprägt durch positive Quoten an den Haupt- und Realschulen und -zweigen, da Schüler*innen von der Förderstufe aufgenommen werden (Tab. 7). Gymnasien geben weiterhin Schüler*innen ab, die Quote liegt nun bei 98–99 %. An den IGS werden vereinzelt Schüler*innen aufgenommen oder abgegeben. Dieses Bild setzt sich beim Übergang von Stufe 7 auf 8 sowie von Stufe 8 auf 9 fort (Daten sind online als Zusatzinformationen verfügbar): Schüler*innen verlassen die Gymnasien, während die anderen Schulformen eher Schüler*innen gewinnen.

Beim Übergang von Stufe 9 auf 10 verlieren die integrierten Gesamtschulen erstmals massiv Schüler*innen (die Übergangsquote liegt hier um die 90 %), die vermutlich an ein Gymnasium wechseln (Tab. 8). Schüler*innen wechseln vermutlich auch von den Hauptschulen an Realschulen.

Für die Gymnasien ist die Berechnung des Übergangs von Stufe 9 auf Stufe 10 bzw. 11 etwas komplexer, da die Stufe 10 im 8-jährigen Gymnasium in der LUSD wegfällt. Um die Übergangsquote an Gymnasien zu berechnen, wurden daher jeweils die Stufen 9 und 10 eines Schuljahres zusammengefasst und mit der Stufe 11 des Folgeschuljahres ins Verhältnis gesetzt. Die Übergangsquote liegt in den drei betrachteten Schuljahren jeweils um die 120 % (Tab. 9). Bei Abzug der Schüler*innen, die das Oberstufengymnasium besuchen, das erst mit Stufe 11 beginnt, liegt die Quote allerdings bei 96 %.

10.5 Klassenwiederholungen

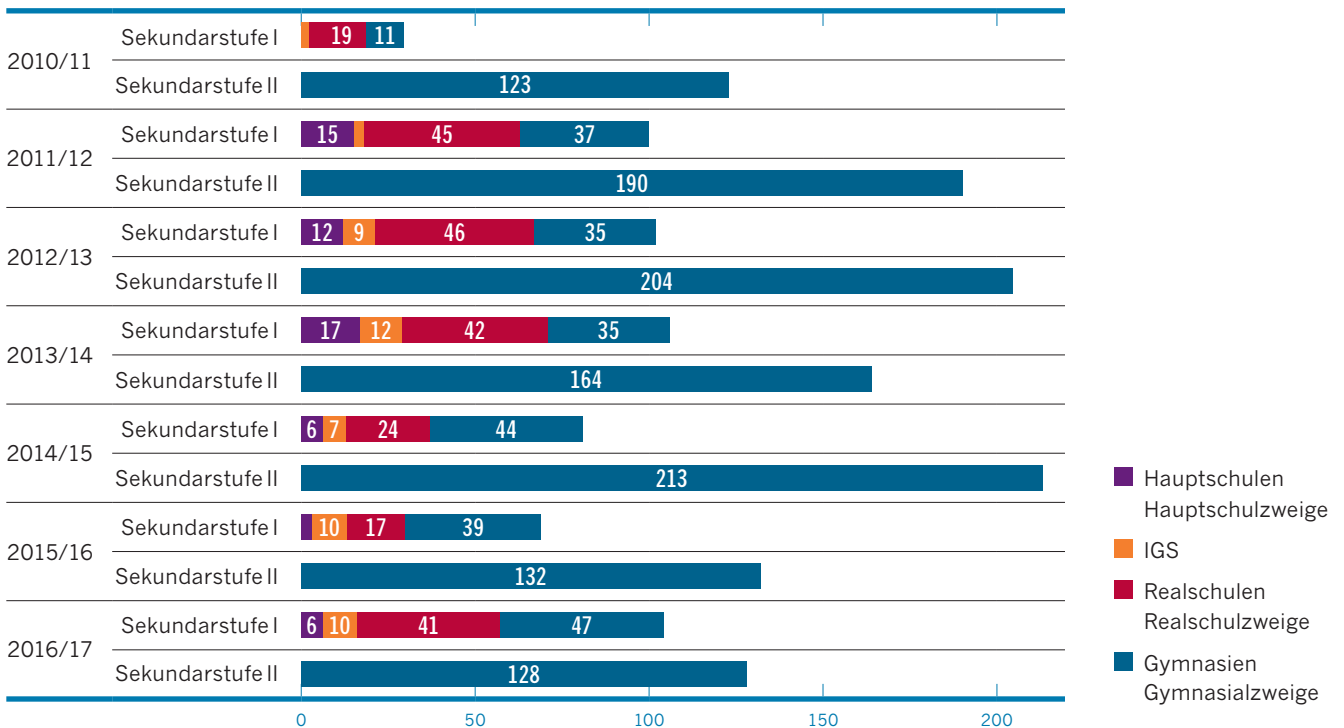
Klassenwiederholungen sind umstritten, u. a. da die Wiederholung einer Stufe häufig nicht zum gewünschten Aufholen des Lernstoffs führt (Klemm 2009). Der Anteil der Schüler*innen, die eine Klassenstufe wiederholen, liegt an den weiterführenden Schulen in Darmstadt um 1 % in der Sekundarstufe I insgesamt und bei ca. 4 % an Gymnasien und Gymnasialzweigen der Sekundarstufe II. In der Sekundarstufe I wiederholten in den Schuljahren 2010/11 bis 2016/17 zwischen 32 und 120 Schüler*innen eine Klassenstufe. Dabei wiederholten zahlenmäßig die meisten Schüler*innen eine Klassenstufe an Realschulen und -zweigen sowie Gymnasien und Gymnasialzweigen (Abb. 56). In der Sekundarstufe II wiederholten im gleichen Zeitraum zwischen 123 und 213 Schüler*innen eine Stufe. Der Großteil der Wiederholungen in der Sekundarstufe II fand in den Stufen 11 und 12 statt.

Tab. 9: Übergang von Stufe 9 (G8) bzw. 10 (G9) auf Stufe 11 an Gymnasien und Gymnasialzweigen

	Stufe 9		Stufe 10	Stufe 11	Übergangsquote	
	G8	G9	G9	G8+G9	insgesamt	ohne Oberstufengymnasium
2014/15	841	131	138	1.232		
2015/16	784	188	127	1.186	121 %	96 %
2016/17	815	198	183	1.117	123 %	96 %
2017/18	824	197	197	1.198	120 %	96 %

Quelle: LUSD

Abb. 56: Wiederholer*innen an den weiterführenden Schulen in Darmstadt nach Schulform



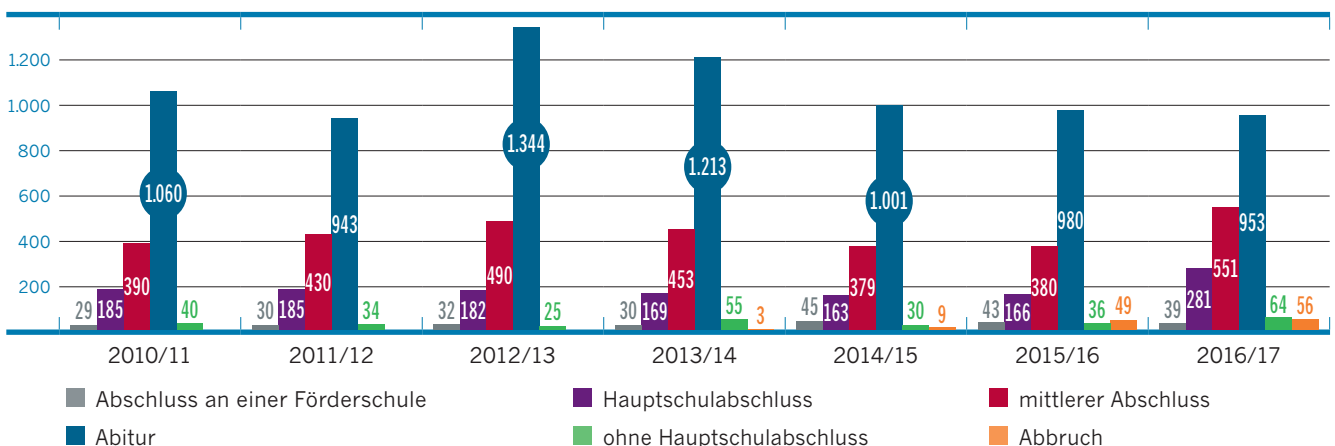
Quelle: LUSD

10.6 Abschlüsse und Abbrüche an allgemeinbildenden Schulen

Die große Bedeutung von Gymnasien und Gymnasialzweigen in der Darmstädter Schullandschaft spiegelt sich in den allgemeinen Schulabschlüssen wieder. Mehr als die Hälfte der Schüler*innen, die in den Schuljahren 2010/11 bis 2015/16 die allgemeinbildenden Schulen in Darmstadt verließen, hatten Abitur (Abb. 57). Etwa 20 % der Schulentlassenen hatten einen mittleren Ab-

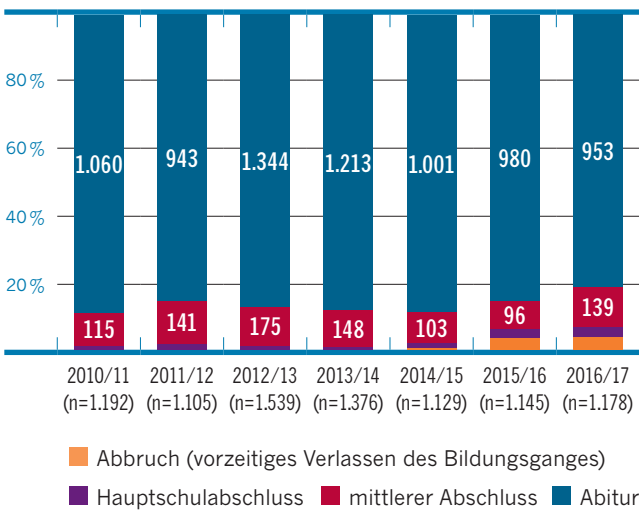
schluss erworben und etwa 10 % einen Hauptschulabschluss. Etwa 2 % der Schüler*innen verließen die allgemeinbildenden Schulen ohne Hauptschulabschluss. Die hohen Abiturient*innenzahlen in den Schuljahren 2012/13 und 2013/14 ergaben sich durch die doppelten Jahrgänge nach Einführung des achtjährigen Gymnasiums. Im Schuljahr 2016/17 lag der Anteil der Abiturient*innen erstmals unter 50 %. Während es einen Anstieg der mittleren Abschlüsse von 23 % (2015/16) auf 28 % (2016/17) und der Hauptschulabschlüsse von

Abb. 57: Abschlüsse und Abbrüche an allgemeinbildenden Schulen in Darmstadt



Quelle: LUSD

Abb. 58: Abschlüsse und Abbrüche an Gymnasien und Gymnasialzweigen in Darmstadt



Quelle: LUSD

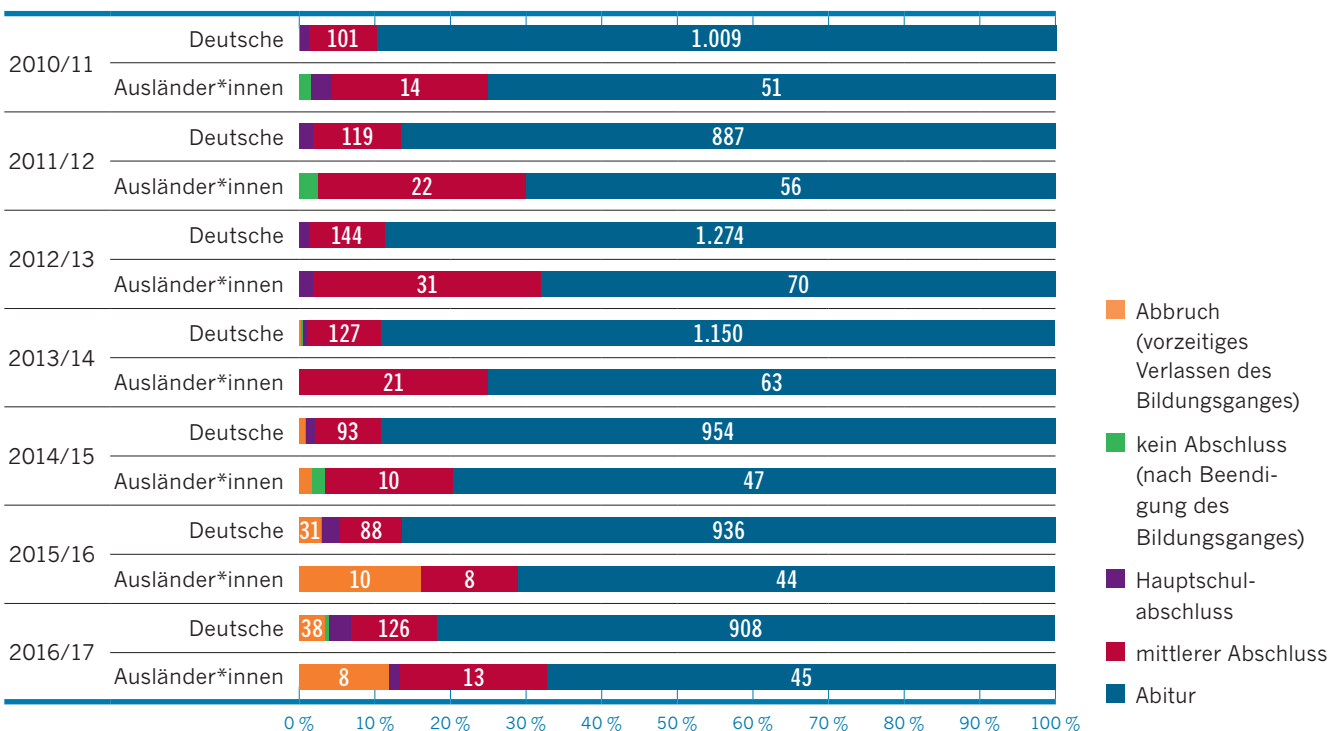
10 % auf 14 % gab. Ob es sich hier um eine Ausnahme oder eine neue Entwicklung handelt, wird erst mit den Zahlen aus den kommenden Schuljahren zu beantworten sein. Der Anteil der Schulabbrüche lag in den Schuljahren 2015/16 und 2016/17 bei 2–3 %. Dabei fanden etwa 70 % der Abbrüche in Stufe 11 statt und damit nach Ende der allgemeinen Schulpflicht.

Etwa 10 % der Schüler*innen an Gymnasien und Gymnasialzweigen verlassen diese mit einem mittleren Abschluss (Abb. 58). Annähernd 90 % erwarben bis 2015/16 Abitur und etwa 1 % einen Hauptschulabschluss. Im Schuljahr 2016/17 war im Vergleich zu den vorherigen Schuljahren ein leichter Rückgang des Abiturient*innenanteils zu verzeichnen. Hier besteht wahrscheinlich ein Zusammenhang mit dem höheren Anteil an mittleren Abschlüssen und Hauptschulabschlüssen im genannten Schuljahr.

In den meisten Schuljahren erreichen etwas mehr Schülerinnen als Schüler das Abitur, da insgesamt auch mehr Mädchen als Jungen ein Gymnasium besuchen (vgl. Kap. 10.2). Von den Schüler*innen mit deutscher Staatsangehörigkeit erlangten in den letzten Schuljahren 82–90 % das Abitur (Abb. 59). Bei den Schüler*innen mit ausländischer Staatsangehörigkeit lag der Anteil der Abiturient*innen dagegen bei 67–80 %. Auffällig ist dabei der Anteil an Ausländer*innen, die auf einem Gymnasium oder einem Gymnasialzweig einen mittleren Abschluss erzielen. Dieser lag in den meisten Schuljahren bei über 20 %.

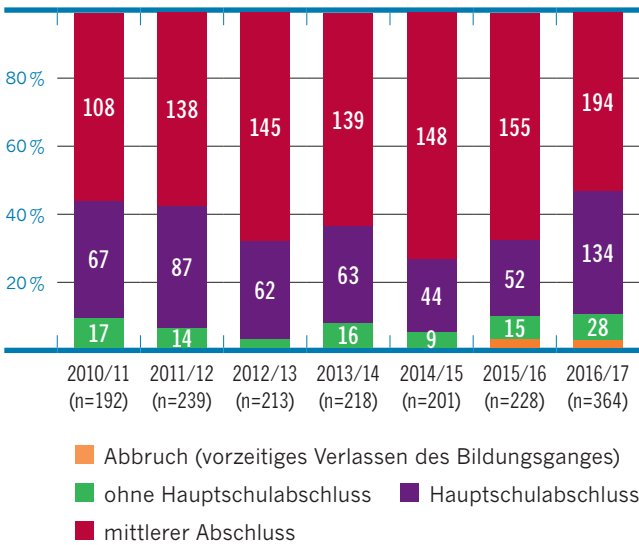
Die Zahl der Schulabschlüsse an integrierten Gesamtschulen hat sich im Schuljahr 2016/17 erheblich vergrößert (Abb. 60). Dabei erreichten 2016/17 zahlenmäßig deutlich mehr Schüler*innen den mittleren Abschluss

Abb. 59: Abschlüsse und Abbrüche an Gymnasien und Gymnasialzweigen nach Abschluss und Staatsangehörigkeit



Quelle: LUSD

Abb. 60: Abschlüsse und Abbrüche an integrierten Gesamtschulen in Darmstadt

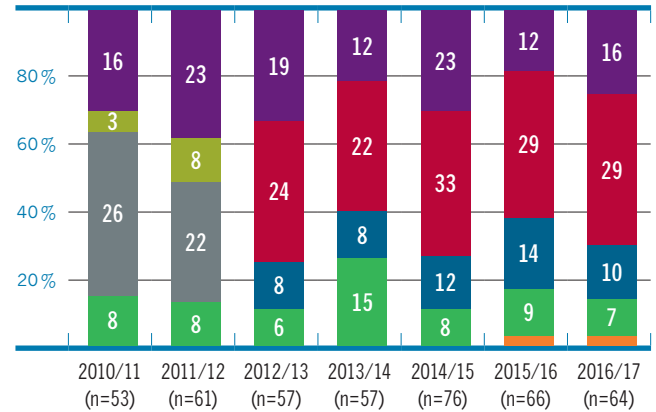


Quelle: LUSD

und den Hauptschulabschluss an einer IGS als in den vorausgehenden Schuljahren. Der Anteil mittlerer Abschlüsse an allen Abschlüssen schwankte über die Schuljahre hinweg zwischen 53 % und 74 %. Der Anteil der Hauptschulabschlüsse variierte zwischen 22 % und 37 %. Schüler*innen mit deutscher Staatsangehörigkeit erwarben – meist mit Anteilen von mehr als 60 % – deut-

lich häufiger einen mittleren Abschluss als ausländische Schüler*innen (Abb. 61). Die Anteile an mittleren Ab-

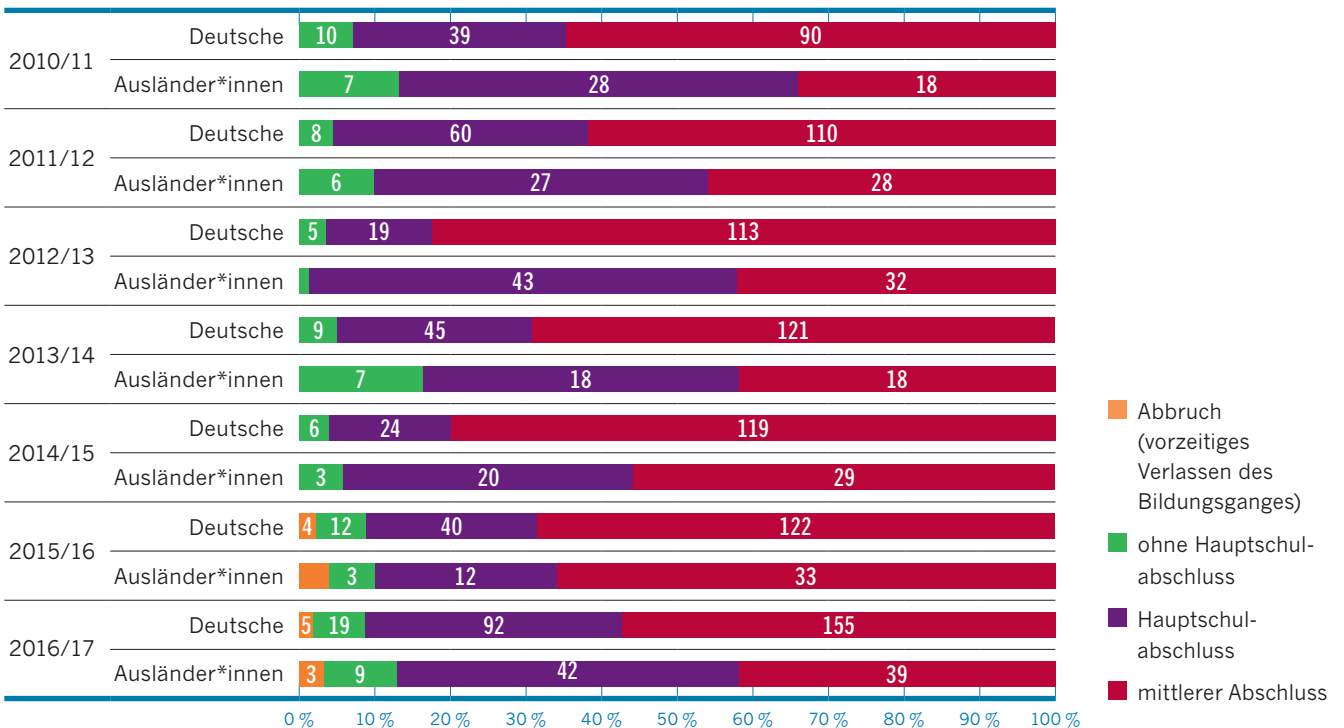
Abb. 62: Abschlüsse und Abbrüche an Förderschulen in Darmstadt



- Abbruch (vorzeitiges Verlassen)
- ohne Abschluss (Schule für Lernhilfe)
- Abschluss (Schule für Lernhilfe)
- Abschluss (Schule für praktisch Bildbare)
- Abschluss (Förderschwerpunkt geistige Entwicklung)
- berufsorientierter Abschluss (Förderschwerpunkt Lernen)
- Hauptschulabschluss

Quelle: LUSD

Abb. 61: Abschlüsse und Abbrüche an integrierten Gesamtschulen nach Abschluss und Staatsangehörigkeit



Quelle: LUSD

schlüssen und Hauptschulabschlüssen sind bei ausländischen Schüler*innen mit Ausnahme des Schuljahres 2015/16 annähernd gleich groß.

Die Mehrheit der Schüler*innen an Förderschulen erreicht einen Abschluss (Abb. 62). Zwischen 18 % und 38 % der Schüler*innen machten seit dem Schuljahr 2010/11 einen Hauptschulabschluss und zwischen 49 % und 59 % erwarben einen Förderschulabschluss. 10–20 % der Schüler*innen verließen die Schule für Lernhilfe ohne Abschluss.

Non-formale Lernorte

Neben dem klassischen Lernort Schule gibt es viele Orte non-formalen Lernens. Im Gegensatz zu formalen Bildungsgängen geht es hierbei nicht darum, einen zertifizierten Abschluss – etwa einen Schulabschluss – zu erlangen, sondern um interessengeleitetes Lernen. Die Themen und Ausprägungen können hier sehr unterschiedlich sein und reichen von Musik und Kunst über Sport und Themen aus dem MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik) hin zu gesellschaftspolitischen Themen. Die Wissenschaftsstadt Darmstadt weist eine Vielzahl solcher non-formalen Lernorte auf, die sowohl Kinder- und Jugendliche als auch Erwachsene ansprechen. Der Zoo Vivarium bietet mit seiner Zooschule Kindern im Vorschul- wie im Schulalter spannende Einblicke in die Tierwelt und die Arbeit des Zoos. Eine vielfältige Museumslandschaft bietet Familien und Gruppen aus Gleichaltrigen gleichermaßen die Möglichkeit, Neues zu erleben und zu erlernen. Das Hessische Landesmuseum ist mit seinen vielfältigen Sammlungen und altersspezifischen Angeboten für die unterschiedlichen Zielgruppen ein spannender Lernort. Eine lange Tradition hat auch das ehrenamtlich betriebene Eisenbahnmuseum Kranichstein. Neben den beeindruckenden Zügen gibt es hier in regelmäßigen Vorträgen viel Spannendes zu erfahren. Darüber hinaus finden sich in Darmstadt weitere Museen mit unterschiedlichen Schwerpunkten. Mit ca. 200.000 Medien ist die Stadtbibliothek Darmstadt gut ausgerüstet, um den verschiedenen Interessen ihrer Nutzer*innen gerecht zu werden.

11. Übergang in den Beruf

Der Einstieg in den Beruf ist für viele junge Menschen eine große Herausforderung. Ein gelingender Berufseinstieg ist eine wichtige Voraussetzung für wirtschaftliche Selbstbestimmung und Teilhabe an der Gesellschaft. Eine umfassende Berufsberatung ist eine Grundlage dafür, Schülerinnen und Schülern einen guten Übergang in den Beruf zu ermöglichen und Ausbildungsabbrüche zu vermeiden. Für benachteiligte Jugendliche steht eine Reihe von Unterstützungsleistungen zur Verfügung.

11.1 OloV/Jugendberufshilfe

Die Jugendberufshilfe bündelt die Angebote für benachteiligte Jugendliche und junge Erwachsene in der Wissenschaftsstadt Darmstadt. Den gesetzlichen Rahmen bildet der § 13 des SGB VIII. In der Fachstelle Jugendberufshilfe sind verschiedene Projekte und Initiativen zum Übergang Schule–Beruf angesiedelt. Dazu zählen insbesondere

- ▶ die hessenweite Strategie zur Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit am Übergang Schule–Beruf (OloV),
- ▶ die Jugendberufsagentur (Kap. 11.2),

- ▶ die mobile Jugendberufshilfe der Wissenschaftsstadt Darmstadt (Kap. 11.2),
- ▶ die Planung und Vergabe von Übergangsmaßnahmen (Kap. 11.3),
- ▶ sowie das ESF-Programm Jugend stärken im Quartier (JUSTiQ) (Kap. 11.4).

Die Fachstelle Jugendberufshilfe ist für die Schaffung von Strukturen für alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen am Übergang Schule–Beruf zuständig. Dies schließt sowohl Jugendliche und junge Erwachsene ein, die noch die allgemeinbildende Schule besuchen, ihren Schulabschluss bereits hinter sich haben und/oder im Übergangssystem betreut werden. Es soll sichergestellt werden, dass im Übergang von der Schule in den Beruf niemand verloren geht und allen jungen Menschen eine Anschlussperspektive aufgezeigt wird.

Die Verzahnung und Koordination der Projekte und Initiativen ist Teil der hessenweiten Strategie OloV. Im Sinne des SGB VIII § 13 (4) nimmt die Fachstelle Jugendberufshilfe koordinierende Aufgaben zwischen den Institutionen im Rechtskreis von SGB II (Jobcenter), SGB III (Agentur für Arbeit) und SGB VIII (Jugendsozialarbeit) wahr und unterstützt die Schulen bei der Umset-

zung der OloV-Strategie. Ziel der OloV-Strategie ist es, Projekte und Maßnahmen am Übergang Schule–Beruf zu bündeln und aufeinander abzustimmen, sodass Parallelstrukturen vermieden werden. Insbesondere die rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit in der Jugendberufsagentur der Wissenschaftsstadt Darmstadt, der Agentur für Arbeit und des Jobcenters Darmstadt ermöglicht eine enge Abstimmung der Projekte und Maßnahmen am Übergang Schule–Beruf. Neu hinzukommende Akteure und ihre Angebote im Übergang Schule–Beruf werden in die OloV-Strategie eingebunden. Förderprogramme des Bundes, des Landes und der Agentur für Arbeit werden so eingesetzt, dass sie bestmöglich für die arbeitsmarktpolitischen Ziele der Region genutzt werden können. Zur Umsetzung der Strategie besteht in der Wissenschaftsstadt Darmstadt der OloV-Steuerungskreis.

Der OloV-Steuerungskreis der Wissenschaftsstadt Darmstadt setzt sich aus den regionalen Arbeitsmarktakteuren sowie weiteren relevanten Akteuren zusammen, die in der Region den Übergang Schule–Beruf mitgestalten. Die Verzahnung regionaler Akteure am Übergang Schule–Beruf und die Vermeidung von Doppelstrukturen wird durch die im Jugendamt angesiedelte regionale OloV-Koordination sichergestellt.

Der OloV-Steuerungskreis trifft sich viermal im Jahr in konstanter Besetzung. Feste Mitglieder sind, neben der regionalen OloV-Koordination und den Ansprechpersonen für Berufs- und Studienorientierung des Staatlichen Schulamts, die Agentur für Arbeit Darmstadt, das Jobcenter Darmstadt, die Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main, die Industrie- und Handelskammer Darmstadt-Rhein-Main-Neckar sowie kommunale Vertreter*innen der Projekte *Qualifizierte Ausbildungsbegleitung in Betrieb und Berufsschule (QuABB)*, *Jugend Stärken im Quartier (JUSTiQ)* und des Stadelternbeirats. Der Vorsitz liegt bei der Koordinierungsstelle Jugendberufshilfe und Schulsozialarbeit des Jugendamtes der Wissenschaftsstadt Darmstadt, Abteilung Kinder- und Jugendförderung.

11.2 Jugendberufsagentur und Formate allgemeiner Berufsberatung

Die Jugendberufsagentur ist ein gemeinsames Angebot der Agentur für Arbeit, des Jobcenters und der Wissenschaftsstadt Darmstadt (Jugendamt) und steht unter dem gemeinsamen Motto „Kein Jugendlicher geht verloren“. Im Jahr 2009 wurde die Jugendberufsagentur als gemeinsame Anlaufstelle für Jugendliche und junge Erwachsene aus den Rechtskreisen SGB II, SGB III und SGB VIII unter einem Dach gegründet.

Die Jugendberufsagentur bietet allen Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus Darmstadt Leistungen im Übergang Schule–Beruf an:

- ▶ Beratung und Begleitung Jugendlicher und junger Erwachsener bei allen Fragen rund um Ausbildung
- ▶ Unterstützung und Beratung bei der Berufswahl
- ▶ Unterstützung bei der Erstellung von Bewerbungsunterlagen
- ▶ Hilfe bei der Ausbildungs-, Arbeits- und Praktikumsuche

Die Zusammenarbeit der Rechtskreise bündelt das Unterstützungs- und Beratungsangebot in Darmstadt und dient der Vermeidung von Doppelstrukturen. Die Netzwerkarbeit der Agentur für Arbeit, des Jobcenters, der Schulen, des Jugendamtes, der freien Träger der Jugendhilfe und der Kammern wird nachhaltig gestärkt und verbessert. Ziel ist es, die Geschäftsprozesse zu optimieren, die Berufsberatung, Ausbildungs- und Arbeitsvermittlung sowie kommunale Eingliederungsleistungen zu verzahnen. Durch die Jugendberufsagentur soll die Integrationsquote der U25-Jährigen gesteigert werden.

Die Rechtskreise haben sich dazu in der Zusammenarbeit gemeinsame Schwerpunkte gesetzt mit spezifischen inhaltlichen Ausrichtungen, die sich wechselseitig ergänzen.

Die Leistungen nach SGB II sind vornehmlich Eingliederungsleistungen in Ausbildung und Arbeit. Hierbei gibt es spezielle Hilfe und Angebote für benachteiligte Jugendliche.

Die Agentur für Arbeit bietet im Rahmen des SGB III und der Berufsberatung Unterstützung bei beruflicher Orientierung, beruflicher Beratung sowie der Vermittlung in Ausbildung und Arbeit.

Das Primärziel der Jugendhilfe nach SGB VIII (Jugendamt) ist die soziale Integration und die Erreichung der Ausbildungsreife sowie die Entwicklung von persönlichen und beruflichen Perspektiven. Im Vordergrund stehen die pädagogische Beziehungsarbeit und ein niedrigschwelliges Angebot. Die Übernahme einer Lotsenfunktion für die Ratsuchenden wird als ein wichtiges Element des Angebots der Jugendhilfe angesehen. Das Angebot des Jugendamtes wird seit 2017 durch einen aufsuchenden, mobilen Ansatz erweitert. Die mobile Jugendberufshilfe des Jugendamtes ist eine Ergänzung des bestehenden Angebotes der Jugendberufsagentur. Das mobile Angebot erreicht Jugendliche und junge Erwachsene in ihrem sozialen Umfeld und Lebensraum.

Die Zusammenarbeit der Jugendberufsagentur wurde im April 2009 in einer Kooperationsvereinbarung festgeschrieben. Die jährliche Zielvereinbarung zwischen der Agentur für Arbeit Darmstadt, dem Jobcenter Darmstadt und dem Jugendamt der Wissenschaftsstadt Darmstadt dient der Festschreibung, Nachhaltung und Erreichung der lokalen Ziele.

Die Zielvereinbarungen für die Jahre 2017/18 sind

- ▶ die Senkung der Jugendarbeitslosigkeit,
- ▶ die Beibehaltung der Einmündungsquote in die weiterführende Schulausbildung und betriebliche Ausbildung,
- ▶ die Planung und Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildungsreife und Verselbstständigung sowie gemeinsame Maßnahmen zur Herstellung der Vermittlungsfähigkeit,
- ▶ die Vorhaltung passgenauer Angebote und Maßnahmen für besonders benachteiligte Jugendliche zur sozialen und beruflichen Integration.

11.3 Übergangsmaßnahmen (Ausbildungs- und Qualifizierungsbudget)

Die Wissenschaftsstadt Darmstadt möchte benachteiligte Jugendliche und junge Erwachsene so fördern, dass ein Leben in sozialer und wirtschaftlicher Selbstständigkeit und eine nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt erfolgen kann.

Als besonders wichtig wird dabei die Steigerung der Beschäftigungsfähigkeit von Benachteiligten, die Sicherstellung der Ausbildungsfähigkeit und das Erreichen von Ausbildungsabschlüssen erachtet. Durch längerfristige, flexible und arbeitsmarktnahe Qualifizierung sollen benachteiligte Menschen zu einer eigenständigen Existenzsicherung befähigt werden. Schwerpunkte im Ausbildungs- und Qualifizierungsbudget (AQB) sind Maßnahmen zur Ausbildungsvorbereitung, zu Ausbildung und Ausbildungscoaching in anerkannten Ausbildungsberufen.

Zielgruppen sind:

- ▶ schulmüde oder schulverweigernde Schulpflichtige im zehnten Pflichtschuljahr
- ▶ benachteiligte noch nicht ausbildungsreife junge Menschen mit multiplen Problemlagen und besonders hohem und langfristigem Förderbedarf
- ▶ benachteiligte ausbildungsreife Ausbildungsstellensuchende oder Ausbildungsabbrecher*innen

mit multiplen Problemlagen und besonders hohem Förderbedarf

Die Wissenschaftsstadt Darmstadt kooperiert bei der Planung von Maßnahmen zur Ausbildungsvorbereitung, zu Ausbildung und Ausbildungscoaching in anerkannten Ausbildungsberufen eng mit dem Jobcenter Darmstadt.

Die Übergangsmaßnahmen in der Wissenschaftsstadt Darmstadt werden aus Mitteln des Ausbildungs- und Qualifizierungsbudgets des Landes Hessen, der kommunalen Beschäftigungsförderung der Wissenschaftsstadt Darmstadt und zum Teil unter Ko-Finanzierung des Jobcenters realisiert.

Im Berichtszeitraum wurden folgende Übergangsmaßnahmen umgesetzt:

Aktivierungsmaßnahme mit Hauptschulabschluss in Eberstadt (Chance 2.0)

Aktivierungsmaßnahme mit Hauptschulabschluss in Kranichstein (Chance 2.0)

Die Aktivierungsmaßnahme mit Hauptschulabschluss wird jährlich mit einer Laufzeit von September bis August des Folgejahres in den Stadtteilen Eberstadt und Kranichstein durchgeführt. An beiden Standorten können je zehn Jugendliche und junge Erwachsene neben beruflicher Orientierung auch den externen Hauptschulabschluss erreichen. Die Maßnahme wird durch die Wissenschaftsstadt Darmstadt aus Landesmitteln mit einer Ko-Finanzierung des Jobcenters Darmstadt realisiert.

Das Angebot richtet sich an Jugendliche und junge Erwachsene aus den Rechtskreisen SGB II und SGB VIII, die in Darmstadt leben.

In der Maßnahme wird gezielter Stützunterricht in kleinen Lerngruppen durchgeführt, um die Teilnehmenden auf die externe Hauptschulprüfung vorzubereiten. Die Teilnehmenden sollen aktiviert und in die Lage versetzt werden, nach dem erfolgreichen Besuch der Maßnahme eine Ausbildung oder ein Arbeitsverhältnis einzugehen und zu erhalten.

Insbesondere für junge Menschen im Stadtteil Eberstadt bzw. Kranichstein wird die Maßnahme sozialraumorientiert durchgeführt. Sozialpädagogische Fachkräfte gewährleisten eine intensive und individuelle Betreuung der Teilnehmenden. Das Handlungskonzept „Empowerment“ ist die Grundlage der sozialpädagogischen Arbeit. Anhand vielfältiger pädagogischer Methoden und berufspraktischer Angebote werden die Teilnehmenden in ihrer Persönlichkeitsentwicklung unterstützt.

Angebot für sozialpädagogische (Teilzeit-)Begleitung mit modellhaftem Charakter an der Gutenbergschule

An der kooperativen Gesamtschule Gutenbergschule in Eberstadt wird eine Maßnahme zur sozialpädagogischen Begleitung von zehn Schüler*innen angeboten, die die 8. Jahrgangsstufe des Hauptschulzweigs der Schule besuchen. Die Maßnahme wird seit September 2015 angeboten. Die Finanzierung erfolgt durch die Wissenschaftsstadt Darmstadt aus Landesmitteln. Inhalte der Maßnahme sind Stabilisierung, Kompetenzanalyse und die Vermittlung von Softskills mit entsprechenden Unterstützungs- und Qualifizierungsangeboten und nutzerorientierten Sprachförderereinheiten.

Die sozialpädagogische Begleitung und Unterstützung bei der Gestaltung des Übergangs von der Schule in den Beruf ist für benachteiligte Jugendliche sehr bedeutsam. Im Ergebnis soll die Maßnahme zum Erreichen des Schulabschlusses und beruflicher Orientierung führen, sodass ein Leben in sozialer und wirtschaftlicher Selbstständigkeit und eine nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt ermöglicht werden.

Die sozialpädagogische Betreuung hat eine große Bedeutung in der Umsetzung der Maßnahme. Das Angebot verfolgt einen präventiven Ansatz und soll die Jugendlichen in ihrer sozialen und schulischen Entwicklung unterstützen. Anhand vielfältiger pädagogischer Methoden und berufspraktischer Angebote werden die Teilnehmenden in ihrer Persönlichkeitsentwicklung unterstützt.

Ausbildung Industriemechaniker*in

Junge Menschen erhalten die Möglichkeit ihre Lebensplanungen zu konkretisieren und durch die Beendigung einer anerkannten Ausbildung langfristig zu sichern. Dazu werden durch die Wissenschaftsstadt Darmstadt in Kooperation mit dem Jobcenter Darmstadt vier Ausbildungsplätze in einer überbetrieblichen Ausbildung zum*r Industriemechaniker*in geschaffen. Angesprochen sind sowohl junge Menschen, die Leistungen nach dem SGB II beziehen als auch aus dem Rechtskreis SGB VIII ab dem 16. Lebensjahr. Die 42-monatige Ausbildung wird entsprechend dem Ausbildungsrahmenplan durchgeführt und durch individuelle sozialpädagogische Unterstützung und Begleitung ergänzt.

Inhalte der Maßnahme sind

- ▶ die Durchführung der Ausbildung entsprechend des Ausbildungsrahmenplans für industrielle Metallberufe zum*r Industriemechaniker*in;
- ▶ die Durchführung aller notwendigen Unterstützungsleistungen, um den Erfolg der Ausbildung sicherzustellen. Angebote wie zum Beispiel die Schuldnerbe-

ratung, die Beratungsstellen zum Gewaltschutz u. a. werden integrativ genutzt;

- ▶ die individuelle sozialpädagogische Unterstützung und Begleitung, um die Teilnehmenden bei Konflikten und Belastungen dazu zu befähigen, selbstständige Lösungen zu finden, die ihnen nach Abschluss der Ausbildung Stabilität geben.

Psychosoziale Beratung U25

Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 15 und 25 Jahren mit Wohnsitz in Darmstadt, die durch psychosoziale Problemlagen bei der beruflichen Orientierung beeinträchtigt sind, bekommen in der Maßnahme psychosoziale Beratung, pädagogische Unterstützung und Begleitung. Die Wissenschaftsstadt Darmstadt finanziert aus Landesmitteln sechs Plätze.

Das Ziel der Maßnahme ist die Herstellung der Vermittlungsfähigkeit der Teilnehmenden zur Aufnahme einer Ausbildung oder eines Arbeitsplatzes. Die psychische und soziale Stabilisierung, Neuorientierung, Entwicklung von Selbstverantwortung und der Erwerb von Schlüsselkompetenzen stehen im Vordergrund.

Zur Durchführung sind in der Regel maximal 15 Beratungstermine pro Teilnehmendem vorgesehen. Die Beratungen gliedern sich in fünf Termine in der Clearingphase und maximal zehn Termine in der Aktivierungsphase.

Bürger- und Umweltwerkstatt

Die Bürger- und Umweltwerkstatt in Eberstadt Süd ist eine niedrigschwellige Maßnahme für bis zu fünf Jugendliche und junge Erwachsene. Das Ziel der Maßnahme ist die Entwicklung beruflicher Perspektiven, das Erlernen von fachlichen und arbeitsmarktrelevanten Fertigkeiten, den Abbau von individuellen Hemmnissen sowie der Aufbau von Schlüsselkompetenzen. Die Teilnehmenden sollen am Ende der Maßnahme in einer Ausbildung oder berufsvorbereitenden Maßnahme münden. Dabei werden die Teilnehmenden sozialpädagogisch begleitet.

Die Annäherung an den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt erfolgt anhand von realen Arbeitsaufträgen in arbeitsmarktnahen Übungsbereichen. Solche Arbeitsaufträge können zum Beispiel Reparaturen und Instandhaltungsarbeiten, einfache Dienstleistungen, die Herstellung von Produkten, die Beseitigung von Vandalismus-Schäden und Graffitis oder ein kaufmännisches Training in einer Übungsfirma sein.

11.4 JUSTiQ

Das Förderprogramm Förderprogramm *Jugend Stärken im Quartier (JUSTiQ)* fördert mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und der Wissenschaftsstadt Darmstadt Projekte zur schulischen und beruflichen Integration von jungen Menschen im Alter von zwölf bis einschließlich 26 Jahren mit und ohne Migrationshintergrund. Hierbei stehen speziell besonders benachteiligte junge Menschen im Vordergrund, die von den Angeboten der allgemeinen und beruflichen Bildung oder Grundversicherung für Arbeitssuchende und/oder Arbeitsförderung nicht mehr erreicht werden oder wegen sozialer Benachteiligungen oder individueller Beeinträchtigung besondere sozialpädagogische Unterstützung im Rahmen der Jugendhilfe brauchen, um den Übergang Schule–Beruf zu meistern.

Hierbei handelt es sich insbesondere um

- ▶ schulverweigernde junge Menschen,
- ▶ Schulabbrecher*innen,
- ▶ junge Menschen, die sich nach der Schule weder in Ausbildung, berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen oder Arbeit befinden und von den Eingliederungsangeboten der Rechtskreise SGB II/III nicht erfasst/erreicht werden,
- ▶ junge Ausbildungs- und Maßnahmeabbrecher*innen ohne Anschlussperspektive.

Strukturell ist das Förderprogramm beim Jugendamt, Abteilung Kinder- und Jugendförderung/Jugendberufshilfe, angesiedelt.

Ziel des Darmstädter Projekts ist es, die oben genannten jungen Menschen auf die (Wieder-)Aufnahme von schulischer/beruflicher Bildung, berufsvorbereitenden Maßnahmen und Arbeit vorzubereiten. Einen räumlichen Schwerpunkt legt das Programm auf Fördergebiete der „Sozialen Stadt“ in Eberstadt, Kranichstein und dem Palaswiesenviertel. Die Angebote in JUSTiQ stehen jedoch grundsätzlich allen jungen Menschen im Stadtgebiet zur Verfügung. Durch die sozialräumliche Einbettung der Hilfsangebote und Entwicklung von Teilhabemöglichkeiten kann ein konkreter Mehrwert für die benachteiligten Gebiete geschaffen werden. Für die Zusammenarbeit zwischen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe, freien Trägern im Bereich Jugendsozialarbeit, Jobcenter, Agentur für Arbeit, Schulen und Quartiersmanagement werden effektive und effiziente Strukturen etabliert.

Die Angebote im Rahmen des ESF-Programms JUSTiQ sind Casemanagement, Beratung und Clearing, aufsu-

chende Jugendsozialarbeit, Mikroprojekte sowie spezielle Angebote für Schulverweigerer*innen.

Casemanagement

Intensive, langfristige sozialpädagogische Einzelfallarbeit und Begleitung junger Menschen über bestimmte Lebens- und Entwicklungsabschnitte sowie über einzelne Angebote hinweg.

Beratung/Clearing

Niedrigschwelliges Angebot, umfasst kurzfristig angelegte individuelle sozialpädagogische Beratungs- und Unterstützungsmaßnahmen für die Zielgruppen.

Aufsuchende Jugendsozialarbeit

Streetwork, eine intensive Form der sozialpädagogischen Einzelfallarbeit für junge Menschen, die den Weg zu Unterstützungsangeboten alleine nicht finden.

Mikroprojekte

Mikroprojekte ergänzen die o.g. Einzelfallhilfen und dienen

- ▶ dem Motivations- und Vertrauensaufbau, um die jungen Menschen an eine intensivere Begleitung durch das Casemanagement heranzuführen,
- ▶ der Aktivierung, Kompetenz- und Persönlichkeitsstärkung der jungen Menschen mit dem Ziel, ihnen einen leichteren Einstieg in berufsvorbereitende Maßnahmen, Ausbildung und Arbeit zu ermöglichen.

Angebot für Schulverweigerer*innen

Ressourcenaktivierendes Sozialtraining, das von persönlicher Einzelfallarbeit begleitet wird. Ziel ist es, Persönlichkeit und soziale Kompetenzen der Schüler*innen zu stärken und Hindernisse aus dem Weg zu räumen, die sie an der aktiven Teilnahme am Unterricht hindern.

12. Außerschulische Bildungs- und Förderangebote

Eine wichtige Rolle bei der Bildung junger Menschen spielen außerschulische Bildungs- und Förderangebote. Hier haben Jugendliche die Möglichkeit, interessengetrieben zu lernen und sich in ihrer Peer-Group zu bewegen, fern ab von Noten und Bewertungen. Zudem bieten sie ihnen im Bereich der Beteiligung Möglichkeiten zum praktischen Demokratielernen.

12.1 Kinder- und Jugendarbeit

Kinder und Jugendliche sind in ihren Lebenswelten besonders von den rasanten gesellschaftlichen Veränderungen betroffen. Die Mehrheit der jungen Menschen ist bis zum 18. Lebensjahr, aber auch darüber hinaus, mit Fragen der Schule und Ausbildung beschäftigt. Eine wichtige Herausforderung in dieser Lebensphase sind die Themen der Kommerzialisierung und Digitalisierung der Lebens- und Freizeitwelten.

Die Rahmenbedingungen des Aufwachsens haben sich verändert. Durch Ganztagsangebote an Schulen ist dort ein neuer Lebensraum für viele Kinder und Jugendliche entstanden.

Neben formalen Bildungsangeboten, wie Schule und Ausbildung, ist Kinder- und Jugendarbeit als informeller Bildungsort weiterhin ein wichtiger Bestandteil des Sozialisationsprozesses. Die heterogene Trägerlandschaft der Kinder- und Jugendarbeit kann durch eine Vielzahl unterschiedlicher Angebotsformen zu selbstgestalteten vielfältigen Bildungsprozessen beitragen.

Kinder- und Jugendarbeit ist gemeinsam mit anderen Bereichen des Bildungs- und Erziehungswesens – insbesondere in Kooperation mit Schule – verantwortlich, Bildungsprozesse von Kindern und Jugendlichen zu fördern. Bildung meint hier den umfassenden Prozess der Persönlichkeitsentwicklung, wodurch junge Menschen in die Lage kommen, Eigenverantwortung und Selbstorganisation wahrzunehmen, Leistungspotenziale zu entwickeln, kompetent zu handeln, Probleme zu lösen und Beziehungen zu gestalten. Ein großer Teil der Bildung in der Kinder- und Jugendarbeit findet außerhalb formeller unterrichtlicher Lernsituationen statt.

Wenn Kinder- und Jugendarbeit bei sich schnell verändernden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen geeignete Formen und Angebote zur Förderung und Unterstützung erreichen will, so bedarf es einer umfassenden Planung und Umsetzung von Maßnahmen und Konzepten.

Die ersten Schritte dieses Prozesses mündeten 2015 im Rahmenkonzept der Kinder- und Jugendarbeit (Magistratsvorlage Nr. 2015/O107). Dieses bietet eine verbindliche Orientierung für die Ausgestaltung der Kinder- und Jugendarbeit in Bezug auf die vorhandenen Angebote, ihrer Erweiterung, Abstimmung und Ergänzung und den bedarfsgerechten Um- und Ausbau bei veränderten gesellschaftlichen Lebenslagen und ständigem Wandel.

Im weiteren Prozessschritt wird dieses operationalisiert mit dem Ziel, die darin beschriebenen Handlungsfelder und Ziele dahingehend zu überprüfen, ob die Angebote für Jugendliche in der Stadt noch bedarfsgerecht sind oder neue Bedarfe bestehen, welche durch die bestehenden Angebote nicht abgedeckt werden. Die Angebote für Kinder und Jugendliche in Darmstadt sollen differenziert werden, sodass den vielfältigen Interessen und Nachfragen besser entsprochen werden kann. Ein wichtiger neuer Baustein der Weiterentwicklung ist die Konzeptionierung eines Hauses der digitalen Medienbildung in Kooperation mit den entsprechenden Fachämtern der Wissenschaftsstadt Darmstadt.

Mit der Operationalisierung des Rahmenkonzeptes wurde die Wissenschaftsstadt Darmstadt in zehn Sozialräume (analog der Sozialräume im Kita-Bereich) unterteilt, um individueller die Bedarfe zu erheben und zu definieren. Die Angebote und Handlungsfelder beinhalten Querschnittsthemen, stadtweite Angebote, Basisangebote und spezifische Angebote.

Bei den vier Querschnittsthemen Inklusion, interkulturelle Öffnung, Demokratie und Wertevermittlung sowie Gender/Transgender handelt es sich um Themenfelder, die unabhängig vom Standort und der Einrichtung zu sehen sind. Diese Felder werden überall im Rahmen der Angebots- und Handlungsfelder umgesetzt.

Daneben gibt es stadtweite, regelmäßig wiederkehrende (Mindest-)Angebote unabhängig vom Sozialraum. Die Träger der Angebote sind gesamtstädtische Ansprechpersonen für die Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit, bieten Fortbildungen an und entwickeln in Abstimmung mit der Verwaltung den Themenbereich weiter. Die Träger der stadtweiten Angebote kooperieren mit Jugendhilfe und Schule in den entsprechenden Netzwerken. Die relevanten Themengebiete sind in der Anlage Handlungs- und Angebotsfelder definiert.

Auch sogenannte Basisangebote sind ständige und regelmäßig wiederkehrende (Mindest-)Angebote in Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit. Durch die Förderung wird die Teilhabe an den ständigen Angeboten (z. B. Nutzung vorhandener Sport- und Spielmöglich-

keiten, Gespräche, Nutzung als Treff oder zum Musik hören) gewährleistet. Auch Begegnung und Kommunikation sowie der Aufbau und Erhalt von Beziehungen unter Mitwirkung der Fachkräfte der Jugendarbeit gemäß der Angebots- und Handlungsfelder werden ganzjährig gesichert. Regelmäßig wiederkehrende themenspezifische Angebote werden partizipatorisch mit den jeweiligen Zielgruppen der Einrichtung von den Fachkräften der Jugendarbeit vorbereitet, umgesetzt und ausgewertet.

Spezifische Angebote sind solche, die in besonderem Interesse der Stadt liegen bzw. die außergewöhnliche Bedarfe decken. Diese Angebote orientieren sich an den besonderen Bedarfen im jeweiligen Planungsgebiet (Sozialraumbezug) oder stadtweit und sind projektbezogen auf höchstens drei Jahre Förderzeitraum angelegt sowie themen- und zielgruppenspezifisch ausgerichtet. In Absprache mit der Wissenschaftsstadt Darmstadt kann der Förderzeitraum nach drei Jahren ausgedehnt werden.

Durch eine regelmäßige Befragung werden die Bedarfe der Kinder und Jugendlichen im Sozialraum ermittelt. Sowohl die Befragung der Kinder und Jugendlichen als auch der regelhafte Austausch mit allen Akteuren sind zentrale Bestandteile der Bedarfserhebung und zielgruppengerechten Angebotsausrichtung. Für eine sozialraumgerechte Bestandserhebung werden sowohl Infrastrukturdaten als auch Ergebnisse von Abfragen aller Akteure der Kinder und Jugendarbeit erhoben, ausgewertet und mit allen Akteuren diskutiert. Auch dieser Prozessschritt wird alle drei Jahre wiederholt, um dem stetigen gesellschaftlichen Wandel gerecht zu werden. Zur Verstetigung werden die bestehenden Leistungsverträge überarbeitet und erstmals ein Controllingkonzept eingeführt, das einheitliche Leistungsvereinbarungen und Sachberichte vorsieht.

12.2 Jugendbildungswerk / jugendforum*

Das kommunale Jugendbildungswerk (JBW) betreibt politische Bildung nach dem Hessischen Jugendbildungsförderungsgesetz und den im Hessischen Gesetz über Anspruch auf Bildungsurlaub formulierten Aufga-

Umweltdiplom

Das Darmstädter Umweltdiplom ist ein umwelt- und freizeitpädagogisches Aktionsprogramm, das seit 2003 von der Wissenschaftsstadt Darmstadt, federführend vertreten durch das Umweltamt in Kooperation mit über 30 verschiedenen Umweltverbänden, Vereinen, wissenschaftlichen Einrichtungen, Wirtschaftsunternehmen und themenorientierten Initiativen angeboten wird. Es richtet sich an alle Kinder Darmstädter Schulen der Klassen 4 bis 6 bzw. an ca. zehnjährige Kinder und findet jeweils zu Beginn des Frühjahrs bis zu den Sommerferien statt. Ziel ist, dass sich die jungen Menschen mit Natur-, Umwelt- und Nachhaltigkeitsthemen vertraut machen und Gelegenheiten zu schaffen, um mit Akteuren und Aktivitäten in diesen Bereichen in Kontakt zu kommen. Es werden Möglichkeiten zum Forschen, Ausprobieren oder einfach zu aktiven Unternehmungen in der Natur angeboten. Diese sollen auch als Anreiz dienen, dass Schüler*innen ihr Engagement über das Umweltdiplom hinaus fortsetzen. Der Nachweis der Teilnahme an sechs Veranstaltungen berechtigt zum Erwerb des Darmstädter „Umweltdiploms“, das als Urkunde feierlich im Rahmen der Umweltinformationsbörse des Umweltdezernats verliehen wird. Das Angebot wird durch die Wissenschaftsstadt Darmstadt, aber auch von Sponsoren/Spenden finanziert, sodass jährlich fast 5.000 Schüler*innen an dem kostenlosen Bildungsangebot teilhaben können.

ben und Zielsetzungen. Das Jugendbildungswerk der Wissenschaftsstadt Darmstadt arbeitet unter kommunaler Trägerschaft und ist beim Jugendamt, Abteilung Kinder- und Jugendförderung, angesiedelt. Es erweitert und ergänzt die Angebote der anderen Bildungs- und Erziehungseinrichtungen in der Wissenschaftsstadt Darmstadt. Es hat die Aufgabe, jungen Menschen Möglichkeiten zur Emanzipation zu eröffnen und ihnen die Aneignung von Kenntnissen und Fähigkeiten für Arbeitswelt, Freizeit und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Zentrale Aufgabe der politischen Bildungsarbeit ist es daher, Jugendliche zu interessieren und zu befähigen, Konflikte anzugehen und ihre Interessen zu vertreten. Das JBW steht allen Jugendlichen und jungen Erwachsenen bis 27 Jahren offen und ist an keine Mitgliedschaft, Weltanschauung oder spezifische Kenntnisse gebunden.

Die Angebote des Jugendbildungswerks sollen zu einer kritischen, kontroversen und reflexiven Auseinandersetzung der Jugendlichen mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit beitragen. Dem Grundgedanken der Partizipation folgend werden die Angebote gemeinsam mit den Jugendlichen entwickelt. Sie werden dabei als Expert*innen ihrer eigenen Lebenswelt verstanden, die ermutigt werden, eigenständig Veränderungsprozesse anzustoßen. Außerschulische Jugendbildung stellt einen wesentlichen Schwerpunkt der Jugendarbeit dar. Sie

leistet einen Beitrag zur freien, persönlichen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen und regt zu kritischem und selbstreflexivem Denken, sozialem Engagement und zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung an. Die Anforderungen an die Jugendbildungsarbeit verändern sich oft durch die sich ständig ändernde Lebenssituation von Jugendlichen. Wichtige Grundsatzhaltungen der Arbeit sind: Partizipation, Inklusion/Diversität, Intersektionalität, Peer Education.

Mediendiplom

Das Mediendiplom ist ein Medienbildungs- und Präventionsprojekt der Wissenschaftsstadt Darmstadt, das seit 2015 in Kooperation des Jugendamtes mit dem Institut für Medienpädagogik und Kommunikation Hessen (MuK Hessen) durchgeführt wird. Das Mediendiplom richtet sich mit seinen Angeboten vorrangig an Kinder und Jugendliche, mit dem Ziel, deren Medienkompetenz zu fördern und zu stärken. Darmstädter Kinder und Jugendliche sollen dazu befähigt werden, ihren eigenen Medienkonsum zu reflektieren, Medien kritisch, selbstbestimmt und kreativ zu nutzen sowie einen sozialen Umgang in der digitalen Kommunikation zu erlernen und zu erproben. Gleichzeitig gibt es ergänzende Angebote für Eltern und Multiplikator*innen. Die praktischen Angebote zum Umgang mit Medien werden mit oder bei lokalen Medienpat*innen – Firmen, Vereinen und Institutionen – bereitgestellt. So können sich Kinder und Jugendliche zusätzlich ihren Sozialraum auf eine neue Weise erschließen.

Zurzeit werden jährlich fünf Medienkongresse durchgeführt. Hier erhalten u. a. Schulklassen ab der Grundschule die Möglichkeit, in verschiedenen Workshops ihr Wissen in Sachen Medien auszubauen, spielerisch Neues zu erlernen und sich fit zu machen für eine immer komplexer werdende Medienwelt. Mittlerweile werden über die Angebote des Mediendiploms im Jahr ca. 1.600 Teilnehmende erreicht.

Das Jugendbildungswerk initiiert, unterstützt und organisiert non-formale außerschulische Bildungsangebote. Diese beinhalten praxisorientierte und jugendgemäße Ansätze. Die Formen und Methoden der Bildungsarbeit sollen sich den stetig veränderten Lebensbedingungen und Kompetenzen Jugendlicher anpassen, beispielsweise durch

- ▶ audiovisuelle Medien,
- ▶ Projektarbeit,
- ▶ zielgruppenbezogene Angebote,
- ▶ neue Technologien,
- ▶ neue Kommunikationsformen (Social Media).

Danach hat politische Jugendbildungsarbeit Jugendliche darin zu befähigen,

- ▶ „ihre persönlichen und sozialen Lebensbedingungen selbst zu erkennen,
- ▶ ihre gesellschaftlichen Interessen durchzusetzen,
- ▶ die Demokratisierung in allen Bereichen voranzutreiben und zu verwirklichen.“
(JBFG §1, Abs. 1)

Hierfür bietet das JBW unter anderem folgende Angebote an:

- ▶ Workshops
- ▶ Seminare
- ▶ Bildungsurlaube
- ▶ Gruppenberatungsangebote
- ▶ Gedenkstättenfahrten
- ▶ internationalen Jugendaustausch

Ein weiterer wesentlicher Baustein der Arbeit ist die Jugendbeteiligung in Form des *jugendforums**. Das *jugendforum** existiert seit dem ersten Darmstädter Jugendkongress im Jahr 2004. Durch die offene Form des *jugendforums** ist gewährleistet, dass Jugendliche sich weitgehend niedrigschwellig beteiligen können und das Angebot allen Alters- und Bildungsstufen offen steht.

Neben dem offenen Jugendtreff ist zurzeit eine Parkour-Gruppe aktiv, die sich für die Einrichtung von Parkour-Parks in Darmstadt einsetzt, sowie eine Graffiti-Gruppe, die unter anderem Sketch-Treffs anbietet, die legale Graffiti-Wand „Lincoln-Wall“ betreut und das jährlich stattfindende Lincoln-Wall-Festival organisiert.

Das Jugendbildungswerk unterstützt und begleitet die Arbeit des *jugendforums** nach Absprache mit dessen Mitgliedern. Es bietet Seminare und Fortbildungen für die Mitglieder des *jugendforums** an, unterstützt die Mitglieder beim Kontakt und den Verhandlungen mit Kooperationspartner*innen, bei der Vorbereitung von Gesprächen und Treffen und bei der Aktualisierung der Homepage. Das *jugendforum** organisiert Jugendkongresse und andere Veranstaltungen in Kooperation mit dem Jugendbildungswerk.

Die Jugendlichen arbeiten in Projektgruppen zu spezifischen selbstgewählten Themen. Das *jugendforum** bestimmt bei Bedarf Ansprechpartner*innen und nimmt Kontakt mit Entscheidungsträger*innen sowie der Presse auf. Es kann eigenständig Verbindungen zu Jugendvertretungsorganisationen auf Landes-, Bundes-, EU- und internationaler Ebene aufnehmen. Bei Bedarf geht das *jugendforum** Kooperationen mit Personen oder Institutionen ein.

Aufgrund der aktuellen gesellschaftlichen Veränderungen wird sich das Jugendbildungswerk stärker in den folgenden Themenfeldern einbringen:

Demokratie- und Toleranzförderung in der Jugendbildungsarbeit klärt über die kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen, politischen und religiösen Wurzeln von Intoleranz auf und damit auch über die tieferen Ursachen von Gewalt und Ausgrenzung. Sie hilft jungen Menschen, sich ihre Fähigkeit zur unabhängigen Wertung, zum kritischen Denken und zur moralischen Urteilsfähigkeit anzueignen und weiterzuentwickeln. Dabei ist es wichtig, eine demokratische Kultur durch Vorbilder vorzuleben.

Die damit verbundene *Antidiskriminierungsarbeit* setzt an der Bewusstmachung des komplexen Zusammenspiels von individuellen und gesellschaftlichen Bildern, Diskursen und Vorurteilen an. Diskriminierungen werden dabei in ihrer wechselseitigen Verwobenheit und an Machtverhältnisse geknüpft sichtbar. Antidiskriminierungsarbeit trägt dazu bei, eigene verinnerlichte Vorurteile zu reflektieren, Empathie zu fördern und Strategien zur Bearbeitung sozialer Ausschließung zu entwickeln.

Erinnerungs- und Gedenkkultur zielt darauf ab, einen reflektierten Umgang mit gesellschaftlicher Geschichte und Vergangenheit zu entwickeln, aus dieser Perspektive aktuelle gesellschaftliche Verhältnisse und Geschehnisse zu verstehen und somit Verbindungen zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft herzustellen. Sie fördert Jugendliche darin, sich aktiv gegen Unrechtsverhältnisse einzusetzen und Verantwortung zu übernehmen.

Das Jugendbildungswerk als *Bildungspartner aller Schulformen* und der Schulsozialarbeit kann durch neue Formen des Lernens und partizipatorische Prozesse die Bildungsangebote mit einem neuen Fokus ergänzen. Viele Konflikte in der Schule oder in ihrem Umfeld sind heute nicht mehr allein mit den traditionellen Mitteln von Schule zufriedenstellend zu lösen. Eine Kooperation der Bildungspartner*innen bietet das Potenzial einer umfassenden Bildungsförderung für den jungen Menschen.

12.3 Kinder- und Jugendzentren

Die Kinder- und Jugendzentren/-häuser arbeiten in der Wissenschaftsstadt Darmstadt nach dem Prinzip der offenen Kinder- und Jugendarbeit.

„Die Kinder- und Jugendhilfe fördert junge Menschen in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung und trägt dazu bei, Benachteiligungen zu vermeiden oder abzubauen sowie positive Lebensbedingungen für junge Menschen zu erhalten oder zu schaffen.“

Die offene Kinder- und Jugendarbeit bezeichnet ein Angebot im Rahmen eines pädagogischen Konzeptes, das durch Offenheit, Zugänglichkeit, Geschlechterbewusstsein und einen geringen Verpflichtungsgrad gekennzeichnet ist.

Die offene Kinder- und Jugendarbeit wird von einer Vielzahl freier Träger der Jugendhilfe und von öffentlichen Trägern der Jugendhilfe angeboten. Unter dem gemeinsamen Dach „Offene Kinder- und Jugendarbeit“ haben sich in der Wissenschaftsstadt Darmstadt unterschiedliche Einrichtungstypen ausdifferenziert. Es gibt zurzeit 25 Einrichtungen mit hauptamtlichen Mitarbeiter*innen, wovon 17 in freier Trägerschaft und acht in kommunaler Trägerschaft sind. Darunter finden sich eine Einrichtung in Selbstverwaltung, ein Spielmobil in freier Trägerschaft und ein Aktivspielplatz in kommunaler Trägerschaft.

Kinder- und Jugendarbeit richtet sich an alle Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die ihre Freizeit in selbstgewählten Gruppenstrukturen bzw. subkulturellen Verankerungen verbringen. Zielgruppe der Kinder- und Jugendarbeit sind alle Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen unter 27 Jahren sowie deren Familien. Die Hauptzielgruppe umfasst den Altersbereich der 10- bis 18-Jährigen. Zielgruppe im Rahmen der Netzwerkarbeit sind in der Jugendarbeit tätige regionale Initiativen, Vereine und Verbände, Schulen sowie Jugendliche, die an besonderen Angeboten von Einrichtungen teilnehmen.

Die offene Kinder- und Jugendarbeit ist ein Ort non-formaler und informeller Bildungsprozesse, die zur Entwicklung junger Menschen beiträgt und gemeinsam mit ihnen gestaltet wird. Die offene Kinder- und Jugendarbeit als ein non-formaler Bildungsort unterscheidet sich maßgeblich von anderen Bildungsorten durch ihre spezifische Aneignungs- und Vermittlungsstruktur in Bezug auf soziale und personale Kompetenzvermittlung. Sie grenzt sich von verbandlichen oder schulischen Formen von Jugendarbeit dadurch ab, dass ihre unterschiedlichen Angebote ohne Mitgliedschaft oder andere Vorbe-

dingungen von Kindern und Jugendlichen in der Freizeit genutzt werden können.

Die offene Kinder- und Jugendarbeit bietet jungen Menschen gestaltbare Lern- und Erprobungsräume. Dort werden keine Anforderungen im Sinne von Leistung oder Teilnahmeverpflichtung an sie gestellt. Ein differenziertes Repertoire an Nutzungsmöglichkeiten regt stattdessen zu verschiedensten Aktivitäten an. Offene Angebote, in denen Kinder und Jugendliche ihre Fähigkeiten und Ideen erproben können, sind dabei die Grundlage für das gemeinsame Arbeiten. Damit leisten die Träger einen wichtigen Beitrag zur außerschulischen Jugendbildung und fördern neben praktisch erlerntem Wissen (z. B. Medienworkshops, Umweltschutz) im Besonderen auch die Weiterentwicklung von Sozialkompetenzen.

Mit ihrem sozialräumlichen Bezug begleitet und fördert sie Kinder und Jugendliche auf ihrem Weg zur Selbstständigkeit. Dabei setzt sie sich dafür ein, dass Kinder und Jugendliche im Sozialraum integriert sind, sich wohl fühlen und sich an den Prozessen unserer Gesellschaft beteiligen können.

So verfügt sie über spezifische Zugänge und Lernfelder, die den Erwerb von Alltagsbildung in besonderer Weise begünstigen und leistet einen wesentlichen Beitrag zur Aufrechterhaltung einer ausgewogenen sozialen Infrastruktur in der Stadt und einen wesentlichen Anteil an der Begünstigung von Teilhabe.

13. Bildung an beruflichen Schulen

In Darmstadt bieten sechs öffentliche und vier private berufliche Schulen unter ihrem Dach jeweils eine Vielzahl von Bildungsgängen zur Berufsvorbereitung und Berufsqualifizierung sowie zur beruflichen Weiterbildung in Voll- und Teilzeit an. Zusätzlich können alle allgemeinen Schulabschlüsse vom Hauptschulabschluss bis hin zur Hochschulreife erreicht werden. Grundsätzlich werden in diesem sogenannten Berufsbildungssystem fünf Teilbereiche unterschieden, für die unterschiedliche Zugangsvoraussetzungen gelten (Hessisches Kultusministerium 2018, OloV Hessen 2014, Transferinitiative Kommunales Bildungsmanagement 2017):

1. Übergangssystem: Berufsvorbereitung

Im Übergangssystem werden Bildungsgänge zur Berufsvorbereitung angeboten, um es noch nicht volljährigen Jugendlichen zu ermöglichen, einen Schulabschluss nachzuholen und/oder Grundkenntnisse und Fertigkeiten für eine künftige Berufsausbildung zu erlernen. Ein Zugang ist ohne allgemeinen Schulabschluss möglich.

Eine Berufsausbildung wird je nach gewähltem Beruf entweder im dualen System oder im Schulberufssystem angeboten:

2. Duales System: berufliche Ausbildung in Betrieb und Berufsschule

Eine duale Ausbildung wird an zwei Lernorten absolviert: Die praktische Ausbildung erfolgt in einem Betrieb, mit dem ein Ausbildungsvertrag geschlossen wurde. An einer entsprechenden Berufsschule werden zusätzlich theoretische sowie allgemeinbildende Inhalte vermittelt. Ein Zugang ist ohne Hauptschulabschluss möglich.

3. Schulberufssystem:

vollzeitschulische Berufsausbildung

Eine vollzeitschulische Berufsausbildung kann an Berufsfachschulen, Schulen des Gesundheitswesens und Fachschulen für Sozialwesen absolviert werden. Zugangsvoraussetzung ist ein Hauptschulabschluss.

4. Berufliche Schulen zum Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung

Berufliche Gymnasien und Fachoberschulen ermöglichen den Erwerb der allgemeinen Hochschulreife und zusätzlich eine Vertiefung in ausgewählten berufsbezogenen Fächern. Mit einem Realschulabschluss ist ein Besuch möglich.

5. Berufliche Weiterbildung

Fachschulen dienen der beruflichen Weiterbildung und der Qualifizierung von Führungskräften. Voraussetzung ist eine bereits abgeschlossene Berufsausbildung. Der Vollständigkeit halber wird hier die berufliche Weiterbildung als Teil des Berufsbildungssystems aufgeführt. Die berufliche Weiterbildung findet jedoch im Erwachsenenalter statt, einer Lebensphase, die im Rahmen dieses Bildungsberichts nicht betrachtet wird.

Weiterführende Informationen zum Übergang an die beruflichen Schulen sind auf www.olov-hessen.de zu finden. Der 2018 erschienene „AusbildungsAtlas“ bietet u. a. ein Verzeichnis über ausbildende Unternehmen in Darmstadt und Berufsbildungsgänge an beruflichen Schulen und ist unter folgendem Link abrufbar: <https://www.ausbildungsatlas.de/darmstadt/>

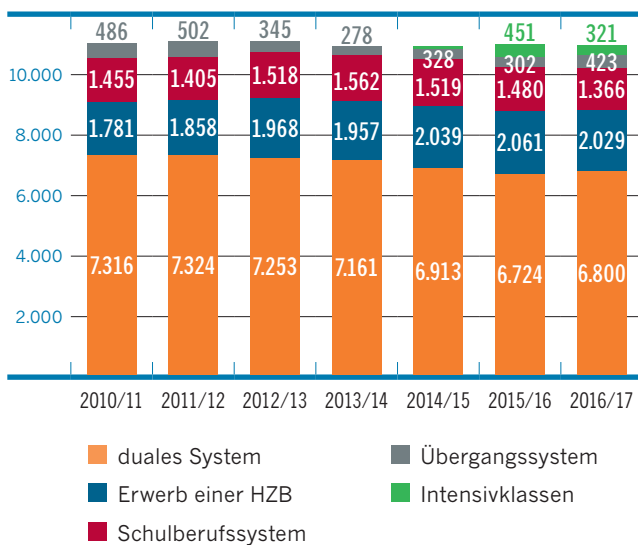
13.1 Schüler*innen an beruflichen Schulen

Die zehn beruflichen Schulen in Darmstadt bieten verschiedene Bildungsgänge aus allen Teilbereichen des Berufsbildungssystems an. In diesem Kapitel werden Schüler*innenzahlen und deren Entwicklung nach Teilbereichen dargestellt.

Mehr als 65 % der Schüler*innen im Darmstädter Berufsbildungssystem absolvieren eine duale Ausbildung. Dabei findet der Berufsschulunterricht zu mehr als 90 % in Teilzeit statt, d. h. die Schüler*innen besuchen an ein bis zwei Tagen pro Woche die Berufsschule und an drei bis vier Tagen pro Woche ihren Ausbildungsbetrieb. Etwa ein Fünftel der Schüler*innen im Berufsbildungssystem besucht ein berufliches Gymnasium oder eine Fachoberschule, an welchen der Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung (HZB) möglich ist. Gut ein Zehntel befindet sich im Schulberufssystem und besucht eine Berufsfachschule in Darmstadt. Bildungsgänge zur Berufsvorbereitung und/oder zum Erwerb eines allgemeinen Schulabschlusses werden von ca. 3 % der Schüler*innen besucht. Zudem bieten mittlerweile alle sechs öffentlichen beruflichen Schulen Intensivklassen für Seiteneinsteiger*innen im Rahmen des zum Schuljahr 2015/16 aufgelegten hessischen Landesprogramms „Integration durch Anschluss und Abschluss (InteA)“ an.

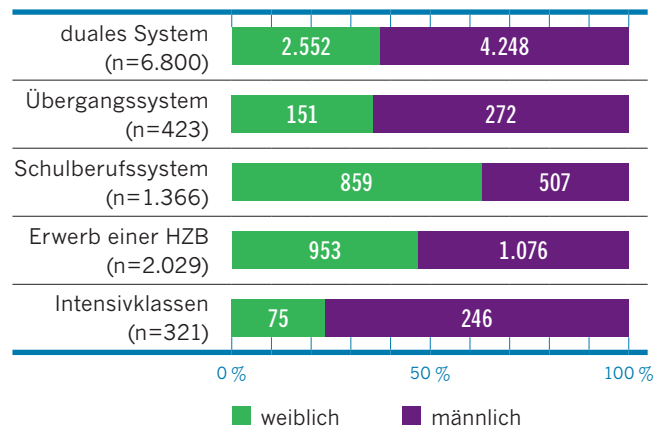
Abbildung 63 zeigt insgesamt einen leichten Rückgang der Schüler*innenzahlen an den beruflichen Schulen in

Abb. 63: Entwicklung der Schüler*innenzahlen im Darmstädter Berufsbildungssystem



Quelle: LUSD

Abb. 64: Schüler*innen im Darmstädter Berufsbildungssystem nach Geschlecht (Schuljahr 2017/18)



Quelle: LUSD

Darmstadt seit dem Schuljahr 2011/12 – ein Rückgang, der sich vermutlich auf die zunehmende Akademisierung zurückführen lässt. So spricht die Kultusministerkonferenz von einer Trendwende bei der Entwicklung der Schüler*innenzahlen bis 2030: Die aktuelle „Status-Quo-Prognose“⁸⁰ sieht einen allgemeinen Rückgang der Schüler*innenzahlen in der Sekundarstufe II vor, wobei es an allgemeinbildenden Schulen zu einem Anstieg der Zahlen und an beruflichen Schulen zu einem Rückgang kommt (KMK 2018; KMK 2013). Seit 2011/12 hatte das duale System in Darmstadt einen Rückgang um knapp 8 % der Schüler*innen zu verzeichnen. Auch die Zahl der Jugendlichen im Übergangssystem reduzierte sich bis zum Schuljahr 2016/17 um mehr als ein Drittel. Im Schuljahr 2017/18 ergab sich durch den Beginn des Schulversuchs „Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung“ wieder ein Anstieg der Schüler*innenzahlen. Einen Anstieg der Schüler*innenzahlen gab es auch an beruflichen Schulen zum Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung. Der Rückgang der Schüler*innenzahlen im Schulberufssystem seit dem Schuljahr 2016/17 ist neben dem allgemeinen Trend auch auf die Schließung der privaten Merkur-Akademie am Standort Darmstadt zurückzuführen.

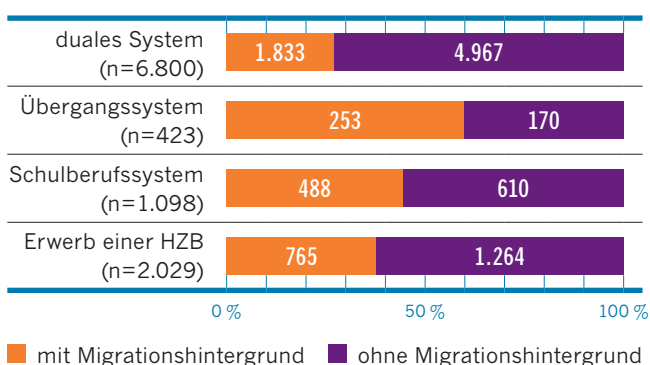
Im dualen sowie im Übergangssystem lag der Anteil der männlichen Schüler im Schuljahr 2017/18 jeweils über 60 % (Abb. 64). Im Schulberufssystem, das in Darmstadt überwiegend Bildungsgänge in den Bereichen Soziales, Gesundheit und Wirtschaft bietet, hatten Schülerinnen einen Anteil von mehr als 60 %. Auf beruflichen Schulen zum Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung hielten sich Schülerinnen und Schüler in etwa die Waage.

⁸⁰ Das aktuelle Wahl- und Übergangsverhalten der Schüler*innen wird festgeschrieben, womit die im Basisjahr erkennbaren Trendänderungen in die Prognose eingehen. Ab dem ersten Prognosejahr werden keine weiteren, den Trend ändernde Annahmen mehr eingeführt. Die Dynamik entfaltet sich durch den „Nachhall“ der Trendänderungen im Ist-Zeitraum auf den Prognosezeitraum und durch die demografischen Veränderungen (Kultusministerkonferenz 2018).

Die Intensivklassen wurden zu mehr als 75 % von männlichen Teilnehmern besucht.

Abbildung 65 zeigt die Verteilung der Schüler*innen nach Migrationshintergrund. Im Schuljahr 2017/18 hatten 60 % der 423 Schüler*innen im Übergangssystem einen Migrationshintergrund. Die größten Gruppen stellen Schüler*innen aus Afghanistan (9 %), der Türkei (6 %) und Syrien (5 %). Insgesamt stammten die Schüler*innen im Übergangssystem aus mind. 28 Nationen.

Abb. 65: Schüler*innen im Darmstädter Berufsbildungssystem nach Migrationshintergrund (Schuljahr 2017/18)



Quelle: LUSD

Im Schulberufssystem⁸¹ hatten 44 % der Schüler*innen einen Migrationshintergrund, auf beruflichen Schulen zum Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung waren es knapp 38 % und im dualen System knapp 26 %.

13.2 Pendler*innen an beruflichen Schulen

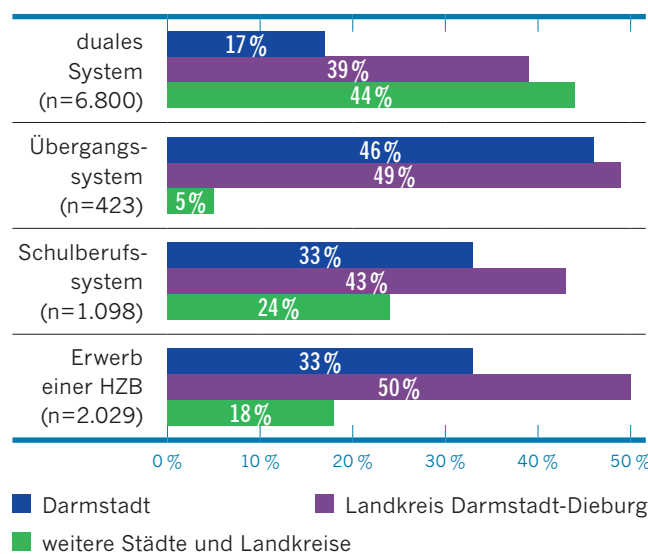
Berufliche Schulen haben aufgrund ihres breiten Angebots an Bildungsgängen, Fachrichtungen und Schwerpunkten ein größeres räumliches Einzugsgebiet als allgemeinbildende Schulen. Im Schuljahr 2017/18 pendelten mehr als 7.960 Schüler*innen zumeist aus dem Landkreis Darmstadt-Dieburg sowie aus weiteren Landkreisen und Städten an die beruflichen Schulen⁸² in Darmstadt. Etwas mehr als 500 Schüler*innen mit Wohnort Darmstadt pendelten an berufliche Schulen außerhalb. Etwa 2.380 Schüler*innen wohnten in Darmstadt und besuchten dort eine berufliche Schule.

Abbildung 66 zeigt Gebietskörperschaften, in denen die Schüler*innen wohnen, für die vier Teilbereiche des Berufsbildungssystems. 17 % der Auszubildenden, die eine Berufsschule in Darmstadt besuchen, wohnen in

Darmstadt. 39 % pendeln aus dem Landkreis Darmstadt-Dieburg an die Berufsschulen und 44 % aus anderen, meist hessischen Landkreisen und Städten. Im Übergangssystem ist das Einzugsgebiet deutlich kleiner: 46 % der Schüler*innen in Bildungsgängen zur Berufsvorbereitung wohnen in Darmstadt und 49 % im Landkreis Darmstadt-Dieburg. Nur 5 % pendeln aus anderen Landkreisen oder Städten nach Darmstadt. Dies liegt vermutlich u. a. daran, dass die Schüler*innen hier noch keine explizite, berufliche Fachrichtung wählen, sondern in verschiedene Fachrichtungen schnuppern können. Im Schulberufssystem (43 %) sowie an den beruflichen Schulen zum Erwerb einer HZB (50 %) kommen die meisten Schüler*innen jeweils aus dem Landkreis Darmstadt-Dieburg. Jeweils 33 % kommen aus Darmstadt und 24 % bzw. 18 % aus anderen Landkreisen und Städten.

Zudem pendelten 506 Schüler*innen mit Wohnort Darmstadt im Schuljahr 2017/18 an berufliche Schulen in anderen Landkreisen und Städten. 89 % dieser Auspendler*innen absolvierten eine duale Ausbildung, jeweils 4 % machten eine vollzeitschulische Berufsausbildung oder besuchten eine berufliche Schule zum Erwerb einer HZB. Die übrigen 3 % befanden sich im Übergangssystem oder in einer Intensivklasse. Die Schüler*innen pendelten u. a. nach Frankfurt (46 %), Dieburg (11 %) und Wiesbaden (7 %). Schüler*innen pendeln insbesondere an berufliche Schulen außerhalb

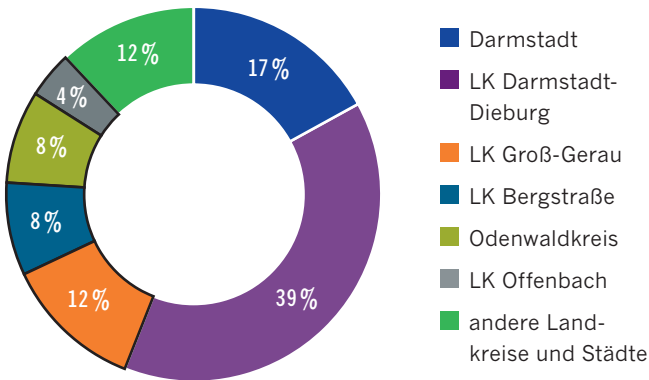
Abb. 66: Anteile der Schüler*innen in den Teilbereichen des Berufsbildungssystems nach Landkreis (Schuljahr 2017/18)



Quelle: LUSD

⁸¹ Ohne Schüler*innen an der Darmstädter Altenpflegeschule der Akademie für Pflege- und Sozialberufe, da keine Informationen zum Migrationshintergrund vorlagen.
⁸² Ohne Schüler*innen der Darmstädter Altenpflegeschule der Akademie für Pflege- und Sozialberufe.

Abb. 67: Wohnorte der Schüler*innen in dualer Ausbildung, die eine Darmstädter Berufsschule besuchen (Schuljahr 2017/18, n=6.800)



□ an Darmstadt und Darmstadt-Dieburg angrenzende Landkreise

Quelle: LUSD

Darmstadts, u. a. um Fachrichtungen zu erlernen, die in Darmstadt nicht angeboten werden (z. B. Agrarwirtschaft, Kaufmann/-frau im Außenhandel), oder weil die für den Ausbildungsbetrieb zuständige Berufsschule nicht in Darmstadt liegt.

17 % der Schüler*innen, die im Schuljahr 2017/18 eine duale Ausbildung absolvierten und eine Berufsschule in Darmstadt besuchten, hatten ihren Wohnort in Darmstadt (Abb. 67). 39 % pendelten aus dem Landkreis Darmstadt-Dieburg an eine Berufsschule in Darmstadt und weitere 32 % kamen aus an Darmstadt und Darmstadt-Dieburg angrenzenden hessischen Landkreisen. 12 % wohnten in anderen Landkreisen und Städten.

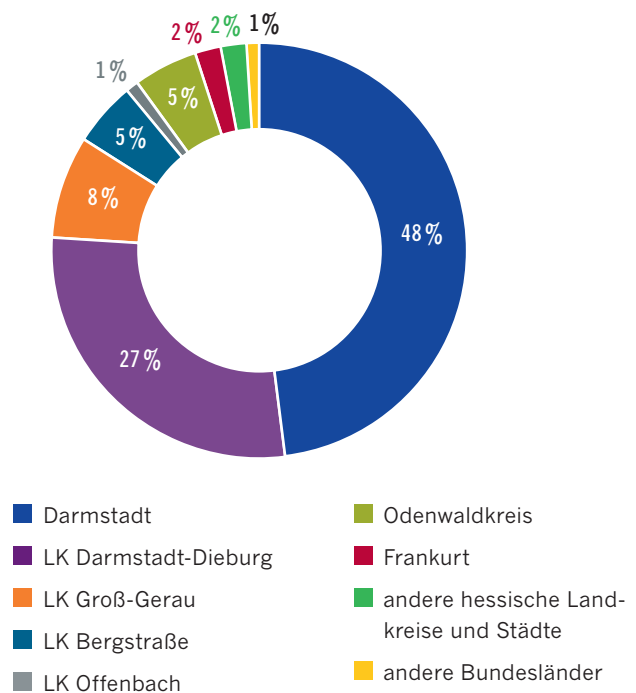
Knapp die Hälfte der Berufsschüler*innen, die eine Berufsschule in Darmstadt besuchen, besaß einen Ausbildungsvertrag mit einem Betrieb in Darmstadt, bei 28 % lag der Ausbildungsbetrieb im Landkreis Darmstadt-Dieburg (Abb. 68). Knapp ein Viertel der Auszubildenden pendelte zum Betrieb in andere Landkreise und Städte.

In Darmstädter Betrieben wurden im Schuljahr 2017/18 insgesamt 3.244 Jugendliche ausgebildet. 14 % dieser Auszubildenden besuchten eine Berufsschule außerhalb Darmstadts.

Die Darmstädter Berufsschulen verfügen über ein großes Einzugsgebiet bezüglich der Wohnorte der Schüler*innen. Zugleich ist in Darmstadt eine Vielzahl von Betrieben angesiedelt (s. Kap. I), die den künftigen Fachkräften eine Ausbildung bieten. Aus den Zahlen zum Ausbildungsstellenmarkt der Wissenschaftsstadt Darmstadt, die von der Bundesagentur für Arbeit bereitge-

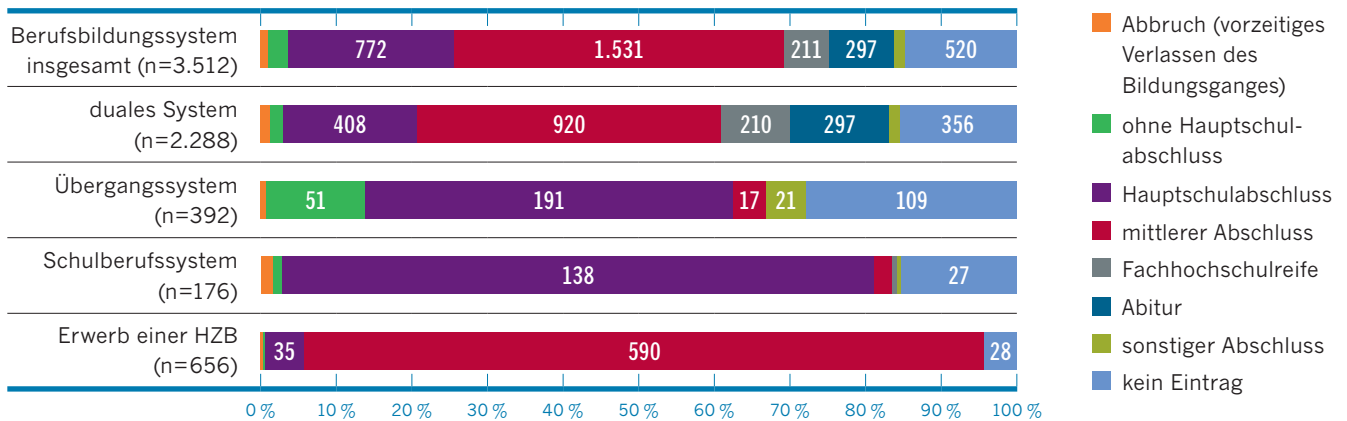
stellt werden, geht zudem hervor, dass es in Darmstadt zurzeit 606 unversorgte Bewerber*innen für Berufsausbildungsstellen und 745 unbesetzte Ausbildungsstellen gibt (Stand: März 2018). Im Vergleich zum Vorjahresmonat hat sich sowohl die Zahl der Bewerber*innen als auch die Zahl der offenen Ausbildungsstellen erhöht (Bundesagentur für Arbeit Statistik 2018).

Abb. 68: Verteilung der Betriebsorte der Darmstädter Berufsschüler*innen in Städte und Kreise (Schuljahr 2017/18, n=6.544)



Quelle: LUSD; Angaben zu Betriebsorten fehlen bei privaten Berufsschulen, daher ergibt sich eine Differenz zur Gesamtzahl der Berufsschüler*innen.

Abb. 69: Höchster allgemeiner Schulabschluss von neueingetretenen Schüler*innen nach Teilbereichen (Schuljahr 2017/18)



Quelle: LUSD

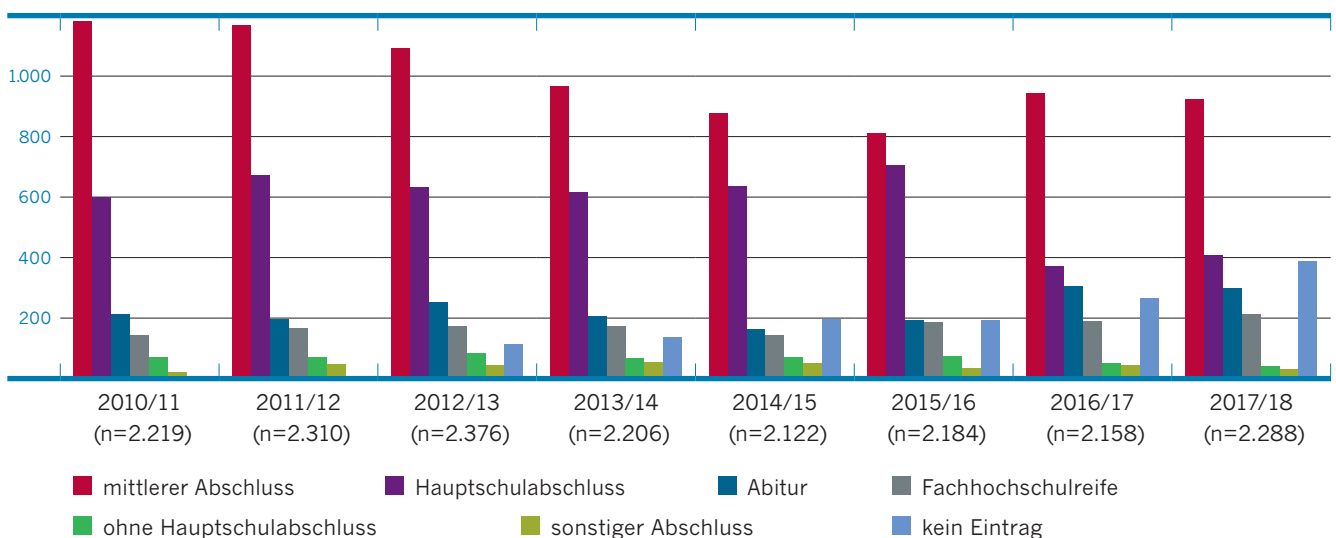
13.3 Allgemeiner Schulabschluss vor Eintritt in berufliche Schulen

Der Großteil der 3.448 Neuzugänge im Schuljahr 2017/18 kam mit einem Real- oder Hauptschulabschluss⁸³ als höchstem allgemeinem Schulabschluss an die beruflichen Schulen in Darmstadt (Abb. 69). Neuzugänge mit (Fach-)Hochschulreife waren nur im dualen System zu finden. Der mittlere Abschluss (Realschulabschluss) hatte sowohl im dualen System als auch an Schulen zum Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung großes Gewicht, während ins Übergangs- und Schulberufssystem jeweils überwiegend Schüler*innen mit Hauptschulabschluss wechselten. Der Anteil der

Schüler*innen, der ohne Hauptschulabschluss bzw. nach Abbruch eines Bildungsganges an die beruflichen Schulen kam, lag bei 3 % bzw. 1 %. Bei 15 % der Neuzugänge ins Berufsbildungssystem fehlte der Eintrag des höchsten allgemeinen Schulabschlusses in der LUSD. Diese fehlenden Einträge können im Übergangssystem größtenteils durch 64 Seiteneinsteiger*innen erklärt werden. Einige Seiteneinsteiger*innen sind zum Schuljahr 2017/18 jeweils auch ins Schulberufssystem (9 Seiteneinsteiger*innen) sowie ins duale System (28 Seiteneinsteiger*innen) eingetreten.

Abbildung 70 zeichnet die Entwicklung der Neueintritte ins duale System nach höchstem Schulabschluss

Abb. 70: Entwicklung der Neueintritte in das duale System nach höchstem allgemeinem Schulabschluss

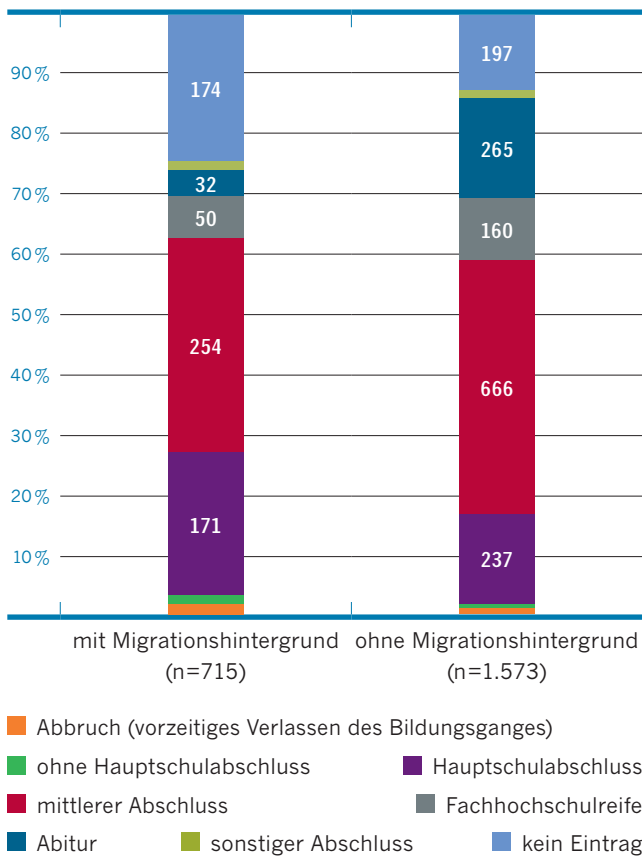


Quelle: LUSD

⁸³ Die Zusammenfassung der Abschlüsse in der LUSD erfolgte in Anlehnung an Schedding-Kleis (2015) und ist online in den Zusatzinformationen zu diesem Kapitel zu finden.

nach. Insgesamt ist die Zahl der Neueintritte seit dem Schuljahr 2010/11 weitgehend konstant. Die meisten Schüler*innen beginnen eine duale Ausbildung nach wie vor mit einem mittleren Abschluss, wobei deren Anteil leicht abnimmt. Einen starken Rückgang gab es seit dem Schuljahr 2016/17 bei den Schüler*innen mit Hauptschulabschluss. Zugleich nimmt die Zahl der Neuzugänge mit Abitur und Fachhochschulreife zu. Diese Entwicklung steht im Einklang mit dem deutschlandweiten Rückgang des Anteils der Hauptschulabschlüsse

Abb. 71: Neueintritte in das duale System zum Schuljahr 2017/18 nach höchstem allgemeinen Schulabschluss und Migrationshintergrund



Quelle: LUSD

seit 2004 bei gleichzeitiger Zunahme des Anteils der allgemeinen Hochschulreife an den allgemeinen Schulabschlüssen (Statistisches Bundesamt 2016).

Knapp 38 % der Schüler*innen, die zum Schuljahr 2017/18 ins duale System eintraten, waren weiblich. Einen Migrationshintergrund hatten 31 %.

27 % der Schüler*innen ohne Migrationshintergrund, die zum Schuljahr 2017/18 eine duale Ausbildung begannen, verfügten über eine Fachhochschulreife oder Abitur; bei Schüler*innen mit Migrationshintergrund waren es knapp 12 % (Abb. 71). 24 % der Schüler*innen mit Migrationshintergrund hatten zu Beginn ihrer Ausbildung einen Hauptschulabschluss und 35 % einen mittleren Abschluss; bei Schüler*innen ohne Migrationshintergrund waren es 15 % bzw. 42 %.

Der Anteil der Frauen, die zum Schuljahr 2017/18 einen Bildungsgang im Schulberufssystem begannen, lag bei 57 %. Einen Migrationshintergrund hatten 63 % aller Schüler*innen. Neuzugänge im Übergangssystem waren zu 34 % weiblich und 62 % hatten einen Migrationshintergrund. Schüler*innen, die in Schulen zum Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung eintraten, waren zu 50 % weiblich, 43 % hatten einen Migrationshintergrund. Innerhalb dieser drei Teilbereiche des Berufsbildungssystems waren im Zusammenhang mit den sozio-demographischen Merkmalen Geschlecht und Migrationshintergrund keine Unterschiede beim höchsten allgemeinen Schulabschluss zu beobachten.

13.4 Abschlüsse und Abbrüche an beruflichen Schulen⁸⁴

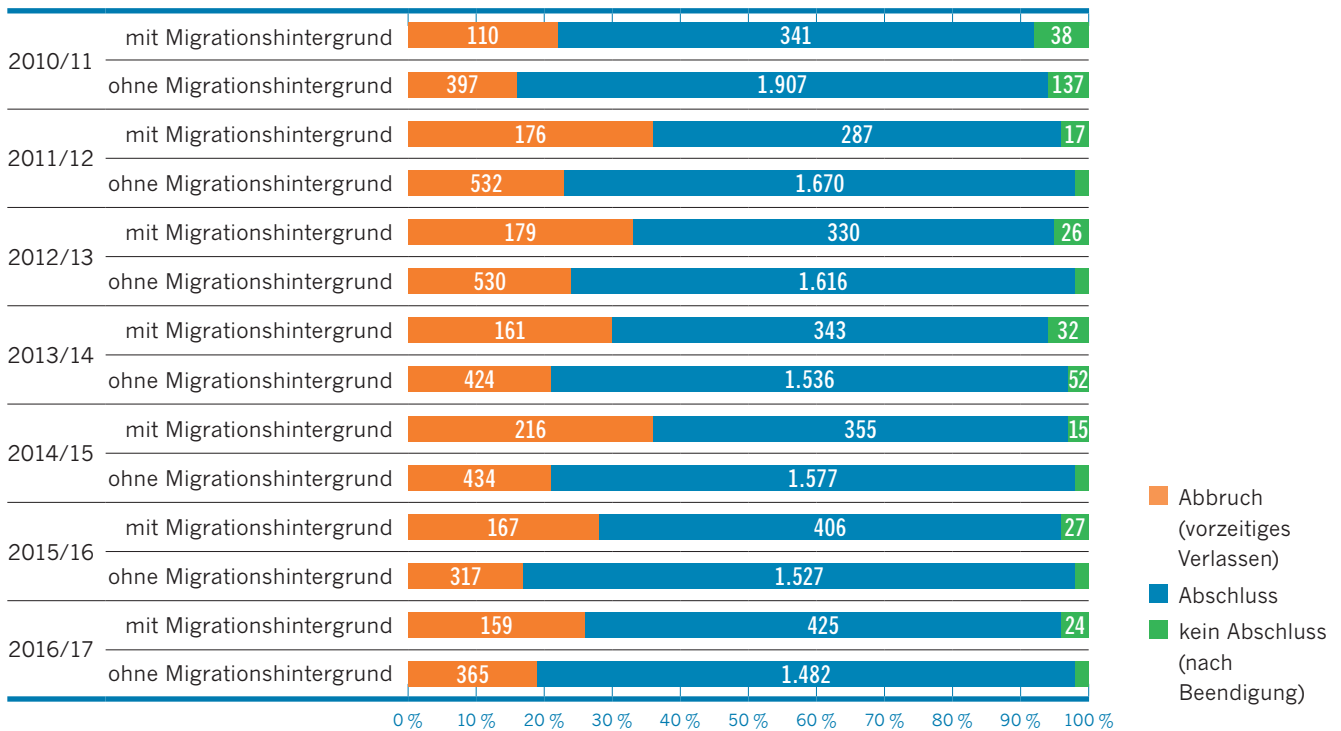
An beruflichen Schulen wird in der Schulstatistik grundsätzlich zwischen Abgänger*innen und Absolvent*innen unterschieden: Abgänger*innen haben einen beruflichen Bildungsgang vollständig durchlaufen, jedoch das Ziel des Bildungsganges, das in einem Abschluss oder der regelmäßigen Teilnahme besteht, nicht erreicht. Absolvent*innen haben einen Bildungsgang erfolgreich beendet. Das vorzeitige Verlassen eines Bildungsganges wird als Abbruch erfasst. Darüber hinaus werden an den beruflichen Schulen allgemeinbildende Schulabschlüsse erworben.

Duales System

2011/12 und 2012/13 lag der Anteil der Abbrüche bei 26 %. Seitdem gab es einen leichten Rückgang auf etwa 20 % im Schuljahr 2016/17. Demgegenüber steht 2016/17 ein Absolvent*innenanteil von 70 %. Der Anteil der Abgänger*innen ist mit ca. 2 % gering. Der Anteil von Frauen im dualen System beträgt ca. 40 %; bei den Anteilen der Abschlüsse und Abbrüche gibt es kaum Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Der Anteil der Abbrüche war 2017/18 bei Schüler*innen mit Migrationshintergrund rund 7 % höher als bei Schüler*innen ohne Migrationshintergrund (Abb. 72).

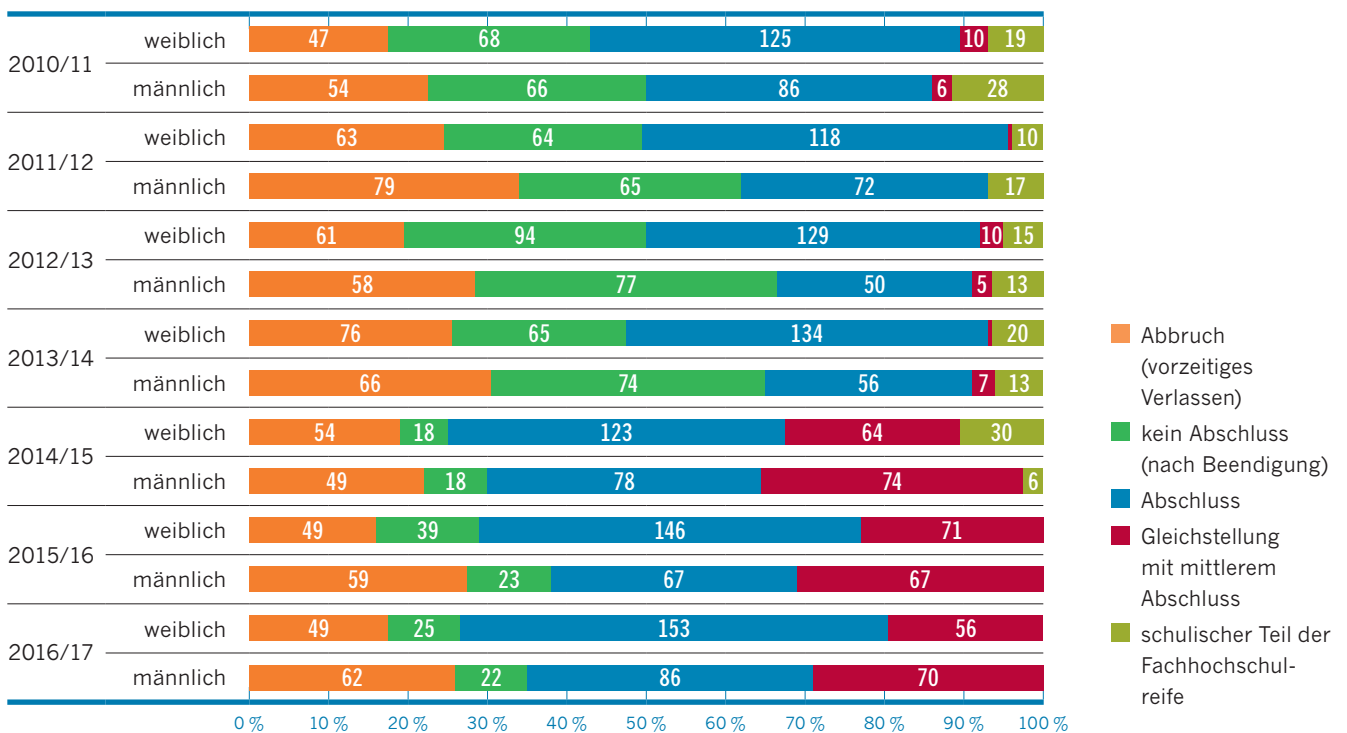
⁸⁴ Im vorliegenden Kapitel werden ausschließlich die Abschlüsse an öffentlichen beruflichen Schulen dargestellt, da für die Privatschulen nur unvollständige Daten vorliegen.

Abb. 72: Abschlüsse und Abbrüche im dualen System nach Migrationshintergrund



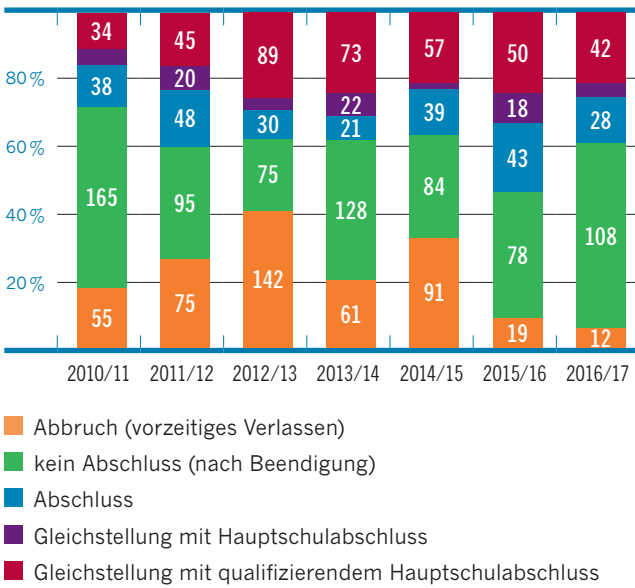
Quelle: LUSD; ohne Privatschulen

Abb. 73: Abschlüsse und Abbrüche im Schulberufssystem nach Geschlecht



Quelle: LUSD; ohne Privatschulen

Abb. 74: Abschlüsse und Abbrüche im Übergangssystem



Quelle: LUSD; ohne Privatschulen

Schulberufssystem

Bei den vollzeitschulischen Bildungsgängen liegt die Abbrecher*innenquote ebenfalls bei ca. 20 %. Seit 2014/15 ist ein starker Rückgang der Abgänger*innen, die ihren Bildungsgang ohne Erfolg beenden, bei gleichzeitigem Anstieg der Gleichstellungen mit einem mittlere-

ren Abschluss zu verzeichnen. Insgesamt gab es in den letzten Jahren einen leichten Anstieg des Anteils von Absolvent*innen. Dieser lag im Schuljahr 2016/17 bei 46 %. Insgesamt betrachtet, brechen im Schulberufssystem mehr Männer als Frauen ihren Bildungsgang vorzeitig ab; der Anteil an Abbrüchen ist bei den Schülern fünf bis zehn Prozentpunkte höher als bei den Schülerinnen (Abb. 73). Der Anteil der Absolvent*innen lag seit dem Schuljahr 2013/14 bei Schüler*innen ohne Migrationshintergrund mind. 10 % höher als bei den Schüler*innen mit Migrationshintergrund.

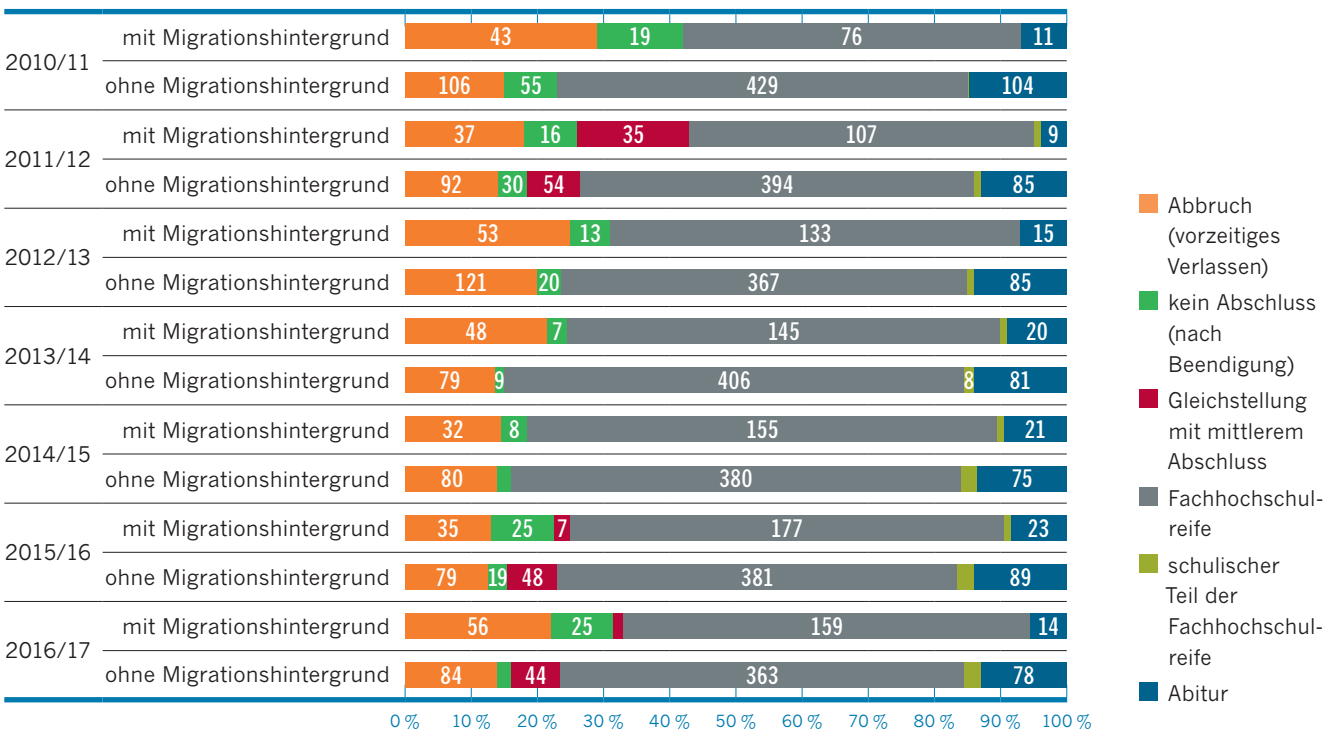
Übergangssystem

Hier sind über die Jahre hinweg große Schwankungen bei der Zahl der Abschlüsse und Abbrüche zu beobachten (Abb. 74). Seit 2011/12 erhalten 20–30 % der Schüler*innen eine Gleichstellung mit einem (qualifizierenden) Hauptschulabschluss. Die Zahl der Abbrüche im Übergangssystem hat sich seit dem Schuljahr 2015/16 um mehr als die Hälfte im Vergleich zu den Vorjahren reduziert. Auch bei den sozio-demographischen Merkmalen Geschlecht und Migrationshintergrund gibt es von Schuljahr zu Schuljahr große Schwankungen.

Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung

Etwa 60 % der Schüler*innen an Fachoberschulen und beruflichen Gymnasien machen die Fachhochschulreife und ca. 12 % erreichen das Abitur, während ca. 16 %

Abb. 75: Abschlüsse und Abbrüche an Schulen zum Erwerb einer HZB nach Abschluss und Migrationshintergrund



Quelle: LUSD; ohne Privatschulen

ihren Bildungsgang vorzeitig abbrechen. Dabei erreichen bei den Schülerinnen durchschnittlich 8 % mehr die Fachhochschulreife als bei den Schülern, während Schüler etwas häufiger abbrechen und etwas häufiger Abitur machen als Schülerinnen. Insgesamt besuchen seit dem Schuljahr 2011/12 deutlich mehr Schüler*innen mit Migrationshintergrund eine Schule zum Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung. Der Anteil, der Schüler*innen, die die Fachhochschulreife erhalten, ist bei Schüler*innen mit und ohne Migrationshintergrund annähernd gleich (Abb. 75). Seit dem Schuljahr 2015/16 ist der Anteil der Schüler*innen, die die Fachhochschulreife erwerben, bei den Schüler*innen mit Migrationshintergrund etwas größer als bei den Schüler*innen ohne Migrationshintergrund. Der Anteil der Schüler*innen, die Abitur machen, liegt bei Schüler*innen ohne Migrationshintergrund um durchschnittlich 6 % höher als bei Schüler*innen mit Migrationshintergrund.

D Im Überblick: Bildung im Sozialraum

Das Kapitel Bildung im Sozialraum soll als Versuch verstanden werden, Bildung in jeglicher Form – formal, non-formal oder informell – in Darmstadt zu verorten. Es soll ein Überblick gewonnen und der Frage nachgegangen werden, inwiefern Strukturen – wie sie z. T. in den Kapiteln zuvor beschrieben wurden – im Raum (wieder) zu erkennen sind. Die folgenden drei Karten wurden analog zu den vorangegangenen Kapiteln nach Lebensalter differenziert. Die Auflistung der Orte⁸⁵, an denen Bildung stattfindet bzw. stattfinden kann, ist jedoch nicht abschließend. Schließlich sind die Möglichkeiten in den Bereichen non-formaler und insbesondere informeller Bildung nahezu unerschöpflich. So konnte bspw. der Bereich Sport mit seinen Sportplätzen und Sportstätten aufgrund einer fehlenden Datenbasis nicht abgebildet werden. Zu nennen wären außerdem die mit dem schwarzen Dreieck dargestellten Bildungsorte und Lernwelten, deren Auflistung nicht abschließend ist. Bildungsorte sind hier als abgrenzbare und stabile Angebotsstrukturen mit einem expliziten oder impliziten Bildungsauftrag zu verstehen (wie z. B. Übungsleiterausbildungen). Lernwelten sind hingegen weniger standardisiert sowie zeitlich und räumlich weniger eingegrenzt – so z. B. der Freizeitsport. Zudem soll auch die Übersichtlichkeit gewährleistet sein.

Interessant ist dieser Ansatz der Verräumlichung, da Raum oder vielmehr räumliche Nähe oder Ferne einen (starken) Einfluss auf das Verhalten bzw. die Entscheidungen von Bildungsteilnehmer*innen haben kann. Müssen größere Distanzen überwunden werden, gestalten sich die An- und Abreise zeit- und evtl. ressourcenintensiver. Zudem sind längere Distanzen der Spontaneität nicht immer zuträglich. Der Zugang zu Orten der Bildung kann demnach erschwert sein, wenn weitere Distanzen zu überwinden sind; eine räumliche Nähe zum Ort, an dem Bildung stattfindet, könnte wiederum den Zugang erleichtern.

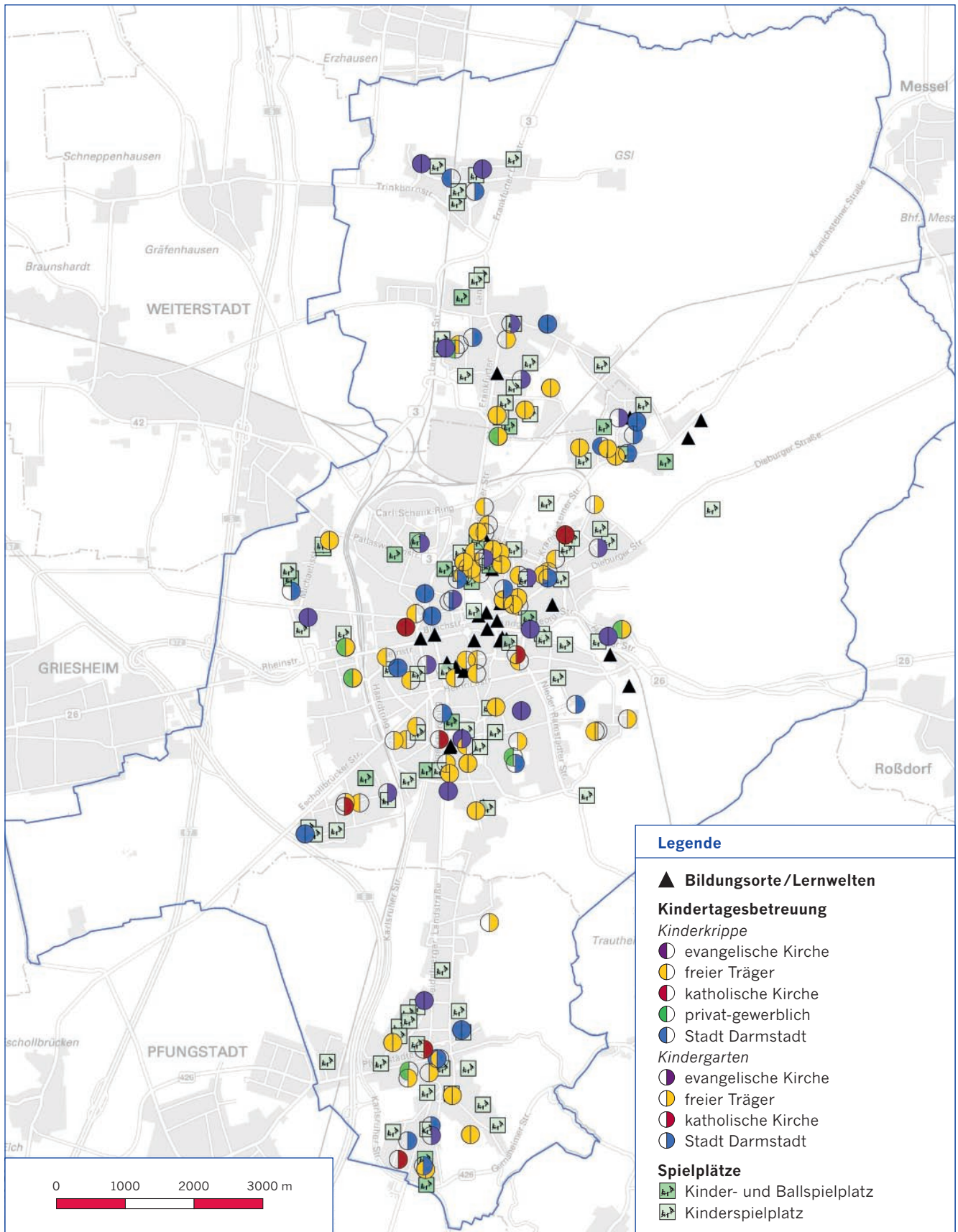
Auffällig in Karte 1 für das Lebensalter 0–6 Jahre sind die zahlreichen Kindertageseinrichtungen in freier Trägerschaft, aber auch die vielen Kindergärten und Kindertagesstätten in städtischer oder kirchlicher Hand. Insbesondere im und um das Martinsviertel herum ist – wie auch in anderen städtebaulich verdichteten Räumen, der Nachfrage entsprechend – eine hohe Dichte von Angeboten der Kindertagesbetreuung (von freien Trägern) zu erkennen. Bildungsorte und Lernwelten sind zumeist

zentral im Bereich der Stadtmitte gelegen. Spielplätze sind flächendeckend verteilt und sowohl im eher aufgelockerten Stadtbild als auch in baulich verdichteten Gebieten vorzufinden.

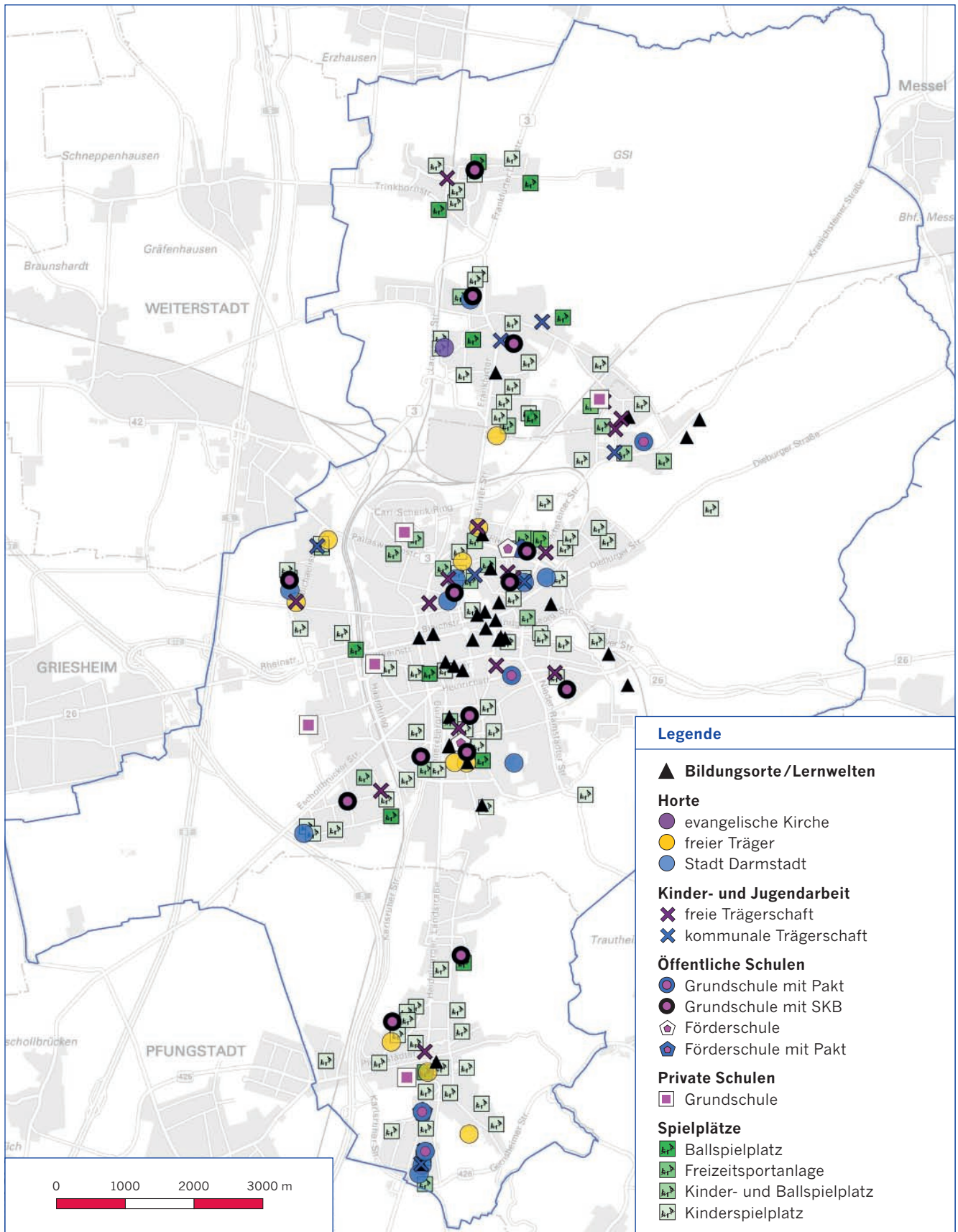
Wie Karte 2 für das Lebensalter 6–10 Jahre zu entnehmen ist, sind die Grundschulen entsprechend der Idee der Schulbezirke gleichmäßig auf die Wohngebiete verteilt. Grundschulen bieten zudem noch Betreuung im Rahmen der Schulkindbetreuung oder des Pakts für den Nachmittag an. Die Horte befinden sich v. a. im Zentrum, Westen und Süden Darmstadts. Angebote der Kinder- und Jugendarbeit sind – unabhängig von ihrer Trägerschaft – ebenfalls gleichmäßig über das Stadtgebiet verteilt. In dem nun höheren Lebensalter sind zudem Ballspielplätze und Freizeitsportanlagen für Kinder attraktiv, die zumeist rund um die Wohngebiete angelegt sind. In Karte 3 für das Lebensalter 10–18 Jahre wird die Vielzahl der Gymnasien und beruflichen Schulen deutlich.

⁸⁵ Die Auswahl der hier aufgeführten Orte fand in Abstimmung mit dem Jugendamt und dem Städtischen Schulamt statt. Daten wurden aus dem Jugendamt, dem Städtischen Schulamt, dem Grünflächenamt und der Abteilung für Statistik und Stadtforschung zur Verfügung gestellt. Die IT-Abteilung erstellte wiederum mit GeoMedia Smart Client die Karten.

Karte 1: Orte der formalen, non-formalen und informellen Bildung in Darmstadt für das Lebensalter 0–6 Jahre

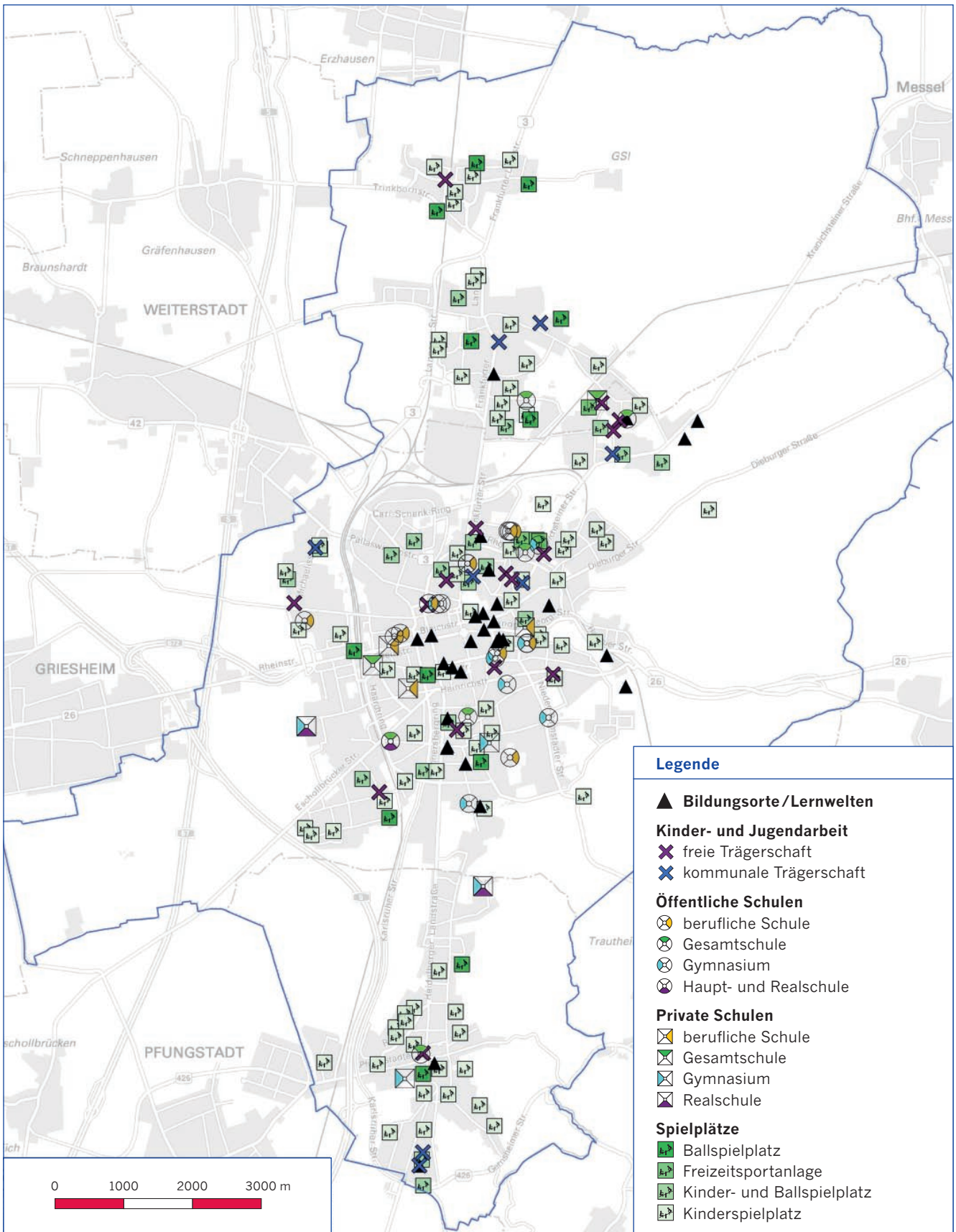


Karte 2: Orte der formalen, non-formalen und informellen Bildung in Darmstadt für das Lebensalter 6–10 Jahre



Stand: Juni 2018

Karte 3: Orte der formalen, non-formalen und informellen Bildung in Darmstadt für das Lebensalter 10–18 Jahre



Stand: Juni 2018

III Ausblick auf Handlungsbedarfe

Der vorliegende 1. Bildungsbericht gibt entlang der Lern- und Lebensphasen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen einen ersten Überblick über die Bildungslandschaft der Wissenschaftsstadt Darmstadt. Er gibt Hinweise, in welchen Bereichen es Handlungsbedarf für die Akteure vor Ort gibt. Er macht aber ebenso deutlich, dass ein Bildungsmonitoring nach Vorlage eines solchen Berichts nicht abgeschlossen sein kann, sondern einen kontinuierlichen Prozess darstellt.

Dazu bedarf es weiterer Daten, um die jeweiligen Lernbereiche genauer beleuchten zu können und Zusammenhänge zu identifizieren. Hierbei gilt es, einerseits vorhandene Daten verstärkt amts- und institutionsübergreifend zu bündeln und neu zu bewerten, andererseits die vorhandene Datenbasis entsprechend konkreter Fragestellungen und Bedarfe zu pflegen und auszubauen. Hierzu ist eine Priorisierung der Handlungsfelder von großer Bedeutung.

Um den unterschiedlichen sozialen Voraussetzungen in den Teilen der Stadt gerecht werden zu können, braucht es stadtteilbezogene oder sozialräumliche Analysen, wie dies beispielsweise die Betrachtung der sozialen Belastung der Schulbezirke in Kapitel *I Rahmenbedingungen* andeutet. Eine solche sozialräumliche Betrachtung kann die Grundlage dafür sein, entsprechend der ungleichen Voraussetzungen, ungleiche und damit dem jeweiligen Unterstützungsbedarf entsprechende Maßnahmen und Investitionen anzusetzen.

Im Folgenden werden entlang der Lebensphasen erste wichtige Handlungsfelder aufgezeigt, die sich aus den Daten und Erkenntnissen des vorliegenden Bildungsberichts ergeben.

Frühe Kindheit bis Schuleintritt

Der aufgezeigte positive Zusammenhang von Sprachkompetenz und Verweildauer in der Kindertageseinrichtung bei Kindern mit Migrationshintergrund macht deutlich, dass es hier Ursachen und Wege zu finden gilt, eine längere Besuchszeit der Kinder zu erreichen.

Aus der Schuleingangsuntersuchung geht hervor, dass Jungen im Bereich Sprache wie in anderen Bereichen gegenüber Mädchen einen erhöhten Förderbedarf aufweisen. Nun gilt es zunächst diesen Befund zu analysieren, um anschließend Modelle zu entwickeln, die eine gezielte Förderung von Jungen in Kindertageseinrichtungen und Grundschulen ermöglichen.

Um Kindern einen guten Schulstart zu ermöglichen, ist deren Begleitung beim Übergang von der Kindertagesstätte in die Grundschule durch alle Beteiligten notwendig. Neben der Einbindung der Eltern ist hier insbesondere die Kooperation von Kindertageseinrichtungen und Schulen von großer Bedeutung. Im Sinne einer Qualitätssicherung ist eine Erfassung der Zusammenarbeit vor Ort und die weitere Etablierung unterstützender Strukturen anzustreben.

Nicht alle Kinder, denen der Besuch eines Vorlaufkurses zur Sprachförderung im letzten Vorschuljahr empfohlen wird, besuchen einen solchen. Teilweise finden Vorlaufkurse in den Kindertageseinrichtungen, teilweise in den Grundschulen statt. Damit Kinder diese Chance einer gezielten Sprachförderung zur Erleichterung des Schuleinstiegs ergreifen können, sind die Gründe für eine Nicht-Teilnahme genauer zu beleuchten und ggf. die Strukturen der Vorlaufkurse zu optimieren.

Grundschulalter

Die vorliegenden Daten verdeutlichen den Trend, nach der Grundschule gymnasiale Bildungsgänge zu wählen. Bei Kindern mit Migrationshintergrund ist dieser Trend weniger stark ausgeprägt. Um Eltern und Kindern eine gute Entscheidungsgrundlage zu liefern, ist ein größtmögliches Maß an Transparenz über die verschiedenen Möglichkeiten, Abschlüsse und Qualifikationen anzustreben. Ziel muss es sein, Kinder entsprechend ihrer Leistungen und Kompetenzen zu fördern und nicht zu über- oder unterfordern. Hierbei gilt es, deutlich zu machen, dass viele Wege zu Qualifikationen führen, die später gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt bieten.

Jugendalter bis zum Einstieg in den Beruf

Die Anerkennung der Diversität der Gesellschaft ist eine wichtige Voraussetzung des Zusammenlebens in einer Stadt. Im Bereich Bildung steht die inklusive Beschulung, also das gemeinsame Lernen an allgemeinbildenden Schulen, besonders im Fokus der Diskussionen und Anstrengungen. Kinder mit Förderbedarf sollen nicht ausgeschlossen werden und die Wahl zwischen inklusiver Beschulung und dem Besuch einer Förderschule haben. Die aufgezeigte Diskrepanz zwischen inklusiver Beschulung an Grundschulen und weiterführenden Schulen ist weiter zu beobachten und zu analysieren. Dabei gilt es, insbesondere Hindernisse inklusiver Beschulung im Bereich der Sekundarstufe I aufzuzeigen und zu bewerten.

Jugendliche mit Migrationshintergrund machen deutlich seltener das Abitur als Jugendliche ohne Migrationshintergrund. Die Gründe hierfür sind aufzudecken und ggf. eine Angleichung der Abiturquoten anzustreben. Zentral ist dabei, gute Bildungschancen für alle zu gewährleisten und niemanden zurückzulassen.

Der Großteil der jungen Menschen im Übergangssystem der beruflichen Schulen hat einen Migrationshintergrund. Die Angebote im Übergangssystem bereiten die Jugendlichen auf eine Berufsausbildung vor und ermöglichen das Nachholen eines allgemeinbildenden Schulabschlusses. In diesem Zusammenhang ist zu beleuchten, wieso insbesondere Jugendliche mit Migrationshintergrund diesen nicht an allgemeinbildenden Schulen erlangen und welche Förderung ggf. bereits dort ansetzen könnte.

Ein Fünftel der Schüler*innen im dualen Berufsbildungssystem und in den vollzeitschulischen Bildungsgängen an Berufsfachschulen bricht eine Ausbildung vor dem Erlangen eines Abschlusses ab. Solche Abbrüche bedeuten für die Schüler*innen eine persönliche Herausforderung, im Falle der dualen Berufsausbildung auch eine Herausforderung für die ausbildenden Betriebe. Ziel muss es sein, die Zahl der Abbrüche an den beruflichen Schulen zu senken und zu ergründen, welche Ursachen es für Abbrüche gibt, um diesen entgegenwirken zu können.

Altersübergreifend

Der dargestellte zu erwartende Anstieg der Einwohner*innenzahl weist auf einen erhöhten infrastrukturellen Bedarf auch im Bildungsbereich. Betreuungs- und Bildungsstrukturen für unterschiedliche Altersgruppen sind demnach auszubauen, um auch zukünftig gute Bildungsvoraussetzungen vorweisen zu können.

Das Bildungs- und Teilhabepaket soll Kindern und Jugendlichen aus einkommensschwachen Familien einen besseren Zugang zu Bildung und damit auch die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Nicht alle Leistungsarten werden in gleichem Maße in Anspruch genommen. Damit das Bildungs- und Teilhabepaket seiner Zielsetzung gerecht werden kann, ist bei den betroffenen Kindern und Jugendlichen eine Erhöhung der Inanspruchnahme anzustreben.

Damit Menschen Bildungsentscheidungen auf einer guten Grundlage treffen können, ist das Wissen um die verschiedenen Möglichkeiten eine zwingende Voraussetzung. In diesem Sinne ist ein höheres Maß an Transpa-

renz und Information über Bildungswege allgemein und das Bildungsangebot vor Ort anzustreben.

Bei allen Bestrebungen und Maßnahmen ist zu beachten, gerechte Bildungschancen für Jungen und Mädchen, für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund zu gewährleisten. Mit gezielter Förderung der verschiedenen Gruppen ist systembedingten Ungleichheiten entgegenzuwirken.

Für die weiteren Schritte kann auf die gute Datenlage bei der Wissenschaftsstadt Darmstadt aufgebaut werden, um kleinräumige Handlungsstrategien für die unterschiedlichen Bildungsorte zu entwickeln und umzusetzen.

Glossar

Allgemeinbildende Schulen

Zu den allgemeinbildenden Schulen gehören Grund-, Haupt-, Förder-, Real-, Gesamtschulen und Gymnasien. Sie sind das Pendant der beruflichen Schulen.

Allgemeine Schulen

Zu den allgemeinen Schulen zählen die Grund- Haupt-, Real- und Gesamtschulen sowie Gymnasien. Sie sind das Pendant zu Förderschulen und werden auch als „Regelschulen“ bezeichnet.

Ausländer*innen

Als Ausländer*innen gelten alle Personen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Personen mit mehreren Staatsangehörigkeiten, darunter die deutsche, werden als Deutsche geführt.

Berufliche Schulen

Zu den beruflichen Schulen gehören Berufsschulen, Berufsfachschulen, Fachoberschulen, Fachschulen und das berufliche Gymnasium. Sie sind das Pendant der allgemeinbildenden Schulen.

Berufliches Gymnasium

Erwerb der allgemeinen Hochschulreife, Verbindung von allgemeinem Lernen mit beruflichem Lernen durch eine berufliche Fachrichtung.

Berufsfachschule

Bietet ein- und zweijährige, vollzeitschulische Berufsausbildungen an. Des Weiteren können allgemeinbildende Schulabschlüsse bis hin zur Fachhochschulreife erworben werden.

Berufsschulen

Die Berufsschulen sind Pflichtschulen mit folgenden Aufgaben: allgemeine Vermittlung berufsbezogener und allgemeinbildender Lerninhalte, Erarbeitung beruflicher Fähigkeiten, Fertigkeiten und Kenntnisse. Der schulische Teil einer dualen Ausbildung findet an der Berufsschule statt.

Bildungsmanagement

Die Einführung eines Bildungsmanagements umfasst alle Aktivitäten zur systematischen Gestaltung des Bildungssystems. Dazu gehört die strategische Steuerung über Zielvorgaben, die Einführung neuer Steuerungsinstrumente und die Entwicklung neuer Strukturen im Bildungswesen in Form von Netzwerken.

Bildungsmonitoring

Datengestützter, kontinuierlicher Beobachtungs- und Analyseprozess des gesamten Bildungswesens bzw. einzelner Teilbereiche mittels empirisch-wissenschaftlicher Methoden.

Eingangsstufe

In die Eingangsstufe können Kinder, die bis zum 30. Juni das fünfte Lebensjahr vollenden, aufgenommen werden. Innerhalb von zwei Schuljahren werden sie dann kontinuierlich an die unterrichteten Lern- und Arbeitsformen der Grundschule herangeführt. Die Eingangsstufe ist Bestandteil der Grundschule und ersetzt die Jahrgangsstufe 1.

Fachoberschule (FOS)

In Fachoberschulen erfolgt die Verzahnung einer praktischen Ausbildung in Form eines gelenkten Praktikums oder einer Berufsausbildung mit einer theoretisch orientierten Bildung. Sie führt zum Erwerb der Fachhochschulreife.

Fachschulen

Fachschulen dienen der vertiefenden beruflichen Bildung und werden nach einer Berufsausbildung oder einer ausreichenden Berufspraxis besucht.

Flexibler Schulanfang

Grundschulen können die Jahrgangsstufe 1 und 2 curricular und unterrichtsorganisatorisch in dem durch den Lehrplan und Stundenplan gesetzten Rahmen zu einer pädagogischen Einheit zusammenfassen. Der Unterricht erfolgt in jahrgangs- und entwicklungsge-mischten Lerngruppen. Die Schüler*innen können nach ihrem jeweiligen Leistungs- und Entwicklungsstand die zusammengefassten Jahrgangsstufen 1 und 2 auch in einem oder in drei Schuljahren durchlaufen.

Förderschulen

Schulpflichtige Kinder mit umfassenden und langanhaltenden Beeinträchtigungen (u. a. in den Bereichen Lernen, Emotionale Entwicklung, Sprache) oder Behinderungen und Einschränkungen, die einen Anspruch auf sonderpädagogische Förderung haben, können auf Wunsch der Eltern eine entsprechende Förderschule besuchen.

Förderstufe

Die Förderstufe wird auch als Orientierungsstufe bezeichnet und wird in den Stufen 5 und 6 an verbundenen Haupt- und Realschulen, an der schulformbezoge-

nen (kooperativen) Gesamtschule oder als Bestandteil der Grundschule angeboten.

Formale Bildung

Formales Lernen findet in Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen statt und führt zu anerkannten Abschlüssen und Qualifikationen.

Grundschulen

Grundschulen umfassen die Stufen 1 bis 4. Der Eintritt in die 1. Klasse ist für alle Kinder verpflichtend, die bis zum 30. Juni des Aufnahmejahres das 6. Lebensjahr vollenden.

Gymnasien

Das Gymnasium baut als weiterführende Schulform auf der Grundschule auf. Es umfasst die Mittelstufe (Sekundarstufe I) und die gymnasiale Oberstufe (Sekundarstufe II). Seit dem Schuljahr 2005/06 wurde beginnend mit der Jahrgangsstufe 5 die Schulzeitverkürzung im gymnasialen Bildungsgang eingeführt. Beginnend ab dem Schuljahr 2013/14 besteht die Wahlmöglichkeit zwischen einer fünfjährigen (G8) oder sechsjährigen (G9) Organisation der Sekundarstufe I für die Gymnasien. Der erfolgreiche Abschluss vermittelt die allgemeine Hochschulreife.

Hauptschule

Der Übergang an die Hauptschule erfolgt nach Stufe 4 der Grundschule oder Stufe 6 der Förderstufe. Sie umfasst in der Regel fünf Jahre.

Hauptschulabschluss

Am Ende der Stufe 9 erhalten die Schüler*innen nach erfolgreicher Teilnahme an den Abschlussprüfungen den Hauptschulabschluss. Bei zusätzlicher Prüfungsteilnahme im Fach Englisch, sowie einer Gesamtnote von mindestens 3,0 wird der qualifizierende Hauptschulabschluss erworben.

Hochschulreife

Mit der bestandenen Abiturprüfung wird die Berechtigung erworben, ein Studium an einer Fachhochschule oder Universität in Deutschland zu beginnen.

Informelle Bildung

Informelles Lernen ist die natürliche Begleiterscheinung des Lebens. Hierunter werden nicht zielgerichtete Lernprozesse durch (Lebens-)Erfahrung verstanden.

Inklusive Bildung

Grundlagen inklusiver Bildung sind das gemeinsame Lernen und die gemeinsame Erziehung von Kindern mit und ohne Behinderung. (KMK 2011)

Integrierte Gesamtschule (IGS)

An integrierten Gesamtschulen werden die getrennten Schulformen Hauptschule, Realschule und Mittelstufe des Gymnasiums zu Gunsten eines Kernkurssystems aufgegeben. Unterricht findet bis einschließlich Stufe 10 statt.

Intensivklassen

Schüler*innen mit nicht-deutscher Herkunftssprache, die bereits im Schulalter sind (sog. Seiteneinsteiger*innen), werden an den allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in Intensivklassen mit gezielter Sprachförderung unterrichtet, bevor sie in den Regelunterricht übergehen. Allgemeinbildende Schulen: Deutsch als Zweitsprache (DaZ), berufliche Schulen: Landesprogramm „Integration durch Anschluss und Abschluss“ (InteA).

Kooperative Gesamtschule (KGS)

Kooperative Gesamtschulen umfassen Hauptschul-, Realschul- und Gymnasialzweige bis Stufe 10, die an einer Schule nach Zweigen getrennt unterrichtet werden.

Lernorte

Die Umgebung, in der sich Lernen vollzieht. Lernorte umfassen alle potenziellen Orte und Räume, in denen sich das Lernen vollzieht. In dieser Lesart werden auch gesellschaftliche Institutionen wie z. B. Museen, Bibliotheken, Theater zu Lernorten.

Migrationshintergrund

Dem Begriff Migrationshintergrund liegt keine einheitliche Definition zu Grunde. Je nach vorhandenem Datenmaterial und/oder betrachteten Personen (Einwohner*innen oder Schüler*innen) wird dieser unterschiedlich definiert:

► Kapitel Rahmenbedingungen

Als Einwohner*innen mit Migrationshintergrund zählen alle Ausländer*innen, Eingebürgerte, im Ausland geborene Deutsche sowie Aussiedler*innen (persönlicher Migrationshintergrund). Kinder unter 18 Jahren, von denen mindestens ein Elternteil einen Migrationshintergrund hat, zählen ebenfalls zu den Einwohner*innen mit Migrationshintergrund (familiärer Migrationshintergrund).

► Hessische Lehrer- und Schülerdatenbank (LUSD):

Ein Migrationshintergrund wird allen Schüler*innen zugeschrieben, die eine nicht-deutsche Staatsangehörigkeit haben und/oder nicht in Deutschland geboren sind und/oder deren Verkehrssprache in der Familie nicht Deutsch ist.

► **Schuleingangsuntersuchung (SEU)**

Die untersuchenden Ärzte schätzen unabhängig von der Staatsangehörigkeit ein, welche sprachlich-kulturelle Herkunftsregion am meisten prägt. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf der Muttersprache. Es wird zwischen zehn Herkunftsregionen unterschieden.

Mittlerer Abschluss

Der mittlere Abschluss (Realschulabschluss) wird nach der erfolgreichen Abschlussqualifikation der Stufe 10 einer Realschule oder eines Realschulzweiges erreicht. Der qualifizierende Realschulabschluss wird zuerkannt, wenn die Durchschnittsnote in den Fächern Deutsch, Mathematik, der ersten Fremdsprache sowie in den übrigen Fächern gleichfalls jeweils mindestens befriedigend (3,0) ist. Der qualifizierende mittlere Abschluss berechtigt zum Übergang in die gymnasiale Oberstufe, das berufliche Gymnasium und die Fachoberschule.

Non-formale Bildung

Non-formales Lernen findet außerhalb des Hauptsystems der allgemeinen und beruflichen Bildung statt und führt nicht zwangsläufig zum Erwerb von Qualifikationsnachweisen.

Primarstufe

Die Primarstufe umfasst die Stufen 1 bis 4 der Grundschulen sowie Grundstufen an integrierten Gesamtschulen und Förderschulen, einschließlich Eingangsstufen und Vorklassen.

Realschule

Der Übergang in die Realschule erfolgt nach Stufe 4 der Grundschule oder Stufe 6 der Förderstufe.

Seiteneinsteiger*innen → Intensivklassen

Sekundarstufe I

Die Sekundarstufe I umfasst die Mittelstufe an allgemeinbildenden Schulen mit den Stufen 5–10, im Falle von G8 die Stufen 5–9.

Sekundarstufe II

Die Sekundarstufe II umfasst die Oberstufe (Stufen 11–13 für G9 bzw. Stufen 10–12 für G8) an Gymnasien und beruflichen Schulen.

Übergangssystem

Bildungsgänge zur Berufsvorbereitung. Diese werden an Berufsschulen und Berufsfachschulen angeboten, um es noch nicht volljährigen Jugendlichen zu ermöglichen, einen Schulabschluss nachzuholen und/oder eine Berufsauswahlentscheidung zu treffen und/oder

Grundkenntnisse und Fertigkeiten für eine künftige Berufsausbildung zu erlernen. Ein Zugang ist ohne allgemeinen Schulabschluss möglich.

Vorklassen

Vorklassen werden von (zurückgestellten) Kindern besucht, die zwar schulpflichtig, aber noch nicht schulfähig sind.

Literaturverzeichnis

Veröffentlichungen der Wissenschaftsstadt Darmstadt

Wissenschaftsstadt Darmstadt (Hrsg.) (2018): Sozialatlas Darmstadt. Beiträge zur Sozialberichterstattung 2018. Darmstadt.

Wissenschaftsstadt Darmstadt (Hrsg.) (2017): Datenreport 2017. Darmstadt.

Wissenschaftsstadt Darmstadt (Hrsg.) (2017): Demografiebericht 3. Perspektiven für Darmstadt. Statistische Mitteilungen 1/2017. Darmstadt.

Wissenschaftsstadt Darmstadt (Hrsg.) (2016): Statistische Berichte 2. Halbjahr 2016. Sonderbeitrag: Darmstadts Vorschulkinder 2016 – eine Momentaufnahme zu Gesundheit und Deutschkenntnissen Darmstadt.

Wissenschaftsstadt Darmstadt (Hrsg.) (2016): Statistische Berichte 1. Halbjahr 2016. Sonderbeitrag: Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund in der Wissenschaftsstadt Darmstadt. Darmstadt.

Wissenschaftsstadt Darmstadt (Hrsg.) (2016): Bürgerumfrage 2015 in der Wissenschaftsstadt Darmstadt. Statistische Mitteilungen 1/2016. Darmstadt.

Wissenschaftsstadt Darmstadt (2016): Bericht der Versorgungsquote (Kindertagesbetreuung). Darmstadt.

Wissenschaftsstadt Darmstadt (Hrsg.) (2014): Statistische Berichte 1. Halbjahr 2014. Sonderbeitrag: Studierende in der Wissenschaftsstadt Darmstadt. Darmstadt.

Weitere Veröffentlichungen

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.) (2018): Bildung in Deutschland 2018. Ein indikatoren-gestützter Bericht mit einer Analyse zu Wirkungen und Erträgen von Bildung. Bielefeld: wbv Media.

Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen (2017): Die UN-Behindertenkonvention. Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Verfügbar unter https://www.behindertenbeauftragter.de/SharedDocs/Publikationen/UN_Konvention_deutsch.pdf?__blob=publicationFile&v=2

Betz, T. et al. (2017): Partner auf Augenhöhe? Forschungsbefunde zur Zusammenarbeit von Familien,

Kitas und Schulen mit Blick auf Bildungschancen. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.

Bundesagentur für Arbeit Statistik (Hrsg.) (2018): Tabellen, Arbeitsmarktreport, Darmstadt, Wissenschaftsstadt. Nürnberg, März 2018.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V. (2017): Kita-Qualität. DIW Wochenbericht 51+52. Verfügbar unter: https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.573911.de/17-51.pdf

Florida, R. (2003): The Rise of the Creative Class – and how it's transforming work, leisure, community, and everyday life. New York.

Göddecke-Stellmann, J. (2011): Renaissance der Großstädte – eine Zwischenbilanz. Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung. BBSR-Berichte kompakt 9/2011.

Günther, C. & Frese, D. (2013): Willkommensbesuche für Neugeborene. Konzepte, Erfahrungen und Nutzen. Münster: Waxmann.

Häußermann, H. & W. Siebel (2004): Stadtsoziologie. Eine Einführung. Frankfurt: Campus Verlag.

Helbig, M. & S. Jähnen (2018): Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte? Trends und Analysen der Segregation in deutschen Städten. Berlin: wzb.

HessenAgentur (Hrsg.) (2016): Bevölkerungsvorausschätzung für Hessen und seine Regionen als Grundlage der Landesentwicklungsplanung. Wichtige Ergebnisse im Überblick. HA-Report 912. Wiesbaden.

Hessisches Kultusministerium (2018): Berufs- und studienqualifizierende Bildungsgänge. Berufliche Schulen. Verfügbar unter <https://kultusministerium.hessen.de/schulsystem/schulwahl/schulformen/berufliche-schulen>

Hessisches Ministerium für Soziales und Integration/ Hessisches Kultusministerium (Hrsg.) (2014): Bildung von Anfang an. Bildungs- und Erziehungsplan für Kinder von 0 bis 10 Jahren in Hessen. Wiesbaden.

Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung (2017): 3. Änderung des Landesentwicklungsplans Hessen 2000. Beschluss der Hessischen Landesregierung vom 27.03.2017. Wiesbaden.

- Hessisches Sozialministerium (2007): Schuleingangsuntersuchung in Hessen. Durchführung und Dokumentation. Wiesbaden.
- Hessisches Statistisches Landesamt (Hrsg.) (2016): Bevölkerung in Hessen 2060. Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für Hessen bis 2030. Basisjahr: 31.12.2014. Statistische Berichte. 2. Aktualisierte Auflage, Mai 2016. Wiesbaden.
- Klemm, K. (2015): Inklusion in Deutschland – Daten und Fakten. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.
- Klemm, K. (2009): Klassenwiederholungen – teuer und unwirksam. Eine Studie zu den Ausgaben für Klassenwiederholungen in Deutschland. Gütersloh: Verlag Bertelsmann-Stiftung.
- Kultusministerkonferenz (Hrsg.) (2018): Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen 2016 bis 2030. Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz Nr. 213 – Mai 2018. Bearbeitet im Sekretariat der Kultusministerkonferenz. Berlin.
- Kultusministerkonferenz (Hrsg.) (2013): Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen 2012 bis 2025. Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz Nr. 200 – Mai 2013. Bearbeitet im Sekretariat der Kultusministerkonferenz. Berlin.
- Kultusministerkonferenz (KMK) (2011): Inklusive Bildung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung in Schulen. (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 20.10.2011).
- Olov Hessen (2014): Informationsmaterialien „Schule beendet – wie geht es weiter ... in Wiesbaden und dem Rheingau-Taunus-Kreis?“. Verfügbar unter https://www.olov-hessen.de/fileadmin/user_upload/04-Praxisbeispiele/108_wi_rtk_plakat_einleger_schule-beendet/Einleger_A3_20141129.pdf
- Prognos AG (2016): Das Ranking für Deutschlands Regionen. Der neue Prognos Zukunftsatlas® 2016. Verfügbar unter <https://www.prognos.com/publikationen/zukunftsatlas-r-regionen/zukunftsatlas-r-2016/>
- Regionalverband FrankfurtRheinMain (Hrsg.) (2013): Clusterstudie FrankfurtRheinMain. Wettbewerbsvorteile durch Vernetzung. Verfügbar unter: <http://www.wissensportal-frankfurtrheinmain.de/Projekte/Clusterstudie-FrankfurtRheinMain>
- Schedding-Kleis, U. (2015): Allgemeinbildende Abschlüsse an den hessischen Schulen. Staat und Wirtschaft in Hessen 3/2015. S. 125–136.
- Schmutz, E. (2017): Bildung und Frühe Hilfen – fachliche Impulse für die Netzwerk-Bildung. Vortrag.
- Seidel-Schulz, A., Dohnke, J. & H. Häußermann (2012): Segregation, Konzentration, Polarisierung – sozialräumliche Entwicklung in deutschen Städten 2007–2009. Berlin: Deutsches Institut für Urbanistik.
- Simons, H. & L. Weiden (2015): Schwarmstädte – eine Untersuchung zu Umfang, Ursache, Nachhaltigkeit und Folgen der neuen Wandlungsmuster in Deutschland. Verfügbar unter: http://web.gdw.de/uploads/WZT_2015/Impulsreferat/Schwarmstaedte_GdW_2015_07_1.pdf
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2016): Schulen auf einen Blick. Ausgabe 2016. Wiesbaden.
- Strüber, N. (2016): Die erste Bindung. Wie Eltern die Entwicklung des kindlichen Gehirns prägen. Stuttgart: Klett-Cotta Verlag.
- Thyen, U. (2012): Frühe Hilfen zu früher Förderung und Bildung von Kindern. Frühe Kindheit. Sonderausgabe 06/2012.
- Tophoven, S. et al. (2017): Armutsmuster in Kindheit und Jugend. Längsschnittbetrachtungen von Kinderarmut. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.
- Transferinitiative Kommunales Bildungsmanagement (2017): Anwendungsleitfaden für den Aufbau eines kommunalen Bildungsmonitorings. Wiesbaden, Stuttgart und Bonn.
- Verband Deutscher Städtestatistiker (2013): Migrationshintergrund in der Statistik. Definition, Erfassung und Vergleichbarkeit. In: Materialien zur Bevölkerungsstatistik, Heft 2.
- Walper, S. (2012): Vom Einfluss der Eltern. DJI Impulse 4/2012, S.10–13.
- Ziegenhain, U. et al. (2010): Modellprojekt Guter Start ins Kinderleben. Werkbuch Vernetzung. Chancen und Stolpersteine interdisziplinärer Kooperation und Vernetzung im Bereich der Frühen Hilfen und im Kinderschutz. Nationales Zentrum Frühe Hilfen (Hrsg.). Ulm: Süddeutsche Verlagsgesellschaft Ulm.

Abbildungsverzeichnis

- Abb. 1:** Bevölkerungsentwicklung in Darmstadt von 1960 bis heute **S. 15**
- Abb. 2:** Natürliche Bevölkerungsentwicklung in Darmstadt von 1960 bis heute **S. 16**
- Abb. 3:** Entwicklung der Studierendenzahlen in Darmstadt **S. 17**
- Abb. 4:** Verteilung von Kindern und Jugendlichen im Stadtgebiet Darmstadt: Anteile der 0- bis unter 18-Jährigen **S. 20**
- Abb. 5:** Anzahl und Formen der Kindertageseinrichtungen 2016 **S. 27**
- Abb. 6:** Träger der Plätze in der Kindertagesbetreuung 2016 **S. 27**
- Abb. 7:** Träger der Plätze in Tageseinrichtungen für Kinder 2016 **S. 28**
- Abb. 8:** Entwicklung der U3-Versorgung **S. 28**
- Abb. 9:** Tagespflege und Krippenplätze **S. 29**
- Abb. 10:** Entwicklung der Ü3-Versorgung **S. 29**
- Abb. 11:** Betreuungsumfang in der Kindertagesbetreuung **S. 29**
- Abb. 12:** Betreuungszeit von Kindern nach Staatsangehörigkeit 2017 **S. 30**
- Abb. 13:** Betreuungszeit von Kindern nach vorrangiger Familiensprache 2017 **S. 30**
- Abb. 14:** Verweildauer in der Kindertageseinrichtung nach Geschlecht und Herkunft 2016 **S. 31**
- Abb. 15:** Verweildauer in der Kindertageseinrichtung nach ausgewählten Herkunftsregionen 2016 **S. 31**
- Abb. 16:** Verweildauer in der Kindertageseinrichtung im Zeitverlauf **S. 31**
- Abb. 17:** Deutschkenntnisse von Kindern mit Migrationshintergrund nach Geschlecht 2016 **S. 35**
- Abb. 18:** Deutschkenntnisse von Kindern mit Migrationshintergrund nach Herkunftsregion 2016 **S. 35**
- Abb. 19:** Deutschkenntnisse der Kinder mit Migrationshintergrund im Jahresvergleich **S. 36**
- Abb. 20:** Deutschkenntnisse von Kindern mit Migrationshintergrund in Abhängigkeit von den Deutschkenntnissen der Mütter 2016 **S. 36**
- Abb. 21:** Deutschkenntnisse von Kindern mit Migrationshintergrund in Abhängigkeit von der Verweildauer in einer Kindertageseinrichtung 2016 **S. 37**
- Abb. 22:** Empfehlung und tatsächlicher Besuch von Vorlaufkursen **S. 37**
- Abb. 23:** Nationalität der Kinder in den Vorlaufkursen **S. 38**
- Abb. 24:** Entwicklung der Schüler*innenzahlen in der Primarstufe an allgemeinbildenden Schulen in Darmstadt **S. 41**
- Abb. 25:** Schüler*innen in der Primarstufe 2017/18 **S. 42**
- Abb. 26:** Schüler*innenschaft an öffentlichen und privaten Schulen in der Primarstufe 2017/18 nach Geschlecht und Migrationshintergrund **S. 42**
- Abb. 27:** Bildungspendler*innen in der Primarstufe – aus der Sicht Darmstadts **S. 42**
- Abb. 28:** Herkunftsregion der Einpendler*innen in der Primarstufe 2017/18 **S. 43**
- Abb. 29:** Zielregion der Auspendler*innen in der Primarstufe 2017/18 **S. 43**
- Abb. 30:** Schüler*innen in Eingangsstufe, flexiblem Schulanfang und Vorklasse **S. 43**
- Abb. 31:** Schüler*innenschaft in Eingangsstufe, flexiblem Schulanfang und Vorklasse 2017/18 **S. 44**
- Abb. 32:** Ärztliche Schulempfehlung für die 2016 untersuchten Kinder nach Einschulungsstatus **S. 44**
- Abb. 33:** Entwicklung der Schulempfehlung **S. 45**
- Abb. 34:** Kinder nach Einschulungsempfehlung im Vergleich 2016 **S. 45**
- Abb. 35:** Schüler*innen in der inklusiven Beschulung nach Förderschwerpunkt in der Primarstufe **S. 46**
- Abb. 36:** Schüler*innen in der Primarstufe im Vergleich 2016/17 **S. 46**
- Abb. 37:** Entwicklung der Inanspruchnahme der BuT-Leistungen in Darmstadt **S. 54**
- Abb. 38:** Zahl der Bewilligungen der einzelnen Leistungsarten im Rechtskreis SGB II im Jahr 2017 **S. 54**
- Abb. 39:** Zahl der Bewilligungen der einzelnen Leistungsarten im Rechtskreis AsylbLG im Jahr 2017 **S. 54**
- Abb. 40:** Ausgaben für BuT-Leistungen 2017 **S. 55**
- Abb. 41:** Entwicklung des Übergangs von der Grundschule an die weiterführenden Schulen in Darmstadt nach Schulform **S. 58**

- Abb. 42:** Schüler*innen in der Stufe 5 nach Schulform und Geschlecht **S. 59**
- Abb. 43:** Schüler*innen mit Migrationshintergrund in Stufe 5 nach Schulform 2017/18 **S. 59**
- Abb. 44:** Schüler*innen ohne Migrationshintergrund in Stufe 5 nach Schulform 2017/18 **S. 59**
- Abb. 45:** Schüler*innen in der Sekundarstufe I **S. 61**
- Abb. 46:** Schüler*innen in der gymnasialen Oberstufe nach Geschlecht **S. 62**
- Abb. 47:** Schüler*innen in der Sekundarstufe I nach Geschlecht **S. 62**
- Abb. 48:** Schüler*innen in der Sekundarstufe I nach Migrationshintergrund **S. 63**
- Abb. 49:** Schüler*innen in der gymnasialen Oberstufe nach Migrationshintergrund **S. 63**
- Abb. 50:** Bildungspendler*innen in den Sekundarstufen I + II **S. 64**
- Abb. 51:** Herkunftsregion der Einpendler*innen in den Sekundarstufen I + II 2017/18 **S. 64**
- Abb. 52:** Zielregion der Auspendler*innen in den Sekundarstufen I + II 2017/18 **S. 64**
- Abb. 53:** Entwicklung der inklusiven Beschulung nach Schultyp **S. 65**
- Abb. 54:** Schüler*innen in der inklusiven Beschulung nach Jahrgangsstufen **S. 65**
- Abb. 55:** Schüler*innen in der inklusiven Beschulung nach Förderschwerpunkt **S. 66**
- Abb. 56:** Wiederholer*innen an den weiterführenden Schulen in Darmstadt nach Schulform **S. 68**
- Abb. 57:** Abschlüsse und Abbrüche an allgemeinbildenden Schulen in Darmstadt **S. 68**
- Abb. 58:** Abschlüsse und Abbrüche an Gymnasien und Gymnasialzweigen in Darmstadt **S. 69**
- Abb. 59:** Abschlüsse und Abbrüche an Gymnasien und Gymnasialzweigen nach Abschluss und Staatsangehörigkeit **S. 69**
- Abb. 60:** Abschlüsse und Abbrüche an integrierten Gesamtschulen in Darmstadt **S. 70**
- Abb. 61:** Abschlüsse und Abbrüche an integrierten Gesamtschulen nach Abschluss und Staatsangehörigkeit **S. 70**
- Abb. 62:** Abschlüsse und Abbrüche an Förderschulen in Darmstadt **S. 70**
- Abb. 63:** Entwicklung der Schüler*innenzahlen im Darmstädter Berufsbildungssystem **S. 81**
- Abb. 64:** Schüler*innen im Darmstädter Berufsbildungssystem nach Geschlecht (Schuljahr 2017/18) **S. 81**
- Abb. 65:** Schüler*innen im Darmstädter Berufsbildungssystem nach Migrationshintergrund (Schuljahr 2017/18) **S. 82**
- Abb. 66:** Anteile der Schüler*innen in den Teilbereichen des Berufsbildungssystems nach Landkreis (Schuljahr 2017/18) **S. 82**
- Abb. 67:** Wohnorte der Schüler*innen in dualer Ausbildung, die eine Darmstädter Berufsschule besuchen (Schuljahr 2017/18) **S. 83**
- Abb. 68:** Verteilung der Betriebsorte der Darmstädter Berufsschüler*innen in Städte und Kreise (Schuljahr 2017/18) **S. 83**
- Abb. 69:** Höchster allgemeiner Schulabschluss von neueingetretenen Schüler*innen nach Teilbereichen (Schuljahr 2017/18) **S. 84**
- Abb. 70:** Entwicklung der Neueintritte in das duale System nach höchstem allgemeinem Schulabschluss **S. 84**
- Abb. 71:** Neueintritte in das duale System zum Schuljahr 2017/18 nach höchstem allgemeinem Schulabschluss und Migrationshintergrund **S. 85**
- Abb. 72:** Abschlüsse und Abbrüche im dualen System nach Migrationshintergrund **S. 86**
- Abb. 73:** Abschlüsse und Abbrüche im Schulberufssystem nach Geschlecht **S. 86**
- Abb. 74:** Abschlüsse und Abbrüche im Übergangssystem **S. 87**
- Abb. 75:** Abschlüsse und Abbrüche an Schulen zum Erwerb einer HZB nach Abschluss und Migrationshintergrund **S. 87**
- Karte 1:** Orte der formalen, non-formalen und informellen Bildung in Darmstadt für das Lebensalter 0–6 Jahre **S. 90**
- Karte 2:** Orte der formalen, non-formalen und informellen Bildung in Darmstadt für das Lebensalter 6–10 Jahre **S. 91**
- Karte 3:** Orte der formalen, non-formalen und informellen Bildung in Darmstadt für das Lebensalter 10–18 Jahre **S. 92**

Tabellenverzeichnis

- Tab. 1:** Personen im SGB II-Bezug nach Darmstädter
Grundschulbezirken zum 31.3.2017 **S. 22**
- Tab. 2:** Entwicklung der Teilnahmezahlen an Angeboten
des Familienzentrums der Wissenschaftsstadt
Darmstadt **S. 33**
- Tab. 3:** Schulen in inklusiven Schulbündnissen in
Darmstadt **S. 39**
- Tab. 4:** Plätze in der Schulkindbetreuung und im
Pakt für den Nachmittag 2017/18 **S. 49**
- Tab. 5:** Entwicklung der Teilnahmen an der
qualifizierten Hausaufgabenhilfe **S. 53**
- Tab. 6:** Aktive Inanspruchnahme des Bildungs-
und Teilehabepakets in ausgewählten
Gebietskörperschaften im Rechtskreis SGB II **S. 55**
- Tab. 7:** Übergang von Stufe 6 auf 7 nach Schulformen
S. 66
- Tab. 8:** Übergang von Stufe 9 auf Stufe 10 an
Realschulen und integrierten Gesamtschulen **S. 67**
- Tab. 9:** Übergang von Stufe 9 (G8) bzw. 10 (G9) auf
Stufe 11 an Gymnasien und Gymnasialzweigen **S. 67**

Abkürzungsverzeichnis

AG	Arbeitsgruppe	LUSD	Lehrer- und Schüler-Datenbank (Landesschulstatistik Hessen)
AQB	Ausbildungs- und Qualifizierungsbudget	MINT	Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik
ASB	Arbeiter-Samariter-Bund	OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
AsylbLG	Asylbewerberleistungsgesetz	OloV	Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit am Übergang Schule–Beruf
AWO	Arbeiterwohlfahrt	PfdN	Pakt für den Nachmittag
BDKJ	Bund Deutscher Katholischer Jugend	QuABB	qualifizierte Ausbildungsbegleitung in Betrieb und Berufsschule
BEP	Bildungs- und Erziehungsplan	SGB	Sozialgesetzbuch
BFZ	Beratungs- und Förderzentrum	SKA	Sozialkritischer Arbeitskreis
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch	SKB	Schulkindbetreuung
BIWAQ	Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier	TU	Technische Universität
BKGG	Bundeskindergeldgesetz	U3	unter drei Jahre(n)
BuT	Bildungs- und Teilhabepaket	Ü3	über drei Jahre(n)
DA	Darmstadt	üBFZ	überregionales sonderpädagogisches Beratungs- und Förderzentrum
DRK	Deutsches Rotes Kreuz	ZfsE	Zentrum für schulische Erziehungshilfe
ESF	Europäischer Sozialfonds		
G8	achtjähriges Gymnasium		
G9	neunjähriges Gymnasium		
HIPPY	Home Instruction for Parents of Preschool Youngsters		
HKJGB	Hessisches Kinder- und Jugendhilfegesetzbuch		
HZB	Hochschulzugangsberechtigung		
IGS	integrierte Gesamtschule		
InteA	Integration durch Anschluss und Abschluss		
iSB	inklusives Schulbündnis		
JBFG	Jugendbildungsförderungsgesetz		
JBW	Jugendbildungswerk		
JUSTiQ	Jugend stärken im Quartier		
KGS	kooperative Gesamtschule		
KiföG	Kinderförderungsgesetz		
Kita	Kindertageseinrichtung		
KJHG	Kinder- und Jugendhilfegesetz		
KMK	Kultusministerkonferenz		
LK	Landkreis		
LLL	lebenslanges Lernen		



